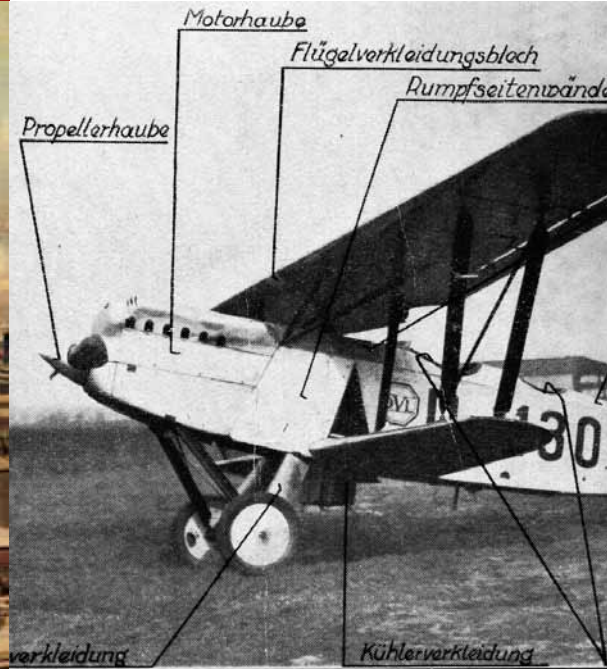


Archive in Sachsen-Anhalt

2025



Albatros-Flugzeug

*Am Aug 4-5 abgefahren:
an Gevaert (Belg (Antwerpen))
& Kodak-Pakke, P*

Aceton	162	t
Athyl-Alkohol	71	t
Aether	115	t
Methylenchlorid	37	t
Metol	11,5	t
Butylalkohol	14	t
Butylacetat	2	t
Kampfer	8,5	t
Silber	0.8	t
Silber-Nitrat	97	t

*Am 20.6.45. übergeben an
I. A. Lillik William L. Porter
u. Pfc. Conbert H. Bernick*



D-576

Chemie



gibt Brot-

Wohlstand-

Schönheit

Chemiekonferenz des Zentralkomitees der SED
und der Staatlichen Plankommission
in Leuna am 3. und 4. November 1958



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Inneres und Sport



Abbildungen oben links:

- Siegel des Domkapitels zu Magdeburg (LASA, U 1, XXII Nr. 100, S 3)
- Ölgemälde des Malers Carl Georg Hasenpflug vom Magdeburger Dom (LASA, C 20 I, Ia Nr. 3261; C 20 I, Ia Nr. 3261 B)

Abbildungen oben rechts:

- Karte mit Grenzbeschreibung des Dorfes Bergzow im Herzogtum Magdeburg von 1688 (LASA, Da 2, Nr. 48, Bl. 14)
- Geheime Bauvorhaben der Buna-Werke im Zweiten Weltkrieg (LASA, I 528, Nr. 832, Bl. 217)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Das mitteldeutsche Chemiedreieck	5
Quellen zur IG Farbenindustrie im Landesarchiv	6
Die Überlieferung zur chemischen Industrie nach 1945	10
Von der kleinen (braunen) Raupe Nimmersatt zum (grünen) Schmetterling	15
Vom Bau der Chemiarbeiterstadt über die Pflanzenzüchtung bis zum Umweltschutz	18
Das Chemiedreieck nach 1990	20
Das Stadtarchiv Leuna und das Archiv des Chemiemuseums Merseburg	23
Das Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld	25
Das Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen stellt sich vor	28
Das Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen im Industrie- und Filmmuseum Wolfen	30
Forschungen im Landesarchiv	33
Ein zu hebender Schatz. Die Urkunden der Äbtissinnen von St. Servatius zu Quedlinburg	34
Die Rezessbücher der Merseburger Bischöfe und die Pfarrkirchen	37
Joachim Justus Breithaupt (1658–1732)	39
Quellen des Landesarchivs in historischen Romanen	40
Walther Rathenau und die mitteldeutsche Chemieregion	42
Das Kaufhaus S. & M. Crohn in Aschersleben	44
Vom Vergessen zum Erinnern – NS-Zwangsarbeit im Raum Wittenberg	48
Das DDR-Frauengefängnis „Roter Ochse“. Ein Ausstellungsprojekt	50
Borkenkäfer und Fichtenwald im Harz	52
Von Aken bis Ziesar. Die Überlieferung der landesherrlichen Ämter im Herzogtum Magdeburg	54
Die Übereignung des Herrschaftsarchivs Droyßig	59
Von Hettstedt nach Merseburg und nun in die Welt	61
Buna ist online	65
Einweisung und Unterbringung von DDR-Heimkindern	67
Der Bestand M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg	71
Öffentlichkeitsarbeit und Nutzungsperspektiven	75
Der Flurzug von Rottleberode	78
Die „gewaltthätige Entleibung“ des Schwedens Malcolm Sinclair 1739	79
Bauernkrieg, Domrestaurierung und die Entdeckung der Anschaulichkeit	80
Hilfe zur Selbsthilfe	82
QuellenNAH. Geschichte erleben mit E-Learning	84
Archivmanagement mit geringen Ressourcen	85
Barrierefreiheit in den sachsen-anhaltischen Archiven?	88
Auslandspraktikum auf Malta	90
Ausbildung im Landesarchiv	92
Statistik 2024	93
Das Landesarchiv 2025: Rückblick und Ausblick	94
Landesarchiv Sachsen-Anhalt: Standorte / Impressum	98
QuellenNAH	99

Abbildungen Außenumschlag vorne (linke Spalte):

- Ansicht des Kombinats VEB Chemische Werke Buna vom Schornstein Z47, 6. Juni 1979 (LASA, I 529, FS Nr. CN 730/2)
- Die Amerikaner machen 1945 reiche Beute und lüften das Produktionsgeheimnis des Mehrschichtenfarbfilms. (Industrie- und Filmmuseum Wolfen, Archiv)
- Walther Rathenau in Bitterfeld nach einer Zeichnung des Malers Ernst Thronicke (Privatbesitz Dr. Jürgen Seifert, Pouch)

Abbildung Außenumschlag vorne (rechte Spalte):

- Flugzeugmodell aus der Akte „Elektronmetalle als Werkstoff im Flugzeugbau“ aus dem Bestand IG Farbenindustrie AG, Chemische Werke Bitterfeld (LASA, I 506, Nr. 1750)
- Chemiekonferenz des Zentralkomitees der SED und der staatlichen Plankommission in Leuna, 1958 (LASA, I 525, Nr. D 457)



Einleitung

Unter schwierigen Rahmenbedingungen konnte das Landesarchiv Sachsen-Anhalt auch 2025 sein Selbstverständnis eines bürgerorientierten Informationsdienstleisters umsetzen, der Verwaltungshandeln nachvollziehbar macht, Rechtssicherheit schafft und als historisches Gedächtnis die Quellen zur Geschichte Sachsen-Anhalts bereitstellt.

Wir bieten an vier Standorten nicht nur nutzerorientierte, fachkundig unterstützte Zugriffe auf unser Archivgut an und bauen unsere Online-Angebote systematisch aus. Regelmäßig laden wir zu Tagen der offenen Tür, zu Führungen sowie zu Vortrags- und anderen Veranstaltungen ein.

Bildungsarbeit und Demokratieförderung

Ein ganz besonderes Anliegen stellt seit einigen Jahren unsere neu definierte historische Bildungsarbeit dar: Mit neun Bänden der Publikationsreihe **QuellenNAH** haben wir ein viel beachtetes archivpädagogisches Angebot aufgebaut, dass wir jetzt auch zum E-Learning weiterentwickeln. Und mit den bisherigen thematischen Schwerpunkten bekennen wir uns ausdrücklich zur archivischen Verantwortung, auch künftig aktiv zur Demokratieförderung beizutragen. Zur doppelten Diktaturgeschichte im Nationalsozialismus und in der DDR sowie mit dem epochenübergreifenden Blick auf gesellschaftliche Minderheiten haben wir seit 2021 Quellen aus unseren Beständen für den Schulunterricht und für andere Interessierte aufbereitet.

Archive in Sachsen-Anhalt

Seit 2018 lassen wir Sie mit den **Archiven in Sachsen-Anhalt** an einer jährlich wechselnden Auswahl unserer Arbeitsschwerpunkte teilhaben. Diese Publikation dient jedoch keineswegs nur der Selbstdarstellung des Landesarchivs, sondern bietet Einblicke in die vielfältige Archivlandschaft Sachsen-Anhalts. Nach der vor einem Jahr veröffentlichten grundsätzlichen Bestandsaufnahme zur Situation der Kommunalarchive in Sachsen-Anhalt ermöglichen auch in diesem Heft mehrere Beiträge den Blick auf und in anderen Archive.

Forschungen und Nutzungsperspektiven

Die **Archive in Sachsen-Anhalt** wollen zugleich über die archivische Community hinaus wirken. Dieses Heft versteht sich daher erneut als Austauschforum für unsere Nutzenden und möchte mit diesen gemeinsam Anregungen für künftige Auswertungen der von uns archivierten Quellen geben. In der 2024 eingeführten Rubrik „Forschungen im Landesarchiv“ reicht das Spektrum der diesjährigen neun Beiträge von den Urkunden der Äbtissinnen von St. Servatius zu Quedlinburg über die Quellensuche für historische Kriminalromane bis zur NS-Zwangsarbeit im Raum Wittenberg und einem Forschungsprojekt zur Geschichte der Forstwirtschaft des Harzes.

Unsere eigenen Werkstattberichte zu Überlieferungsschwerpunkten (z. B. zu den landesherrlichen Ämtern im Herzogtum Magdeburg oder zu DDR-Heimkindern), Erschließungen (Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg) und Digitalisierungen sowie zu hervorhebenswerten Übernahmen (z. B. einer Kartensammlung zum Mansfelder Kupferschieferbergbau oder des Herrschaftsarchivs Droyßig) bündeln wir jetzt in der neuen Rubrik „Nutzungsperspektiven“.

Wirtschaftsüberlieferung und Industriekultur

Der diesjährige Blick auf die chemische Industrie im Süden Sachsen-Anhalts und die begonnenen Projekte zum Mansfelder Kupferschieferbergbau wie zur Fotoüberlieferung von Krupp Gruson und SKET stehen beispielhaft für die immer noch unterschätzte Bedeutung der Wirtschaftsüberlieferung in unseren Beständen. Zur Industriegeschichte und Industriekultur in Sachsen-Anhalt wollen und werden wir auch zukünftig unsere breite Überlieferung für Benutzung und Forschung aufbereiten. Zu hoffen bleibt in diesem Zusammenhang, dass auch in Sachsen-Anhalt die Idee und Notwendigkeit eines regionalen Wirtschaftsarchivs für die außerhalb staatlicher Archive zu bewahrende Überlieferung die überfällige Aufmerksamkeit findet. Zugleich verdient die Wirtschaftsgeschichte Sachsen-Anhalts mehr Beachtung in der schulischen wie in der außerschulischen Bildungsarbeit. Die einschlägigen Quellen liegen im Landesarchiv – ein Modul zur Industriekultur und Industriegeschichte wird diese Archivalien 2026/27 für unsere **QuellenNAH**-Reihe aufbereiten.

Den Autorinnen und Autoren dieser **Archive in Sachsen-Anhalt** danke ich für ihre Beiträge. Und zugleich soll auch dieses Heft hohe Wertschätzung für die von allen Kolleginnen und Kollegen im Landesarchiv Sachsen-Anhalt geleistete Arbeit ausdrücken.

Als Leserin oder Leser der *Archive in Sachsen-Anhalt* zählen Sie vielleicht zu unseren langjährigen Benutzenden – oder erfahren auf diesem Weg erstmals von unserer Arbeit. Ich hoffe, dass Sie sich mit der Lektüre dieses Heftes auf unsere archivische Arbeit und fachlichen Herausforderungen einlassen. Und vielleicht erhalten Sie Anregungen für eigene Benutzungs- und Forschungsperspektiven in einem Haus der Geschichte und Archiv für alle.

Lassen Sie uns gerne wissen, welche Inhalte Ihnen in den *Archiven in Sachsen-Anhalt* bisher gefehlt haben und wie wir unsere Benutzungsangebote verbessern können.

Für Sie und mit Ihnen wollen wir uns als Informationsdienstleister noch besser aufstellen und unsere Verantwortung als historisches Gedächtnis einer demokratischen Gesellschaft auch zukünftig wahrnehmen. Herzlich lade ich Sie zur Benutzung unserer Bestände und zum Besuch unserer Veranstaltungen ein!

Dr. Detlev Heiden
*Leiter des Landesarchivs
Sachsen-Anhalt*



Das mitteldeutsche Chemiedreieck

Deckblatt der Werkszeitung der IG Farben, Ausgabe Wolfen-Bitterfeld, April 1938 (LASA, I 506, Nr. 2602)

Nach der Altmark (2020) und dem Harz (2022) rücken wir in diesem Heft den Süden Sachsens-Anhalts mit seiner Chemieregion in den Mittelpunkt. Wir werden diese Streifzüge durch die Regionen Sachsens-Anhalts in den nächsten Jahren fortsetzen. Mit ihren Quellen zum Chemiedreieck stellen sich erneut auch andere Einrichtungen vor: Das Stadtarchiv Leuna, das Kreisarchiv und das Stadtarchiv Anhalt-Bitterfeld sowie das Industrie- und Filmmuseum Wolfen. Erwähnenswert ist zudem die im Stasi-Unterlagen-Archiv Halle verwahrte Überlieferung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle mit Objektdienststellen für die Leuna-Werke, die Buna-Werke und das Chemiekombinat Bitterfeld. Im Landesarchiv werden nicht nur die einschlägigen Betriebsbestände aus der Zeit vor und nach 1945 archiviert, sondern auch die Bestände der SED-Grundorganisationen sowie die staatliche Überlieferung zum Chemiedreieck – von der preußischen Regierung Merseburg und den Gewerbeaufsichtsämtern über

Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle, Arbeiter- und Bauerinspektionen oder Deutsche Volkspolizei bis zu den Archivalien von Staatskanzlei und Ministerien nach 1990.

Bestände zur Industrieregion um Bitterfeld-Wolfen, Leuna und Schkopau verteilen sich im und außerhalb des Landesarchivs auf mehrere Archivstandorte. Der thematische Schwerpunkt dieses Heftes soll diese überaus dichte Überlieferung einer für die deutsche Wirtschaftsgeschichte prägenden Region vorstellen und Wege zu diesen Quellen eröffnen.

Das Landesarchiv wird die Benutzbarkeit seiner Bestände zum Chemiedreieck laufend verbessern und deren Erschließung sowie Auswahldigitalisierung in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen. Archivübergreifende Angebote wie das Archivportal-D ermöglichen mit virtuellen Benutzungsangeboten längst eine neue Qualität der standortunabhängigen Zugänglichkeit dieser außergewöhnlichen Quellen.



Quellen zur IG Farbenindustrie im Landesarchiv

Hinweise zum Arbeitsschutz auf dem Betriebsgelände des Buna-Werkes, 7. Jan. 1939 (LASA, I 528, FS Nr. G 2020)

Im Dezember 1925 schlossen sich acht führende deutsche Chemieunternehmen zur IG Farben zusammen. Im Landesarchiv Sachsen-Anhalt werden zahlreiche Bestände der für die IG Farben-Geschichte der 1930er und -40er Jahre zentralen Betriebe verwahrt. Die Gründung dieses Großkonzerns vor 100 Jahren ist Anlass, die Geschichte der chemischen Industrie in Mitteldeutschland und deren archivische Überlieferung näher zu beleuchten.

Chemiewerke von Weltgeltung

Bereits um die Jahrhundertwende hatte sich in der Region Bitterfeld-Wolfen eine Konzentration von Betrieben der chemischen Industrie herausgebildet. Elektrochemische Werke GmbH und Chemische Fabrik Elektron vereinigten sich 1898 zur Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron. 1895 errichtete die Actien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation zu Berlin (AGFA) in Wolfen eine Farbenfabrik, 1910 die Filmfabrik, welche sich zum bedeutendsten Standort der Filmherstellung in Europa entwickeln sollte. Die beiden Weltkriege beschleunigten diese Entwicklung in einer Region, die mit der bereits vorhandenen Infrastruktur und den gerade für die energieintensiven neuen chemischen Verfahren wichtigen Braunkohlevorkommen ideale Bedingungen bot. 1916 wurde durch die Badische Anilin- und Soda-Fabrik Ludwigshafen (BASF) das Ammoniakwerk Merseburg GmbH (Leunawerk) errichtet, wo im großtechnischen Verfahren Ammoniak als Ausgangsstoff für die Sprengstoffherstellung produziert wurde. 1924 folgte die erste kommerzielle Methanolanlage der Welt, wenig später eine Versuchsanlage zur Produktion von Benzin aus Kohle. Mitte der zwanziger Jahre war „Leuna“ das größte Chemiewerk Deutschlands. Ausgebaut wurden in der Region auch die Kunststoffherzeugung und Herstel-

lung von Leichtmetallen; ein Leichtmetallwerk und ein Aluminiumwerk in Aken kamen hinzu. Ab 1934 entstanden Hydrierwerke unter anderem in Magdeburg und Zeitz, welche synthetische Kraftstoffe sowie Schmieröle aus Braunkohle herstellten. Im nahe Leuna-Merseburg gelegenen Schkopau nahmen die Buna-Werke 1937 die weltweit erste Großproduktion von synthetischem Kautschuk auf.

Gründung und Struktur der IG Farben

Der bereits seit über zwanzig Jahren laufende Konzentrationsprozess in der deutschen Großchemie hatte 1925 zur Bildung des IG Farben-Konzerns geführt. Zu diesem gehörten auch die Mehrzahl der chemischen Fabriken sowie Kohlegruben des mitteldeutschen Reviers. Jeweils für die gesamte IG erfolgte die Bearbeitung aller chemisch-technischen Fragen durch den Technischen Ausschuss (TEA) sowie die Bearbeitung aller kaufmännischen Fragen durch den Kaufmännischen Ausschuss (KA). Für ingenieurtechnische Fragen war übergreifend die Technische Kommission (Teko) zuständig. Daneben existierten Fachkommissionen, beispielsweise die Patentkommission, Verkehrskommission und Fabrikationskommissionen mit Unterkommissionen für die einzelnen Produktionsgebiete.

Die Betriebsgemeinschaften

Die IG Farben gliederte sich in Betriebsgemeinschaften, die regional benachbarte Werke zusammenfassen sollten und jeweils unter der Führung der großen Stammwerke standen. Zur Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland/Zentrale Wolfen-Bitterfeld gehörten Griesheim-Elektron Bitterfeld als Stammwerk, Farbenfabrik und Filmfabrik Wolfen sowie unter anderem die Werke Teutschenthal, Aken, Staßfurt, und die Phosphorbetriebe Piesteritz. Das Leuna-Werk mit dem Gipswerk Niedersachswerfen wurde aufgrund der Bindung an die BASF in Ludwigshafen der Betriebsgemeinschaft Oberrhein zugeordnet.

Die Chemiewerke der IG waren hinsichtlich der Betriebsführung und der Gestaltung der örtlichen Verhältnisse weitgehend selbständig. Grundlegende Entscheidungen, wie eine Erweiterung des Produktionsprofils oder die Errichtung neuer Fabrikationsanlagen, waren dagegen an die Genehmigung des IG-Vorstandes gebunden. Aufgabe der Betriebsgemeinschaften war vorrangig die optimale Nutzung der vorhandenen Produktionseinrichtungen und Abstimmung der Produktionsprozesse der regional benachbarten Fabriken. Struktureinheiten für den Einkauf, die Magazinverwaltung und Patentbüros wurden zusammengelegt. Betriebliche Sozialeinrichtungen, wie Kranken- und Pensionskasse, die Krankenanstalten sowie das Kaufhaus nutzten das Bitterfelder Werk, Farbenfabrik und Filmfabrik Wolfen gemeinsam. Die Verwaltung der Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland war aufs engste und oft in Personalunion mit der Verwaltung der Bitterfelder Betriebe verbunden.

Zusätzlich zu den Betriebsgemeinschaften gab es ab 1929 die produktionstechnische Unterteilung in drei Sparten: Sparte I Stickstoff und Benzin, Sparte II Chemikalien, Farben, Pharmazeutika, Kunststoffe, Metalle etc. sowie Sparte III Kunstseide, Zellwolle, Fotografika etc. Die Betriebe der Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland gehörten überwiegend in Sparte II. Das Ammoniakwerk Merseburg war Sparte I zugeordnet, während die Filmfabrik Wolfen als Leitwerk der Sparte III fungierte.

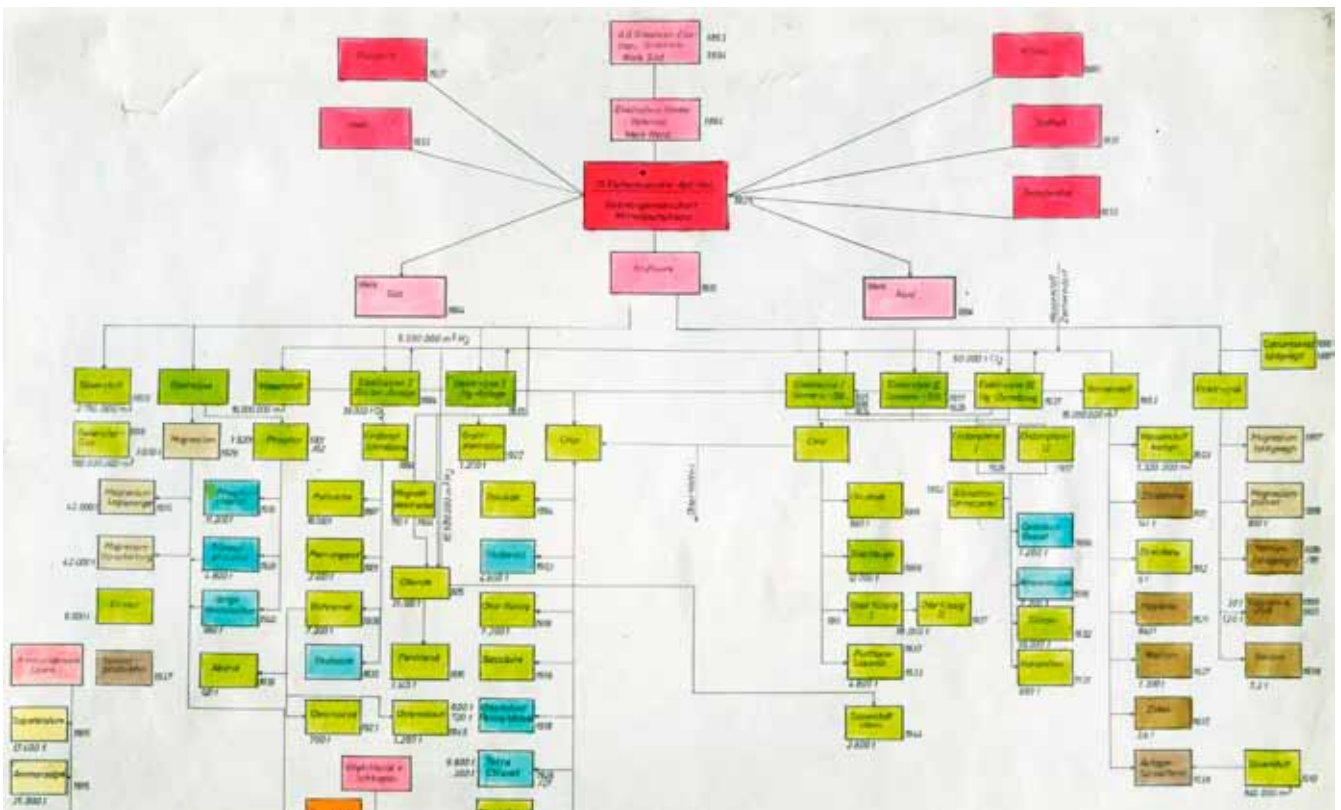
Auch jenseits ihrer organisatorischen Zuordnung arbeiteten die IG-Werke eng zusammen. Sie belieferten sich mit Chemikalien und waren an ein gemeinsames konzerneigenes Stromnetz angeschlossen.

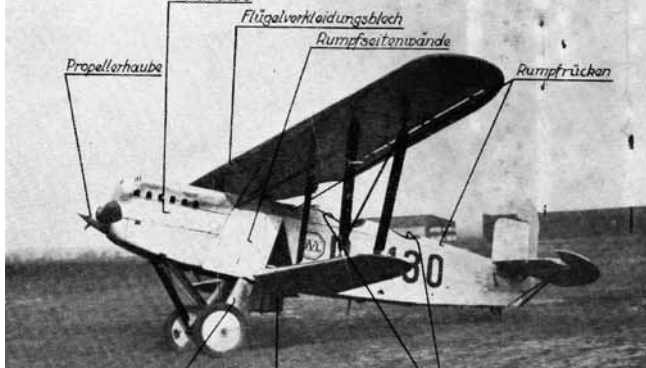
Die IG-Werke im Zweiten Weltkrieg

Die IG Farben spielte eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Autarkiepläne bei der Kriegsvorbereitung Deutschlands. Der Bedarf an Ersatzrohstoffen, wie synthetischen Treibstoffen und synthetischem Kautschuk, Kunststoffen und Leichtmetalllegierungen gab der chemischen Industrie einen intensiven Entwicklungsimpuls. Mit Kriegsbeginn konzentrierte sich die Produktion der Werke immer mehr auf die Rüstungsproduktion, in der zunehmend Kriegsgefangene, Fremd- und Zwangsarbeiter eingesetzt wurden.

Trotz ihrer zentralen Bedeutung für die Kriegswirtschaft erlitten die mitteldeutschen IG-Betriebe im Rahmen der alliierten Bombenangriffe des Zweiten Weltkriegs mit Ausnahme von Leuna eher geringere Zerstörungen. Dennoch waren durch Kriegseinwirkungen auch erhebliche Verluste bei dem in den

Organigramm der Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland der IG Farben (LASA, I 506, Nr. 336)





Flugzeugmodell aus der Akte „Elektronmetalle als Werkstoff im Flugzeugbau“ (LASA, I 506, Nr. 1750)

Fachdirektionen und Struktureinheiten verwahrten oder an vermeintlich sichere Orte ausgelagerten Schriftgut zu verzeichnen.

Das archivische Erbe der Chemiebetriebe

Wichtige Forschungsdokumente und Patente wurden als Kriegsbeute in die USA verbracht oder als Reparationszahlungen an die sowjetische Besatzungsmacht abgeliefert. Die erhalten gebliebenen Unterlagen gelangten in die Betriebsarchive, deren Einrichtung ab 1950 für alle Volkseigenen Betriebe (VEB) vorgegeben war. Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hatte hier jeweils die Bearbeitung und Auswertung der IG-Unterlagen Vorrang. Die Betriebsarchive wurden in der Folgezeit als Teil des staatlichen Archivfonds deklariert, die Zuständigkeit der staatlichen Endarchive für ausgewählte Betriebe festgeschrieben. Entsprechend der 1976 erlassenen Verordnung über das staatliche Archivwesen begann das zuständige Staatsarchiv Magdeburg mit der Bewertung und systematischen Übernahme des Archivgutes unter anderem strukturbestimmender Industriebetriebe der chemischen Industrie. Bis 1986 konnte die Übernahme des als archivwürdig bewerteten Schriftgutes der IG Farben Wolfen und Bitterfeld an das Staatsarchiv Magdeburg abgeschlossen werden. Bei der Bewertung der umfangreichen technischen Dokumentation leisteten Wissenschaftler des Werkes Unterstützung, wobei die Einmaligkeit von Produktionsverfahren oder das Wirken von für die Werkentwicklung bedeutenden Personen im Vordergrund standen. Rechtlich relevante Unterlagen sowie Schriftgut mit praktischem Wert wie Patente, Baukonzessionen, Liegenschafts- und Katasterunterlagen sowie wissenschaftliche Berichte verblieben im Betrieb und gelangten erst im Oktober 1992 durch den Nachfolgebetrieb Chemie AG Bitterfeld an das Landesarchiv.

Insgesamt konnten bis Ende der 1980er Jahre unter anderem 16 Bestände der chemischen Industrie und der Metallurgie ins Staatsarchiv Magdeburg übernommen werden. Hierzu gehörten auch die historischen

Unterlagen der Buna-Werke GmbH, des Aluminiumwerks Bitterfeld und Unterlagen der Deutsche Grube AG. Das Archivgut der zentralen IG-Betriebe Ammoniakwerk Merseburg (Leuna) sowie Filmfabrik Wolfen verblieb dagegen noch vor Ort.

Bewertung und Erschließung der Unterlagen

Grundlage für die Bewertung und Erschließung der Wirtschaftsunterlagen und die Strukturierung der Bestände bildeten das Bewertungs- und Ordnungsmodell für den „Registraturbildnertyp Kapitalistischer Industriebetrieb“. Dieses einheitliche Ordnungsschema basiert auf der Grundstruktur und Aufgabenteilung eines idealtypischen Industriebetriebes. Von der realen Vielfalt der Organisationsstrukturen der Unternehmen wird dabei ebenso abstrahiert, wie von der konkreten Überlieferung. Gleichzeitig erleichtert diese Vorgehensweise den vergleichenden Überblick über die Überlieferungslage in verschiedenen Beständen.

Die Übernahme der historischen Überlieferung der Leuna-Werke als dem für den Zuständigkeitsbereich wichtigsten IG-Betrieb gelang erst 1996 auf der Grundlage eines Einbringungsvertrages mit der Leuna-Werke GmbH. 2020 konnte der Bestand durch die weitgehend vollständige Personalkartei ergänzt werden. Die Unterlagen der ehemaligen Filmfabrik Wolfen verblieben dagegen vor Ort und gehören heute zum Industrie- und Filmmuseum Wolfen, einer Einrichtung des Landkreises Anhalt-Bitterfeld.

Zentrale Bestände und Überlieferungsschwerpunkte

Kern der IG-Überlieferung im Landesarchiv Sachsen-Anhalt bilden die Bestände *I 506 IG Farben, Chemische Werke Bitterfeld* und *I 532 IG Farben, Farbenfabrik Wolfen*, *I 525 Leuna-Werke* und *I 528 Buna-Werke GmbH Schkopau* mit über 8.300 Akteneinheiten und einem Gesamtumfang von ca. 200 lfm. Die Verzeichnungsangaben der Akten zu I 506, I 532 und I 528 sind über die Website des Landesarchivs für die standortunabhängige Onlinerecherche zugänglich. Die Aktenüberlieferung der Chemischen Werke Bitterfeld (Bestand I 506) liegt außerdem bereits komplett digitalisiert vor. Von IG Farben AG, Werk Aken (I 50) und IG Farben-Werk in Frose (I 431) sind noch Überlieferungsreste vorhanden. In den IG-Kontext gehören auch die Bestände der Deutsche Grube AG mit der Hauptverwaltung Halle, der Grubenverwaltung Bitterfeld und einigen dazugehörigen Gruben, während die Überlieferung der 1926 aufgrund eines Interessenvertrages vollständig in die IG Farben integrierten Riebeckischen Montanwerke überwiegend

im Bundesarchiv verwahrt wird.

Die intensiven, produktionsbedingten und organisatorischen Verquickungen der Werke widerspiegeln sich in den Beständen. Enge Bezüge gibt es zwischen der schriftlichen Überlieferung des Leuna- und Bunawerkes, da letzteres bis zur Umwandlung in eine GmbH zu Leuna gehörte. Überliefert sind aber auch Unterlagen zu anderen IG-Werken in ganz Deutschland und zahlreichen Firmen, mit denen die IG in verschiedensten Formen der Beteiligung und wissenschaftlichen Zusammenarbeit oder rechtlichen Abgrenzung verbunden war. Leuna- und Buna-Akten enthalten auch Unterlagen über das ab 1941 in der Nähe des KZ Auschwitz errichtete IG-Werk Auschwitz-Monowitz zur Produktion des kriegswichtigen synthetischen Kautschuk Buna.

Überlieferungssituation beim Leitungsschriftgut

Die archivalischen Quellen der Leitungsorgane des ehemaligen IG-Farben-Konzerns sind über verschiedene Bestände verstreut. Im Interesse einer möglichst kompakten, aussagekräftigen Überlieferung wurde das Leitungsschriftgut der IG-Zentrale bei der archivischen Bearbeitung im Wolfener Bestand konzentriert und aus der Bitterfelder Überlieferung vervollständigt. Hier finden sich Unterlagen der 1. – 104. Sitzung des Arbeitsausschusses der IG vom 14. Oktober 1925 bis zum 16. September 1937. Im Wolfener Bestand wurden auch die vorliegenden Sitzungsnieder-

Arbeiter an einem Hydrierungssofen am Bau Me 851, 21. Mai 1935
(LASA, I 525, FS Nr. G 28495)



schriften und Korrespondenzen der IG-Ausschüsse zusammengeführt, von denen nur der Technische Ausschuss mit 34 Akten etwas umfangreicher überliefert ist. Unterlagen der IG-Kommissionen – von A wie Anorganisch-wissenschaftliche Kommission bis Z wie Zwischenproduktekommission – liegen in insgesamt 299 Akten vor. Hervorzuheben im Leitungsschriftgut sind die persönlichen Korrespondenzen der Büros Dr. Arnold Erlenbach, ab 1921 Werksleiter in Wolfen und mit Gründung der I.G. Farbenindustrie AG Vorstandsmitglied, sowie die Überlieferung zu seinem Nachfolger, Dr. Richard May. Leitungsschriftgut der Werke wie beispielsweise Direktorenbesprechungsprotokolle, Organisationsanweisungen und des Berichtswesens der einzelnen Leitungsebenen sind umfassend in den Betriebsbeständen von Wolfen und Bitterfeld überliefert. Der Umfang des Leitungsschriftgutes im Buna-Bestand ist überschaubar, das der Leuna-Werke weitgehend verloren gegangen.

Von Ansiedlung bis Zwangsarbeit

Von Interesse sind Unterlagen über die Rechtsgeschäfte und Verwaltungsabläufe bei Ansiedlung der Werke oder die Akten der „Vermittlungsstelle Wehrmacht“ über die Kriegsproduktion. Umfassend überliefert sind Unterlagen zu Personal- und Sozialangelegenheiten, wie Arbeitsbedingungen, Unfallgeschehen, Daten zur Personalentwicklung und Entlohnungsfragen. Zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte ermöglichen umfassende Fremd- und Zwangsarbeiterkarteien, Versicherungskarteien und Arbeitsbücher einen personenbezogenen Forschungszugang. Eine umfangreiche Sachaktenüberlieferung belegt verschiedenste Aspekte des Arbeitseinsatzes der KZ-Häftlinge, Kriegsgefangenen, ausländischen Arbeitskräfte und Zwangsarbeiter sowie die organisatorische Abwicklung einschließlich der Arbeitslager.

Umfangreiche Unterlagen liegen trotz der angesprochenen Verluste zu Produktions- und Technikentwicklungen vor. Neben der umfangreichen Produktion einer breiten Palette von Grundchemikalien ist als Besonderheit beispielsweise auch die 1911 in Bitterfeld aufgenommene Herstellung synthetischer Edelsteine vor allem für technische Zwecke, aber auch für die Schmuckindustrie dokumentiert.

Mit Quellen zu den werkseigenen Siedlungen, medizinischen, Kultur- und Sporteinrichtungen geben die Betriebsbestände auch Einblicke in eine Region, deren Lebenswelt und Selbstverständnis sie als größte Arbeitgeber nachhaltig prägten.

Jana Lehmann



Die Überlieferung zur chemischen Industrie nach 1945

Luftbilder von Totale, Leuna, Januar 1983 (LASA, I 525, FS Nr. FNC C 83-5-100)

In der Abteilung Merseburg des Landesarchivs Sachsen-Anhalt befindet sich die Überlieferung der wichtigsten Betriebe der chemischen Industrie im südlichen Sachsen-Anhalt sowie der Banken nach 1945.

In der Sowjetischen Besatzungszone ansässige Unternehmen der Privatwirtschaft (GmbHs, AGs usw.) wurden nach 1945 verstaatlicht. Infolgedessen wurde auch das Schriftgut dieser volkseigenen Betriebe von den jeweils zuständigen Staatsarchiven der DDR übernommen. In diesem Schriftgut befanden sich auch ältere Unterlagen der Vorgängerbetriebe bzw. -unternehmen aus der Zeit vor 1945, die zum Teil bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten. Dadurch sind diese Unterlagen in den heutigen Staats- und Landesarchiven der neuen Bundesländer überliefert.

Die Kernüberlieferung: Leuna-Werke

Der Ausdruck „mitteldeutsches Chemiedreieck“ ist überregional bekannt. Damit ist die Ansammlung industrieller Betriebe in den Städten Halle (Saale), Merseburg und Bitterfeld im heutigen Land Sachsen-Anhalt gemeint. Der größte chemische Betrieb waren dort die Leuna-Werke. Im Krieg schwer zerstört, kam das Werk nach der Besetzung durch amerikanische und sowjetische Truppen und der Zerschlagung der IG Farben 1946 in Form einer Aktiengesellschaft in sowjetischen Besitz. Im Januar 1954 erfolgte die Übergabe Leunas in Volkseigentum. Als VEB Leuna-Werke, der im Jahre 1951 den Namenszusatz „Walter Ulbricht“ erhalten hatte, entwickelte sich das Werk zum größten Chemiebetrieb in der DDR mit ca. 30 000 Beschäftigten. Es wurden rund 700 Produkte erzeugt, die in etwa 40 Ländern ihren Absatz fanden, unter anderem Stickstoffprodukte, Erdöl/Olefine, Methanol/Paraf-

fine, Synthesegas, Caprolactam, Plaste und Konsumgüter. Die Unterlagen umfassen nicht nur knapp 1 km Schriftgut (Akten und Karteien), sondern auch sehr umfangreiches audiovisuelles Material (Fotos, Filme, Tonträger), eine große Druckschriftensammlung, eine Plakat- und Flugblattsammlung sowie Sammlungsgut (Sachzeugen).

An der Onlinestellung und damit Zugänglichmachung der verschiedensten Archivalien dieses umfangreichen und größten Chemiebestandes in der Abteilung Merseburg wird kontinuierlich gearbeitet. Bisher sind in der Recherchedatenbank des Landesarchivs die Verzeichnungsdaten und Digitalisate der Glasplattenfotografien bis 1928 einsehbar. Ein weiterer Teil der Verzeichnungsinformationen der Akten bis 1945 wird zur Veröffentlichung in der Recherchedatenbank vorbereitet. Dabei handelt es sich um knapp 900 Datensätze. Die Verzeichnungsinformationen für das Schriftgut nach 1945 sind zunächst weiterhin über Abgabelisten im Rahmen einer Benutzung im Lesesaal zugänglich. Auch im „Verborgenen“, also zunächst für die Öffentlichkeit nicht sichtbar, wird die Bearbeitung dieses für die Geschichte der Region Merseburg wichtigen Bestandes vorangetrieben. Beispielhaft zu nennen sind die Digitalisierung weiterer Bereiche der Fotosammlung, die kontinuierliche Retrokonversion (Eingabe von Informationen aus Abgabelisten in die Archivdatenbank) sowie die Umverpackung des immensen Aktenschriftgutes in archivgerechte Kartons durch ein Freiwilligenprojekt.

Weitere Großbestände der Chemischen Industrie: Buna-Werke und Chemiekombinat Bitterfeld

Nicht zu vernachlässigen sind die beiden anderen Eckpunkte des mitteldeutschen Chemiedreiecks: Die Buna-Werke sowie das Chemiekombinat Bitterfeld. Der Bestand *I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna* umfasst die Überlieferung der Buna-Werke nach 1945. Nach Zerschlagung der IG Farbenindustrie wurde die „Buna-Werke GmbH, Schkopau“ auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 5. Juni 1946 in einen Betrieb der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) umgewandelt (ab April 1947 als SAG Kautschuk). Mit Wirkung vom 1. Januar 1954 erfolgte die Übergabe des Betriebes an die DDR. Am 1. Januar 1970 wurde das Kombinat VEB Chemische Werke Buna gebildet. Zu diesem gehörten neben dem Stammwerk in Schkopau die Volkseigenen Betriebe Ammendorfer Plastwerk, Chemiewerk Greiz-Dörlau und Orbitaplast Weißandt-Görlau, ab 1974 auch der VEB Eilenburger Chemiewerk. Als größter Hersteller von starren und elastischen Kunststoffen stellte das Kombinat einen der wichtigsten Betriebe der chemischen Industrie in der DDR dar. Am 8. November 2000 übernahm das damalige Landesarchiv Merseburg von der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH Archivgut der Buna-Werke GmbH (1936 – 1945) sowie des VEB Chemische Werke Buna (1945 – 1990). Zu diesem Archivgut zählen neben Aktenschriftgut auch eine umfangreiche audiovisuelle Überlieferung (Fotos und Filme) und eine große Druckschriften-

Chemie gibt Brot-Wohlstand-Schönheit. Chemiekonferenz des Zentralkomitees der SED und der staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. November 1958 (LASA, I 525, Nr. D 457)



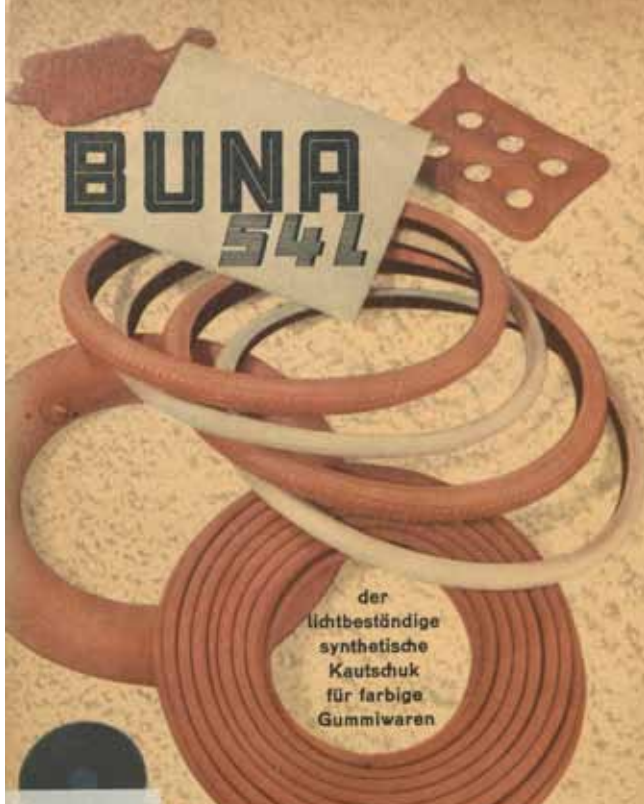
sammlung. Die Verzeichnungsdaten des knapp 150 laufende Meter umfassenden Schriftgutes des Bestandes *I 529* wurden bereits Ende 2023 über die Recherchedatenbank des Landesarchivs online gestellt. Mit der nächsten Aktualisierung der Datenbank werden auch die Informationen zu den überlieferten Druckschriften abrufbar sein.

Die Überlieferung der Chemieregion Bitterfeld bzw. Bitterfeld-Wolfen nach 1945 verteilt sich auf drei Bestände: *I 507 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld*, *I 533 VEB Farbenfabrik Wolfen* und *I 509 VEB Chemiekombinat Bitterfeld*.

Mit Befehl Nr. 124 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) vom 30. Oktober 1945 wurden die Chemischen Werke Bitterfeld, ein Werk der IG Farbenindustrie AG, unter Kontrolle der sowjetischen Verwaltung gestellt. Im Jahre 1946 erfolgte die Eingliederung der Bitterfelder Werke Süd und Nord in die Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) Mineral-Düngemittel „Kaustik“. Diese wurden damit bis zum Jahre 1952 Eigentum der UdSSR. Nach dem Übergang in deutsches Volkseigentum lautete der Werksname bis 1969 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld (EKB). Am 1. April 1969 wurde aus dem VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld und dem VEB Farbenfabrik Wolfen der VEB Chemiekombinat Bitterfeld (CKB) gebildet.

Die Farbenfabrik Wolfen wurde Ende des Zweiten Weltkrieges stillgelegt und zunächst durch die amerikanische, anschließend durch die sowjetische Armee besetzt. Im Jahr 1947 ging das Werk unter den Namen Farbenfabrik Wolfen Abteilung der Sowjetisch-Staatlichen Aktiengesellschaft für Farbstoffherzeugung „Kraska“ in den Besitz der UdSSR. Im Mai 1952 übernahm die DDR das Werk. Das Farbenwerk Wolfen, einzig großer Farbstoffproduzent in der DDR, ging im Jahr 1969 im VEB Chemiekombinat Bitterfeld auf, der im selben Jahr gegründet worden war.

Zum VEB Chemiekombinat Bitterfeld gehörten der VEB Chemiewerk Nünchritz (mit dem angegliederten VEB Fluorwerke Dohna und dem Institut für Silikon- und Fluorkarbonchemie Radebeul), der VEB Elektrokohle Lichtenberg, der VEB Vereinigte Sodawerke Bernburg-Staßfurt Sodawerk Staßfurt (einschließlich des angegliederten VEB Lipsia Chemische Fabrik Mügeln), der VEB Chemiewerk Bad Köstritz, der VEB Fettchemie Karl-Marx-Stadt (VEB FKM) sowie der VEB Domal Stadtilm. Das Profil der Gesamtproduktion umfasste 4.000 Erzeugnisse, darunter vor allem die Chlorerzeugungsschemie, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Farbstoffe, organische Zwischenprodukte, Kunstharz-Ionen-



„Buna S 4 L“. Der lichtbeständige synthetische Kautschuk für farbige Gummiwaren (Grundmischungen, Proben). Hrsg. VEB Chemische Werke Buna, ohne Datum (LASA, I 529, Nr. B 373)

austauscher „Wofatit“, Metallprodukte (besonders Aluminium), PVC-Erzeugnisse, Pharmazeutika und Riechstoffe.

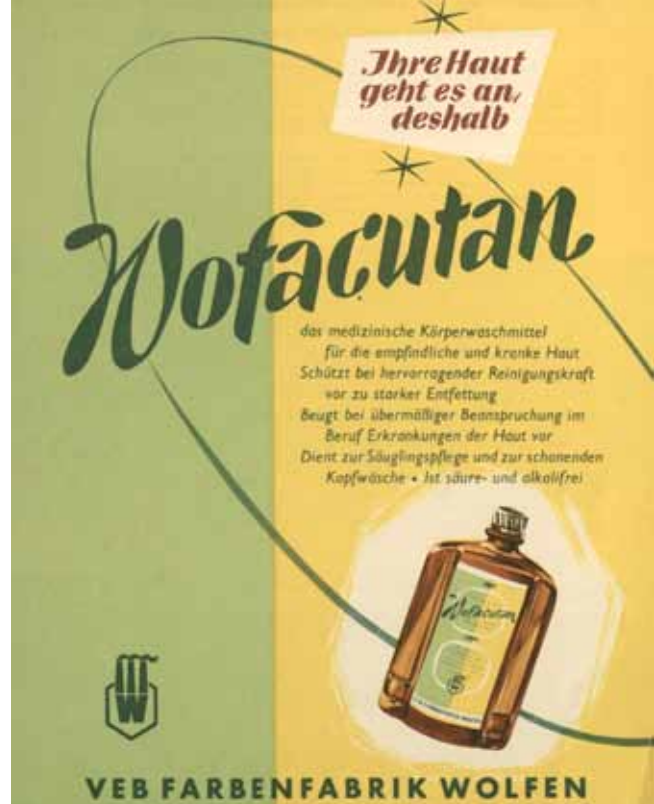
Mit der nächsten Aktualisierung der Recherchedatenbank des Landesarchiv werden die Verzeichnungsdaten der Bestände *I 533 VEB Farbenfabrik Wolfen* und *I 509 VEB Chemiekombinat Bitterfeld* online zugänglich sein.

Kleinere Chemie-Bestände: Von Krumpa über Piesteritz bis Zeitz

Neben den genannten Schwerpunkten der Überlieferung der chemischen Industrie nach 1945 gibt es noch weitere, zwar kleinere, aber deswegen nicht weniger interessante Bestände zu chemischen Werken bzw. Betrieben im südlichen Sachsen-Anhalt. Hier wären zu nennen *I 524 VEB Mineralölwerk Lützkendorf, Krumpa*, *I 527 VEB Kombinat Agrochemie Piesteritz*, *I 530 VEB Kombinat Elbit, Gummiwerke Wittenberg* und *I 535 VEB Hydrierwerk Zeitz*. Die Verzeichnungsinformationen der Akten sowie Druckschriften des VEB Kombinat Agrochemie Piesteritz wurden bereits vor drei Jahren online gestellt. Die Verzeichnungsinformationen des Aktenschriftgutes des VEB Hydrierwerk Zeitz werden im Rahmen der nächsten Datenbankaktualisierung zugänglich sein.

Überlieferungsschwerpunkte

Der Bestand *I 525 Leuna-Werke* verfügt über Schriftgut aus nahezu allen Bereichen eines chemischen Großbetriebes in der DDR. Hier wären unter anderem



Produktzettel für Wofacutan, ohne Datum (LASA, I 509, Nr. D 1220)

zu nennen: Vorlagen und Protokolle von Leitungssitzungen, Geschäfts- und Jahresberichte, Betriebsbeschreibungen, Bilanzen, Sozialistischer Wettbewerb, Perspektivplanung, Internationale Zusammenarbeit, Messetätigkeit, Beschaffung und Absatz, Wohnungsbau, Arbeits-, Gesundheits- und Brandschutz, Produktion Stickstoffprodukte, Erdöl/Olefine, Methanol/Paraffine, Synthesegas, Caprolactam und Plaste und Konsumgüter. Zu Letzterem gibt es vor allem in der Foto- und Druckschriftensammlung viele Werbeaufnahmen und Produktzettel. Hervorzuheben sind die Unterlagen der Nachkriegszeit über Demontage, Verpflichtung von Wissenschaftlern in die Sowjetunion und sogenannte Westabgänge (Mitarbeiter, die in die Bundesrepublik flüchteten). Aus den 1970er und 1980er Jahren sind wichtige Dokumente zur Kulturarbeit (Kulturhaus, Auftragskunst, Malzirkel und ähnliches für die Werktätigen), zur Verarbeitung von Erdöl und zu Gast- bzw. Vertragsarbeitern aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet Vietnam, Kuba, Polen usw. überliefert. Im großen Rahmen ist außerdem verschiedenartiges Schriftgut zur Forschung und Entwicklung vorhanden, wie Forschungs- und Entwicklungsberichte, Fach- und Hochschulschriften und Patentunterlagen.

Im Bestand *I 527 VEB Kombinat Agrochemie Piesteritz* ist umfangreiches Schriftgut zum Absatzmarkt (Import/Export/Messen) und die Korrespondenz des Stammsitzes Piesteritz mit den einzelnen Kombinatbetrieben überliefert.

Unterlagen zum Einsatz von Strafgefangenen in der

DDR sind im Bestand **I 509 VEB Chemiekombinat Bitterfeld** vorhanden. In diesem Bestand befinden sich auch zahlreiche Unterlagen zur Farbstoff- und Zwischenproduktenforschung sowie zur Planung und Planerfüllung (Planfortschreibung, staatliche Planaufgaben, Plan Wissenschaft und Technik, Wissenschaftliches Koordinierungszentrum).

Im Bestand **I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna** ist besonders hervorzuheben die Überlieferung zum Themenkomplex Arbeitssicherheit, Stör- und Havariegeschehen und Unfallmeldungen sowie zur Betriebspoliklinik. Ein weiteres Augenmerk liegt auf dem Schriftgut zur Produktion (Kautschuk, Kunststoffe, Thermoplaste, Polyvinylchlorid, Elaste, Chlor, Karbid und Niederdruckpolyethylen). Unterlagen der Werkleitung bzw. der Generaldirektion lassen die Beschlüsse und Entscheidungen des großen Chemiebetriebes nachvollziehbar werden. Verhältnismäßig umfangreiche Unterlagen für mögliche Forschungsansätze gibt es zum Umweltschutz, was gerade in den Chemiebetrieben der DDR ein heikles Thema war. Interessant sind auch beim Buna-Bestand die Unterlagen der unmittelbaren Nachkriegszeit, als das Werk unter sowjetische Verwaltung gestellt und eine Filiale der staatlichen Aktiengesellschaft der Gummiindustrie "Kautschuk" wurde. Hier finden sich in den Akten der Schriftwechsel mit der sowjetischen Generaldirektion, die Reparationsleistungen und Demontage, Bodenreform, Anordnungen der Militärregierung (Sowjetische Militäradministration), Wohnungsbeschlagnahme, Wiederaufnahme der Produktion, Lebensmittelkarten und Werksverpflegung.

Im Bestand **I 533 VEB Farbenfabrik Wolfen** sind zahlreiche Dokumente zur Farbenproduktion und zur Forschung zu Farbstoffen sowie zum bekanntesten Produkt der Farbenfabrik, dem Ionentauscher „Wofatit“, überliefert (Ionentauscher werden zur Wasseraufbereitung wie der Wasserenthärtung, der Entsalzung von Wasser, der Reinigung von Kondensat und der Herstellung von Reinstwasser verwendet).

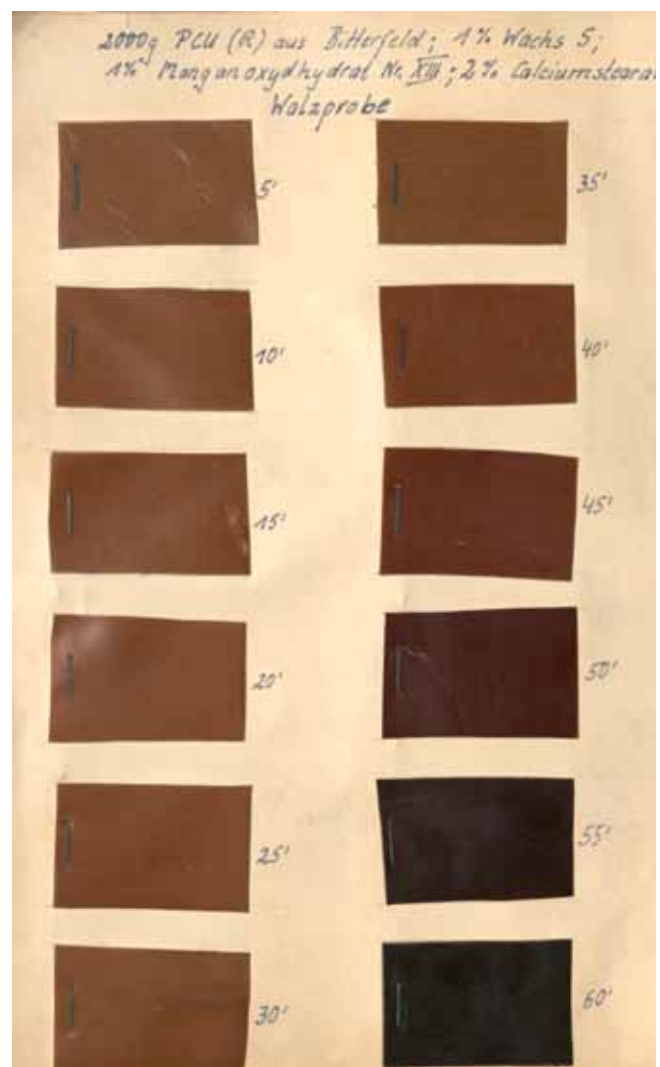
Anhand des zur Produktion überlieferten Schriftgutes im Bestand **I 535 VEB Hydrierwerk Zeitz** lässt sich der Wandel der Herstellung von Treib- und Schmierstoffen auf der Grundlage der Veredelung von Braunkohle (Karbochemie) hin zur Verwendung von Erdöl (Petrolchemie) nachvollziehen. In den Akten spiegelt sich wider, wie sich das Werk durch die Errichtung einer Erdöl-Raffinerie in den 1970er Jahren und die Umstellung der Produktion auf Erdölbasis zu einem bedeutenden Standort der petrolchemischen Industrie der DDR und zum Exporteur seiner Produkte in das westliche Ausland entwickelte.

Eine umfangreiche Film- und Fotoüberlieferung findet sich, wie bereits erwähnt, in den Beständen **I 525 Leuna-Werke** und **I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna**. Über eine beachtliche Druckschriften-sammlung verfügen neben diesen beiden Beständen auch die Bestände **I 509 VEB Chemiekombinat Bitterfeld** (umfasst auch **I 507 VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld** und **I 533 VEB Farbenfabrik Wolfen**) sowie **I 527 VEB Kombinat Agrochemie Piesteritz**.

Vereinigung volkseigener Betriebe (VVB)

In den 1950er Jahren wurden mit Einführung der Planwirtschaft vor allem kleinere Betriebe gleicher Sparten zu sogenannten Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) zusammengefasst. Für den Bereich der chemischen Industrie sind unter anderem die Bestände folgender VVB überliefert: **I 511 VVB (Z) Pharma**, **I 513 VVB Allgemeine Chemie Halle (Saale)**, **I 514 VVB Elektrochemie und Plaste Halle (Saale)**, **I 516 VVB Mineralöle Halle (Saale)** und **I 531 VVB Chemiefaser und Fotochemie Wolfen**. Sie geben mit Schriftgut über die Anleitung und Kontrolle der Betriebe, die Abstimmung der Produktionsprofile und Planungsunterlagen Auskunft über das System der staatlichen Planung und Lenkung der DDR-Wirtschaft. Statistiken,

Manganoxydhydrat, Walz- und Ofenproben von PVC und PCU, 1962–1963 (LASA, I 507, Nr. 1615)





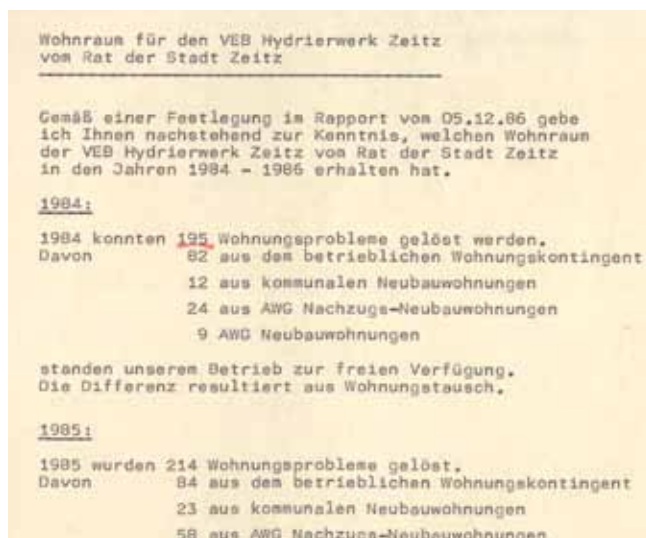
Kesselwagen mit Anlage, Bau I 104 (NDPE Niederdruckpolyäthylen-Anlage), 8. Juli 1977 (LASA, I 529, FS Nr. FN 59631)

Dienstreise- und Jahresberichte enthalten Informationen über zahlreiche Betriebe, zu denen teilweise kaum noch weitere schriftliche Überlieferung existiert. Die VVB-Bestände sind bislang nur zum Teil für die Benutzung erschlossen.

Überlieferung der Banken

Zahlungsverkehr, Kreditvergabe und Devisenbewirtschaftung der staatlichen Industriebetriebe wurden über das staatliche Bankensystem organisiert. Die Banken spielten eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der staatlichen Wirtschaftsplanung durch die Chemiekombinate, die nicht autonom über ihre Finanzen verfügen konnten. Deshalb sind auch diese Bestände für die Wirtschaftsgeschichtsforschung zum Chemiedreieck von Interesse. Zu nennen sind hier die Unterlagen der Deutschen Investitionsbank, Bezirksdirektion Halle (M 570), die Überlieferung der Industriebankfilialen der Deutschen Notenbank für Bitterfeld, Leuna und Schkopau (M 573) sowie der Industriebankfilialbereich der Staatsbank (M 577), die vor allem Kontrollschriftgut, Prüfberichte und Bilanzen enthalten. Die Unterlagen sind bislang nicht vollständig zugänglich, eine Recherche in den Findhilfsmitteln ist ausschließlich im Rahmen einer Direktbenutzung im Lesesaal möglich.

Sozialwesen, 1985–1986 (LASA, I 535, Nr. 12963)

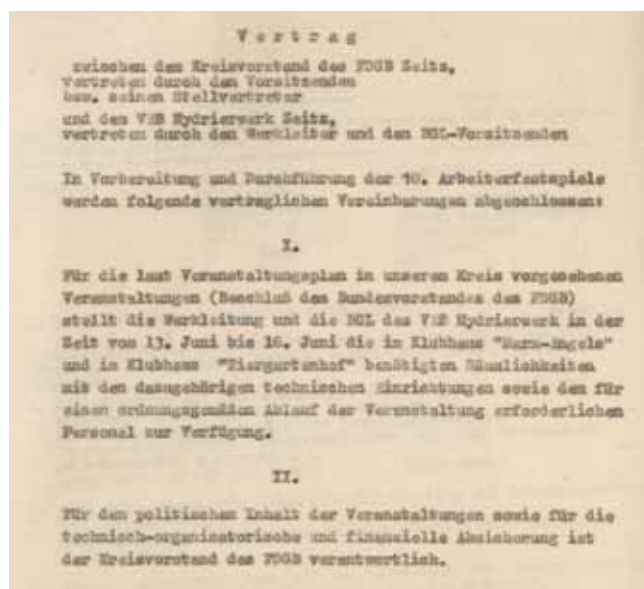


Weitere Recherchemöglichkeiten

Schriftwechsel zwischen Verwaltungsbehörden und Chemiebetrieben findet sich auch in den staatlichen Beständen. Ging es vor 1945 häufig um gewerbe-polizeiliche und Arbeitsschutzfragen (beispielsweise *C 54 Gewerbeaufsichtsamt Halle, Merseburg*), sind in der Überlieferung des Rates des Bezirkes Halle (M 501) Unterlagen zu geplanten Investitionen zu finden. Als Schlüsselindustrie unterstand die volkseigene chemische Industrie im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft der intensiven Lenkung und Kontrolle durch die SED. Welche Bedeutung die Staatsführung dem Industriezweig beimaß zeigt sich daran, dass für die Chemiekombinate in Bitterfeld, Leuna und Schkopau eigene Industriekreisleitungen gebildet wurden. Die entsprechenden Bestände (P 517-1, -2, -3) sind komplett online recherchierbar. Auch die Staatssicherheit unterhielt für diese drei Kombinate eigene Dienststellen im Range von Kreisdienststellen. Die Bestände dieser Objektdienststellen der Bezirksverwaltung Halle werden im Stasi-Unterlagen-Archiv in Halle verwahrt.

Antje Schröpfer und Jana Lehmann

Vorbereitung auf die 10. Arbeiterfestspiele 1968, 1967–1968 (LASA, I 535, Nr. 686)





Von der kleinen (braunen) Raupe Nimmersatt zum (grünen) Schmetterling

Braunkohlenabbau und Chemische Industrie im Bitterfelder Revier

Emissionsaustoss des Kraftwerks Süd mit Blick auf die angrenzende Wohnsiedlung, 1936 (Kreismuseum Bitterfeld, Fotothek, Nr. 04241)

Die Region Bitterfeld-Wolfen ist in ihrer gesamten Entwicklung zutiefst durch den Braunkohlenabbau und der darauf aufbauenden chemischen Industrie geprägt. Die Bestände des Landesarchivs Sachsen-Anhalt und die Fotothek des Kreismuseums Bitterfeld offenbaren die tiefgreifenden Wechselwirkungen zwischen Rohstoffvorkommen, technologischer Entwicklung sowie ihren weitreichenden sozialen und ökologischen Folgen.

Der Beginn des Braunkohlenabbaus im Bitterfelder Revier

Seit dem Jahr 1839 wird im Bitterfelder Revier Braunkohle gefördert. Die Industrialisierung revolutionierte durch die Erfindung der Dampfmaschine alle Bereiche der Braunkohleförderung: Förder- und Transportmaschinen lösten den händischen Abbau ab und steigerten die Fördermengen exponentiell. Die beständigen technischen Weiterentwicklungen im Brettierungsprozess sollten den geringeren Brennwert der Braunkohle im Vergleich zur Steinkohle ausgleichen. Der Anschluss vieler Gruben an das stetig wachsende Eisenbahnnetz erweiterte den Absatzmarkt der Bitterfelder Braunkohle. Durch die Etablierung örtlicher Verarbeitungs- und Verstromungsanlagen entwickelte sich die Braunkohle binnen kürzester Zeit zu einer kostengünstigen und zuverlässigen Energiequelle für die Industrie und die Bevölkerung. Gleich-

zeitig sorgte der konstante Arbeitskräftebedarf in den Gruben und Produktionsanlagen für ein rasantes Wachstum der umliegenden Ortschaften, wie beispielsweise in Sandersdorf.

Die Zeit vor 1945 – Von der Symbiose in die Pfadabhängigkeit

Trotz des kontinuierlich wachsenden Energiebedarfs aufgrund steigender Produktionsmengen und Bevölkerungszahlen erzeugten die Verstromungsanlagen des Bitterfelder Raums einen permanenten Energieüberschuss. Dieser und die Nähe zur Mulde, als Wasserlieferungs- und Abwasserentsorgungsmöglichkeit zugleich, bildeten die entscheidenden Standortfaktoren für die Ansiedlung energieintensiver Industriezweige: Im Jahr 1891 siedelte sich die „Actien-Gesellschaft für Anilin-Fabrikation“ (AGFA) im Bitterfelder Raum an. Zwei Jahre später gründete die AEG Berlin die „Elektrochemischen Werke GmbH Bitterfeld“ (ECW) und die „Chemische Fabrik Griesheim“ (CFGE). Im Jahr 1894 wurde in Bitterfeld erstmals die Chloralkali-Elektrolyse durchgeführt. Ein Jahr später gelang durch das von Walther Rathenau entwickelte Verfahren initial die Herstellung von Kalziumkarbid im Deutschen Reich. Die durch diese Prozesse gewonnenen Grundchemikalien wurden für weitere Verfahren, wie der chemischen Herstellung von Magnesium, Benzidin oder von synthetischen Farbstoffen, genutzt. Die

Braunkohle fungierte hierbei einerseits als Energiequelle und wurde andererseits immer häufiger als Rohstoff in der chemischen Produktion eingesetzt, beispielsweise bei der Herstellung von Kalziumkarbonat und Pottasche. Die Anlagen für die Braunkohleförderung und der chemischen Industrie nutzten gemeinsam vorhandene Infrastrukturen im Bereich der Wasser- und Energieversorgung sowie hinsichtlich des Transports durch die Eisenbahn. Beide Industriezweige standen am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert in einer symbiotischen Beziehung, die der Region Bitterfeld-Wolfen weitere wirtschaftliche Prosperität versprach.

Im Jahr 1925 wurde in Bitterfeld die I.G. Farbenindustrie AG, Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland, gegründet, worin die AGFA und die CFGE aufgingen. Bis zum Ende der 1920er Jahre erwarb die I.G. Farben 90 Prozent der Braunkohlengruben im Bitterfelder Revier und stieg damit zum zweitgrößten Kohlenproduzenten Deutschlands auf. Der Hunger der I.G. Farben auf die Braunkohle stieg permanent, sodass in den Jahren 1928 bis 1933 die Großraumförderung eingeführt wurde. Ein Jahr nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gelang es der I.G. Farben, die erste synthetische Faser, die Pe-Ce-Faser, die zu großen Anteilen aus Kalk und Kohle bestand, herzustellen. Ihre Beständigkeit gegenüber Säuren, Laugen und Salzen machte sie zu einem unverzichtbaren Produkt für die

Berechnung der Kohlenausbeute im Bitterfelder Revier für die I.G. Farben, 1930 (LASA, F 506, Nr. 10)

Erwerb von Kohlenfeldern im Bitterfelder Revier.

Die Braunkohlenbergwerke der I.G. bei Bitterfeld verfügen unter Einrechnung der noch zu erwerbenden Spreng- und Anschlussparzellen über Kohlenvorräte, die unter Zugrundelegung der künftigen Förderung der Gruben eine Lebensdauer von 76 Jahren gewährleisten. Diese erhöht sich auf 95 Jahre, wenn der Verkauf an Fremde aufgegeben und nur der Bedarf der I.G. Werke einschliesslich noch auszuführender vertraglicher Lieferungen gefördert wird.

Wenngleich diese Lebensdauer als ausreichend bezeichnet werden kann, so empfiehlt es sich doch, im Interesse der Werke der I.G. bei Bitterfeld und Wolfen die Kohlenvorräte der Gruben bei Bitterfeld durch den Erwerb neuer Felder nach Möglichkeit zu vergrössern.

Zur Zeit schweben Verhandlungen über den Erwerb des Brehner Kohlenfeldes der Deutschen Erdöl A.G., das einen Kohleninhalt von 37 Mill.t besitzt, der sich durch den Erwerb von Spreng- und Anschlussparzellen auf 45 Mill.t erhöhen lässt.



Kraftwerk Süd mit Blick auf die Kühltürme und Schornsteine der Industrie- bzw. Kraftanlage, undatiert (Kreismuseum Bitterfeld, Fotothek, Nr. 01256)

immer wichtiger werdende Kriegsproduktion, beispielsweise für die Herstellung von Fallschirmen. Im gleichen Kontext ist der massive Ausbau der Produktion von Magnesium zu betrachten, einem Grundbestandteil der Brandbomben des Zweiten Weltkriegs. Somit profitierte die chemische Industrie in Bitterfeld nicht nur von der Braunkohle als Brennstoff, sondern arbeitete aktiv daran, diesen heimischen Rohstoff in neue, strategisch bedeutende Produkte umzuwandeln. Dies wiederum reduzierte die Abhängigkeit von importierten Rohstoffen und stärkte die Kriegswirtschaft. Die Beziehung zwischen Braunkohle und chemischer Industrie in Bitterfeld erhielt durch den Zweiten Weltkrieg eine geopolitische Dimension, die allerdings das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den beiden Industriezweigen weiter vertiefte und damit den Weg in die Pfadabhängigkeit ebnete.

Die Zeit nach 1945 – Von der Pfadabhängigkeit in die ‚geplante‘ Umweltkatastrophe

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs etablierte sich Bitterfeld als einer der bedeutendsten Industriestandorte in der DDR. Die Verstaatlichung der Wirtschaft führte im Jahr 1969 zur Gründung des Braunkohlenkombinats Bitterfeld (BKK) sowie des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, welches später in das VEB Chemiekombinat Bitterfeld (CKB) umgewandelt wurde. Sehr schnell entwickelte sich die Braunkohle zum Rückgrat der DDR-Wirtschaft. Die zunehmende wirtschaftliche und politische Isolation der DDR vom ‚nicht-sowjetischen Ausland‘ forcierte die maximale Ausbeutung der eigenen Rohstoffvorkommen. So förderte die DDR im Jahr 1986 insgesamt 311 Millionen Tonnen Braunkohle und etablierte

Belästigung durch Flugasche.
 Die Bewohner des der Eisenerzfabrik gehörigen Wohnhauses haben sich wegen besonders starker Belästigung durch Flugasche und Gase des Generators beschwert. Herr Dr. Dampwalf hat deshalb darum gebeten, dass ihm anstelle von Mandorf die Wohnung in Eisenhütten zugewiesen würde. Dabei kommt zur Sprache, dass insbesondere der eine Schornstein des nördlichen Kesselhauses des Dampf- und Maschinen-Betriebes besonders viel Flugasche ausstreut. Es wird für sehr erwünscht gehalten, dass in dem Schornsteine ein Flugaschenfänger eingebaut würde. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass in letzter Zeit die Belästigungen, die durch den Kohlenstaub der Grube Leopold verursacht werden, besonders groß seien.

Beschwerden über Flugasche, ca. 1921 (LASA, F 506, Nr. 8)

sich hiermit als Weltmarktführer. Das CKB Bitterfeld produzierte über 4500 verschiedene Produkte. Dazu gehörten die Speisewürze ‚BINO‘, welche auch als ‚Maggie des Ostens‘ bekannt war, und ‚Igelit‘, ein Weich-PVC, das in der DDR als Lederersatzprodukt genutzt wurde.

Doch dieser wirtschaftliche Fortschritt hatte viele Kehrseiten. Nicht lieferbare Ersatzteile führten zu immer schlechteren Sicherheitsbedingungen in den Betrieben. Provisorische Reparaturen standen an der Tagesordnung und mündeten im EKB im Jahr 1968 in einer Katastrophe: Eine Gasexplosion, die auf Materialermüdung zurückzuführen war, tötete 42 Arbeiter und verletzte 270 weitere zum Teil schwer. In verschiedenen Akten des Landesarchivs (beispielsweise I 507, Nr. 552 und I 507, Nr. 582) sind die Suche nach den Vermissten, die Gespräche mit den Angehörigen und Hinterbliebenen sowie die Behandlungen der Verletzten in den Krankenhäusern nach der Explosion ausführlich dokumentiert. Ein umfangreiches technisches Sanierungsprogramm der teilweise maroden Anlagen wurde anschließend nicht durchgeführt.

Doch nicht nur innerhalb der Betriebe drohten Gefahren. Die fehlende Rauchgasentschwefelung bei der Verstromung der Braunkohle und der chemischen Produktion führte zu einer Anreicherung der Umgebungsluft mit Schwefeldioxid, Chlor und Flugstaub. In der Folge kam es in der Region Bitterfeld-Wolfen viermal häufiger zu Atemwegserkrankungen, besonders

Suche nach Angehörigen nach der Explosion im VEB EKB Bitterfeld, 12. Juli 1963 (LASA, I 509, Nr. 552)

5.30 Uhr
 Die Eltern der Kollegin [REDACTED] verlangten Auskunft, in welchem Krankenhaus ihre Tochter liegt. Sie war im Pastenbetrieb beschäftigt. Dem Vater wurde mitgeteilt, seine Tochter wäre schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. Der Vater ging verärgert und wollte sich später noch einmal erkundigen.

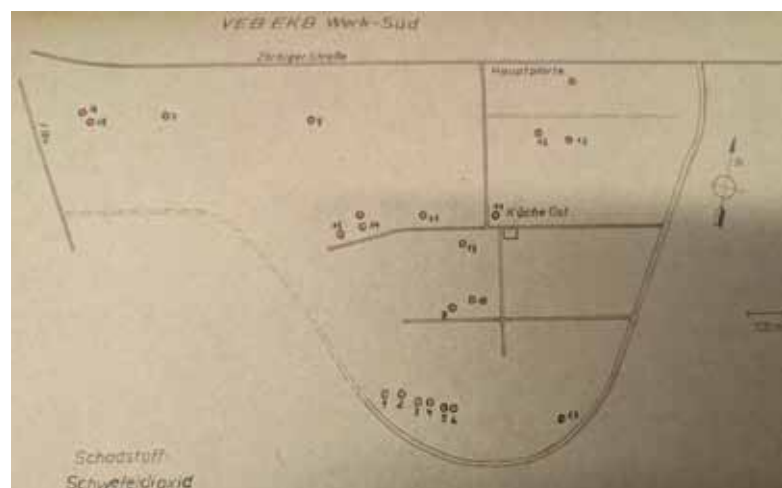
bei Kindern. Der giftige Staub überzog die Wohnhäuser und fraß sogar Löcher in die draußen zum Trocknen aufgehängte Wäsche. Die Abfallprodukte der Industrien wurden auf Deponien gelagert. Von dort stiegen ebenfalls giftige Gase ungehindert in die Umgebungsluft auf. Gleichzeitig gelangten viele Rückstände in den Boden und verseuchten hierbei ca. 200 Millionen Kubikmeter Grundwasser. Die spürbare und dauerhafte Belastung der Umwelt sorgte für einen wachsenden Protest in der Bevölkerung. Dieser wurde von der Staatsführung strikt geheim gehalten. Aktivisten drohten schwere Repressionen. Der Primat der planwirtschaftlichen Planerfüllung wurde über die Umwelt- und Gesundheitsbelange der Bürger gestellt. Mit dem Zusammenbruch der DDR und damit der staatlich kontrollierten Wirtschaft wurde das Ausmaß der Umweltkatastrophe erst offensichtlich.

Fazit und Ausblick

Über ein Jahrhundert frästen sich die Bagger, wie die kleine Raupe Nimmersatt, durch das Bitterfelder Revier. Die kontinuierliche Ausbeutung der Bodenschätze für den Erhalt der chemischen Industrie als wirtschaftliches Rückgrat der DDR führte die Region Bitterfeld-Wolfen in eine Umweltkatastrophe, deren Bewältigung bis heute nicht abgeschlossen werden konnte. Doch die rezente Entwicklung zeigt: Pfadabhängigkeiten können durchbrochen werden. Heute fungiert der Chemiepark Bitterfeld-Wolfen durch die Produktion von grünem Wasserstoff als Pionier für die Entwicklung klimaneutraler Industriekomplexe und schafft somit Raum für eine Transformation: von der kleinen (braunen) Raupe Nimmersatt zu einem (grünen) Schmetterling.

Stephanie Eifert

Übersichtskarte über die Stellen von unkontrolliertem Schwefeldioxid auf dem Gelände des VEB EKB Werk-Süd, 1970 (LASA, I 509, Nr. 1657)





Vom Bau der Chemiarbeiterstadt über die Pflanzenzüchtung bis zum Umweltschutz

Die chemische Industrie im Spiegel der staatlichen Überlieferung des Bezirkes Halle

Generalbebauungsplan der Chemiarbeiterstadt Halle-West (Halle-Neustadt) (LASA, M 501, 3. Abl., Nr. 6179)

Das Mitteldeutsche Chemiedreieck Halle-Merseburg-Bitterfeld war seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ein wichtiger wirtschaftlicher Ballungsraum. Durch die während der DDR erfolgte Überführung der dortigen Industrie in staatliche Betriebe, stellt die staatliche Überlieferung des Bezirkes Halle eine umfangreiche und thematisch breit gefächerte Quellenbasis zum Mitteldeutschen Chemiedreieck dar.

Entstehung des Mitteldeutschen Chemiedreiecks

Verortet man den Ausgangspunkt des Mitteldeutschen Chemiedreiecks, also des industriellen Ballungsraums um die Städte Halle (Saale), Merseburg und Bitterfeld, um das Jahr 1893 und die Gründung der Elektrochemischen Werke Bitterfeld, so lässt sich dies auch über die staatlichen Archivbestände fassen. So wurde kurz nach der Gründung des Bitterfelder Werks auf dem Werksgelände eine Drahtseilbahn, welche zur Beförderung von Braunkohle dienen sollte und der staatlichen Genehmigung bedurfte, errichtet. Lässt sich diese Überlieferung im Bestand **C 48 Ic Regierung Merseburg. Bauregistratur** nachweisen, so findet sich demgegenüber weiteres Schriftgut beispielsweise zur Genehmigung von chemischen Anlagen oder zu erteilten oder versagten Wasserrechten im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert in den Beständen **C 48 If Regierung Merseburg. Bauregistratur** und **C 48 IV Regierung Merseburg. Bezirksausschuss**. Wohnungs- und Siedlungsbaumaßnahmen im Kontext der Errichtung von

Industriebetrieben sind hingegen besonders im Bestand **C 50 Landratsamt und Kreiskommunalverwaltung Bitterfeld** überliefert. Die während des Nationalsozialismus durchgeführten Enteignungsmaßnahmen für kriegswichtige Industriezweige sind demgegenüber über die Bestand **C 48 Im Regierung Merseburg. Enteignungskommission** fassbar.

Staatliche Kernbestände zur chemischen Industrie während der DDR

Umfangreicheres Archivgut zur chemischen Industrie ist in den staatlichen Beständen jedoch erst aus der Zeit des DDR-Bezirk Halle (1952–1990) überliefert. Besonders einschlägig ist dabei der Bestand **M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle**, in dem Perspektivplanungen, Jahrespläne, Maßnahmen zur Durchführung des Chemieprogramms sowie Protokolle von verschiedenen Kommissionen und Stäben (beispielsweise Protokolle von Sitzungen des Operativstab „Bau“ im VEB Chemische Werke Buna; Protokolle von Tagungen und Einsätzen der Ständigen Kommission Chemische Industrie des Bezirkstages) bewahrt werden. Äußerst umfangreich sind jedoch die im Bestand überlieferten Quellen zur Planung, zum Bau und zur Gestaltung der Chemiarbeiterstadt (damals Halle-West), dem Kernbereich des heutigen Halle-Neustadt. Nachdem bereits 1958 auf einer Konferenz des Zentralkomitees (ZK) der SED zum Thema das „Chemieprogramm der DDR“ der Beschluss zur Ansiedlung von Arbeitskräften in der Nähe der Chemiestandorte

VEB Chemische Werke Buna und VEB Leuna-Werke gefasst wurde, lassen sich städtebauliche Planungen für die Chemiarbeiterstadt Halle-West bereits ab 1960 im Bestand verifizieren. Diesen Unterlagen schließen sich Quellen zur Konzeption und zum städtebaulichen Wettbewerb für den Aufbau der Chemiarbeiterstadt sowie Studien, wie zum Beispiel zur optimalen Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln, an. Gleichsam ein bedeutender Überlieferungskomplex in diesem Bestand sind die Standortunterlagen zu verschiedenen Baumaßnahmen (wie zum Beispiel für die VEB Chemische Werke Buna und VEB Agrochemie Piesteritz). Eher einen Nebenaspekt stellt dabei die Vereinbarung mit dem Ministerium für Chemische Industrie zur Realisierung des Planteils Umweltschutz dar. Die kulturellen Aspekte sind im Bestand *M 501 Bezirksstag und Rat des Bezirkes Halle. Sammlungen* exemplarisch fassbar. Zu erwähnen sind hier etwa die für die 50er und 60er Jahre überlieferten Veranstaltungspläne des Bitterfelder Kulturpalastes oder des Theaters der Werktätigen des VEB Filmfabrik Wolfen. Eine Besonderheit stellen die Mitteilungen der Akademie für ärztliche Fortbildung der DDR zur stationären Morbidität aufgrund der schädlichen Wirkungen chemischer Substanzen aus dem Jahr 1973 dar. Als weiterer wichtiger staatlicher Bestand, in dem sich Unterlagen zur chemischen Industrie erhalten haben, ist *M 535 Staatsanwaltschaft des Bezirkes Halle* anzusehen. Insbesondere Ermittlungs- und Strafakten etwa zu Arbeitsunfällen in den verschiedenen chemischen Betrieben des Chemiedreiecks sind in besagtem Bestand zu finden. Besonders umfangreich dokumentiert sind dabei die Ermittlungen infolge einer Explosion am 9. Februar 1990 in der Karbidfabrik in Schkopau, bei der Ofen 11 der VEB Chemische Werke Buna explodierte und fünf Menschen ihr Leben ließen. In der Forschung bisher kaum berücksichtigt wurde die Überlieferung im Bestand *M 549 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Bezirkskomitee Halle*, in dem sich beispielsweise Eingaben zu verschiedenen Problemlagen aus der „Chemiarbeiterstadt“ Halle-Neustadt

befinden, sowie jene des Bestandes *M 550 Arbeiter- und Bauern-Inspektion, Kreiskomitee Kombinat VEB Chemische Werke Buna*.

Der Arbeitseinsatz von Strafgefangenen sowie Ermittlungen und Analysen im Kontext eines der schwersten Industrieunfälle der DDR im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld am 11. Juli 1968 sind demgegenüber im Bestand *M 555 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle* dokumentiert.

Die Erforschung, die Entwicklung und der Einsatz von chemischen Substanzen in der Landwirtschaft ist in den Archivalien des *Instituts für Züchtungsforschung Quedlinburg (M 565)* überliefert. Hervorzuheben sind hier Unterlagen über die Möglichkeiten der chemischen Unkrautbekämpfung, Forschungsarbeiten aus dem Bereich der Biochemie, Kulturpflanzenstudien und Analysen über genetische Beziehungen bei verschiedenen Getreidesorten.

Die über 30.000 Fallakten zu Anträgen auf Anerkennung von Berufskrankheiten, die im Bestand *M 519 Arbeitshygieneinspektion des Rates Bezirkes Halle* überliefert sind, bieten des Weiteren zahlreiche Ansatzpunkte für Forschungen über die Arbeitsbedingungen und den Arbeitsalltag in den chemischen Betrieben des Bezirkes Halle.

Fazit

Wissenschaftliche, heimatkundliche und genealogische Forschungen zur chemischen Industrie im sogenannten Chemiedreieck sind aufgrund der staatlichen Bindung der DDR-Betriebe und Kombinate untrennbar mit den staatlichen Institutionen und folglich mit den von diesen überlieferten Archivalien verbunden. Das Spektrum der Forschungsansätze ist dabei äußerst breit und reicht von Themen zu Bauplanungs- und Genehmigungsverfahren über die Arbeitskräfteregulierung, Produktionssteuerung, chemische Forschung bis hin zu Strafermittlungen, Berufskrankheiten, Pflanzenzüchtung, Umweltschutz sowie Alltagsgeschichte.

Björn Schmalz

Folgen der Vinylchlorid-Explosion im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld am 11. Juli 1968 (LASA, M 555, Nr. 693)





Das Chemiedreieck nach 1990

Ökologische Neugestaltung einer Industrielandschaft

Darstellung der Messergebnisse zur Schwefeldioxidbelastung im Kreis Bitterfeld (Ausschnitt), ca. 1990 (LASA, L 16, Nr. 343)

Nach der Wiedervereinigung begann für das Chemiedreieck ein Transformationsprozess, der auch auf eine ökologische Neugestaltung der Industrielandschaft abzielte. Anhand des von den zuständigen Stellen an das Landesarchiv abgegebenen Schriftguts kann dieser Prozess nachvollzogen werden.

Für einen vollständigen Überblick über die im Landesarchiv Sachsen-Anhalt verwahrten Unterlagen zum Chemiedreieck bildet die Betrachtung der Zeit nach der Wiedervereinigung den vorläufigen Abschluss. Im Folgenden wird das Schriftgut der damals neu gegründeten Landesbehörden, vor allem des Umweltministeriums zur Chemieregion Bitterfeld-Wolfen, im Vordergrund stehen. Sofern nicht anders angegeben, sind grundlegende Informationen zu den genannten Unterlagen bereits über die Onlinerecherche des Landesarchivs durchsuchbar.

Bestand L 16 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie

Das Ministerium für Umwelt und Naturschutz arbeitete nach der Wiedervereinigung zunächst noch getrennt vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Das änderte sich erst im Jahr 2000, als beide zum Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt zusammengelegt wurden. Daraufhin wurden innerhalb der Behörde die Unterlagen des vormals eigenständigen Umweltministeriums im sogenannten „Umweltarchiv“ zusammengefasst.

Trotz des irreführenden Namens handelte es sich dabei nicht um ein eigenes Archiv, sondern lediglich um eine interne Abgrenzung des Schriftguts. Ab 2008 kam es dann zu ersten umfangreichen Anbietungen und Abgaben von Schriftgut aus dem „Umweltarchiv“ an das Landesarchiv. Gemäß des hier angewandten Ordnungsprinzips ist das Archivgut des Ministeriums im Bestand L 16 zusammengefasst und darin weiter entsprechend der Behördenstruktur untergliedert. Der größte Teil der Überlieferung zum Chemiedreieck befindet sich in der Gliederungsgruppe **03.02.06. Altlasten und Umweltsanierung**. Diese ist nochmal in allgemeine Akten zur Altlastensanierung und Akten zu Schwerpunktregionen und -themen unterteilt.

Ausschnitt aus der Archivplansuche in der Online-Recherche des Landesarchivs

- L 25 Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (1990-2021)
- L 16 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt (1990-2019)
 - 01. Leitung und Organisation des Ministeriums (1990-2014)
 - 02. Landwirtschaft (1990-2019)
 - 03. Umwelt (1990-2011)
 - 03.01. Leitung und Organisation des Bereichs Umwelt (1990-2008)
 - 03.02. Umweltschutz (1990-2011)
 - 03.02.01. Allgemeiner Umweltschutz (1991-2006)
 - 03.02.02. Flächen- und Artenschutz (1991-2011)
 - 03.02.03. Schutzgebiete (1990-2008)
 - 03.02.04. Eingriffsregelung (Verträglichkeitsprüfung) (1990-2006)
 - 03.02.05. Naturschutz und militärische Nutzung (1991-1998)
 - 03.02.06. Altlasten und Umweltsanierung (1990-2008)
 - 03.02.06.01. Altlastensanierung allgemein und Einzelmaßnahmen (1990-2005)
 - 03.02.06.02. Chemieregion Bitterfeld-Wolfen (1990-2004)
 - 03.02.06.03. Mansfelder Land (1990-2006)
 - 03.02.06.04. Gommern (1996-2003)
 - 03.02.06.05. Braunkohlesanierung (1992-2004)
 - 03.02.06.06. Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft (MDSE) (1999-2008)
 - 03.02.07. Gewässer- und Bodenschutz (1990-2008)
 - 03.02.08. Umweltinformationssystem (1991-2008)
 - 03.02.09. Umweltforschung und Umwelttechnologien (1991-2003)
 - 03.02.10. Chemikaliensicherheit (1995-1998)
 - 03.02.11. Immissionsschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung (1990-2005)
 - 03.02.12. Naturschutzverbände (1990-2006)

Neben der Region Bitterfeld-Wolfen haben beispielsweise auch das Mansfelder Land und die Braunkohlesanierung eine eigene Untergruppe.

Bereits 1990, noch vor der Wiedervereinigung, bildete sich eine Kommission unter Leitung des DDR-Ministeriums für Schwerindustrie, die sich die Entwicklung von Perspektiven für die Chemieregion unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten zum Ziel gesetzt hatte. Im Jahr 1991 wurde die Arbeit dieser Kommission dann fortgeführt, nun mit dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz unter Leitung der sachsen-anhaltischen Landesregierung. Ein wichtiger Schritt war die Erarbeitung eines ökologischen Sanierungskonzeptes sowie die Konzeption und Finanzierung eines Nationalen Sonderprogramms Bitterfeld/Halle/Merseburg mit verschiedenen Sofortmaßnahmen. Dabei spielte die Einbeziehung der in der Region ansässigen großen Unternehmen eine wichtige Rolle, die zum Teil auch eigene Sanierungs- und Entwicklungskonzepte aufstellten. Im Bestand befinden sich die Sitzungsunterlagen der Regierungskommission von 1990 bis 1997 sowie Akten ausschließlich zur Ausarbeitung und Umsetzung des Sanierungskonzeptes für das Gebiet Leipzig/Bitterfeld/Halle/Merseburg. Daneben gibt es Akten zu generellen Ideen und Projekten für die Weiterentwicklung der Chemieindustrie im Land und des Standortes Bitterfeld-Wolfen allgemein. Zum weiteren Austausch über den ökologischen Zustand und die Perspektiven für die Sanierung der Region fanden zudem zwei Bitterfelder Umweltkonferenzen sowie mehrere Arbeitstagen regionaler Akteure statt, deren Vorbereitung und Durchführung hier überliefert ist.

Alte Tagebaurestlöcher sollten geflutet werden, um so eine Seenlandschaft im Süden Sachsen-Anhalts zu erschaffen. Ein prominentes Beispiel dafür ist die Flutung der Goitzsche Anfang der 2000er Jahre, da damit auch umfangreiche Vorkehrungen zur Sicherung des Bitterfelder Stadtgebietes gegen den ansteigenden Grundwasserspiegel getroffen werden mussten. Trotzdem verschärfte sich die Situation, als 2002 das sogenannte Jahrhunderthochwasser großen Schaden anrichtete und die Wassermassen gleichzeitig die Flutung ungewollt vorantrieben. Die Anpassung des Konzeptes, Maßnahmen zum Schutz der anliegenden Wohngebiete und umfangreiches Kartenmaterial sind in den Sitzungsunterlagen des Sonderarbeitskreises zum Teilsanierungskonzept Goitzsche / Bitterfeld Süd dokumentiert.

Auch unter den allgemeinen Unterlagen zur Altlastensanierung liegen einzelne Akten mit Bezug zum Chemiedreieck vor, beispielsweise zur Erfassung des

Altlastenrisikos der Objekte der ehemaligen Minol in Sachsen-Anhalt (L 16, Nr. 2974).

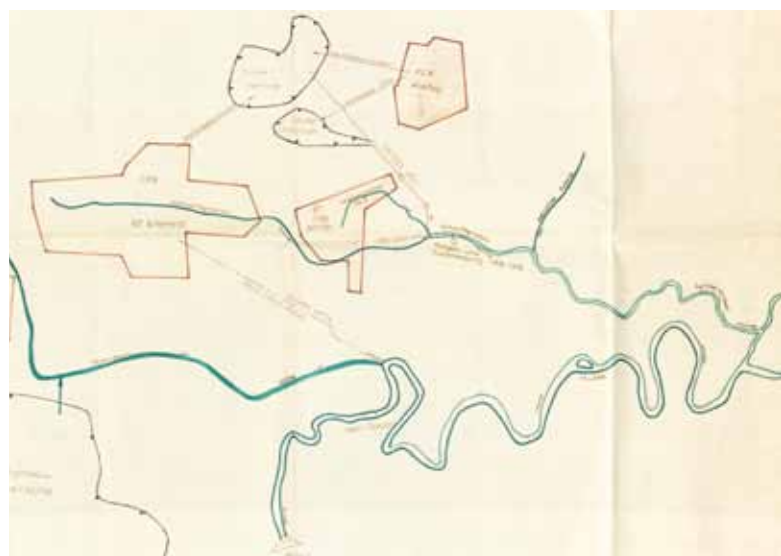
Ein besonderer Fall ist die Überlieferung aus der Beteiligungsverwaltung, also privatwirtschaftlichen Unternehmen, an denen das Land Sachsen-Anhalt finanziell beteiligt ist. Der größte Teil der Überlieferung dazu findet sich im Bestand des Finanzministeriums, da dieses für vermögens- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten des Landes zuständig ist. In einigen Fällen wurde sich jedoch dafür entschieden, die Akten anderen Ministerialbeständen zuzuordnen, wenn die fachliche Aufsicht über die Unternehmen dort angesiedelt ist. Das gilt auch für die Aufsichtsratsitzungen der Mitteldeutschen Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft (MDSE), die in einer eigenen Untergruppe verzeichnet sind.

Bestände anderer Ressorts

Aus dem Wirtschaftsministerium wurden zum Chemiedreieck bisher noch keine Unterlagen in größerem Umfang durch das Landesarchiv übernommen. Einzelne Akten sind bisher im Bestand **L 25 Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung** in den Gruppen **02.04.03.03. Chemische Industrie** und **03.01. Koordinierung mittelständischer Maßnahmen** verzeichnet.

Die Umgestaltung der Chemielandschaft und der Region Bitterfeld-Wolfen insbesondere war auch Teil der zahlreichen Projekte zur Weltausstellung 2000 in Hannover. Als Ergänzung zur Ministerialüberlieferung dazu verwahrt das Landesarchiv deshalb auch die Überlieferung der 2006 aufgelösten Landesgesellschaft im Bestand **L 32 EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH**. Hier sind besonders die Teilprojekte **01.03. Neue Chemielandschaft Bitterfeld-Wolfen** und **01.05. Transparente Chemie** aus der zweiten Hälfte der 1990er Jahre relevant. Da der Bestand sehr umfangreich ist, läuft die Erschließung der Unterlagen noch,

Schematische Darstellung der Abwasserverhältnisse im Raum Bitterfeld-Wolfen, Maßstab 1 : 25 000, [ca. 1990] (LASA, L 16, Nr. 343)



und die Recherche ist momentan nur intern möglich. Die Staatskanzlei koordiniert ressortübergreifend die Arbeit der Landesregierung, weshalb sich auch im dazugehörigen Bestand **L 1 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur** mit der Gliederungsgruppe **05.06.01.06. Wirtschaftspolitik** eine Spiegelüberlieferung zu den Unterlagen der Fachressorts, vorrangig aus den frühen 1990er Jahren, findet. Hierbei sind die Sitzungen des Arbeitskreises zwischen Bund und Land hervorzuheben, die sogenannte „Ludwig Runde“. Ebenso gibt es Akten zur Entwicklung einzelner Betriebe wie BUNA und Addinol sowie zu Gesprächen des Ministerpräsidenten mit Vertretern der Chemieindustrie.

Auch in den Bereichen Strafverfolgung, Justiz sowie Finanz- und Sozialverwaltung befinden sich relevante Unterlagen im Zusammenhang mit der Transformation der Chemieregion nach 1990. Diese enthalten jedoch in weiten Teilen noch zu schützende personenbezogene Daten und unterliegen deswegen noch relativ langen archivgesetzlichen Schutzfristen. Deswegen kann hierauf nicht im Detail eingegangen werden. Eine Benutzung vor Ablauf der Schutzfristen ist unter bestimmten Voraussetzungen dennoch möglich. Hierfür kann ein Antrag auf Schutzfristenverkürzung gestellt werden. Nähere Informationen dazu finden sich auf der Homepage des Landesarchivs.

Die vorgenannten Bestände können jedoch nur Ansatzpunkte für eine Recherche und keine abschließende Aufzählung darstellen. Die Aufgaben- und

Zuständigkeitsverflechtung der neu gegründeten Landesbehörden sollte bei der Recherche nicht außer Acht gelassen werden. Zuständigkeitsabgrenzungen und rechtliche Grundlagen mussten erst ausgearbeitet werden, Aufgaben wechselten zwischen einzelnen Behörden – auch heute noch finden nach Landtagswahlen Umstrukturierungen in der Landesverwaltung statt. Deshalb finden sich über alle Ressorts verteilt auch in vielen anderen Beständen immer wieder einzelne Akten zur Thematik. Im Bestand **L 107 Staatliche Bau- und Liegenschaftsverwaltung** kann beispielsweise unter der Ermittlung von Altlastenverdachtsflächen auch eine Akte zu Chemieablagerungen in Bitterfeld eingesehen werden (L 107, Nr. 6257).

Unterlagen (noch) außerhalb des Landesarchivs

Seit 2000 verfügt Sachsen-Anhalt mit der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) über eine eigene Einrichtung zur Koordinierung der langwierigen Aufgabe der Altlastensanierung. Bisher sind allerdings noch keine Unterlagen zu einzelnen Projekten der LAF im Landesarchiv überliefert, da diese Projekte zum Teil noch bis heute andauern und die Akten auch nach deren Abschluss noch längere Zeit in der Behörde verbleiben müssen. Bei Anfragen zu diesem Thema wird deshalb häufig auf die LAF und deren Aktenbestand verwiesen.

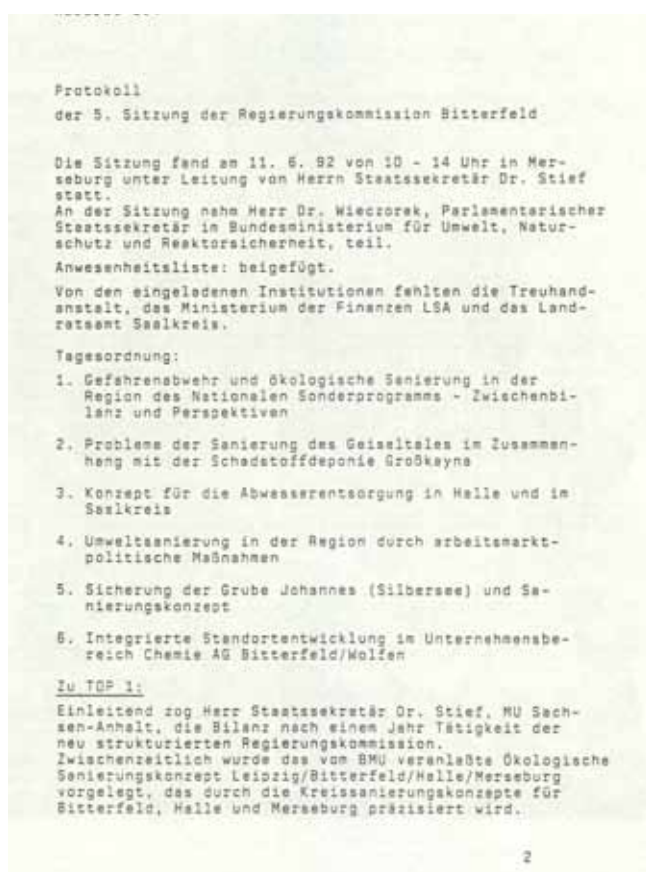
Ausblick

Generell ist die Überlieferungsbildung eine andauernde archivische Kernaufgabe und es werden auch heute immer noch „neue“ Unterlagen aus den 1990er Jahren von den Landesbehörden in das Landesarchiv übernommen. Somit kann und wird sich auch die Überlieferung zum Chemiedreieck in den nächsten Jahren noch erweitern.

Ein Großteil der Unterlagen im Bestand L 16 wurde nur mit rudimentären Angaben in die Archivdatenbank überführt, da aufgrund vieler und umfangreicher Zugänge in der Anfangszeit eine intensive inhaltliche Überarbeitung zeitlich nicht möglich war. Deshalb liegen häufig keine näheren Angaben zum Inhalt vor und teilweise sind die Aktentitel wenig aussagekräftig. Um dem zunehmenden Interesse an dieser Thematik gerecht zu werden, findet daher derzeit eine vertiefte Erschließung der eingangs genannten Gliederungsgruppe **Altlasten und Umweltsanierung** statt. Diese momentan laufenden Überarbeitungen sind zeitaufwändig, werden in Zukunft aber die Recherche in den Beständen erleichtern.

Colleen Neuß

Erste Seite eines Sitzungsprotokolls der Regierungskommission Bitterfeld-Wolfen, 1992 (LASA, L 16, Nr. 2142)





Das Stadtarchiv Leuna und das Archiv des Chemiemuseums Merseburg

Standort des Stadtarchivs Leuna sei dem 1. Dezember 2008 im Sockelgeschoss des Westflügel (Glaspalast) im Gesundheitszentrum Leuna, ehemalige Betriebspoliklinik (StA Leuna, Lichtbildsammlung, Nr. 671).

Das Archiv der Stadt Leuna, welche 1945 das Stadtrecht erhielt, und das Archiv des Deutschen Chemiemuseums haben eine wechselvolle Geschichte. Heute sind sie unter einem Dach untergebracht und ergänzen einander.

Das Stadtarchiv Leuna

Initiativen zur Gründung eines Stadtarchivs neben dem mit Facharchivaren besetzten Betriebsarchiv der Leuna-Werke gab es bereits 1967. Da seitens des Kreises keine Planstelle bereitgestellt wurde, war eine Betreuung auf ehrenamtlicher Basis angedacht, was jedoch den damaligen gesetzlichen Vorschriften widersprach.

Dies änderte sich mit der Verordnung über Ortschroniken vom 26. November 1981, welche die Städte und Gemeinden zur Führung einer Ortschronik verpflichtete und dafür ehrenamtliche Ortschronisten zuließ. In Leuna wurde dieses Amt durch den Lehrer Krüger übernommen, der eine Zeitungsartikelsammlung über Leuna anlegte. In den Folgejahren schuf die Stadtverwaltung zwar eine Planstelle für das Stadtarchiv, die – mit einer zeitlichen Unterbrechung – allerdings nicht mit Fachpersonal besetzt wurde und am 31. Dezember 1989 ersatzlos entfiel.

Die Herausgabe einer Festschrift zum 50. Jahrestag der Stadtrechtsverleihung an Leuna am 1. November 1945 wurde schließlich zum Anlass genommen einen Ortschronisten und Stadtarchivar zunächst befristet und ab 1999 fest anzustellen, der in den Magazinen 465 lfm unbearbeitetes Schriftgut vorfand. Das zunächst in Kellerräumen untergebrachte Archiv gelangte um die Jahrtausendwende an seine räumlichen Grenzen. Entstanden vor 1989 in der Stadtverwaltung 1,8 lfm Akten pro Jahr, waren es 1992 bereits

18 lfm, aktuell werden rund 100 lfm pro Jahr an das Archiv abgegeben. 2000/01 waren die Kapazitäten bereits nahezu erschöpft. 2001 erhielt die Stadt Leuna zudem den Nachlass (Privatbibliothek) von Martin Pabst aus Cuxhaven, der sich große Verdienste um die Erforschung der Zwangsarbeit im Territorium erworben hat.

Das Archiv verwahrte ursprünglich vor allem Akten der Gemeinden Leuna-Ockendorf, Rössen, Göhlitzsch, Daspig und Kröllwitz. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Leuna-Kötzschau 2005/06 kamen weitere Unterlagen hinzu. Die Eingemeindung der Gemeinden Friedensdorf, Günthersdorf, Horburg-Maßlau, Kötschlitz, Kötzschau, Kreypau, Rodden, Spergau, Zöschen und Zweimen brachte erneuten Zuwachs an Archivgut. Zum Bestand gehören außerdem ein umfangreiches Karl-Barth-Archiv mit rund 11.000 Zeichnungen von Gebäuden der Gartenstadt Leuna sowie das Bildarchiv der ehemaligen Technischen Hochschule Carl Schorlemmer Leuna-Merseburg. Nachdem im Westflügel des Gesundheitszentrums Räumlichkeiten für Archivzwecke um- und ausgebaut wurden, konnte der Dienstbetrieb des Stadtarchivs Leuna dort am 1. Dezember 2008 wieder beginnen.

Archiv des Chemiemuseums Leuna

2005/06 trat der Vorstand des Vereins „Sachzeugen der chemischen Industrie e. V.“ (SCI) an die Bürgermeisterin der Stadt Leuna, Frau Dr. Hagenau, mit der Bitte um Unterstützung durch das Stadtarchiv heran. Das hierauf von 2006 bis 2009 realisierte Betreuungsmodell für das Vereinsarchiv sah die wöchentliche Anleitung von Arbeitskräften vor Ort in der Hochschule Merseburg durch den Stadtarchivar vor, der

dort selbst auch zusätzlich Archivarbeit leistete. Im Rahmen der Bearbeitung wurden folgende Teilbestände gebildet und erschlossen:

- SCI. I Bitterfeld: Produktion und soziale Verhältnisse, ab 1896,
- SCI. II Bitterfeld: Produkte, ab 1896,
- SCI. III FH/HS Merseburg, ab 1991,
- SCI. IV Leuna: Produkte und Anlagenteile, ab 1916,
- SCI. V Leuna: Werbung, Absatz, Beschaffung, Marketing, ab 1916,
- SCI. VI Leuna: Produktionssicherheit und Telekommunikation, ab 1916,
- SCI. VII Leuna: Parteien, Massenorganisationen, Öffentlichkeitsarbeit, ab 1945,
- SCI. VIII Lützkendorf: 1936-, SCI. IX Schkopau: Produkte und Anlagenteile ab 1936,
- SCI. X Schkopau: Werbung, Absatz, Beschaffung, Marketing, ab 1936,
- SCI. XI Schkopau: Produktionssicherheit und Telekommunikation, ab 1936,
- SCI. XII Schkopau Parteien, Massenorganisationen, Öffentlichkeitsarbeit, ab 1945,
- SCI. XIII SCI: Vereinsarbeit, ab 1992,
- SCI. XIV SCI: Manuskripte, ab 1992,
- SCI. XV SCI: Materialsammlung, ab 1992,
- SCI. XVI Merseburg: TH „Carl Schorlemmer“, 1953–1991,
- SCI. XVII Wolfen: Film und Farbe, ab 1936.

Außerdem gehören zu diesem Bestand umfangreiche Sammlungen von Prospekten für Maschinenbau, Chemieprodukte, Elektrotechnik, Betriebsmess-, Steuerungs- und Regelungstechnik (BMSR), EDV,

Die Unterbringung der Archivalien des SCI im Stadtarchiv Leuna (StA Leuna, Lichtbildsammlung, Nr. 838).



Firmenporträts, Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Brandschutz (GAB) und Nachlässe von Wissenschaftlern der Technischen Hochschule (TH) Merseburg. Insgesamt umfasst das Archiv des Vereins „Sachzeugen der chemischen Industrie e. V.“ (SCI) derzeit ca. 150 lfm, etwa 80 % hiervon sind erschlossen.

Übernahme des Archiv des Chemiemuseums Leuna ins Stadtarchiv Leuna

Da der SCI keine dauerhafte fachgerechte Unterbringung seiner Archivalien und eine kontinuierliche qualifizierte Bearbeitung und Benutzung realisieren konnte, erfolgte mit Wirkung zum 1. Dezember 2010 die Schenkung des Archivs des Vereins Sachzeugen der Chemischen Industrie an die Stadt Leuna und die Umlagerung in deren Archivmagazin. Der Umfang der dort verwahrten historischen Unterlagen beläuft sich aktuell auf ca. 1.500 lfm. Die Bestände sind in einer Datenbank erschlossen, jedoch nicht online recherchierbar.

Die Archivdatenbank des SCI zog ebenfalls auf den Server der Stadt Leuna um. Auf diese Datenbank kann von allen Interessierten über das Internet zugegriffen werden (<http://www.chemie-merseburg.de/archiv1/gast.php>). Im Stadtarchiv Leuna ist die Sammlung des SCI nun auch für die Benutzung zugänglich.

Die Sammlungen an Prospekten zum Maschinenbau, zu Chemieprodukten sowie zu Elektrotechnik, EDV und Labortechnik ist deutschlandweit einmalig. Sie sind gleichrangig mit ausgewählten Bibliotheksbeständen des Deutschen Museums München, des Museums für Technik und Verkehr Nürnberg (DB-Museum), des Technikmuseums Berlin und des mathematisch-physikalischen Salons Dresden zu nennen. Über die obigen Sammlungen ist das Stadtarchiv Leuna auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Technik- und Sozialgeschichte in ERASMUS, das Forschungsportal Sachsen-Anhalt und die Regionalbibliographie Sachsen-Anhalt eingebunden.

Forschungen im Stadtarchiv Leuna

Geisteswissenschaftler recherchieren im Stadtarchiv regelmäßig für ihre Qualifikationsarbeiten. Zu nennen sind etwa Forschungen der Martin-Luther-Universität -Halle-Wittenberg (MLU) mit einer Masterarbeit auf dem Gebiet der administrativen Geographie im Kreis Merseburg oder ein Dissertationsvorhaben der Technischen Universität (TU) Dresden zur Leunaer Gartenstadtkultur als Lebensform für Chemiewerker. Biologiestudenten der MLU nutzen die Bestände des SCI-Archivs im Zusammenhang mit dendrochronologischen Untersuchungen zu Umwelteinflüssen der



Gemeinsame Ausstellung Deutsches Chemiemuseum Merseburg und Stadtarchiv Leuna zum Jahr der Chemie 2003 (StA Leuna, Lichtbildsammlung, Nr. 3282).

chemischen Industrie mittels Einlagerungen in den Jahresringen von Bäumen.

Das Anfragenspektrum des Stadtarchivs Leuna reicht von Fragestellungen zu Umweldelikten (Produktabfragen) bis hin zu Abfragen von Schwesterorganisationen des deutschen TÜV im europäischen Ausland. Fast 30 Jahre nach dem Ende der DDR sind noch viele technische Geräte aus ehemaligen DDR-Betrieben in Deutschland und den ehemaligen RGW-Ländern im Einsatz. Deshalb erreichen das Stadtarchiv auch Anfragen zu Bedienungsanleitungen, Wartungsunterlagen und Schaltplänen zu Produkten von EAW Berlin-Treptow, Reglerwerk Teltow, JUNKALOR

Dessau und des ROBOTRON-Kombinats. Aber auch technische Museen fragen nach technischen Dokumentationen, ebenso wie Vereine von Eisenbahnfreunden (zum Beispiel aus Bochum-Dahlhausen, Kiritzschalbahn, Müglitzalbahn, Zittau-Oybin und Oschatz), die rollendes Material unterhalten und mit historischen Gerätschaften arbeiten, von denen nur der SCI die Prospekte besitzt. Gymnasien mit mathematisch-naturwissenschaftlich/technischem Profil interessieren sich für betriebskundliche Lehrbücher der Leuna- und BUNA-Werke.

Darüber hinaus wurden mit den Archivalien des SCI im Rathaus Leuna zwischen 1996 und 2018 insgesamt 14 Ausstellungen gestaltet, unter anderem zu Plasterwerk- und Klebstoffen in der deutschen Modelleisenbahnindustrie (Schwerpunkt DDR im Jahr 2000) oder zum einhundertjährigen Jubiläum der Ammoniaksynthese (2013).

Besonders gefragt ist auch das Lichtbildarchiv der ehemaligen TH Leuna-Merseburg, welches für die Jahre 1954 bis 1992 im Stadtarchiv Leuna bewahrt wird und zusätzlich in digitaler Form vorliegt.

Ralf Schade (Stadtarchiv Leuna)



Das Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld

Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld im Verbindungsbau des Kreisverwaltungsgebäudes in der Zeppelinstraße 15 in Köthen, September 2025. (Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld, DioFo 25, Foto: S. Pick)

Ein Archiv, dessen Bestände Einblicke in die Geschichte dreier Territorien gewähren – mit Wurzeln im Fürsten- und Herzogtum Anhalt sowie in Kursachsen. Die Gebietsentwicklungen könnten kaum unterschiedlicher gewesen sein, doch ihre prägenden Epochen haben bis heute Spuren hinterlassen, die zur Identität der Region beitragen. Das Kreisarchiv macht diese Spuren sichtbar.

Das Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld ist als eigenständiger Fachdienst dem Fachbereich Interner Service der Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld unterstellt. An drei Standorten betreuen die insgesamt fünf Archivmitarbeiter fast acht Kilometer Archivgut. Der Hauptsitz des Archivs befindet sich im Hauptverwaltungsgebäude Am Flugplatz 1 in Köthen. Unweit davon, in der Zeppelinstraße 15, werden weitere

Archivbestände aufbewahrt. In der ehemaligen Kreisstadt Bitterfeld, heute Teil der Stadt Bitterfeld-Wolfen, ist in den Räumlichkeiten der Röhrenstraße 33 der dritte Archivstandort zu finden. An allen archivischen Dienststellen befinden sich Mitarbeiter und entsprechend ausgestattete Arbeitsplätze.

Der Fachdienst Archiv des Landkreises Anhalt-Bitterfeld durchläuft vor allem seit Beginn der 2010er Jahre einen dynamischen und anhaltenden Transformationsprozess. Die serviceorientierte Entwicklung unter Nutzung der digitalen Möglichkeiten ist während dieses Prozesses wichtigster Aufgabenschwerpunkt. Das Anhalt-Bitterfelder Archiv hat sich das Ziel gesetzt, über die Grundsicherung der Aufgabenwahrnehmung hinaus tätig zu sein. Dies ist unbedingt nötig, um Kompetenzbereiche zu entwickeln und die Aufmerksamkeit für die Bestände zu steigern, indem die Recherchemöglichkeiten qualitativ und quantitativ ausgebaut werden. Darüber hinaus ist mit einem Aufgabenzuwachs durch den laufenden Digitalisierungsprozess zu rechnen. Strategische Planungen sollen die problemlose und verlustfreie Übernahme elektronischer Daten garantieren. Durch die Weiterentwicklung des Kreisarchivs sollen weitere Aufgabenfelder, wie sie schon jetzt in der öffentlichen Archivordnung benannt sind, vertiefend umgesetzt werden, um einen Mehrwert für die Kreisverwaltung und die Bürgerschaft zu erzeugen. Hohe Priorität hat dabei die Erhöhung der Sichtbarkeit sowie die Förderung einer Anhalt-Bitterfelder Identität.

Geschichte

Das Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld wurde zum 1. Juli 2007 nach Vereinigung der Landkreise Bitterfeld, Köthen und Anhalt-Zerbst und der damit verbundenen Zusammenlegung von drei bisher eigenständig arbeitenden Kreisarchiven gebildet. Auf diese Institutionen zurückschauend, kann man auf eine Geschichte blicken, die bereits im Jahre 1872 ihren Anfang nahm. Seinerzeit wurde im Zerbstener Schloss ein Zentralarchiv für Anhalt geschaffen. Dieses „Herzogliche Haus- und Staatsarchiv“, ab 1919 als „Anhaltisches Staatsarchiv“ geführt, kann als Ur-Institution des Anhalt-Bitterfelder Archivs angesehen werden. Seine Bestände erlitten zum Ende des Zweiten Weltkrieges große Verluste.

Zur eigentlichen Gründung der Kreisarchive in den drei Vorgängergebietskörperschaften des Landkreises Anhalt-Bitterfeld kam es dann erst auf staatliche Anordnung zur Errichtung von Stadt- und Kreisarchiven vom 26. Februar 1951. Die fachliche und örtliche Ausstattung, sowie die Schaffung von Räumlichkeiten

wurde in den Folgejahren priorisiert. Eine sofortige Umsetzung zur Schaffung geordneter Rahmenbedingungen war jedoch nur schwer umsetzbar. Für das Kreisarchiv Köthen ist bereits seit Mitte der 1950er Jahre ein fester Archivmitarbeiter zuständig. Dies gilt vermutlich auch für das Archiv des Zerbster Kreises, wie die Übernahme von Archivgut nach Auflösung des Kreises Loburg im Jahre 1957 und dem Anschluss eines Loburger Teilgebiets an den Kreis Zerbst nahelegt. Heute gilt dieser Bestand als eines der Juwelen in den Magazinen des Anhalt-Bitterfelder Archivs.

Beim Rat des Kreises Bitterfeld kann erst ab 1960 eine Fachkraft in der Abteilung Archivwesen eingesetzt werden. In den Jahren zuvor war das Aufgabengebiet unbesetzt oder wurde nur vertretungsweise wahrgenommen. Neben den eigenen Beständen betreuten die Kreisarchivare auch die Betriebsarchive ihrer Territorien.

Bis zur politischen Wende 1990 wurden die Archive auf Kreisebene vor allem verwaltet, jedoch nur wenig entwickelt. Größtes Problem der Archive in den Landkreisen Bitterfeld, Köthen und Zerbst war die geeignete Unterbringung des Archivgutes. Im neuen politischen System stellten sich auch die Archive neu auf. So zog Mitte der 1990er Jahre das Bitterfelder Kreisarchiv in die modernen Räumlichkeiten des neu errichteten Verwaltungsgebäudes in der Mittelstraße 20, nachdem es zuvor noch im Keller des 1889/91 erbauten ehemaligen Kreisständehauses in der Bitterfelder Lindenstraße in unzureichenden Räumen untergebracht war. Etwa zur gleichen Zeit zog das Kreisarchiv in Köthen aus der Springstraße 28 in Magazinräumlichkeiten am Köthener Flugplatz.

Durch die Fusion der Kreise Zerbst und Roßlau und

Mitarbeiter des Kreisarchivs Anhalt-Bitterfeld bei Recherchetätigkeiten in der Rollregalanlage am Standort Bitterfeld, Röhrenstraße 33. Juli 2023 (Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld, DioFo 21, Foto: S. Pick)



der damit eingehenden Gründung des Kreisarchives Anhalt-Zerbst im Jahre 1994 bot sich die Möglichkeit, auch hier neue Räumlichkeiten und Ausstattungen für eine fachgerechte Aufbewahrung von Archivgut zu schaffen, nachdem die Vorgängerarchive auf mehrere Standorte verteilt waren. So wurden im Verwaltungskomplex Roßlau, Haus II, Finanzrat-Albert-Straße 1, verbesserte Bedingungen geschaffen, unter anderem war es hier möglich, historisch wertvolle Akten in einem voll klimatisierten Magazinteil aufzubewahren.

Im Jahr 2007 wurden die 21 Landkreise des Landes Sachsen-Anhalt

auf nur noch elf Kreisgebietskörperschaften reduziert. Demnach wurden die drei zu dem heutigen Anhalt-Bitterfelder Raum zählenden Kreisarchive formal zusammengeführt. Der Archivstandort Roßlau blieb nach der Gebietsreform vorerst erhalten, obwohl er sich außerhalb der neuen Kreisgrenzen befand. Dort wurde das Schrift- und Archivgut aus den ehemaligen Landkreisen Roßlau und Zerbst sowie Anhalt-Zerbst bewahrt und zur Nutzung aufbereitet.

Drei Jahre nach der Zusammenführung der Alt-Kreisarchive wurden neue Archivräumlichkeiten an den noch heute genutzten Standorten eingerichtet.

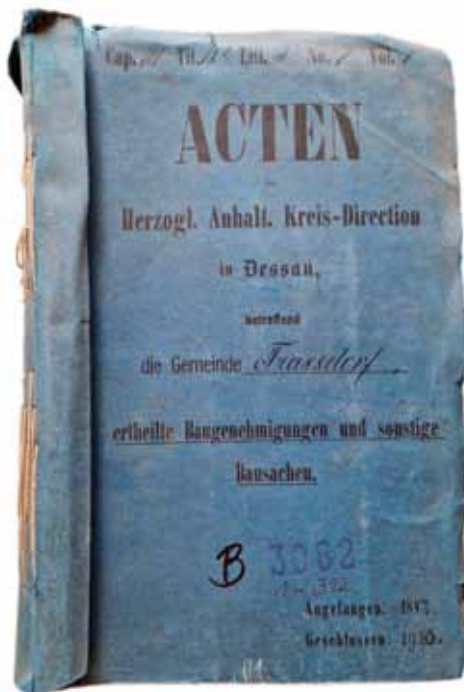
Der Bestand

Der Archivbestand des Kreisarchivs umfasst nach aktuellem Stand fast 8.000 laufende Meter. Einige Teile dieser Bestände könnten jedoch aus heutiger Sicht eine Nachkassation erfahren.

Regelmäßige Nutzungen gelten den fünf Bauaktenaltregistaturen, die vor allem private und gewerbliche Nutzer ansprechen. Im Jahr 2024 zielten ca. 75% der Rechercheanfragen auf die „Baubestände“ ab.

Von größerer Bedeutung für die Lokalgeschichte sind die zahlreichen Gemeindebestände, die vor 1990 an die Kreisarchive gekommen sind. Gegenwärtig zählt das Kreisarchiv in dieser Tektonikgruppe fast 200 Bestände.

Mehr wissenschaftliches Interesse sollte dem Archivgut der ehemaligen Kreisverwaltungen zukommen. Diese bedienen sowohl die Zeit vor 1945/52, die Entwicklungen sowie Ausrichtungen der Jahre bis 1990 sowie der Jahre nach der Wiedervereinigung bis 2007 und seit der Kreisfusion.



Beispiel für eine fadengebundene Bauakte aus dem Gemeindebestand Fraßdorf (BA Köt 3082)

Bestandsverzeichnis

In den Anhalt-Bitterfelder Beständen können Interessierte über eine Altkartei, Abgabesowie Findlisten und über die Archivfachanwendung Augias recherchieren.

In den letzten Jahren haben die Mitarbeiter der Einrichtung die bisher genutzten Alt-Tektoniken zu einer Gesamttektonik formiert, womit seither ein übersichtlicher und ortsungebundener Zugriff auf die Bestände sowie ihre Datensätze ermöglicht wird. Durch die Synchronisierung der Arbeitsweisen bei der Erfassung von Inhalten wurden Automa-

tismen entwickelt, die verbesserte Bestandsbildner übergreifende Suchen ermöglichen. Neu aufgestellte Erschließungsrichtlinien und die gezielt ausgerichtete Anreicherung von Datensätzen in den zurückliegenden Jahren seit 2020 machen das Archiv zu einem immer stärkeren Partner für In-House-Anfragen sowie bei komplexen Recherchersuchen durch Externe.

Kontakt

Das Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld steht Ihnen jederzeit unter archiv@anhalt-bitterfeld.de zur Verfügung. Ein allgemeiner Überblick findet sich auf der Homepage des Kreises Anhalt-Bitterfeld: www.anhalt-bitterfeld.de/kreisarchiv.html

Das Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld kann während der Öffnungszeiten am Dienstag und Donnerstag von 9.00 bis 12.00 sowie 13.00 bis 16.00 Uhr, sowie am Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr besucht werden (Terminabfrage erforderlich).

Steven Pick (Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld)

Zugangsbereich zum Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld, einschließlich Ausstellungsfläche im Verbindungsbau des Kreisverwaltungsgebäudes in der Zeppelinstraße 15 in Köthen, September 2025. (Kreisarchiv Anhalt-Bitterfeld, DioFo 26, Foto: S. Pick)





Das Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen stellt sich vor

Historische Endarchivakte von Bitterfeld (Foto: Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen)

Die Lage im Herzen der mitteldeutschen Chemie-region wird nicht nur in den Beständen, sondern auch in der Geschichte des Stadtarchivs Bitterfeld-Wolfen greifbar.

Wie alles begann

Die Region Bitterfeld-Wolfen verbindet seit über 130 Jahren eine Gemeinsamkeit, die aus heutiger Sicht nicht mehr wegzudenken ist und die Stadtgeschichte nachhaltig prägte: die Chemie. Walther Rathenau ist es zu verdanken, dass 1893 der Grundstein für die Chemieregion gelegt wurde. In den darauffolgenden Jahrzehnten bis in die Gegenwart entwickelte sich ein Chemiapark, der heute zu einem der größten deutschen Standorte gehört. Die Standortfaktoren der Chemieregion mit ihren Wirtschafts-, Gesundheits- und Umweltaspekten bestimmten die Entwicklung der Stadt Bitterfeld-Wolfen und somit auch des Stadtarchivs maßgeblich. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen wurde am 1. Juli 2007 durch den Zusammenschluss der ehemaligen Städte Bitterfeld und Wolfen sowie der Gemeinden Greppin, Thalheim und Holzweißig gegründet. Seit dem 1. September 2009 gehört auch die Gemeinde Bobbau zur Stadt Bitterfeld-Wolfen. Durch diese Fusion kam es auch zur Neugründung des Stadtarchivs Bitterfeld-Wolfen, welches aus den ehemaligen Stadtarchiven Bitterfeld und Wolfen hervorging. Aktuell sind im Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen fünf Mitarbeiter beschäftigt.

Das Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen an zwei Standorten entdecken

Aufgrund der Gründungsgeschichte der Stadt gibt es heute nach wie vor zwei Verwaltungsstandorte,

wobei der Hauptverwaltungssitz der Stadt Bitterfeld-Wolfen sich in Wolfen befindet. Seit 2010 ist das Rathaus im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Filmfabrik beheimatet. Gebaut wurde es im Zeitraum von 1936–1938 und steht mittlerweile unter Denkmalschutz. Das Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen hat ebenfalls im neuen Rathaus von Wolfen sein Zuhause gefunden. Die Räumlichkeiten des Stadtarchivs am Standort Wolfen befinden sich im Untergeschoss des Rathauses, was vor allem hinsichtlich der klimatischen Bedingungen sehr hilfreich ist. Der Standort verfügt über zwei Büroräume mit fünf festen Arbeitsplätzen sowie über vier Benutzerarbeitsplätze in einem der Büros. Weiterhin werden aktuell vier Magazinräume genutzt, von denen zwei klimatisiert sind.

Am Standort Wolfen werden das Zwischenarchivgut sowie das Endarchivgut der Stadt Bitterfeld-Wolfen, der ehemaligen Stadt Wolfen sowie der Gemeinden verwahrt. Darüber hinaus befinden sich am Standort Wolfen auch die dazugehörigen Sammlungsbestände der Stadt Bitterfeld-Wolfen sowie der Ortsteile. Jedoch sind nur wenige historische Archivalien der Ortsteile Wolfen, Greppin, Holzweißig, Thalheim und Bobbau in den Beständen vorzufinden. Das ist vor allem dadurch bedingt, dass Wolfen erst ab 1958 das Stadtrecht erhalten hat. Der Großteil aller archivwürdigen Unterlagen, welche vor 1958 entstanden sind, wurden zuständigkeitshalber an das Kreisarchiv Bitterfeld abgegeben. Auch hier wird wiederum der Einfluss der Industrieregion ersichtlich. Durch die vielen Chemiearbeiter stiegen die Bevölkerungszahlen in der Region rasant an, wodurch auch mehr Wohnungen benötigt wurden. In den 1920er bis 1930er Jahren entstand so die Werksiedlung Wolfen. Anfang



Bitterfeld 1964 – Blick zum „Hotex“ und Chemiekombinat (Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen, Fotoarchiv Bitterfeld, Btf 9383) (Fotograf: Siegfried Kunze, Bildrechte: Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen)

der 1960er-Jahre sollte dann das Stadtviertel Wolfen-Nord folgen.

Das Stadtarchiv am Standort Bitterfeld hingegen befindet sich in den Räumlichkeiten des ehemaligen Stadtarchivs Bitterfeld. Bereits seit 1994 wird der Standort im Rathaus Bitterfeld, genauer gesagt im Zwischenbau des alten und des neuen Rathauses, archivisch genutzt. Metaphorisch gesehen könnte man denken, das Stadtarchiv solle anhand seiner Lage die Verbindung zwischen Vergangenheit in Form des alten Rathauses und der Zukunft in Form des neuen Rathauses symbolisieren. Ob bei der Auswahl der Räumlichkeiten bewusst darauf geachtet wurde, ist nicht überliefert.

Am Standort Bitterfeld wird das Zwischenarchivgut sowie das Endarchivgut mit den dazugehörigen Sammlungsbeständen der ehemaligen Stadt Bitterfeld verwahrt. Da Bitterfeld aufgrund seiner Ersterwähnung im Jahr 1224 bereits auf eine lange Stadtgeschichte zurückblickt, ist es nicht verwunderlich, dass auch zahlreiche mittelalterliche und frühneuzeitliche Archivalien im Endarchiv schlummern und auf rege Benutzungen warten. Die älteste historische Verwaltungsakte, welche überliefert ist, stammt aus dem Jahr 1391. Am Standort Bitterfeld gibt es einen Lesesaal mit acht Benutzerarbeitsplätzen sowie drei Arbeitsplätzen für die Mitarbeiter. Weiterhin verfügt der Standort über zwei Magazinräume, von denen einer klimatisiert ist.

Die Wiege der Chemie festgehalten und überliefert in vielseitigen Archivalien

Durch die unmittelbare geografische Nähe zur Chemie können auch einige Archivalien vorgelegt werden, welche industriegeschichtlich von großer

Bedeutung sind. Diese stellen eine wichtige Ergänzung zu den im Landesarchiv Sachsen-Anhalt verwahrten Unterlagen zum Chemiesiedreieck dar. So finden sich im Sammlungsbestand „Chemische Werke Bitterfeld“ Quellen zu den ehemaligen Chemiebetrieben in der Region Bitterfeld-Wolfen. Weiterhin gibt es den Bestand „Kulturpalast Bitterfeld“, welcher neben Akten auch Fotos, Plakate und Prospekte zur Geschichte des Kulturpalastes beinhaltet. In der „Fotosammlung Chemie“ hingegen finden sich vor allem Fotos der historischen Industrieanlagen, welche in der Gegenwart häufig so nicht mehr existieren und anhand des Bestands rekonstruiert werden können. Jedoch ist dieser Bestand aufgrund von ungeklärten Urheberrechten nur eingeschränkt nutzbar. Darüber hinaus stehen auch Werkszeitungen ab dem Jahr 1917 zur Verfügung. Bekannte Druckerzeugnisse sind hier beispielsweise „Der Feierabend“, „Farbenspiegel“ oder „effektiv“. Dieser Umstand ist nicht zuletzt aufmerksamen Bürgern zu verdanken, die schon einige Archivalien auf Flohmärkten aufgespürt oder sie vor dem Schicksal der Vernichtung bewahrt haben. Der Wunsch, diese Schätze in guten Händen zu wissen, führte sie ins Archiv. Dadurch ist es nun möglich, allen Geschichtsinteressierten interessante Unterlagen zur Industriegeschichte verbunden mit anschaulichem Sammlungsgut, wie den legendären „Bino-Flaschen“ oder den roten Kindergummistiefeln, welche aus Polyvinylchloridgranulat des Chemischen Kombinats Bitterfeld produziert wurden, zu präsentieren. Abschließend lässt sich festhalten, dass trotz der jungen Stadtgeschichte das Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen ähnlich wie die Chemieregion Bitterfeld-Wolfen eine Symbiose bildet, welche sich in den kommenden Jahren weiterentwickeln und vertiefen wird. Denn wie schon einst Wilhelm von Humboldt sagte: „Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft“.

Carolyn Matthey (Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen)

Verpackungen von Waschmittelprodukten des Chemiekombinats Bitterfeld aus dem Bestand „Betriebsgeschichte Chemische Werke Bitterfeld“ (Foto: Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen)



Bezeichnung der Arbeit:	Beschreibung der Versuche:	Ergebniß: (Färberei-No. etc.)
<p><i>Pyridindiamin (Ursal O)</i></p>	<p><i>p-Pyranilin (roh), - erhalten aus Nitrochlorbenzol O.N., - reduziert und im Vakuum destilliert. Die Reduktion mit derselben Substanz ausgeführt. Ausbeute nicht bestimmt.</i></p>	<p><i>Ausfärbungen: gut.</i></p>

Das Archiv des VEB Filmfabrik Wolfen im Industrie- und Filmmuseum Wolfen

Einer der ersten in der Wolfener Filmfabrik gefertigten Forschungsberichte von Dr. Mendelssohn Bartholdy, Sohn des Agfa-Gründers und Enkel des berühmten Komponisten. (Industrie- und Filmmuseum Wolfen, Archiv)

Zum Zeitpunkt ihrer Erbauung im Jahr 1909 befand sich die größte europäische Filmfabrik in Wolfen, der dort entwickelte Agfacolorfilm setzte weltweit Maßstäbe. Im Archiv des Industrie- und Filmmuseums Wolfen können die Originaldokumente für die Produktion des ersten Mehrschichtenfarbfilms und der ersten synthetischen Faser der Welt eingesehen werden.

Das Archiv der Filmfabrik Wolfen

Mit der Archivverordnung von 1976 erweiterte sich die Zuständigkeit der Staatsarchive der DDR auf die Überlieferung der volkseigenen Betriebe und Kombinate einschließlich ihrer Vorgänger aus der Zeit vor 1945. Zu den regional bedeutsamen Betrieben, deren Übernahme in das zuständige Staatsarchiv Magdeburg vorgesehen war, gehörte auch der VEB Filmfabrik Wolfen. 1986 trat das damalige Staatsarchiv Magdeburg an die Direktion der Filmfabrik heran, um die Übergabe der Akten vor 1945 vorzubereiten. In dieser Zeit arbeitete aber, vertraglich vereinbart, eine Gruppe von Wissenschaftlern der Karl-Marx-Universität Leipzig im Archiv, mit der Aufgabe, eine große, repräsentative Betriebsgeschichte und mehrere Dissertationen und Einzelpublikationen zu erarbeiten. Zur Erleichterung dieser Arbeiten wurde ein längerer Verbleib der historischen Unterlagen im Betriebsarchiv festgelegt.

Gebrauchsabnahmeschein. In nur 361 Tagen wurde die größte europäische Filmfabrik errichtet – heute ein Traum eines jeden Bauherren. (Industrie- und Filmmuseum Wolfen, Archiv)

1990 wurde das Fotochemische Kombinat aufgelöst und die Filmfabrik als ehemaliger Stammbetrieb wurde der Treuhandanstalt unterstellt und in eine AG umgewandelt. 1992 wurde die AG aufgelöst und in eine GmbH, die weiter Filme produzierte sowie in eine Vermögensverwaltung, die nicht mehr benötigte Betriebsteile weiter veräußerte oder rückbaute, überführt. Bei all diesen Maßnahmen, vor allem beim großflächigen Rückbau, wurden ständig Archivunterlagen benötigt.

Das mittlerweile 1993 für den südlichen Teil Sachsen-Anhalts gegründete Landesarchiv Merseburg nahm 1995 mit der Leitung der Wolfener Vermögensverwaltung Kontakt auf, um entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Archivgut der Filmfabrik Wolfen zu übernehmen. Dies gelang jedoch auf Grund der geänderten Vermögensverhältnisse nicht.

Personalakten, Arbeitsplatzkarteien, Lohn- und Gehaltsunterlagen, Lärm- und Schadstoffprotokolle und ähnliches mehr wurden vom Landesdepot der DISOS übernommen, das derartiges Schriftgut von der Treuhand liquidierter Betriebe verwahrte. Parallel plante die Stiftung Arbeit und Umwelt den Aufbau eines internationalen Kommunikationszentrums in Bitterfeld unter Einbeziehung des Archivs und der Wissenschaftlichen Bibliothek der Filmfabrik. Auch das sich in einem historischen Gebäude der ehemaligen Filmfabrik im Aufbau befindliche Industrie- und Filmmuseum meldete zur wissenschaftlichen Dokumentation und zur Erfüllung des Wahlspruches „Originalgebäude – Originalmaschinen – Originalunterlagen des ersten Mehrschichtenfarbfilms“ Anspruch auf dieses Archivgut an. Das bis zu diesem Zeitpunkt, nach mehreren Besitzerwechseln im Besitz der Bitterfelder Vermögensverwaltung befindliche Unternehmensarchiv wurde schließlich 1998 an den Landkreis Bitterfeld als Träger des Industrie- und Filmmuseums übergeben.



Eine kurze Bestandsgeschichte

Die Filmfabrik Wolfen wurde 1909 als ein Zweigbetrieb der in Berlin ansässigen Aktiengesellschaft für Anilinfabrication, kurz Agfa, gegründet. Sitz der Direktion blieb bis 1932 Berlin. Die Überlieferung aus dieser Zeit, mehrere tausend Akteneinheiten, befindet sich heute im Bundesarchiv Berlin unter der Signatur R 8128, alt „I.G. Farben Berlin SO 36“. 1930 wurde die Filmfabrik Wolfen Sitz der Sparte III und der Betriebsgemeinschaft Berlin des I.G. Farben-Konzerns. Erst mit der Übersiedlung der Direktion 1932 von Berlin nach Wolfen setzt hier die schriftliche Überlieferung ein. Ab Februar 1945 wurde ein Teil der Akten, vor allem aus der Forschung, in die westlich gelegenen I.G. Werke verlagert. Weitere Verluste erlitt das Werk durch die Flucht von 43 Direktoren, Forschern, Technikern und Angestellten, die einen Teil ihrer Arbeitsunterlagen für einen Neustart nach Kriegsende mitnahmen. Die US-Amerikaner, die das Werk im April 1945 befreiten, beschlagnahmten vor ihrem Abzug weitere Unterlagen, produzierte die Filmfabrik zu diesem Zeitpunkt doch den höchstempfindlichsten Farbfilm, dessen Zusammensetzung damals noch geheim war. Unter den beschlagnahmten Unterlagen waren auch Direktionsprotokolle für den angestrebten I.G. Farben-Prozess.

Vom 2. Juli 1945 bis zum 31. Dezember 1953 bestand die Filmfabrik als Wiedergutmachung Deutschlands als sowjetische Aktiengesellschaft „Photoplenka“ fort. Die Direktionsakten aus dieser Zeit befinden sich in Moskau, noch immer, zumindest für deutsche Forscher, unter Verschluss. 1954, nun ein DDR-eigener VEB, wurde unter Druck der Staatlichen Archivverwaltung sehr zögerlich mit dem Aufbau eines Betriebsarchivs, stiefmütterlich in einem Luftschutzbunker, begonnen. 1964 erfolgte, eine Zäsur in der Geschichte des Werkes, der Wechsel des Warenzeichens von Agfa zu ORWO (ORiginal WOlfen). 1970 wurde das Fotochemische Kombinat gegründet. Die Filmfabrik wurde Stammbetrieb für alle ORWO-Werke

Die Filmfabrik Wolfen Mitte der 80er Jahre unter „Volldampf.“ (Industrie- und Filmmuseum Wolfen, Archiv)



Das Industrie- und Filmmuseum Wolfen im ältesten Gebäude aus dem Gründungsjahr 1909 mit der Anlage des ersten Mehrschichtenfarbfilms, dem historischen Archiv und einer wissenschaftlichen Bibliothek. (Industrie- und Filmmuseum Wolfen, Archiv)

der DDR. Das Betriebsarchiv wurde auf Grund seiner Bedeutung bei der Staatlichen Archivverwaltung als Endarchiv eingestuft.

Schriftgutalltag

Die Filmfabrik hatte Mitte der 80er Jahre 15.500 Beschäftigte, mit einer entsprechend sehr hohen Produktion von Schriftgut für den täglichen, komplizierten Arbeitsablauf. Da bei der Größe des Werkes ein Aktenplan nicht erstellt werden konnte, konzentrierte sich das Betriebsarchiv vor allem auf die Sichtung und Übernahme der wichtigen Direktionssekretariate. Dort war die Überlieferung am dichtesten und durch die qualifizierten Sekretärinnen auch aufbereitet und abgelegt. Die Übernahme des archiwürdigen Schriftgutes regelte eine Archivordnung. Für manchen Leser heute vielleicht unverständlich, „dienstliches Schriftgut“ war auch eine Staatsplanposition. Pro Jahr mussten die Archivmitarbeiter 25 Tonnen auskassieren und in die Papiermühle zur Wiederverwertung fahren. Bei Nichterfüllung wäre das Papierkontingent des Werkes für das kommende Jahr gekürzt worden. Ein besonderes, fast vergessenes Kapitel war der Umgang mit vertraulichem Schriftgut. Jährlich fand eine Kontrolle des in den Tresoren aller Struktureinheiten vorhandenen vertraulichen Schriftgutes statt. Jeder Leiter musste dann entscheiden, ob er sich weiter damit belastete, es offen machte oder es ganz offiziell vernichtete. Leider wählten viele Leiter die Vernichtung, so dass viel wertvolles Schriftgut gar nicht erst in das Archiv kam.

Trotz einer allen Leitern bekannten Archivordnung konnte in den mitunter wirren Jahren nach der Wende, mit den häufigen Umstrukturierungen, den Produktionseinschränkungen und -einstellungen, mit den Entlassungen und dem Rückbau der Gebäude im großen Umfang, mehr als 80 % der bebauten Fläche, ein Teil des Schriftgutes nicht mehr gerettet werden.



Zum Archivbestand gehört auch Sammlungsgut wie ein historischer Zeitungsbestand, die Werkszeitung, die Regionalzeitung und Brigadetagebücher. (Industrie- und Filmmuseum Wolfen, Archiv)

So gab es auch manche Leiter, welche die Räume aus den unterschiedlichsten Gründen „besenrein“ verließen und alles Schriftgut vernichtet hatten. Für eine komplette Dokumentation der Geschichte der Filmfabrik sind so einige Lücken entstanden, so unter anderem in der Magnetbandproduktion, in der Produktion von Chemiefasern und dem heute aktuellen Thema der Umweltbelastung. Dazu kamen die von DISOS geforderten Abgaben.

Der Bestand

Der im Industrie- und Filmmuseum gelagerte Archivbestand der ehemaligen Filmfabrik von 1909 bis 1992 umfasst 1.800 laufende Meter. Die aussagekräftigsten Teilbestände aus der Zeit vor 1945 sind:

- Direktor Dr. Gajewski als Leiter der Sparte III des I.G. Farbenkonzerns und Betriebsdirektor der Filmfabrik, einer der führenden Akteure des Konzerns, 1932–1945,
- sein Stellvertreter Dr. Kleine, 1931–1945,
- Sozialbüro 1916–1945,
- wissenschaftliches Laboratorium mit über 2.000 Forschungsberichten zur chemischen und technologischen Entwicklung der Photo- und der Filmherstellung.

Die aussagekräftigsten und auch umfangreichsten Teilbestände aus der Zeit von 1945–1992 sind unter anderem:

- Werkleiter, ab 1970 Generaldirektor, 103 laufende Meter mit 2.789 Titeln.
- Filmforschung mit über 17.000 Forschungsberichten, der wohl weltweit größte Bestand dieser Art (!)
- Filmproduktion mit 64 laufenden Metern.
- Technische Abteilung mit 93 laufenden Metern.

Eine mit 19.000 Positionen, über 100.000 Positive und Negative umfassende Fotosammlung komplettiert den Archivbestand. Dazu gehört auch eine einmalige historische Sammlung von über 1.000 Dias zur Entwicklung der Photographie. Zum Archivbestand gehören, wenn auch der Name Industrie- und Filmmuseum etwas irreführend ist, keine Filme. Außer im Bestand Generaldirektor, als Leiter des Fotochemischen Kombines, sind auch keine Unterlagen der einzelnen Kombinatbetriebe in Wolfen überliefert. Die Kombinatbetriebe unterhielten eigene Archive.

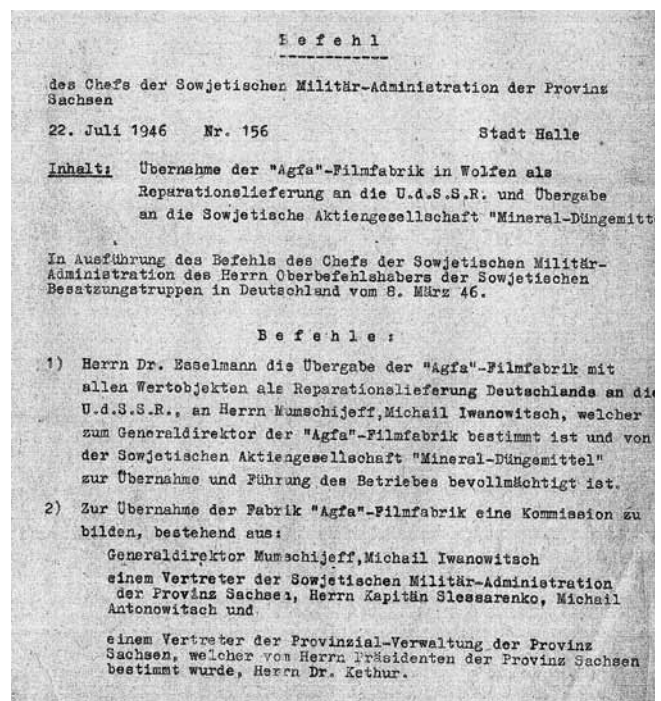
Die Benutzung

Der Archivbestand wurde und wird genutzt, um die Geschichte der Filmfabrik im Museum und in der Schriftenreihe des Museums zu dokumentieren. Mit Hilfe der Dokumente konnten unter anderem umfangreiche historische Darstellungen und Anträge erarbeitet werden, die dazu führten, dass das Industrie- und Filmmuseum Wolfen als „Historische Stätte der Chemie“ ausgezeichnet und als zweiter Ankerpunkt in Sachsen-Anhalt in die „Europäischen Route der Industriekultur“ aufgenommen wurde. Neben deutschen Nutzern arbeiten aktuell auch Nutzer aus den USA, Ungarn und der Schweiz zu Fragen der Filmherstellung, den Rezepturen, der Filmrestaurierung und den Umweltbelastungen im Archiv des IFM.

Das Originalgebäude, die Originalmaschine und die Originaldokumente für die Produktion des ersten Mehrschichtenfarbfilms und der ersten synthetischen Faser der Welt bilden so eine historische Einheit und sind, wenn auch offiziell noch nicht anerkannt, industrielles Weltkulturerbe!

Manfred Gill (Industrie- und Filmmuseum Wolfen)

Die Filmfabrik Wolfen wird zu 60 % demontiert, der Rest wird sowjetische Aktiengesellschaft. (Industrie- und Filmmuseum Wolfen, Archiv)



Conference-Protocolle
des Klosters Unser Lieben Frauen
zu Magdeburg
von 1705. bis 1709.

Forschungen im Landesarchiv

Das Landesarchiv versteht sich als historisches Gedächtnis des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Vorgängerterritorien und stellt seine umfangreiche Überlieferung aus über elf Jahrhunderten allen Interessierten für Forschungen bereit, sei es vor Ort in den Lesesälen der vier Standorte oder online.

Die Nutzungsanliegen und Forschungsinteressen sind dabei sehr unterschiedlich und reichen von privaten Auskunftsanliegen und Familienforschungen über heimatkundliche Recherchen bis hin zu nationalen und internationalen Forschungsprojekten. Um einen Eindruck von dem breiten Spektrum der Forschungsmöglichkeiten im Landesarchiv zu vermitteln und einen Austausch über aktuelle Projekte zu ermöglichen, wurde im letztjährigen Heft die Rubrik „Forschungen im Landesarchiv“ eingeführt.

In den folgenden Beiträgen stellen Nutzende unterschiedliche Projekte unter Einbeziehung der Überlieferung des Landesarchivs vor. Als kurze Werkstattberichte vermitteln sie einen Eindruck von den vielfältigen Forschungsmöglichkeiten. Zeitlich und thematisch ist das Spektrum auch im vorliegenden Heft breit gefächert.

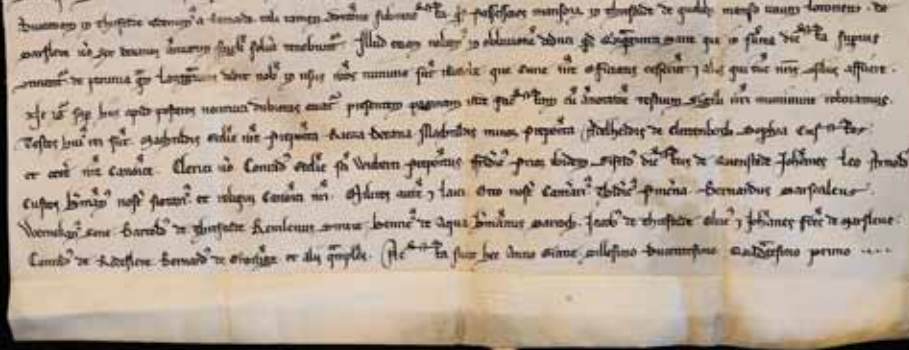
Sebastian Roebert und Jonathan Lyon demonstrieren anhand der Urkunden der Äbtissinnen von St. Servatius zu Quedlinburg, wie der bislang zu wenig beachteten Überlieferung wichtige Erkenntnisse zur Geschichte des Stifts entlockt werden können. Lisa Merkel geht anhand der Rezensbücher des Hochstifts Merseburg von 1484 bis 1629 der Situation der dortigen Pfarrkirchen nach.

Gerd Sundermann widmet sich dagegen im Rahmen seiner nun vorliegenden Dissertation dem Wirken Joachim Justus Breithaupts (1658–1732), neben August Hermann Francke einem Hauptvertreter des Halleschen Pietismus.

Dass die Überlieferung des Landesarchivs nicht nur für wissenschaftliche Forschungen genutzt wird, sondern auch als Ausgangsbasis für historische Romane dient, zeigt der Beitrag von Antje Penk, die Einblick in die Entstehung ihrer Romane gewährt.

Den Abschluss der Rubrik bilden zwei im 20. Jahrhundert angesiedelte Forschungsprojekte: Günter Matter nimmt den als Außenminister während der Weimarer Republik bekannten Walther Rathenau in den Blick und stellt dessen besondere Bedeutung für die mitteldeutsche Chemieregion heraus. Claudia Andrae führt in ihrem Beitrag zum Kaufhaus S. & M. Crohn in Aschersleben anschaulich vor, welche Bedeutung Archive für die Aufarbeitung des während des Nationalsozialismus begangenen Unrechts zukommt. Anhand der Überlieferung zeichnet sie nach, wie die Familie Crohn systematisch enteignet und ermordet wurde.

Sind Sie derzeit einem wichtigen Thema auf der Spur oder haben bei Ihren Recherchen im Landesarchiv eine interessante Entdeckung gemacht, über die Sie in einer der nächsten Ausgaben berichten möchten? Dann schreiben Sie an: Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de



Ein zu hebender Schatz

Die Urkunden der Äbtissinnen von St. Servatius zu Quedlinburg

Äbtissin Gertrud legt Rechenschaft über die Verwendung der Summe ab, die sie für belehnte Stiftsgüter erhalten hatte, 1241 (LASA, U 9, A X Nr. 32)

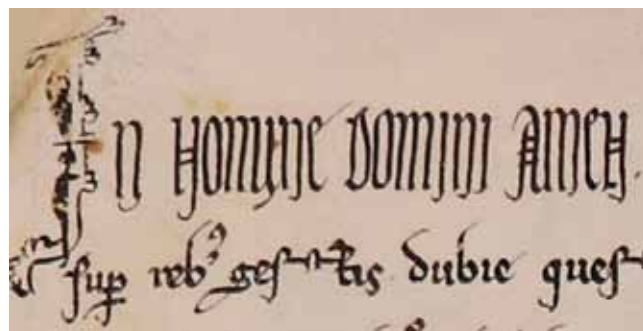
Das im 10. Jahrhundert von den ottonischen Herrschern gegründete Damenstift St. Servatius zu Quedlinburg genoss im Herzogtum Sachsen und dem gesamten Römisch-Deutschen Reich einen äußerst prominenten Status. Dennoch sind weite Teile von dessen Geschichte noch nicht aufgearbeitet, so etwa die Urkunden der Äbtissinnen von St. Servatius. Dabei sind diese Archivalien nicht nur wegen ihrer rechtlichen Aussagekraft, sondern auch im Hinblick auf ihre Gestaltung sowie die sozialen Beziehungen, die sich in ihnen widerspiegeln, von großem Interesse.

Das Stift St. Servatius und seine urkundliche Überlieferung

Von seiner Gründung im Jahre 936 an genoss St. Servatius einen privilegierten Status und erhielt zahlreiche Rechte durch die ottonischen Herrscher, so etwa bekanntlich die Privilegierung mit Markt, Münze und Zoll im Jahre 994. Ab dem 11. Jahrhundert versiegten die Schenkungen seitens der ostfränkisch-deutschen Könige und Kaiser weitgehend, so dass sich diese Quellengattung zugunsten des Stiftes nur noch gelegentlich findet. Ab dem 12. Jahrhundert begannen die Äbtissinnen vielmehr selbst Urkunden auszustellen, in denen sie die Besitzungen ihrer Domäne zu sichern oder zu erweitern versuchten. In aller Regel bezogen sich die Rechtsinhalte auf lokale Gegebenheiten oder auf Orte im näheren Harzsumfeld. Eine erste Urkunde datiert auf das Jahr 1069 und damit in die Amtszeit Adelheids II. (1062–1095), doch diese dürfte eine Fälschung aus dem 12. Jahrhundert darstellen. Die ersten originalen Diplome einer Äbtissin sind unter Gerburg von Cappenberg (1126–1137) nachweisbar. Über das gesamte 12. Jahrhundert hinweg verfügen wir nur über eine spärliche Überlieferung,

die erst gegen Ende des Jahrhunderts etwas anzuwachsen begann. Am Beginn des 13. Jahrhunderts kam es zu Auseinandersetzungen im Stift selbst, die zwischen Parteiungen um Äbtissin Sophie von Brehna (1203–1226) und um ihre Nachfolgerin Bertradis von Krosigk (1226–1230) verliefen, die aber mit dem sogenannten Thronstreit zwischen König bzw. Kaiser Otto IV. und König Philipp von Schwaben verzahnt waren. Kurioserweise beleuchten die Urkunden der Äbtissinnen die Streitigkeiten nicht direkt, jedoch ist davon auszugehen, dass in dieser Zeit große Teile der stiftischen Besitzungen verloren gingen. Diese konnten mit dem Abbatiat Gertruds von Ampfurths (1233–1270) zumindest teilweise zurückgewonnen werden. In der urkundlichen Überlieferung spiegeln sich diese Bemühungen, die Urkundenausstellungen wuchsen während ihrer Amtszeit stark an (auf ca. 77 Stück). Für die Zeit bis zum Ende des Mittelalters bewegte sich die Urkundenausstellung der Äbtissinnen weiterhin auf diesem Niveau oder lag auch darüber. Die Überlieferung konzentriert sich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt am Standort Magdeburg als einem Nachfolger des 1823 gegründeten Preußischen Provinzialarchivs. Dorthin wurden die Bestände des Stiftsarchivs nach der Säkularisierung verbracht. Daneben umfassen auch die Bestände untergeordneter Klöster, die sich teilweise in anderen Archiven befinden, beachtliche Mengen an Urkunden (so etwa in Wolfenbüttel, wo die Bestände des ehemaligen Klosters Michaelstein lagern), während die Urkunden des Stiftes für die Stadt Quedlinburg im dortigen Stadtarchiv aufbewahrt werden. Der unvollständige und mitunter fehlerhafte Codex Diplomaticus Quedlinburgensis von Anton Ulrich von Erath aus dem Jahr 1764 ist immer noch die einschlägige gedruckte Edition der meisten Urkunden der mittelalterlichen

Äbtissinnen des Stifts; dies ist ein wichtiger Grund, warum eine frische Bearbeitung der Bestände nötig ist. Bis in das 14. Jahrhundert hinein verfassten die Notare die Urkunden in lateinischer Sprache, während ab der Amtszeit Juttas (1308–1347) auch das Deutsche zur Anwendung kam. Als Beschreibstoff verwendeten die Schreiber Pergament und nutzten dessen Raum zumeist effizient aus, wenngleich einige Urkunden besonders aus dem 12. Jahrhundert ein großzügig gestaltetes Layout aufweisen und daher ihre graphische Konzeption einen wichtigen Aspekt der Wirkung darstellte. Symbole flankierten den Text nur in wenigen besonderen Fällen, aber die Gestaltung der Schrift konnte auch bei Urkunden einzelner Äbtissinnen stark divergieren. Besonders bis in das frühe 13. Jahrhundert schwankte die graphische und textuelle Gestaltung vergleichsweise stark. Ab den 1220er Jahren sieht man in den Urkunden die Auswirkungen der steigenden pragmatischen Schriftlichkeit in dieser Zeit, die auch die Dokumentenerstellung in anderen Herrschaften beeinflusste. Besonders gut lässt sich dieser Prozess während des Abbiats der Gertrud von Ampfurth nachvollziehen, von deren Urkunden nachfolgend beispielhaft zwei Stücke vorgestellt werden sollen.



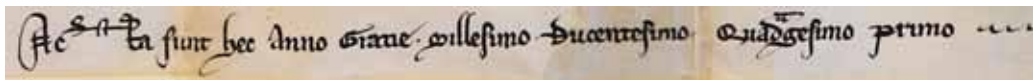
Invocatio der Urkunde U 9, A X Nr. 32

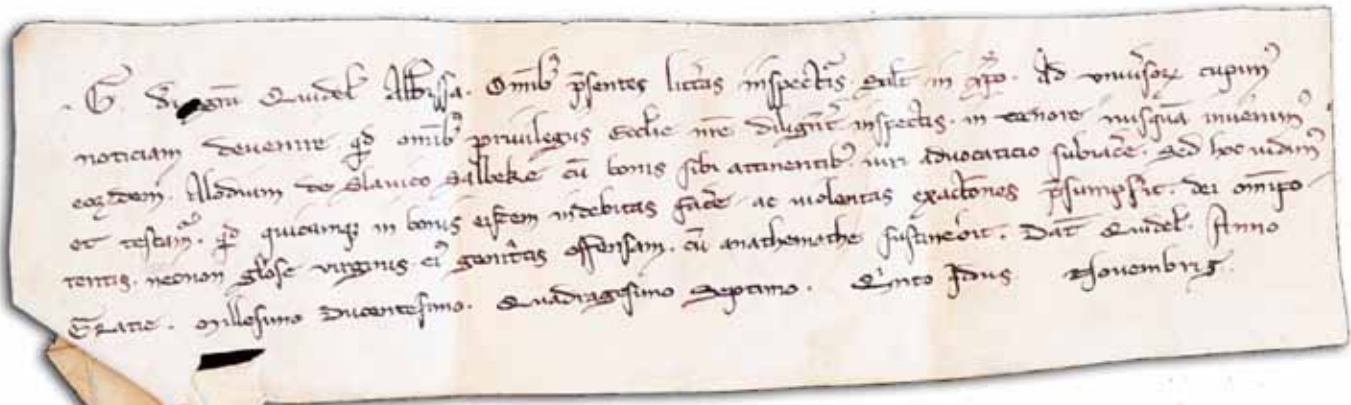
U 9, A X Nr. 32 (1241)

Dieses 34 cm breite sowie 37 cm hohe und damit stark hochformatige Pergament zeigt, wie sorgfältig der Beschreibstoff vorbereitet werden konnte. Für die regelmäßigen Seitenränder und Zeilenabstände sorgte eine Linierung, die noch erkennbar ist. Verzierungen weist die Urkunde nicht auf, abgesehen von einer Initiale, die doppelt so groß gestaltet wurde wie die übrigen Buchstaben. Neben der Initiale sind die ersten Worte der Urkunde *In nomine domini amen* (Im Namen des Herrn, Amen), also die Anrufung Gottes (die sogenannte Invocatio), in einer vergrößerten Schrift gestaltet. Der übrige Text wurde in einer sorgfältig gestalteten Minuskelschrift verfasst, wobei der Schreiber sowohl Abbrüviaturen aus Buchschriften als auch diplomatische Kürzungszeichen verwendete. Die Datierung als letzter Abschnitt des Textes wurde mit einer breiten Ligatur zwischen den Buchstaben c und t im Wort *Acta* sowie einer kurzen Wellenlinie am Zeilenende gegenüber dem voranstehenden Text leicht abgesetzt. Beglaubigt wurde die Verfügung mit dem Siegel der Äbtissin, das neben dem des Stifts zum Einsatz kam. Das gut erhaltene Siegel der Äbtissin wurde mit einer pergamentenen Pressel am unteren Rand angebracht, was die gängigste Art der Befestigung unter den Quedlinburger Urkunden war. Diese Urkunde bietet einen umfangreichen Einblick in die finanzielle Situation des Stifts; ein Thema, für das wir nur sehr wenige frühere Belege haben. Äbtissin Gertrud hatte schon im Jahr 1236, weil sie und ihre Amtsvorgängerinnen viele Schäden an den Stiftsgütern in der Mark Duderstadt erlitten hatten, mit dem Rat des Konvents, der Stiftsministerialen und aller Getreuen sowie anderer umsichtigen Personen den Landgraf Heinrich (Raspe) von Thüringen mit diesen Stiftsgütern für 1120 silberne Mark belehnt. Um für



Datierung der Urkunde U 9, A X Nr. 32





Gertruds Name wird nur mit dem Buchstaben „G“ abgekürzt. (LASA, U 9, A IX Nr. 27)



die Nachwelt bekannt zu machen, wie dieses Geld genutzt wurde, listet sie dessen Verwendung detailliert auf. Die Äbtissin behielt zum Beispiel für ihren eigenen Gebrauch

50 Mark aus der Kaufsumme, die sie den Inhabern der Hofämter (*curie nostre officiatis*) und anderen Ratgebern übergab. Die Urkunde enthält außerdem eine Liste von 24 genannten Zeugen, die mit Mitgliedern des Damenstifts beginnt: „Pröpstin Mechthild von St. Servatius (*ecclesie nostre*), Dekanin Richezza, Unterpröpstin Mechthild, Adelheid von Klettenberg, Küsterin Sophia und andere Kanonissen von St. Servatius.“ Auch dabei sind „Hermann, Notar von St. Servatius“ und der Kämmerer, der Mundschenk und der Marschall des Stifts.

U 9, A IX Nr. 27 (1247)

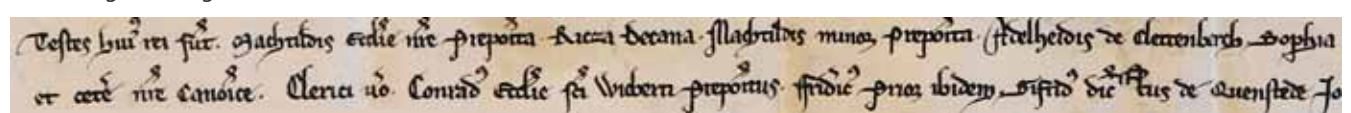
Während die vorherige Urkunde eine der längsten aus Gertruds Amtszeit ist, stellt diese eine der kürzesten dar. Sie wurde auf einem 20 x 5,5 cm messenden Pergament (B x H) geschrieben, wobei der Text unterschiedslos in einer einheitlichen Minuskel geschrieben wurde, für die der Schreiber ähnlich wie

in der Urkunde aus dem Jahr 1241 Kürzungen aus der Buchschrift und diplomatische Kürzungszeichen nutzte. Gertruds Name wird nur mit dem Buchstaben „G“ abgekürzt. Im Vergleich zum ersten Beispiel weist diese Urkunde ein reduziertes Formular auf, da sie weder durch eine *Invocatio* eingeleitet wurde und auch eine Zeugenliste fehlt. Das rote Siegel wurde mit einem Streifen des Pergamentdokuments angebracht, es wurde abhängend befestigt.

Die Äbtissin bekundet hier, dass sie alle Privilegien des Stifts durchsucht und in keinem von ihnen gefunden habe, dass das Allod in Wendisch-Salbke (*Sclavico Salbeke*) und die damit verbundenen Güter dem Vogteirecht unterworfen seien. Jeder, der sich anmaßen sollte, dort ungerechte und gewaltsame Forderungen zu stellen, sollte mit einem Anathema belegt werden. Die Androhung einer geistlichen Strafe dieser Art ist unter den Urkunden der Quedlinburger Äbtissinnen eher unüblich. Als Besonderheit ist hervorzuheben, dass es sich nicht um eine rechtssetzende, sondern eine feststellende Urkunde handelt, mit der die Rechte in Wendisch-Salbke explizit gesichert werden sollten. Ihre schlichte Gestaltung steht in starkem Kontrast zu der eher feierlichen Urkunde aus dem Jahr 1241 und weist auf die zunehmend alltägliche Verwendung der Schrift innerhalb des Stifts hin. Der Hinweis auf die Aufbewahrung älterer Dokumente ist ein früher Hinweis auf ein Stiftsarchiv und zeigt die wachsende Bedeutung der pragmatischen Schriftlichkeit im Verlauf des 13. Jahrhunderts.

Sebastian Roebert (Universität Leipzig / Sächsische Akademie der Wissenschaften) und Jonathan Lyon (Universität Wien)

Auflistung der Zeugen der Urkunde U 9, A X Nr. 32



Die Rezessbücher der Merseburger Bischöfe und die Pfarrkirchen

Im Rezessbuch des Hochstifts Merseburg, 1484–1527 (LASA A 30a I, Nr. 411, Bl. 199v–200r) fehlt die Folgeseite des Urteils von Bischof Thilo in Bezug auf die Auseinandersetzungen zwischen der Pfarrei St. Maximi und den Brüdern vom gemeinsamen Leben.

Die Rezessbücher des Hochstifts Merseburg sind für die Zeit von 1484 bis 1629 erhalten. Anhand der bischöflichen Gerichtsurteile liefern sie wichtige Erkenntnisse zu den Einflussbereichen der Pfarrkirchen innerhalb des Hochstifts.

Bei der Beschäftigung mit der spätmittelalterlichen Frömmigkeit sind die Pfarrkirchen von elementarer Bedeutung. Die Pfarrei kann als wichtigste Schnittstelle zwischen der kirchlichen Ordnung und dem Leben der Gläubigen angesprochen werden. Durch den Pfarrzwang waren die Gemeindemitglieder an eine Pfarrei gebunden. Dort wurden sie getauft, erhielten die Firmung, wurden getraut, legten die Beichte ab und erhielten die letzte Salbung. Darüber hinaus waren die Pfarrer als Seelsorger integraler Bestandteil der Gesellschaft. War die Gemeinde mit dem Pfarrer nicht zufrieden, beschwerte sie sich über schlechte Predigten oder generell die Messe.

Neben der Pfründe zur Finanzierung der Pfarrer bildete sich im Laufe des Hochmittelalters eine zweite Kasse heraus, die Kirchenfabrik, ein von Laien verwalteter Vermögensfonds zur baulichen und liturgischen Ausstattung. Bei den Laien handelte es sich in der Regel um hochrangige Personen der Gesellschaft, in Städten waren es oftmals Ratsmitglieder, die diesen ehrenamtlichen Posten des sogenannten Kirchpflegers oder Altermannes übernahmen. Hiermit sind nun bereits einige Interessengruppen genannt, die an einer Pfarrkirche zu finden waren: Die Gemeinde benötigte eine gute Seelsorge und versuchte sich in die Geschicke der Pfarrei einzumischen, so gut es eben ging. Da die Besetzung der Pfarrstelle in der Regel nicht von der Gemeinde übernommen werden konnte, übernahm sie die Kirchenfabrik. Dies

war besonders für den Rat beziehungsweise die wohlhabenderen Gemeindemitglieder interessant. Handelte es sich zudem noch um eine Bischofsstadt, wie dies im hier vorliegenden Merseburger Beispiel der Fall war, so treten noch Bischof und Domkapitel hinzu, die ebenfalls Interesse an den Pfarrkirchen vor Ort hatten.

Situation der Pfarrkirchen

Merseburg war im Spätmittelalter in den Bereich der Domfreiheit und der eigentlichen Bürgerstadt aufgeteilt. Der Neumarkt war mit einem eigenen Rat eine rechtlich eigenständige Stadt und die sogenannte Altenburg bildete eine Vorstadt. In der Bürgerstadt befanden sich neben der Pfarrei St. Maximi am Markt noch das Kollegiatstift St. Sixti sowie ab 1503 eine Niederlassung der Gemeinschaft der Brüder vom Gemeinsamen Leben. Das Stift übernahm wie die Marktkirche pfarrkirchliche Funktionen, die Sprengel von St. Maximi und St. Sixti standen bereits seit dem Hochmittelalter fest, sodass hier im Spätmittelalter keine Aushandlungsprozesse mehr in Bezug auf die Zuständigkeiten innerhalb der Stadtgemeinde nötig waren.

Ansiedelung der Brüder vom Gemeinsamen Leben

Die unter Bischof Thilo von Trotha angesiedelten Brüder vom Gemeinsamen Leben stellten jedoch eine neue Form der geistlichen Gemeinschaft dar, die sich erst in der Stadt durchsetzen musste. Reibungspunkte ergaben sich vor allem mit St. Maximi. Mit der Predigtstätigkeit stand zu befürchten, dass die Gemeinde einen Teil ihrer Spenden nun an die Gemeinschaft gab, allerdings waren genau diese Spenden entscheidend bei der Finanzierung des Pfarrers und

der Kirchenfabrik. Hinzu kam, dass die Brüder vom gemeinsamen Leben einen starken Fokus auf das Handwerk hatten und sich zu großen Teilen selbst versorgten, das heißt eigenes Bier brauten und selbst Brot buken. Da sie diese Erzeugnisse auch verkauften, schufen sie zusätzlich zur geistlichen auch noch eine wirtschaftliche Konkurrenz, gegen die ein Teil der Stadtgemeinde vorging. Da die Brüder jedoch unter bischöflichem Schutz standen, musste sich die Bürgergemeinde an Thilo von Trotha wenden.

Rezessbücher des Hochstifts Merseburg

Die Merseburger Bischöfe und das Domkapitel waren im gesamten Mittelalter hindurch in der Stadt präsent und prägten die Entwicklung über Jahrhunderte. Die ansteigende schriftliche Überlieferung hat sich in Form von zahlreichen Urkunden erhalten, die im Domstiftsarchiv aufbewahrt werden und von Paul Fridolin Kehr in einem ersten Urkundenbuch bis 1357 ediert wurden. Neben dem Bistum als geistlichem Zuständigkeitsbereich hatten die Bischöfe mit ihrem Hochstift noch einen weltlichen Herrschaftsbereich, für den sie zuständig waren. Das Hochstiftsgebiet der Merseburger Bischöfe stellt sich als verhältnismäßig geschlossener Bereich dar, was bei zahlreichen anderen Hochstiftsgebieten nicht der Fall war. Ab der Zeit als Thilo von Trotha den Merseburger Bischofsstuhl einnahm, ist mit den Rezessbüchern eine umfangreiche Quellenüberlieferung angelegt worden. Er wurde 1466 zum Bischof gewählt und sollte eine bemerkenswert lange Amtszeit bis 1514 vor sich haben. Ab 1484 sind die Rezessbücher erhalten, die heute am Standort Wernigerode des Landesarchivs Sachsen-Anhalt aufbewahrt werden. Darin wurden die bischöflichen Gerichtsurteile festgehalten,

weswegen die Einträge das gesamte Hochstiftsgebiet umfassen. Bemerkenswert ist die Laufzeit der Überlieferung, die lückenlos bis 1629 reicht.

In diesen Rezessbüchern findet sich nun das entscheidende Urteil von Bischof Thilo in Bezug auf die Auseinandersetzungen zwischen der Pfarrei St. Maximi und den Brüdern vom gemeinsamen Leben. Doch ausgerechnet an dieser Stelle ist die ansonsten so dichte und umfangreiche Überlieferung der bischöflichen Rezessbücher lückenhaft. Erhalten hat sich lediglich der Beginn des Urteils, die folgende dafür nötige Seite fehlt. Während die moderne Folierung regulär weiterzählt (fol. 199r und 200r), ist der Seitensprung an der älteren Seitenzählung nachzuvollziehen, die von fol. 200 auf fol. 202 springt. Aus dem überlieferten Absatz kann lediglich entnommen werden, dass die Brüder sich beim Läuten der Glocken nach St. Maximi zu richten haben und einen jährlichen Betrag von sieben Groschen an die Marktkirche zu zahlen hätten, wofür sie im Gegenzug die eingenommenen Spenden behalten durften.

Dass dies nicht der Abschluss der Streitigkeiten war, lässt sich an den im Merseburger Stadtarchiv erhaltenen Ratsbüchern nachvollziehen, in denen immer wieder Beschwerden über die Brüder enthalten sind. Erst die Reformation und die Auflösung der Gemeinschaft im Jahr 1544 beendete die Auseinandersetzungen endgültig. Damit zeigt sich, wie eng soziale, wirtschaftliche und geistliche Interessen miteinander verflochten waren und welche zentrale Rolle die Pfarrkirche als Ort dieser Aushandlungen spielte.

Lisa Merkel

(Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt)

Buchrücken des Rezessbuches des Hochstifts Merseburg, 1484–1527 (LASA, A 30a, Nr. 411)

Außenansicht Kaiserdom Merseburg (Foto: F. Matte; Rechteinhaber: Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz)



Joachim Justus Breithaupt (1658–1732)

Der Patriarch des Halleschen Pietismus

Joachim Justus Breithaupt
(Rijksmuseum Amsterdam)



Breithaupt gilt neben August Hermann Francke als Hauptvertreter des Halleschen Pietismus. Trotzdem blieb eine entsprechende Würdigung seines Lebens und Wirkens bisher ein Forschungsdesiderat. Die nun vorliegende Dissertation will mit einer Biographie diese Lücke schließen.

Joachim Justus Breithaupt lehrte seit 1691 als Theologieprofessor an der Universität Halle und war Konsistorialrat, 1705 wurde er Generalsuperintendent im Herzogtum Magdeburg, 1705 bis 1709 war er Propst des Klosters Unser Lieben Frauen in Magdeburg, 1709 bis zu seinem Lebensende Abt im Kloster Berge bei Magdeburg.

Breithaupts Wirken ist also eng mit Magdeburg verknüpft. Während er im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts den Klöstern Unser Lieben Frauen und Berge vorstand, leitete er deren Klosterschulen als Ausbildungsstätten im Sinne pietistischer Frömmigkeit und Werte. Besonders sein Wirken im Liebfrauenkloster lässt sich anhand der guten Quellenlage im Landesarchiv Sachsen-Anhalt gründlich rekonstruieren und gibt trotz der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit dort einen grundsätzlichen und detaillierten Einblick in seine Arbeit nicht nur als Theologe, sondern auch auf den Ebenen der Schulleitung, Verwaltung und Personalführung.

Propst im Kloster Unser Lieben Frauen

Die vorliegenden Quellen geben zunächst Aufschluss darüber, in welchem desaströsen Zustand Breithaupts Vorgänger Philipp Müller (1640–1713) und Johann Fischer (1636–1705) sowohl in finanzieller als auch disziplinarischer Hinsicht ihm das Kloster hinterlassen hatten und von welchen externen Widerständen und Auseinandersetzungen Breithaupts Wahl zum Propst begleitet waren. Der Konvent hatte sich intern einstimmig für Breithaupt entschieden. Die Quellen geben darüber hinaus gründlich darüber Aufschluss, welche strukturellen Reformen zur Reglementierung des Klosterlebens und Verbesserung der Disziplin Breithaupt auf den Weg brachte und mit welchen Instrumentarien er sie durchsetzte. Der erste systematische Lehr- und Unterrichtsplan für eine Klosterschule ist auf seine Initiative hin entstanden und wurde von ihm als verbindlich festgelegt. Damit darf Breithaupt und nicht Müller als der eigentliche Gründer der Schule im Kloster Unser Lieben Frauen gelten. Er holte aus Halle junge Lehrer pietistischer Frömmigkeit als Informatoren an die Schule. In den Jahren seiner Wirksamkeit dort gelang es ihm zusätzlich, das Kloster

weitgehend zu entschulden und auch wirtschaftlich zu einem florierenden Betrieb aufzubauen. Breithaupt sorgte mit seiner Pionierarbeit dafür, dass seine Nachfolger als Propst, Johann Friedrich Botterweck (1669–1726) und Friedrich Opfergelt (1668–1740), auf dem gelegten Fundament im Sinne des Pietismus aufbauen und weiterwirken konnten. Es überrascht nicht, dass Breithaupt 1709 zum Abt des Klosters Berge gewählt und bestellt wurde. Der Konvent ließ ihn nur ungern ziehen.

Quellen im Landesarchiv Sachsen-Anhalt

Die entsprechenden Quellen im Landesarchiv finden sich unter der Signatur A 4f: die Aktenstücke Nr. 2456 bis Nr. 2459 enthalten Korrespondenzen zwischen dem Kloster, der Regierung und den Ständen des Herzogtums Magdeburg, die wichtige Informationen geben zur Führung des Klosters unter Breithaupts Vorgängern. Die Aktenstücke Nr. 2458 und Nr. 2459 beinhalten handschriftliche Quellen zu Breithaupts Wahl zum Propst. Der Konvolut Nr. 67 enthält die Protokolle der Konvents-konferenzen zu Breithaupts Zeit als Propst im Kloster und gibt minutiös Auskunft über Reformen und neue Strukturen im Klosterleben im Hinblick auf die Alumnen ebenso wie auf die Konventualen und Informatoren. Die Konventualen hatten Tagesjournale, also täglich schriftliche Arbeitsnachweise zu führen. Diese sind unter der Nr. 2464 überliefert. Über die von Breithaupts während seiner Amtszeit aufgenommenen Novizen gibt Nr. 2462 Aufschluss. Das Aktenstück Nr. 2456 enthält zudem Quellen zur Auseinandersetzung Breithaupts mit dem Kandidaten Johann Matthias Stieglitz, dessen Ordination auf Grund zweifelhafter Lebensführung Breithaupt verweigerte, und welche Verweigerung dann zu der kirchenhistorisch nicht unbedeutenden Kontroverse Breithaupts mit Carl Hildebrand von Canstein zu Fragen der Ekklesiologie und des Amtsverständnisses führte. Schließlich ist noch das Klostersagebuch unter der Nr. 3899 zu erwähnen, das in der Zeit Breithaupts zumindest teilweise überliefert ist und über wichtige Entscheidungen und Prozesse im Kloster, aber auch über den klösterlichen Alltag im Einzelnen unterrichtet.

Am Beispiel von Breithaupts Wirksamkeit im Kloster Unser Lieben Frauen, aber nicht nur da, zeigt sich, dass die Archivbestände im Landesarchiv Sachsen-Anhalt für eine Gesamtbiographie des Halleschen Pietisten von entscheidender Bedeutung sind.

Gerd Sundermann

(Reformierte Kirche Sissach Wintersingen, Schweiz)

Quellen des Landesarchivs in historischen Romanen

Eine Begnadigung des Verurteilten Ewald Preitz wurde abgelehnt (LASA, Z 109, Nr. 1179, Bl. 56).

Um ihren historischen Kriminalromanen eine authentische Rahmenerzählung zu geben, recherchiert die Autorin Antje Penk im Landesarchiv Sachsen-Anhalt. Im folgenden Beitrag gewährt sie Einblicke in ihre Recherchen.

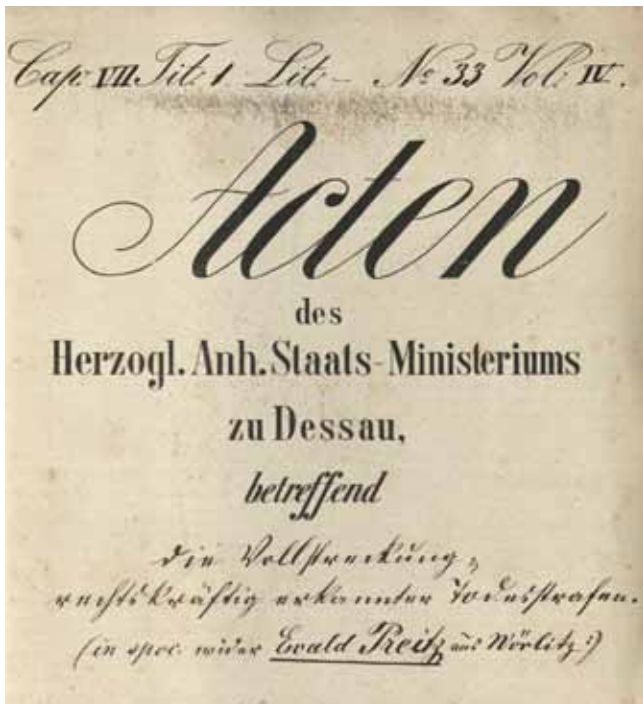
„Akten des Herzoglich Anhaltischen Staatsministerium zu Dessau betreffend die Vollstreckung rechtskräftig erkannter Todesstrafen (in spec. wider Ewald Preitz aus Wörlitz).“

Dies ist der Wortlaut der Akte, mit welcher meine Besuche am Dessauer Standort des Landesarchivs begannen. Aufmerksam auf die Möglichkeit, den Aktenbestand zu nutzen wurde ich durch einen Heimatforscher aus Wörlitz. Selbst häufiger Gast im Archiv, hatte er die Geschichte seines Ortes erforscht. Insbesondere die „Mordvilla“ hatte es dem Forscher angetan, eine schöne Immobilie aus dem letzten Jahrhundert. Die Geschichte des Gebäudes beinhaltete den Stoff für einen handfesten Krimi. Ich selbst schreibe schon seit über zehn Jahren und bin zum Krimigenre gekommen, wie die Jungfrau zum Kinde. Der Heimatforscher hatte einen Vortrag zu der Villa in Wörlitz gehalten. Darüber berichtete die Mitteldeutsche Zeitung, und ich wiederum las den Artikel. „Das wäre ein Stoff für einen guten Krimi“, dachte ich mir. Ich nahm Kontakt zu dem Heimatforscher auf. Dieser zeigte sich hilfsbereit. Der Stoff sei noch nicht verarbeitet, ich könne ihn gerne nutzen. Zu weiteren Auskünften über die geheimnisvolle Villa und den Mordfall jedoch konnte ich ihn nicht bewegen.

Erste Recherchen im Landesarchiv

Die Recherchearbeit musste ich schon selbst übernehmen. Und so erfuhr ich, dass jeder Bürger das Archiv nutzen kann, so oft er möchte. Ich traf auf sehr nettes Personal, welches mich in meiner Recherche unterstützte. Ein erstes Hindernis stellte die Akte selbst dar. Ich hatte bei meinem Arbeitseifer nicht bedacht, dass es sich um eine Akte aus dem Jahr 1885 handelte, einer Zeit, in der Gerichtstexte handschriftlich verfasst wurden. Den Deckel konnte ich noch lesen, denn er besteht aus einem Formular, das in Druckschrift vorgefertigt war. Beim Umschlagen des Deckels jedoch stand ich vor dem Problem: Ich konnte die altdeutsche Handschrift nicht lesen. Da half auch kein Blättern und Suchen. Die restlichen Ausführungen waren ausnahmslos in Schreibschrift verfasst. Die Akte blieb für mich ein Buch mit sieben Siegeln. Unverrichteter Dinge gab ich die Akte beim Personal wieder ab. Mein Krimiprojekt legte ich auf Eis, bis mir eine Lösung einfallen würde.

Die Lösung fiel mir im Buchdorf Mühlbeck in die Hände. Dort schenkte man mir ein Lesezeichen. Darauf standen die Buchstaben unserer Schrift und die Buchstaben der altdeutschen Schrift einander gegenüber, in Druckschrift und in Schreibschrift. Das Lesezeichen wurde mein Stein von Rosetta. Mit seiner Hilfe konnte ich die saubere Handschrift der Gerichtsschreiber entziffern. Zuerst Buchstabe für Buchstabe, später Wort für Wort. Die unleserliche Schrift der Staatsanwälte allerdings verschloss mir das Verständnis von deren Dokumenten und Kommentaren.



Deckblatt der Akten des Herzoglich Anhaltischen Staatsministerium zu Dessau betreffend die Vollstreckung rechtskräftig erkannter Todesstrafen (in spec. wider Ewald Preitz aus Wörlitz) (LASA, Z 109, Nr. 1179)

Da ich einen Brotberuf ausübe, habe ich nicht die Zeit, jeden Tag das Archiv und den Lesesaal zu nutzen. Mir kam entgegen, dass das Archiv einen Kopierservice anbietet. Nun hatte ich die Akte in digitaler Form und konnte in meinen freien Minuten den Text übersetzen, ohne nach Dessau fahren zu müssen. Eine wirklich nützliche Einrichtung.

Ein Blick in die Entstehung historischer Krimiromane

Für meinen ersten historischen Krimi übersetzte ich die Akte für mich vollständig. Es war einfacher in meinen eigenen Notizen nach den Informationen zu suchen, als die Bilder der Akte zu öffnen und dort nachzulesen. So entstand mein Krimi „Der Tabakhändler“.

Für meinen zweiten historischen Krimi „Der Landstreicher“ nutzte ich wieder das Archiv in Dessau. Wieder handelte es sich um einen Mordfall aus dem Anhaltischen aus dem gleichen Jahr. Die Zusammenarbeit mit dem Archiv in Dessau hat sich so gut entwickelt, dass ich dort sogar aus meinen Büchern lesen durfte. Dafür danke ich dem Archiv sehr herzlich.

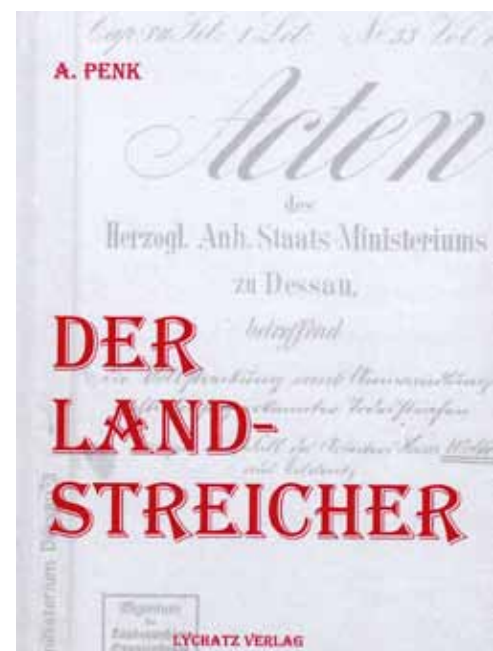
Mein aktueller Krimi stammt aus dem Jahr 1939. Hier ist die Akte mit Schreibmaschine verfasst, was meine Arbeit sehr erleichterte. Dieses Mal konnte ich den Service in Magdeburg nutzen. Eine Mitarbeiterin suchte für mich nach dem Namen des Mörders. Es existierte tatsächlich eine Akte in Magdeburg. Man bot mir an, eine Kopie herzustellen und mir zu senden. Ich bin für diese Möglichkeiten in höchstem Maße dankbar. Es sparte mir sehr viel Zeit, die ich lieber für das Studium der Akte verwende und für die Planung von Handlungsaufbau, Perspektive und Charakteren.

Denn die Akten enthalten zwar durchaus Informationen zum Ablauf der Tat und auch zu möglichen Motiven oder zu Zeugenaussagen. Ein lesenswerter Roman aber sind sie nicht. Aus der Faktenlage überlege ich mir, aus wessen Perspektive ich erzähle, wo der Roman beginnt, welche Informationen benötigt werden und welche nicht. An welcher Stelle, welche Hinweise sinnvoll eingebunden werden müssen. Ein besonders wichtiger Punkt ist die Gestaltung der Figuren. Die Akten enthalten oft nur Namen. Aber welche Ideen, Hobbys, Vorlieben die Menschen hatten, darüber geben die alten Papiere keine Auskunft. Hier beginnt meine gestalterische Freiheit.

Das Studium der alten Unterlagen ist in jeder Hinsicht spannend. Ich habe bei jedem Aktenstudium viel gelernt über das Leben und den Alltag der Leute. Und ich freue mich schon auf das nächste spannende Projekt. Denn in den Tiefen des Archivs schlummern noch viele Geschichten, die wiederentdeckt und erzählt werden wollen.

Antje Penk (Kemberg)

Bereits mehrere Krimis wurden von Akten des Landesarchivs inspiriert.





Walther Rathenau und die mitteldeutsche Chemieregion

Elektrochemische Werke Bitterfeld, 1911 (Stadtarchiv Bitterfeld-Wolfen)

Neuere Recherchen in der Abteilung Merseburg des Landesarchivs Sachsen-Anhalt zeigen die besondere Rolle Walther Rathenaus bei der Entwicklung der mitteldeutschen Chemieregion. Mit den Elektrochemischen Werken in Bitterfeld leitete er die Ansiedlung weiterer chemischer Großbetriebe in Mitteldeutschland ein.

Als ich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Merseburg mit den Recherchen zu Leichtmetall-Legierungen für mein Buch „Elektron – Geschichte und Renaissance eines außergewöhnlichen Metalls“ begann, stieß ich immer wieder auf den Namen Walther Rathenau (1867–1922). Hatte er doch 1897 in Bitterfeld mit der Schmelzfluss-Elektrolyse von Magnesium die Grundlage für eine ganze Gruppe von Leichtmetall-Legierungen gelegt. Aber nicht nur mit Magnesium hat sich Walther Rathenau in Bitterfeld beschäftigt. Eine Reihe technischer Entwicklungen, die in Bitterfeld ihren Anfang nahmen, gehen auf ihn zurück: Der Rathenau-Karbidofen, die industrielle Herstellung von Natrium, Chrom, Oxalsäure, Ferrosilicium, synthetischen Edelsteinen, Salpetersäure aus Luftstickstoff und der Bau einer Luftschiffswerft neben dem Werksgelände.

Die Gründung der Elektrochemischen Werke

Walther Rathenau, der Sohn des AEG-Gründers, Emil Rathenau (1838–1915) studierte neben Physik und Chemie auch Philosophie, Maschinenbau und Elektrochemie. 1892 ging er zur „Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft“ (AIAG) nach Neuhausen in die Schweiz, um praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Elektrochemie zu sammeln. In seiner zweijährigen Tätigkeit entwickelte er dort gemeinsam mit Martin Kiliani (1858–1895) ein Elektrolyse-Verfahren

zur Herstellung von Natronlauge und Chlor aus Kochsalz. Nachdem die Untersuchungen abgeschlossen waren und eine Überführung in die Produktion möglich schien, kaufte Emil Rathenau die Rechte an der Vermarktung des Verfahrens und gründete ein Konsortium zur „... elektrolytischen Scheidung des Kochsalzes“. Nun stand der Bau eines großen Elektrolyse-Werkes an. Nach einer Studienreise durch Mitteldeutschland Anfang 1893 empfahl Walther Rathenau seinem Vater, die neue Fabrik in Bitterfeld zu errichten, da die Standortbedingungen hier sehr günstig waren: Nähe zu den Salzlagerstätten, billige Kohle, gute Verkehrsanbindung, genügend Arbeitskräfte, niedrige Löhne und ein Fluss zur Entsorgung der Abwässer.

Daraufhin gründete die AEG am 28. Juni 1893 die „Elektrochemischen Werke Berlin G.m.b.H.“ (ECW) und erwarb in der Nähe des Dorfes Greppin bei Bitterfeld ein Grundstück für den Bau eines Elektrolyse-Werkes. Für die Elektrolyse werden große Mengen elektrischen Stroms benötigt. Walther Rathenau berechnete, dass die Erzeugung einer kWh elektrischen Stroms aus Braunkohle nur halb so viel kostet wie die aus Steinkohle. So wurde die billige Braunkohle der mitteldeutschen Region zum Geburtshelfer der chemischen Großindustrie.

Die Historie der Bitterfelder Werke konnte ich im Landesarchiv nachvollziehen und in dem Buch „130 Jahre Chemiestandort Bitterfeld“ aufzeichnen.

Der Aufstieg Walther Rathenaus zum Außenminister

Eigentlich plante Walther Rathenau in der Zeit um 1899, sich als Schriftsteller niederzulassen. Aber die AEG schlug ihm vor, die Leitung der Abteilung für den Bau von „Centralstationen“ (Kraftwerken) zu überneh-

men. Doch hier stockt die „Feder“. Den Weg im Wirtschaftsleben von Walther Rathenau auf einer Seite nachzuzeichnen – er war Mitglied in 86 deutschen und 21 ausländischen Aufsichtsräten – ist unmöglich. Nicht nur in der Wirtschaft machte sich Walther Rathenau einen Namen. Er veröffentlichte philosophische Schriften und wurde Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem der meistgelesenen Schriftsteller in Deutschland.

Der Erste Weltkrieg war für den patriotisch eingestellten Rathenau ein großer Einschnitt. Er wurde Berater der Regierung und Leiter der neu gegründeten „Kriegsrohstoff-Abteilung“ (KRA) im preußischen Kriegsministerium. In dieser Funktion setzte er sich dafür ein, dass in kürzester Zeit 30 Salpetersäure-Fabriken – die größte in Bitterfeld – für die Sprengstoff-Herstellung gebaut wurden. Die von ihm ins Leben gerufene KRA befähigte das Deutsche Kaiserreich, einen Krieg über vier Jahre durchzuhalten.

Die Kapitulation, fixiert im Versailler-Vertrag, brachte Deutschland starke Einschnitte. Der Wiederaufbau und die Verhandlungen mit den Siegermächten erforderten fachliche Kompetenz. Walther Rathenau schien dafür der richtige Mann. Im Mai 1921 berief Reichskanzler Joseph Wirth (1879–1956) Walther Rathenau in sein Kabinett als „Wiederaufbauminister“. Bald darauf bot Wirth ihm das Amt des Außenministers an, das er von Ehrgeiz und Patriotismus getrieben, am 31. Januar 1922 annahm.

Das Attentat auf Walther Rathenau

Von Rechtsextremisten begann gegen Walther Rathenau eine wütende Hetzkampagne. Auch wegen seiner jüdischen Abstammung und seiner auf Ausgleich mit den Siegermächten bedachten Haltung war Rathenau bei den ehemals kaiserlichen Seeoffizieren verhasst. Ihm wurde eine Politik der Feigheit und Würdelosigkeit vorgeworfen. Der Hass gipfelte im öffentlichen Absingen des Hetzliedes: „Schlagt ihn tot den Rathenau, die verdammte Judensau!“

Am Samstag, dem 24. Juni 1922 kurz vor 11 Uhr, ließ sich der Außenminister Dr. Walther Rathenau mit einem offenen Cabriolet ohne Polizeischutz in das Auswärtige Amt nach Berlin fahren. Kurz nach Fahrtantritt wurde er von einem Tourenwagen, in dem drei Männer saßen eingeholt, wobei einer der Insassen sofort neun Schüsse aus einer Maschinenpistole auf Rathenau abfeuerte und ein weiterer eine Handgranate in das Auto warf. Bereits mit dem ersten Schuss wurde Walther Rathenau tödlich getroffen. Der Tathergang konnte genau rekonstruiert werden, da die Täter, Angehörige der paramilitärischen, rechtsextre-

men, judenfeindlichen „Organisation Consul“ (O.C.), bei den Vorbereitungen und der Ausführung der Tat im Grunewald gesehen worden waren.

Eine Beschreibung der Flucht und das Ende der Attentäter auf der Burg Saaleck bei Bad Kösen ist im Landesarchiv vornehmlich in einer Akte des Polizeipräsidiums Halle (LASA, C 49, Nr. 2) dokumentiert. Erstaunlich, dass diese Akten die NS-Zeit unbeschadet überstanden haben. Wurde doch im Widerspruch zu den Akten das Ende der Rathenau-Mörder auf der Burg Saaleck nach 1933, nicht den historischen Tatsachen entsprechend, glorifizierend dargestellt. In besagter Akte sind die Protokolle der auf Burg Saaleck beteiligten Kriminalpolizisten hinterlegt.

Die mitteldeutsche Chemieregion

Aus den von Walther Rathenau 1893 errichteten Elektrochemischen Werken (ECW) entwickelte sich der chemische Großbetrieb Bitterfeld-Nord. Bald folgten der ECW die Chemische Fabrik Griesheim in Bitterfeld (1893), die Agfa-Farbenfabrik Wolfen (1895), das Elektrolyse Werk in Westeregeln (1896), die Kommanditgesellschaft „Neu-Staßfurt und Teilnehmer“ in Zscherndorf (1899), die Chemische Fabrik Herz in Zscherndorf (1904), die Agfa-Filmfabrik Wolfen (1909), das Stickstoffwerk Piesteritz (1915), das Aluminiumwerk Bitterfeld (1916), das Ammoniakwerk Merseburg (1916), das Hydrierwerk Rodleben (1916) und nach dem Ersten Weltkrieg die Buna-Werke Schkopau (1936), das Hydrierwerk Zeitz (1936), die Braunkohle-Benzin A.G. Böhlen (1936) und das BRABAG-Werk Magdeburg (1936). Die Erzeugung von Strom aus der billigen Braunkohle war der Ausgangspunkt der Erschließung der unter dem Namen „Chemiedreieck“ bekannt gewordenen von Walther Rathenau begründeten Chemischen Industrie in Mitteldeutschland.

Günter Matter (Erfurt)

Akte des Polizeipräsidiums Halle zu Ermittlung und Ende der Rathenau-Mörder Fischer und Kern auf Burg Saaleck bei Kösen, 1922 (LASA, C 49, Nr. 2)





Das Kaufhaus S. & M. Crohn in Aschersleben

Käte Hirsch, geborene Crohn, links, und Alice Crohn auf der Dachterrasse ihres Hauses in der Breiten Straße 41a (Privatbesitz Prof. Michael Helft, Tel Aviv)

Die Enteignung der jüdischen Bevölkerung während des Nationalsozialismus wurde in den staatlichen Unterlagen dokumentiert und ermöglicht eine Rekonstruktion nicht nur der Besitzübertragung, sondern auch des Leidensweges einzelner Personen. Im Zentrum des hier vorgestellten Projekts steht die Biographie der Familie Crohn, die ein Kaufhaus in Aschersleben besaß.

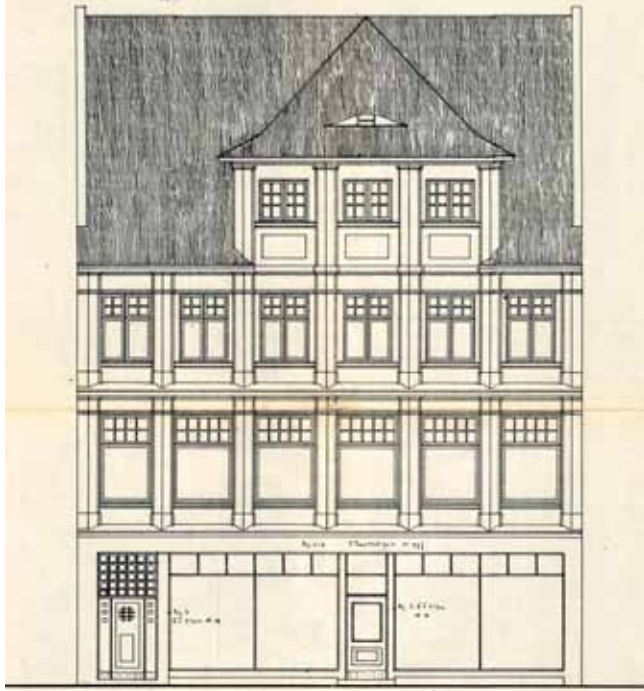
Die Bestände aus der NS-Zeit und aus der Nachkriegszeit im Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Magdeburg sind die Hauptquelle für die Geschichte der Firma und die Biografie der jüdischen Familie Crohn ab 1938. Die umfangreichen Akten dokumentieren die „Arisierung“ der Firma S. & M. Crohn, die „Arisierung“ des Haus- und Grundbesitzes der Familie, den Raub ihres Vermögens und die Verfolgung der Familienangehörigen bis zu ihrer Deportation und Ermordung. Des Weiteren geben die Wiedergutmachungsakten nach dem Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz – BEG) im Niedersächsischen Landesarchiv und im Landesarchiv Berlin sowie Dokumente im Besitz der Familie der früheren Eigentümer Auskunft über die antijüdische Verfolgung der

Familienmitglieder während der NS-Zeit.

Meine Arbeit im Landesarchiv Sachsen-Anhalt zur Geschichte des Kaufhauses Crohn erfolgt im Rahmen von Recherchen für ein umfangreiches Buch- und Forschungsprojekt im Auftrag des Enkels der früheren Eigentümer Hermann und Alice Crohn, Prof. Michael Helft in Tel Aviv. 2011, 2015 und 2020 wurden bereits sieben Stolpersteine zur Erinnerung an die früheren Inhaber vor dem ehemaligen Kaufhaus in Aschersleben verlegt.

Zur Geschichte des Kaufhauses bis 1933

Der Firmenname S. & M. Crohn geht zurück auf die jüdischen Kaufleute Samuel und Michaelis Crohn, die 1896 das Stammhaus in Bernburg gründeten. Das Kaufhaus S. & M. Crohn in Aschersleben wurde 1898 von Hermann und Michaelis Crohn am Markt Nr. 10 als Zweiggeschäft der Bernburger Firma eröffnet. Ab 1902 war Hermann Crohn alleiniger Inhaber der Firma S. & M. Crohn in Aschersleben. Weitere Geschäfte der Familie Crohn existierten in Staßfurt (Inhaber: Max Crohn), in Eisleben (Hermann Crohn), in Burg bei Magdeburg (Samuel und Michaelis Crohn), in Helbra (Jaques Crohn), in Nordhausen (Max und Hedwig Beer, geborene Crohn) sowie in Blankenburg (Jaques Crohn).



Bauzeichnung von 1913 (Kreisarchiv Salzlandkreis, 04.01. 2343/1)

In den Jahren 1913–14 ließ Hermann Crohn in Aschersleben in der Breiten Straße 41a nach Plänen von Architekt und Stadtbaurat Dr. Hans Heckner einen modernen Kaufhaus-Neubau errichten. Hermann Crohn, seine Ehefrau Alice, geborene Samson und ihre vier Töchter Ilse, Käte, Lilly und Henny zogen in die Wohnung über den Geschäftsräumen des Kaufhauses in die zweite und dritte Etage des Hauses Breite Straße 41a. 1929 wurde das Kaufhaus durch die Crohn-Passage und den Neubau des Wohn- und Geschäftshauses am Markt 13a erweitert. Mit der Ausführung beauftragte Hermann Crohn wieder Architekt und Stadtbaurat Dr. Hans Heckner.

Es sind leider keine zeitgenössischen Fotos mit der Ansicht des Kaufhauses erhalten geblieben. Die Häuser Breite Straße 41a und Markt 13 in Aschersleben stehen heute unter Denkmalschutz.

Antijüdische Verfolgung bis 1938

In einer Zeit zunehmender Repression und antijüdischer Propaganda durch das NS-Regime wurde 1934 der jüdische Kaufmann Feodor Hirsch als Teilhaber in die Firma S. & M. Crohn, Aschersleben aufgenommen. Henny Crohn, die jüngste Tochter von Hermann und Alice Crohn, emigrierte 1934 nach Südafrika. Ihre Schwester Ilse Helft, geborene Crohn, verließ Deutschland im selben Jahr mit ihren Söhnen Michael und Nikolaus ins britische Mandatsgebiet Palästina. Nach dem Tod von Hermann Crohn in Tiberias, Palästina/Erez Israel im April 1936 während einer Reise zu ihrer Tochter Ilse in Tel Aviv, kehrte Alice Crohn allein in das nationalsozialistische Deutschland zurück. Sie trat im Oktober 1936 als Gesellschafterin und tätige Teilhaber in die Firma S. & M. Crohn, Aschersleben ein. Frau Crohn wohnte mit ihrer Tochter Käte Hirsch,

die von ihrem Ehemann geschieden war, bis 1942 über dem Kaufhaus in Aschersleben in der Breiten Straße 41a.

„Arisierung“ des Kaufhauses durch Werner Meyer

In einem Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Aschersleben vom 12. Oktober 1946 beschreibt Feodor Hirsch den Ablauf der Inventur und die Geschäftsübernahme während des nationalsozialistischen Novemberpogroms 1938:

„Wir haben s. Zt. mit Herrn Meyer, Herrn Dr. Raubold sowie Herrn Roßberg betr. Übernahme unseres Geschäftes verhandelt und es kam ein Kaufabschluß zustande. [...] Bei der Übernahme jedoch wurde der Kaufabschluß überhaupt nicht beachtet, sondern es wurden uns große Schwierigkeiten in den Weg gelegt [...]. Der Unterzeichnete mußte [am 10. November] ganz plötzlich das Geschäft verlassen, da seine Verhaftung erfolgen sollte, und der Mitinhaberin, Frau Crohn wurde dann das Betreten des Geschäftes untersagt. [...] Im übrigen werden ja auch Ihnen die Verhältnisse vom November 1938 genügend bekannt sein.“ (LASA, MD, K 5, Nr. 1412, Bl. 149)

Zwischen Alice Crohn und der Firma Werner Meyer wurde ein Pachtvertrag für die Geschäftsräume des Kaufhauses abgeschlossen. Die sogenannte „Arisierung“ der Firma S. & M. Crohn, Aschersleben, die 1938 35 Angestellte hatte, erfolgte am 1. Dezember 1938 in Firma Werner Meyer. Der Kaufmann Werner Meyer aus Altenburg übernahm das Kaufhaus zusammen mit dem Bankprokuristen Bruno Rossberg und dem Rechtsanwalt Dr. Martin Raubold, beide ebenfalls aus Altenburg.

Max Crohn, Inhaber des Kaufhauses S. & M. Crohn, Staßfurt und seine Frau Elsbeth Crohn, geborene Schleimer, undatiert (Privatbesitz Prof. Michael Helft, Tel Aviv)





Familie Silberberg etwa 1939, v.l.n.r.: Thomas, Lilly, Karl und Stephan Silberberg (Privatbesitz Prof. Michael Helft, Tel Aviv)

Geplante Auswanderung der Familie nach 1939

Im Landesarchiv Sachsen-Anhalt in Magdeburg befindet sich die Akte Alice Crohn der Devisenstelle der Provinz Sachsen (LASA, G 11, Nr. 3016). Sie dokumentiert die Zeit vom Januar 1941 bis zum Dezember 1942. Die Akte gibt Auskunft zu den nahen Familienangehörigen von Alice Crohn, die in diesem Zeitraum noch in Deutschland lebten und auf die finanzielle Unterstützung von Frau Crohn und ihrem Schwager Max Crohn in Berlin angewiesen waren. Sie enthält unter anderem Bescheinigungen und eidesstattliche Versicherungen darüber, dass die Verwandten mittellos waren und Anträge des Devisenberaters für jüdische Auswanderer Walter Heinemann aus Magdeburg für Frau Crohn für Zahlungen aus ihrem Sperrkonto.

Das Schriftstück der Akte mit dem ältesten Datum ist vom 4. Januar 1941. Devisenberater Walter Heinemann schreibt an den Oberfinanzpräsidenten, Devisenstelle in Magdeburg:

„Wie sie aus beiliegender Quittung (Photokopie) ersehen, waren die Plätze für die Familie Silberberg und Frau Crohn bereits am 29. Oktober 1940 bei der Hamburg Amerika Linie, Reisebüro am Hauptbahnhof in Hamburg durch eine Anzahlung von R.M. 500.00 fest bestellt worden. [...]

Herr Silberberg, als Schwiegersohn der Frau Crohn, hat auch von der Hamburg Amerika Linie die Fahrkarten in Empfang genommen, wie Sie aus beiliegender Photokopie ersehen, und laut beiliegender Quittung am 28.12.1940 in Hamburg bezahlt. Da er selbst nicht über das Geld verfügt, so hat er sich R.M. 1.700.00 bei der Preussischen

Vermögensverwaltung, Berlin W.8, Behrenstr. 23 geliehen. Den Restbetrag hat er von sich ausgelegt. Ich bitte daher die Genehmigung zu erteilen, dass aus dem beschränkt verfügbaren Sicherungskonto der Frau Alice Sara Crohn bei der Deutschen Bank in Aschersleben R.M. 1.700.00 an die Preussische Vermögensverwaltung [...] überwiesen werden dürfen.“

Frau Crohn plante zusammen mit ihrer Tochter Käthe Hirsch in Aschersleben und der Familie, ihrer Tochter Lilly Silberberg, geborene Crohn in Berlin nach Chile auszuwandern.

Mit der Verfügung einer „Sicherungsanordnung“ konnten jüdische Bürger nicht mehr frei über ihre Bankkonten verfügen. Alle Transaktionen über einem Freibetrag zum Lebensunterhalt mussten von der Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidenten genehmigt werden.

Am 13. Februar 1941 reicht Devisenberater Walter Heinemann einen Antrag beim Oberfinanzpräsidenten, Devisenstelle in Magdeburg ein, eine Rechnung über 100 Reichsmark für ihre Schwester an den Steuerberater Dr. Wilhelm Ploss in Hamburg zahlen zu dürfen: „Frau Crohn hat in Bernburg ihre einzige Schwester

Brief Alice Crohns an den Oberfinanzpräsidenten vom 30. April 1938.

KAUFHAUS

S. A. M. CROHN

DEUTSCH. BANK & DISKONTO GESELLSCHAFT
HALLESCHER BANKVEREIN VON KULISCH,
KAMPPF & CO. FILIALE ASCHERSLEBEN
POSTSHECKKONTO: BERLIN NR. 3319
FERNRUF ASCHERSLEBEN Nr. 2378

12

ASCHERSLEBEN

ANGES. H. AUFGEN. K. ASCHERSLEBEN, DEN 30. April 1938

An den Herrn
Oberfinanzpräsidenten
Devisenstelle
Magdeburg

Vorgang

Der Oberfinanzpräsident
Magdeburg
Eing. 2. MAI 1938

Betrifft: 12/Helft, Ilse, Palästina.

Ich gebe Ihnen einlegend den mir zugesandten "verbindlichen Vorbescheid" zurück. Habe mit der Paltreu verhandelt und den Bescheid bekommen, daß ich das Landesfinanzamt verlassen soll, mir einen "unabhängigen Bescheid" über diesen Betrag zu geben. Auf Grund dieses sog. gültigen Bescheides will dann die Paltreu mir die Genehmigung zur Einzahlung auf Sonderkonto I erteilen.

Was die auf der Rückseite des Vorbescheides verzeichneten Fragen angeht möchte ich gern wissen, ob diese Fragen sich auf das Vermögen der Frau Ilse Helft, Tel-Aviv, oder auf mein Vermögen beziehen. Selbstverständlich kann ich jederzeit die Unbedenklichkeitserklärung des hiesigen Finanzamtes beibringen, ebenso den Nachweis, daß das schenkende Kapital aus eigenem Vermögen gegeben wird und daß eine Kapitalflucht nicht begründet ist.

Bemerken möchte ich noch, daß Frau Ilse Helft, Tel-Aviv, keine Kapitalien sowie keine Vermögenswerte hierhat mit Ausnahme eines ganz geringen Betrages, was auch dem Landesfinanzamt, da wir darüber schon korrespondiert haben, bekannt sein dürfte. Frau Ilse Helft hat auch bei ihrer Übersiedlung nach Palästina keine Kapitalien mitgenommen.

Hochachtungsvoll
Alice Crohn

1 Vorbescheid zurück.

leben, und zwar Frau Mally Sara Schwab, die von Frau Crohn laufend mit ihrer Genehmigung mit monatlich RM 30.– unterstützt wird. Frau Schwab besitzt in Bernburg noch ein Hausgrundstück, das ihr mehr Abgaben verursacht, als es Miete einbringt (RM 13.–).

Frau Schwab hatte daher vor Jahresfrist das Haus an die Stadt verkauft, die Auflassung und Bezahlung soll dem Kaufvertrage entsprechend jedoch erst erfolgen, wenn Frau Schwab Bernburg verläßt. [...]

In Anbetracht der Vermögenslosigkeit der Frau Schwab bitte ich höflich, meinen Antrag zu genehmigen, damit der Steuersachverständige seine Gebühren erhält.“

Alice Crohn unterstützte ihren Schwager Jaques Crohn in Blankenburg und dessen Frau Johanna mit monatlichen Zahlungen in Höhe von 30 Reichsmark, die von der Devisenstelle genehmigt werden müssen. Johanna Crohn schreibt am 9. Juni 1941:

„Liebe Alice,

Ich hatte vergessen meinem gestrigen Schreiben den Ablehnungsbescheid der Devisenstelle Magdeburg [...] beizufügen [...].

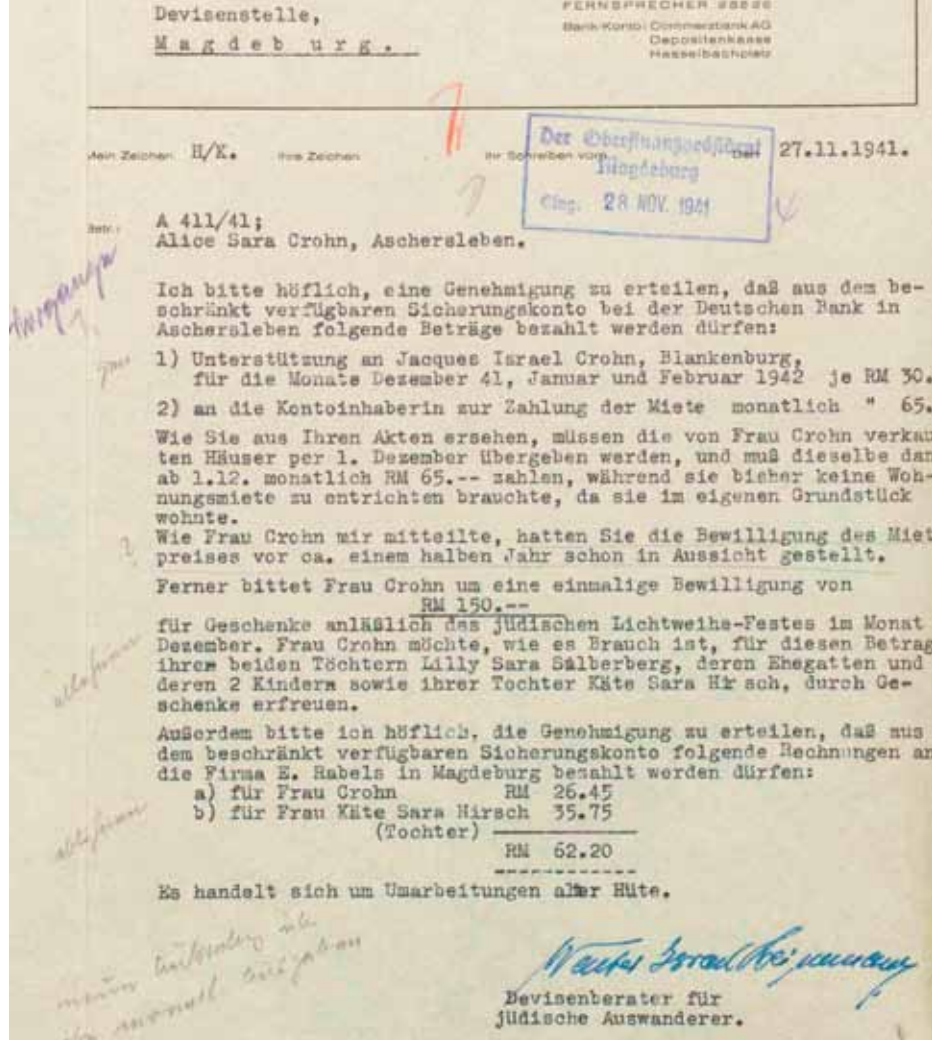
Wie Du siehst habe ich in der Aufregung alles vergessen u. hole es eben nach. –

Für Deine Mühe u. Arbeit, die Du mit uns hast, danken wir Dir außerdem innigst.

Dir, sowie Käte herzlichst Grüsse von Jack u. Deiner Joh.“

Am 23. Oktober 1941 wurde in Deutschland ein Emigrationsverbot verhängt. Die geplante Auswanderung von Frau Crohn und ihrer Familie nach Chile scheitert. Ein Schreiben des Rechtsanwalts und Notars Martin Goltze in Aschersleben an den Oberfinanzpräsidenten, Devisenstelle in Magdeburg vom 26. Januar 1942 erwähnt den Verkauf der Grundstücke von Alice Crohn, Breite Str. 41a – Adolf-Hitler-Platz 13 [Markt 13] und des Geschäftsinventars an die Firma Werner Meyer.

Die Akte Alice Crohn endet mit einem Schreiben der Deutschen Bank, Zweigstelle Aschersleben an den Oberfinanzpräsidenten Magdeburg, Devisenstelle vom 21. Dezember 1942 und einem Genehmigungsbescheid vom 24. Dezember 1942:



Brief des Auswanderungs- und Devisenberaters Walter Heinemann in Magdeburg an die Devisenstelle Magdeburg vom 27.11.1941 (LASA G11, Nr. 3016)

„Frau Alice Sara Crohn, Aschersleben, Breite Straße 41a hat ihren Wohnsitz nach Theresienstadt verlegt. Zur Erfüllung ihres mit der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland abgeschlossenen Heimeinkaufsvertrages sind wir beauftragt ihr Barguthaben und ihre bei uns befindlichen Wertpapiere auf das Sonderkonto H bzw. in das Sonderdepot H der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland bei dem Bankhaus von Heinz Tecklenburg & Co., Berlin W 8, Wilhelmsplatz 7 umzulegen. Der Auftrag zur Umlegung ist von der Geheimen Staatspolizei genehmigt.“

Alice Crohn wurde 1944 vom Konzentrationslager Theresienstadt ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Frau Crohn und alle ihre in der Akte Alice Crohn G 11 Devisenstelle, Nr. 3016 erwähnten Familienangehörigen – ihre Tochter Käte Hirsch, die Familie Silberberg, ihr Schwager Max Crohn und seine Frau Elsbeth Crohn, Schwager und Schwägerin Jaques und Johanna Crohn sowie ihre Schwester Mally Toni Schwab – wurden in der Shoah ermordet.

Claudia Andrae (Aschersleben)



Vom Vergessen zum Erinnern

NS-Zwangsarbeit im Raum Wittenberg

Luftbild aus der Jubiläumsschrift zum 35. Gründungsjubiläum der WASAG, um 1920 (Sammlung A. Keller)

Eine entscheidende Grundlage für ein Erinnern an die NS-Verbrechen ist die Auseinandersetzung mit ihren konkreten Auswirkungen auf die lokale Umgebung. Mit der Rekonstruktion der NS-Zwangsarbeit im Raum Wittenberg leistet der folgende Artikel einen wichtigen Beitrag.

Seit nunmehr zwölf Jahren besuchen wir regelmäßig den Merseburger Lesesaal des Landesarchivs Sachsen-Anhalt. In dieser Zeit haben sich die dortigen Bestände als eine der wichtigsten Quellengrundlagen für Forschungen zu NS-Zwangsarbeit im Raum Wittenberg erwiesen. Der Fokus unseres Aufarbeitungsprojektes „Vom Vergessen zum Erinnern“ liegt auf den Zwangsarbeiterlagern im industriell geprägten Westen der Stadt.

Zwangsarbeiterlager der Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoff-Aktiengesellschaft (WASAG) Werk Reinsdorf

Die WASAG war der größte Rüstungsbetrieb im Raum Wittenberg und produzierte sowohl zivile als auch militärische Sprengstoffe. Während der Weltkriege lieferte sie die Grundlage für die Herstellung von Bomben, Granaten und Minen. Gegründet 1891, begann die Produktion 1894 mit 246 Mitarbeitern in Reinsdorf bei Wittenberg. Bis 1945 stieg die Belegschaft auf etwa 12.500. Während des Zweiten Weltkrieges wurde die Produktion hauptsächlich durch den Einsatz tausender Fremd- und Zwangsarbeiter aufrechterhalten, die etwa 30 Prozent der Belegschaft ausmachten. Ab 1939 entstanden im Umfeld des Werks mehrere Wohnlager für Arbeitskräfte verschiedener europäischer Nationen. Über diese Lager gab es bisher nur wenige Publikationen, meist ohne

nachvollziehbare Quellenangaben – ein Umstand, der zu weiteren Forschungen anregte. Die aktuellen Recherchen belegen mindestens sechs verschiedene, von der WASAG betriebene Wohnlager für insgesamt ca. 3.300 Zwangsarbeiter.

Zum Neumühlenlager, auch Franzosenlager genannt, existiert der umfangreichste Wissensstand. Dank privater Aufzeichnungen eines ehemaligen französischen Arbeiters, ergänzt durch umfassendes Archivmaterial, ergibt sich ein realistischer Überblick über die Arbeits- und Lebensumstände französischer Männer und Frauen während ihrer Zeit im Lager. Besonders Bau- und Lagepläne aus dem Bestand des Kreisarchivs Wittenberg sowie Dokumente zu Postangelegenheiten (LASA, G 13, Nr. 4152) geben Auskunft über die Größe des Wohnlagers und Anzahl der Insassen. Anders verhält es sich mit dem WASAG-eigenen Kriegsgefangenenlager. Hier konnte zwar (ebenfalls durch Baupläne des Kreisarchivs) die Lage der Wohnbaracken verortet werden, Angaben zur Anzahl der Gefangenen beruhen lediglich auf Schlussfolgerungen und Zeitzeugenaussagen.

Zum WASAG-Lager „Italia“ in Coswig/Anhalt gaben wiederum polizeiliche Akten und Korrespondenzen mit dem Gewerbeaufsichtsamt stichhaltige Hinweise zur Existenz des Lagers. Als eines der ersten Wohnlager der WASAG unterschied sich das Bereitschaftslager in Apollensdorf dagegen durch seine massive Bauweise stark von den Strukturen der später errichteten Barackenlager. Von den einst zehn Wohngebäuden bestehen heute noch vier, die zu Wohnungen umgebaut wurden. Neben dienstverpflichteten Arbeitskräften des Deutschen Reiches waren hier Zivilarbeiter verschiedenster Nationen untergebracht. Karteikartenbestände am Archivstandort Dessau

belegen, dass hier unter anderem kroatische Arbeiterinnen wohnten, von denen die Hälfte minderjährig war – die Jüngste gerade im Alter von 15 Jahren. Archivalien der Standorte Merseburg und Dessau konnten außerdem wesentlich dazu beitragen, den Einsatz von strafgefangenen Männern und Frauen bei der WASAG nachzuweisen. Hier ergänzen sich aufschlussreich Zeitzeugenberichte, Lagepläne und Fotodokumente mit den umfangreichen Archivbeständen. Die meisten Zeitzeugen leben heute nicht mehr. Umso notwendiger ist es, Quellenbestände auszuwerten und diesen Teil unserer Geschichte für die Zukunft zu bewahren.

Das „Arbeitserziehungslager“ bei der Gummi-Werke „Elbe“ AG

Vom Sommer 1944 bis ins Frühjahr 1945 betrieb die Gestapo auf dem Werksgelände der Gummi-Werke „Elbe“ AG in Wittenberg Piesteritz ein sogenanntes „Arbeitserziehungslager“ (AEL). Diese Lager dienten der „Disziplinierung“ vermeintlicher „Arbeitsverweigerer“ und „Bummelanten“, insbesondere ausländischer Arbeitskräfte, die die harten Arbeitsanforderungen der Kriegsproduktion nicht erfüllten. Einzelne Unternehmen arbeiteten eng mit der Gestapo zusammen, da sie von der Einrichtung eines AEL in doppelter Hinsicht profitierten: Sie erhielten zusätzliche und völlig entrechtete Arbeitskräfte und konnten ihre Belegschaft durch das abschreckende Beispiel zu höherer Leistung antreiben.

Nach ihrer Gründung im Jahr 1898 entwickelte sich die Gummi-Werke „Elbe“ AG zum größten Hersteller technischer Gummiwaren in Mitteldeutschland. Während des Zweiten Weltkriegs wurden hier beispielsweise Akku-Kästen aus Hartgummi für Flugzeuge und U-Boote hergestellt. In dieser Zeit setzte der Betrieb eine steigende Anzahl ausländischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ein, die schließlich über die Hälfte der gesamten Belegschaft bildeten. Da die Gummi-Werke stetig weitere Zwangsarbeiter beim Gauarbeitsamt Halle anforderten, richtete die Geheime Staatspolizeileitstelle Halle auf dem Werksgelände ein AEL ein, das als „Nebenlager Wittenberg“ dem „Arbeitserziehungslager Spergau“ angegliedert war. Etwa 80 bis 100 ausländische Zwangsarbeiter wurden in Wittenberg Piesteritz unter der Leitung von SS-Lagerkommandanten „diszipliniert“. Das Lager bestand aus einer von einem Stacheldrahtzaun umzäunten Baracke mitten auf dem Betriebsgelände. Deutsche Arbeiter erinnerten sich später an die willkürliche Schikane und schwerste Gewalt, unter denen die Häftlinge litten. Als das AEL Piesteritz im Februar



Baracke im Neumühlenlager, 1944 (Jean Caniot, „Témoins d’une tragédie“, o.O. 1995, S. 1234, Bild 420)

1945 nach weniger als einem Jahr geschlossen wurde, waren 54 Insassen tot. Die entsprechenden Sterbeurkunden belegen 14 Erschießungen mit den Vermerken „wegen Widerstands erschossen“ oder „auf der Flucht erschossen“. Diese Angaben sind zweifelhaft. So wurde der 22-jährige Gijs van de Langenberg, ein dienstverpflichteter Niederländer, am 14.11.1944 „auf der Flucht“ durch einen Kopfschuss getötet. Die Tatsache, dass ein sowjetischer Mithäftling am selben Ort und in derselben Minute ebenfalls durch einen Kopfschuss starb, deutet vielmehr auf eine zweifache Hinrichtung hin.

Da die Gestapo ihre Aktenbestände zum Kriegsende systematisch vernichtete, bleibt eine historische Aufarbeitung von AEL bis heute erschwert. Der derzeitige Forschungsstand beruht im Wesentlichen auf Standesamtsunterlagen und der betrieblichen Dokumentation im Landesarchiv Sachsen-Anhalt. Letztere gibt insbesondere Aufschluss über die enge Verflechtung der Gummi-Werke mit dem Lagerbetrieb und über den Umgang mit Verantwortlichkeiten im Rahmen der politischen „Säuberung“ nach 1945. Eine weiterführende Analyse erfordert die Feststellung und Auswertung weiterer Quellenbestände wie etwa die des Gauarbeitsamtes Halle oder der NS- und Nachkriegsjustiz.

Johanna Hohaus (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und Andreas Keller (Apollensdorf)



Gijs van de Langenberg, getötet im AEL bei den Gummi-Werken „Elbe“ (Foto: Brabants Historisch Informatie Centrum)

QR-Code zur Website von „Vom Vergessen zum Erinnern“



Das DDR-Frauengefängnis „Roter Ochse“

Ein Ausstellungsprojekt

Für das Ausstellungsprojekt **DDR-Frauengefängnis „Roter Ochse“** konnten anhand der Überlieferung des Landesarchivs weiterführende Erkenntnisse zum Gefängnisalltag zutage gefördert werden.

„Stasi-Knast“, das haben viele Menschen in Halle und Umgebung als Antwort parat, wenn gefragt wird, was sich zu DDR-Zeiten auf dem Gefängnisareal am halleschen Kirchtor befunden hat. Dagegen ist den Meisten wohl weit weniger geläufig, dass gleich in unmittelbarer Nachbarschaft die vermutlich zweitgrößte Frauenhaftanstalt der DDR existierte. An das Schicksal und den Alltag der im Frauengefängnis in Halle Inhaftierten erinnerte nun zum ersten Mal eine kleine Ausstellung, die im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) von Runa Scharlau in der Gedenkstätte ROTER OCHSE entstand.

Die Erkenntnisse zum Gefängnis-Alltag, zu der Größe der Einrichtung, dem Häftlingseinsatz zur Haftzwangsarbeit, der Personalstruktur und den damit in Verbindung stehenden Problemlagen basieren zuvorderst auf den Akten der Abteilung Strafvollzug der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) des ehemaligen Bezirks Halle, die in der Abteilung Merseburg des Landesarchivs Sachsen-Anhalt eingesehen werden konnten.

Beginn des DDR-Strafvollzuges im „Roten Ochsen“

In diesem Beitrag werden hier nun kurz wesentliche Ergebnisse des Projektes zusammengetragen, um die Entwicklung des nach Hoheneck zweitbedeutendsten Frauengefängnisses der DDR zu skizzieren. Hierfür ist zu Beginn die Feststellung wichtig: Die Geschichte des DDR-Strafvollzuges auf dem Gelände des „Roten Ochsen“ beginnt mit einem Männergefängnis. Nach dem Abzug des sowjetischen Geheimdienstes vom Haftareal im Jahr 1952 teilte sich fortan die DDR-Staatssicherheit das Gelände mit dem Ministerium des Innern, das dort vorerst eine Männerstrafvollzugsanstalt betreiben sollte.

Was mit der Umstellung auf den Frauenstrafvollzug 1954 einherging, war ein massiver Mangel an



Anlernen für das Schuhkombinat, 1982

Im Jahr 1978 wurde das Lehrband zur Einarbeitung in der Schuhproduktion im „Roten Ochsen“ eingeführt. Die Ausbildungsphase dauerte in der Regel drei Monate. (BArch, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 543, Teil 2 von 2, S. 153)

(weiblichem) Personal, Kleidern und Medikamenten. Auch an vielen anderen Ecken mangelte es: Schuhe, Waschschüsseln, Trinkbecher, Zellenkübel waren ebenso anfangs zu wenig vorhanden. Gerade in den Wintermonaten machten sich die schlechten Bedingungen durch einen äußerst hohen Krankenstand bemerkbar. Mit den Umbaumaßnahmen, die Ende der 1960er Jahre abgeschlossen waren, änderten sich die hygienischen Voraussetzungen. Auch der Medikamentenmangel und das fehlende medizinische Personal konnten mehr und mehr kompensiert werden. Jedoch verschärfte sich die Situation seit Beginn der 1970er Jahre erneut zusehends, diesmal aufgrund einer erheblichen und langfristigen Überbelegung des Gefängnisses.

Zusammensetzung der Gefangenen in Halle

Die Mehrheit der Frauen, die zwischen 1954 und 1990 in Halle eine Strafe verbüßen musste, sollte dies wegen weitestgehend unpolitischer Vergehen tun. Der Anteil der Deliktgruppen änderte sich jedoch über die Jahrzehnte stark und so auch die durchschnittlich zu verbüßende Strafdauer. Der Anteil politischer Gefangener war in den 1950er Jahren am höchsten, kurzzeitig war etwa ein Drittel der Inhaftierten aus politischen Gründen im halleschen Strafvollzug eingesperrt. In der Gefängnishierarchie waren Menschen, die als „Staatsfeinde“ galten, strukturell weit unten angesiedelt, schon allein dadurch bedingt, dass sie von den für Häftlinge gängigen Funktionsstellen ausgenommen waren. Schicht- bzw. Bandleiter oder Verwahrraumälteste und Stations-

älteste sollten dezidiert nicht aus politischen Gründen Verurteilte sein.

Neue Ausrichtung und massive Überbelegung in den 1970ern

Ab den späten 1960er Jahren änderten sich die für die Strafvollzugsanstalt Halle ausschlaggebenden Haftgründe stark. Mit der Einführung des DDR-Strafgesetzbuches und der Etablierung des § 249 waren sogenannte „Asoziale“ fortan die größte Gruppe von Inhaftierten. Mitte der 1980er Jahre waren etwa 60 Prozent der Gefangenen wegen „Straftaten gegen die staatliche Ordnung“ eingesperrt, wozu neben Paragraphen der politischen Justiz unter anderem auch § 249 zählte. Die gesamte Ausrichtung der Haftanstalt wurde dem Aspekt der zur „Arbeitserziehung Verurteilten“ gewidmet. Der offizielle Name des Frauengefängnisses war fortan „Arbeitserziehungskommando Halle“. Als solches sollte das Gefängnis Mitte der 1970er Jahre die höchsten Belegungszahlen aufweisen. Die Auslastung der Haftanstalt war jedoch bereits in den Jahren zuvor oft deutlich über den Planzahlen der Maximalbelegung (1966 zu 125 %, 1972 zu 147,7 %). 1975 wurde vorerst der Zenit erreicht und es war mit etwa 1.500 Inhaftierten eine beinahe doppelt so hohe Belegung vorhanden wie vorgesehen.

Strafgefangene auf dem Freistundenhof der StVE Halle, 1982
Links das „große Haus“ der Frauenstrafvollzugseinrichtung (StVE), hinter dem Hof das durch eine Mauer vom Areal der StVE getrennte Hafthaus der Untersuchungshaftanstalt des MfS. (BArch, MfS, BV Halle, AGL, Nr. 543, Teil 2 von 2, S. 139)



Ein Wesenskern des DDR-Strafvollzugs war die Haftzwangsarbeit. Das DDR-Frauengefängnis in Halle hatte Zeit seines Bestehens eine Vielzahl von Arbeits-einsatzorten, an denen die Strafgefangenen arbeiten mussten. Der Großteil der Betriebe ließ hinter den Anstaltsmauern produzieren, in den Außenkommandos waren nie mehr als ein Drittel der Strafgefangenen eingesetzt. Dabei dominierte stets ein auf dem Haftgelände gelegener Betrieb besonders: Zu Beginn des DDR-Strafvollzuges bis zum Ende der 1960er war das die Schneiderei (Hallesche Kleiderwerke), in der beinahe durchgängig die Hälfte der Inhaftierten arbeiten musste. Ab 1970 wurde sie vom Schuhkombinat Banner des Friedens Weißenfels als größter Haftbetrieb abgelöst. Die Schuhfabrik ließ bis zum Ende der DDR Sportschuhe und Mokassins von bis zu 600 Inhaftierten gleichzeitig produzieren, die im 3-Schichtsystem in den Arbeitsräumen der Hafthäuser, bzw. in einer in den 1970er Jahren eigens geschaffenen Baracke zu arbeiten hatten.

Der erzieherische Anspruch im DDR-Strafvollzug und so auch im Frauenstrafvollzug in Halle blieb letztlich theoriebasierte Fassade. Das, was im praktischen Sinne mit der Haftzwangsarbeit beabsichtigt wurde, war das Füllen von Leerstellen in diversen Produktionsbereichen, in denen die Zivilarbeiter fehlten. Und ein solches Ziel wiederum wurde im Regelfall erreicht, gab es doch genug Gefangene im DDR-Staat.

Niklas Poppe
(Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle an der Saale)

Forstamt	Befallsfläche in ha				davon aufge- arbeitet fm	noch auf- zuarbei- ten fm	Forstamt	befallene Fläche ha	bereits aufgearb. fm	noch aufzu- arbeiten fm
	Total	Mittel	leicht	stark						
Wippra	700	240	172	-	94 889	99 940	Blasenkeburg	90	7 000	2 000
Weisdorf	-	-	-	9	2 115	3 145	Hasselfelde	324	11 800	4 800
Stolberg I	4	40	-	3 000	15 686	13 155	Stiege	54	11 803	2 146
Stolberg II	-	20	28	-	2 187	1 450	Büchenberg	26	9 000	2 500
Ziegelroda	-	-	-	12	6 000	500	Heldringen	25	1 000	400
Burgwenden	29	55	-	-	28 100	1 900	Halle	40	714	105
Zeitz	63	3	18	-	23 271	3 160	Wippra	1 146	122 000	110 000
Allstedt	-	-	80	-	1 000	2 000	Weisdorf	720	5 500	6 000
Fölsfeld	25	20	-	-	10 000	1 000	Stolberg Ost	179	22 920	23 900
Rosla	126	109	-	-	23 719	39 889	Stolberg West	185	2 820	3 881
Bräunrode	6	6	17	8	1 168	455	Ziegelroda	101	4 423	790
Thale	5	9	2	104	1 900	1 250	Burgwenden	68	9 700	-
Gernrode	61	19	38	95	11 600	31 000	Zeitz	236	28 819	2 580
Ilsenburg	-	18	5	-	1 690	4 150	Allstedt	-	-	-
Hand	25	37	8	-	26 570	30 160	Fölsfeld	58	10 174	546
Hasserode	-	-	-	-	-	-	Rosla	478	89 074	28 000
Hübeland	25	25	15	-	22 439	12 989	Bräunrode	694	5 490	1 530
							Thale	67	7 450	3 195
							Gernrode	447	66 884	68 394
							Ilsenburg	80	26 660	5 423
							Hasserode	66	62 660	16 875
							Hübeland	1 360	30 210	3 850
									48 394	18 500
									31 700	11 700

Borkenkäfer und Fichtenwald im Harz

Aufstellung der Befallsflächen durch den Fichtenborkenkäfer am 1. April 1948 und 15. August 1948 (LASA, K 7, Nr. 713, Bl. 281v, 282r)

Ein Forschungsprojekt beleuchtet die Geschichte der Forstwirtschaft des Harzes – und zeigt, dass die Anfälligkeit der Fichtenmonokulturen für den Borkenkäfer die systematische Beforstung von Beginn an begleitete.

Anfang des 20. Jahrhunderts zeigte der Harzer Wald das typische Bild eines deutschen Waldes: Ordentliche Reihen von Fichten, die von ausgebildeten Forstleuten sorgfältig gepflanzt und gepflegt wurden. Heute begegnen Wanderer und Besucher einer ganz anderen Landschaft, dem sogenannten „Silberwald“. Der Wald spiegelt tiefgreifende Veränderungen in der Forstwirtschaft und im Verständnis von Naturschutz in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wider.

Die historische Abhängigkeit des Harzes von der Bergbauindustrie machte Holz unentbehrlich für Grubenstempel, das Schmelzen von Erzen und den Bau von Infrastrukturen. Bereits im 17. Jahrhundert, als die Waldbestände stark erschöpft waren, begann der Staat damit, Forstleute auszubilden und einzustellen, um die Wälder zu bewirtschaften und eine nachhaltige Holzversorgung zu gewährleisten. Die Lösung war die Fichte, die schnell wuchs und sich an verschiedene Bedingungen anpasste. Sie bot dem Staat eine verlässliche Holzquelle.

Trotz des starken Einsatzes für Fichtenmonokulturen erkannten viele Forstleute schon früh die möglichen negativen Folgen, insbesondere die Anfälligkeit der Fichte für Insektenkatastrophen. Tatsächlich wurde eine der ersten großen Borkenkäferkatastrophen in den 1780er Jahren im Harz von dem Naturwissenschaftler Johann Friedrich Gmelin dokumentiert. Um solche Katastrophen zu vermeiden, waren eine ständige Überwachung und Maßnahmen zur Eindämmung von Ausbrüchen erforderlich.

Borkenkäferkatastrophe

Das Forstsystem zur Überwachung von Insektenausbrüchen im Harz erforderte ständige Aufmerksamkeit und einen großen Arbeitseinsatz. Wenn Stürme Bäume beschädigten, mussten die Arbeiter schnell handeln, um das Totholz zu entfernen oder die Rinde zu verbrennen und so die Ausbreitung von Schädlingen zu verhindern. Dieses empfindliche System brach während des Zweiten Weltkriegs zusammen. Zunächst führte der Krieg zu einem starken Personalmangel in den Forstämtern des Harzes und schließlich störte die alliierte Besatzung die bestehenden Arbeitsstrukturen. Das Problem verschärfte sich, als die Behörden in der Sowjetischen Besatzungszone viele Forstarbeiter aufgrund ihrer früheren Mitgliedschaft in der NSDAP entließen. In dieser Zeit institutioneller Unsicherheit breitete sich der Borkenkäfer schnell aus.

Ohne ausreichend ausgebildetes Personal eskalierte der Befall nach dem außergewöhnlich trockenen Jahr 1946. Im Jahr 1945 wurden für Sachsen-Anhalt 164.000 Festmeter Schadhölzer gemeldet. Unterstützung kam von Oberst Malinowsky von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), der den Aufbau der Landesborkenkäferinspektion (LBI) in Hasserode/Wernigerode förderte. Zum Leiter der Landesborkenkäferinspektion wurde Gustav Reckmann, der Oberforstmeister des Forstamts Hasserode, ernannt. Seine Behörde erhielt bevorzugten Zugang zu Arbeitskräften und Ressourcen, um den Befall zu bekämpfen.

Durch eine Kombination aus chemischen Spritzmitteln, dem Einsatz von Fangbäumen und intensiven Kontrollen aller Fichtenbestände über 40 Jahre brachte die Landesborkenkäferinspektion den Befall schließlich bis 1949 unter Kontrolle. Doch dies war nicht die einzige Bedrohung für die Harzer Wälder.

Die Landesborkenkäferinspektion war eine Ausnahme von der sowjetischen Politik, die ansonsten alle forstlichen Arbeiten außer der Holzernte aussetzte. Zwischen 1945 und 1953 wurden in der Sowjetischen Besatzungszone fast 44 Millionen Festmeter Holz eingeschlagen, und auch der Harz war von dieser großflächigen Ausbeutung betroffen.

Als die Forstwirtschaft in den 1950er Jahren allmählich wieder unter deutsche Kontrolle gelangte, waren die Wälder im Harz stark erschöpft. Um den Holzbedarf des Wiederaufbaus nach dem Krieg zu decken, sicherten deutsche Förster schnell Fichtensamen und pflanzten den Harz wieder auf, wobei sie die Fichtenkulturen über verschiedene Höhenlagen ausdehnten. Obwohl für manche die frühere Borkenkäferkatastrophe eine Warnung war, setzten sich wirtschaftliche Zwänge durch, und die Förster vertrauten erneut auf die schnell wachsende Fichte.

DDR Forstwirtschaft im Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb Wernigerode

Mit dem Aufbau des ostdeutschen Staates und der Einführung der zentralen Wirtschaftsplanung wurden die Landes- und Kreisforstämter 1952 in Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe (StFB) umgewandelt. Im Harz gehörte dazu auch der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb Wernigerode. Um die umfangreichen Fichtenwälder zu erhalten und den Holzbedarf der DDR zu decken, mussten die Leiter und Mitarbeiter des Forstbetriebes die natürlichen Abwehrmechanismen eines vielfältigen Waldes künstlich nachbilden, da dies von einer Fichtenmonokultur allein nicht zu leisten war.

Die ostdeutsche Forstwirtschaft, einschließlich des Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebes Wernigerode, entwickelte ein effizientes Arbeitssystem. Dieses stellte sicher, dass Bäume ohne Verzögerung gefällt, entfernt und abtransportiert wurden. Denn liegen-

Kampf gegen den Borkenkäfer 1948 (LASA, P 26, 5. Periode, Tasche 31)



gebliebenes Totholz auf dem Waldboden konnte Insektenbefall begünstigen. Unregelmäßige Aufgaben wie die Beseitigung von Sturmschäden oder großflächige Aufforstungen wurden von speziellen Arbeitsgruppen, darunter Schulkindern, übernommen, um den Hauptproduktionsplan nicht zu stören. Der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb Wernigerode setzte außerdem konsequent auf die Entwicklung und Anwendung chemischer Pestizide – nicht nur zur Bekämpfung, sondern auch zur Vorbeugung von Befällen.

Nationalpark Hochharz

Die politischen Veränderungen in Ostdeutschland 1989 hatten auch Auswirkungen auf den Harzwald. Nach dem Ende der SED-Herrschaft forderten neue Mitarbeiter des DDR-Umweltministeriums ein umfassendes Nationalparkprogramm für die DDR. Dazu gehörte die Einrichtung eines Nationalparks im Harz. Mit der Gründung des Nationalparks Hochharz 1990 ging die Verantwortung für den Wald von den Förstern auf Naturschützer über. Sie standen der Übernutzung der Wälder durch die Holzindustrie und der Erhaltung ökologisch unnatürlicher Wälder skeptisch gegenüber. Für die Nationalparkverwaltung war der Borkenkäfer kein Schädling, sondern ein wichtiger Bestandteil des Waldökosystems. Er trägt dazu bei, schwache Bäume zu entfernen. Gemäß dem Nationalparkprinzip „Die Natur sich selbst überlassen“ ist der Schutz dieses Prozesses (der sogenannte Prozessschutz) von großer Bedeutung. Obwohl dies heute zum sogenannten „Silberwald“ geführt hat, glauben Naturschützer, dass der Borkenkäfer dazu beiträgt, die Folgen jahrzehntelanger forstwirtschaftlicher Nutzung zu überwinden.

Anmerkung zu den benutzten Quellen

Dieses Projekt ist Teil meiner Doktorarbeit. Neben dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt haben auch das Niedersächsische Landesarchiv und das Bundesarchiv Berlin diese Forschungen zur Geschichte der Forstwirtschaft und des Naturschutzes im Harz unterstützt.

Im Landesarchiv Sachsen-Anhalt wurden hierzu insbesondere die Bestände *K7 Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, M 1 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Magdeburg, M 8 Staatlicher Forstwirtschaftsbetrieb Wernigerode* und *L 16 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt* ausgewertet.

*Daniel McDermott
(University of Rochester – USA)*



Nutzungsperspektiven

Während die vorherigen Beiträge einen Eindruck davon vermitteln, welche Forschungen mithilfe der Überlieferung des Landesarchivs durchgeführt werden, möchten die folgende Berichte

Nutzungsperspektiven für künftige Forschungen aufzeigen, die sich allen Interessierten durch neue Übernahmen und Erschließungsverbesserungen eröffnen.

Bericht über die Maulbeerplantagen im Amt Helfta von 1772 (LASA, Da 32, Nr. 167)

Von Aken bis Ziesar

Die Überlieferung der landesherrlichen Ämter im Herzogtum Magdeburg

Fast 300 laufende Meter Akten und Amtsbücher der landesherrlichen Ämter im Herzogtum Magdeburg bieten spannende Einblicke in die Alltagsgeschichte der Frühen Neuzeit. Die Findbücher dieser Bestände sind nun komplett retrokonvertiert und können online in der Archivdatenbank des Landesarchivs Sachsen-Anhalt recherchiert werden.

Das landesherrliche Amt im Herzogtum Magdeburg

Als eine Institution der territorialen Lokalverwaltung bildete sich das landesherrliche Amt seit dem Spätmittelalter in den deutschsprachigen Regionen aus. Mit der Einrichtung der Ämter wurde der oft versprengte Besitz des Landesherrn in überschaubare lokale Einheiten mit festen Verwaltungsmittelpunkten zusammengefasst. Ziel war es, die Wahrnehmung und Nutzung der verschiedenen Herrschaftsrechte vor Ort abzusichern. Innerhalb der frühneuzeitlichen Regionalverwaltung hatten die Ämter daher eine doppelte Funktion: Zum einen waren sie Teil der landesherrlichen Finanzverwaltung und trugen mit ihren Einnahmen zur finanziellen Ausstattung des Landesherrn bei. Zum anderen übten die Ämter neben den Patrimonial- und Stadtgerichten eine lokale Gerichtsbarkeit aus und dienten anfänglich auch dem Schutz des Landfriedens und der Durchsetzung der guten Polizey sowie des Kirchenregimentes.

Diese Aufgaben änderten sich jedoch im Laufe der Frühen Neuzeit mit der Ausbildung und Intensivierung territorialer Verwaltung im Herzogtum Magdeburg. So wurden etwa die lokalen Patronatsrechte 1680 mit der Errichtung des Konsistoriums beseitigt. Als den landesherrlichen Ämtern übergeordnete Behörde entwickelte sich zum Ende des 16. Jahrhunderts

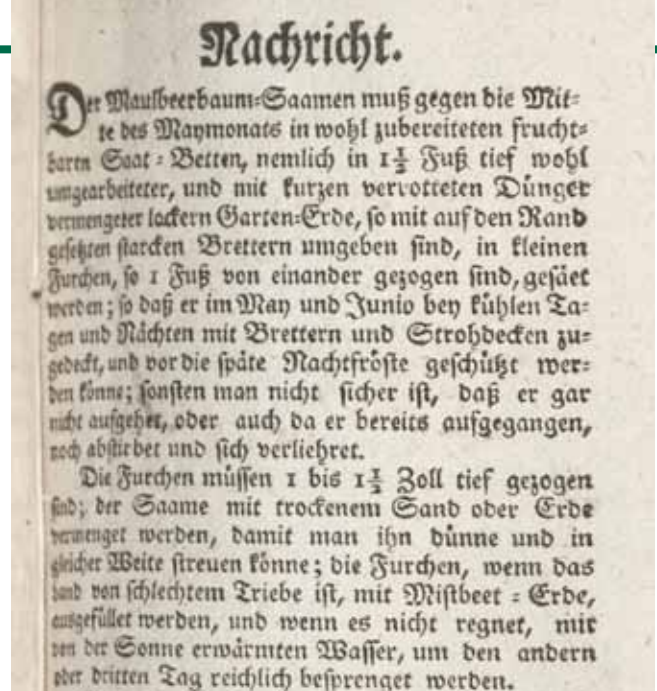
die Kammer bzw. Amtskammer, die 1657/58 als eigenständige Kollegialbehörde von der Regierung abgesondert wurde. Sie kümmerte sich um die Verwaltung der landesherrlichen Ämter, die Regalien sowie Steuer- und sonstige Abgabeneinzugsrechte des Landesherrn. 1723 ging die Amtskammer in die neu gegründete Kriegs- und Domänenkammer ein. Mit der Gründung des Kommissariats im Jahr 1713 und der Instruktion für die Landräte 1716 verloren die landesherrlichen Ämter ihre Funktion als Steuerbezirke. Die steuerliche und polizeyliche Aufsicht wurde nun von den Steuerräten und Landräten übernommen und die Ämter dienten nur noch der Domänenverwaltung und als untere Gerichtsbarkeit. Letztere wurde 1770 mit der Einsetzung spezieller Domänenjustizbeamter von der Domänenbewirtschaftung abgelöst und in der Folgezeit zusammen mit dem gesamten Rechtssystem in Preußen neu kodifiziert und durch die Verstaatlichung der Kriminaljustiz und die Einführung des Hypothekenbuchwesens stark eingeschränkt. Im Zuge der preußischen Verwaltungsreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurden die landesherrlichen Ämter schließlich gänzlich aufgehoben und als Domänenbesitz zusammengezogen, welcher nun von den Domänenrentämtern verwaltet wurde.

Die Menschen im landesherrlichen Amt

In der Frühen Neuzeit bestand das landesherrliche Amt aus der landesherrlichen Domäne mit den zugehörigen Dörfern und in einigen Fällen auch mit kleinen (Mediat-)Städten. Die Verwaltung oblag einem Amtmann oder Amthauptmann, der in der ländlichen Gesellschaft eine herausragende Position einnahm. In seiner Rolle spiegeln sich die Komponenten der frühneuzeitlichen Grundherrschaft auf lokaler Ebene wider. Er trat bei der Verwaltung der verliehenen Domänengüter und den damit zusammenhängenden Rechten und Pflichten als Vertreter des Landesherrn als dem Grundherrn dieser Güter auf. Darüber hinaus übte er auch die Funktion als Gerichtsherr über die Amtsuntertanen aus. Mit zunehmender Verschriftlichung und Professionalisierung der lokalen Verwaltungstätigkeit, insbesondere des Gerichtswesens, wurde der Amtmann durch eigene Bedienstete, einen Schreiber oder Justitiar, unterstützt und konnte sich zunehmend auf die wirtschaftliche Verwaltung der Domäne konzentrieren. Anfangs waren die Ämter meist an Vertreter des lokalen Niederadels verpachtet oder verliehen, jedoch wurden diese im Laufe der Frühen Neuzeit durch bürgerliche Amtmänner verdrängt. Eine systematische Untersuchung über die Amtmänner bzw. Amtmannsfamilien, ihre Herkunft, Ausbildung sowie soziale Stellung und Rolle im Herzogtum Magdeburg steht noch aus.

Oftmals war der Amtmann zusätzlich auch Pächter der Landwirtschaft des Amtes oder Generalpächter aller oder einzelner Vorwerke. Für die Bewirtschaftung des Amtshofes sowie der Vorwerke und Amtsschäfereien waren je nach Größe des Amtes mehrere Knechte und Mägde sowie Amtsschäfer und andere Bedienstete beschäftigt. Zudem konnte der Amtmann in Ausübung der landesherrlichen Grundherrschaft auf die Dienste der Amtsuntertanen zugreifen.

Anweisung zum Umgang mit der Hornviehkrankheit von 1716 (LASA, Da 19, Nr. 235 Bd. 1, Bl. 9)



Anleitung zur Anpflanzung von Maulbeerenbüschen (LASA, Da 32, Nr. 167)

Dazu gehörten Gespanndienste der Amtsbauern sowie Handdienste, die von den Dorfbewohnern verrichtet werden mussten, jedoch im Laufe des 18. Jahrhunderts gegen Geldzahlungen und schließlich mit den Stein-Hardenbergschen Reformen gänzlich abgelöst wurden. Die Untertanendienste waren ein ständiger Streitpunkt, wie zahlreiche Akten der Ämterbestände dokumentieren.

Eine bislang wenig erforschte Rolle mindestens bei der ökonomischen Verwaltung eines Amtes spielte die Ehefrau des Amtmanns. Ihre Tätigkeit wird jedoch nur aktenkundig, wenn sie als Witwe Übergangsweise die Amtsgeschäfte des verstorbenen Amtmannes regelt und damit als schreibende Akteurin auftritt. Dies ist durchaus üblich, da der meist auf sechs Jahre laufende Pachtvertrag nach dem Ableben eines Pächters auf die Familienmitglieder übertragen wurde. Vor allem bei minderjährigen Kindern übernahm dann die Witwe die aus dem Pachtvertrag herrührenden Verpflichtungen und auch Schulden. Da die Domänenkammer bei guter Bewirtschaftung die Pachtverträge immer wieder verlängerte und sich so ganze Dynastien von Amtsmännern bzw. Amtfamilien entwickelten, konnte eine Amtmannwitwe durchaus mehrere Jahre für die Verwaltung eines Amtes zuständig sein. Ein gut dokumentierter Fall ist hier die Tätigkeit der verwitweten Frau Oberamtmannin Buchholz im ältmärkischen Amt Diesdorf, jedoch stellt dieser Aspekt der Alltagsgeschichte noch ein Forschungsdesiderat dar.

In der Ausübung seiner Tätigkeiten griff der Amtmann bzw. die Amtmannswitwe auch auf die Dienste der dörflichen Amtsträger, vor allem Richter und Schöffen, zurück. Diese wurden vom Amtmann ausgewählt und von der Amtskammer bzw. Kriegs- und

Dannach bey der an einen und andern Orte hiesiger Provinzien
 verspürten Seuche unter dem Horn-Vieh / man auff gute Praeservativ-Mittel bedacht
 zu seyn / auch alle Gelegenheit / wodurch das Ubel verbreitet und von einem Ort zum andern verschleppt
 werden kan / bestmöglich zu verhüten Ursach he; Und dann die Erfahrung lehret / das durch die von inficir-
 ten Cadaveribus abgezogene Häute die infection dem gesunden Vieh zugebracht / nicht weniger dasselbe durch den Ge-
 ruch des Aes angesteket / auch von denen Hunden und Fäßen die Seuche von einem Orte zum andern transportiret
 werde; Als wird allen und jeden Eingefessenen Unserer Provinzien / ohne Unterscheid der Jurisdiction alles Ernstes
 hiedurch injungiret / das ein jeder / unter dessen Viehe eine infection einreisset / bey Vermeidung schwerer arbiträren
 Poen und fiscalischer Ahndung / so fort gebührende Sorg trage / das die todte Aeser / Unsern deshalb ergangenen Edi-
 ctis gemäß nicht uneingescharet beliegen bleiben; sondern unabgedeket / so tieff unverzüglich eingegraben werden / das
 selbige von den Hunden nicht wieder ausgescharet werden können; Wobey zugleich das hiebeneben gedruckte und von
 guter Hand anhero communicirte Praeservativ zu möglichsten Nachrich hiedurch bekandt gemacht wird. Uhe-
 kundlich unterm Königl. auffgedruckten Insesgel. Gegen zu Berlin / den 9. Januar. 1717.

Rezept zur Vorbeugung der Hornviehseuche (LASA, Da 19, Nr. 235 Bd. 1, Bl. 16)

Domänenkammer bestätigt. Sie leisteten dem Amtmann notwendige Zuarbeiten und besetzten eine im Alltag wichtige Position für den Informationsfluss zwischen Obrigkeit und Untertanen auf dem Land.

Die Überlieferung der Ämter im Landesarchiv

Die Ämter im Herzogtum Magdeburg lassen sich ihrem Entstehungshintergrund nach grob in drei Kategorien einteilen. Zum einen die Ämter, die aus altem erstiftischen sowie domkapitularischen Besitz hervorgingen. Eine besondere Gruppe bilden dabei die Residenzen des Erzbischofs, die durch die jeweiligen Ämter unterhalten wurden. An erster Stelle ist hier das Amt Giebichenstein zu nennen, das auf eine Verleihung Ottos I. im Jahr 961 zurückgeht und sich zum größten Amt im Erzstift Magdeburg entwickelte. Andere Ämter mit Residenzfunktion waren Calbe (Saale) und die Sommerresidenz Wolmirstedt. Hier zu nennen ist selbstverständlich auch das Amt der Magdeburger Möllenvogtei. Diese Ämter wurden auch im Spätmittelalter nie oder nur in Ausnahmefällen verpfändet, während andere Ämter teilweise über lange Pfandperioden der direkten erstiftischen Verwaltung entzogen waren. Mit dem 15. und 16. Jahrhundert bildete sich im Erzstift Magdeburg eine Amtsverfassung aus. Diese kann jedoch nur zum geringen Teil in der Überlieferung der Ämterbestände nachgezeichnet werden, da die Aktenüberlieferung der Ämter des Herzogtums Magdeburg bei einem Drittel der Bestände erst im Laufe des 16. Jahrhunderts einsetzt und die Akten aus dieser Zeit nur einen vergleichsweise geringen Anteil der Gesamtüberlieferung ausmachen. Daher muss die Forschung für die frühe Ämtergeschichte auf urkundliche und kopiale Quellen (Cop.-Bestand der Erzbischöfe sowie des Domkapitels; Urkundenbestände U 1, U 2, U 4c) sowie vor allem die Überlieferung des Erzstifts Magdeburg (Bestand **A 2 Erzstift Magdeburg. Innere Landesverwaltung**) ausweichen. Darin ist beispielsweise die Ordnung des Amtes Giebichenstein aus der zweiten

Hälfte des 15. Jahrhunderts überliefert (vgl. A 2, Nr. 4). Mit der Reformation entwickelte sich die zweite Gruppe der Ämter im Erzstift bzw. Herzogtum Magdeburg. Im Zuge der Säkularisation der Klöster gelangten große klösterliche Besitzungen in die Hand des Landesherrn und wurden in der Folgezeit zu landesherrlichen Ämtern umgewandelt. Im Erzstift Magdeburg waren dies die Ämter Gottesgnaden (Da 25) und Hillersleben (Da 33) sowie das bereits bestehende Amt Jerichow, das mit dem säkularisierten Kloster vereinigt wurde (Da 36). Hier zu nennen sind auch die Ämter klösterlichen Ursprungs, die in die Herrschaft der Grafen von Mansfeld und nach deren Aussterben 1780 an den Landesherrn fielen. Dabei handelt es sich um die Ämter Klostermansfeld (Da 39), Holzzelle (Da 34) und Helfta (Da 32). Eine Besonderheit bei den Ämtern mit klösterlichem Ursprung bildet das Augustinerchorherrenstift Petersberg, das 1540 von Sachsen säkularisiert, zum Amt umgestaltet und 1697 von Brandenburg gekauft wurde (Da 52). Dies leitet bereits zur dritten Gruppe der Ämter über, die durch Lehnsfall sowie Ankauf oder Tausch vor allem im 18. Jahrhundert erworben wurden. So etwa das Amt Ziesar als Besitz der Bischöfe von Brandenburg, das nach der Reformation (1544 bzw. 1596) an Brandenburg fiel und 1773 durch Tausch zum Herzogtum Magdeburg kam (Da 75). In der Überlieferung der Ämter im Herzogtum Magdeburg zeigt sich eine sich verdichtende Schriftlichkeit für das 17. und 18. Jahrhundert. Diese lässt sich vor allem mit den landesherrlichen Bemühungen einer zentralisierten Verwaltung erklären, unter der 1657/58 Administrator August von Sachsen die Kammer reorganisierte. In dem Zusammenhang wurden die Ämter stärker an die Zentralverwaltung angebunden und ab 1723 von der Kriegs- und Domänenkammer kontrolliert, deren Bestand mit 255 laufenden Metern Archivgut eine beeindruckende Gegenüberlieferung zu den Ämterbeständen liefert (Signaturengruppe A 9c).

Erschließung und Recherche

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt verwahrt am Standort Magdeburg insgesamt 38 bzw. 41 Bestände (mit und ohne Exklaven), welche die historischen Unterlagen der Ämter im Herzogtum Magdeburg beinhalten. Die Überlieferungsdichte und der Überlieferungszeitraum sowie der Erhaltungszustand der Bestände variieren von Amt zu Amt und hängen stark davon ab, wie im Vorfeld mit diesen Akten umgegangen wurde. In einigen Fällen lassen alte Schimmelschäden auf widrige Lagerungsbedingungen in feuchten Amts- oder Gerichtsgebäuden schließen. In anderen Fällen zeugen zeitgenössische Aktenrepertorien von einer akribischen Ordnung in den Amtsstuben. Auch die Überlieferungsdichte ist vom historischen Zufall abhängig, sodass bei manchen Ämtern, wie dem Amt Brumby (Da 9), lediglich einige wenige Amtsbücher überliefert sind, während für das Amt Giebichenstein (Da 24) über 25 laufende Meter Archivgut detaillierte Einblicke in den Lebensalltag im Amt ermöglichen. Von den 38 bzw. 41 Ämterüberlieferungen des Herzogtums Magdeburg wurden die meisten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert von den Gerichten oder Domänen an das damalige Provinzialarchiv bzw. Staatsarchiv abgegeben und unter der Bestandsgruppensignatur Da aufgestellt. Ihre Erschließung erfolgte vor allem in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, wobei ein großer Teil dieser Bestände zwischen 1933 und 1936 von dem Archivar Ulrich Kühne bearbeitet wurde.

In den 2010er-Jahren wurde damit begonnen, die Erschließungsinformationen der analogen Findbücher in die Archivdatenbank des Landesarchivs zu überführen. Diese Retrokonversionen gingen häufig mit aufwendigen Erschließungsverbesserungen, Laufzeitüberprüfungen und Umsignierungen einher und konnten im Jahr 2025 abgeschlossen werden. Mit der nächsten Datenbankaktualisierung werden somit alle Findinformationen zu den Ämterbeständen des Herzogtums Magdeburg (mit Ausnahme der Exklaven, die als Di-Bestände aufgestellt sind) allen Forschenden zur Onlinerecherche zur Verfügung stehen. Die bei der Revision aufgefundenen unverzeichneten Unterlagen der Ämter, die meist aus Lose-Blattsammlungen bestehen, werden derzeit sukzessive erschlossen und halten sicherlich noch die ein oder andere Überraschung parat.

Ämterbestände und Forschung

Die Überlieferung der landesherrlichen Ämter im Herzogtum Magdeburg ist aufgrund ihres lokalen Verwaltungsbezugs und der Detailvielfalt eine Fundgrube, die bereits viele Heimat- und Familienforschende für sich entdeckt haben. Sie durchsuchen beispielsweise die Grund- und Hypothekenbücher der Ämter nach Einträgen zu früheren Bewohnern ihrer Ortschaften oder finden in den Testamenten oder Remissionsgesuchen spannende Informationen rund um den Lebensalltag ihrer Vorfahren.

Königlicher Befehl zur Eindämmung der Pest vom 3. Nov. 1714 (LASA, Da 24, Nr. 533, Bl. 47)



Er Friedrich Wilhelm / von Gottes Gnaden König in Preussen / Marggraf zu Bran-

denburg / des Heil. Römischen Reichs Erb. Kammerer und Churfürst /
Souveräner Herrsch von Oranien / Neuchatel und Vallengin / zu Magdeburg / Cleve / Jü-
lich / Berge / Stettin / Pommern / der Cassuben und Wenden / zu Mecklenburg / auch in Schle-
sien zu Grossen Herzog / Burggraf zu Nürnberg / Fürst zu Halberstadt / Minden / Camin / Wen-
den / Schwerin / Ratzeburg und Moers / Graff zu Hebenallen / Ruyppin / der Mark / Ravensberg / Hohenstein / Zeck-
burg / Sinaen / Schwern / Böhren und Yehedam / Marquis zu der Wehre und Blifingen / Herr zu Ravenstein / der
Lande Hofstod / Stargardt / Lauenburg / Büten / Arlan und Breda / etc. etc. Entbieten Unserm Dohm. Capitul / Präla-
ten / Graffen / Frey. Herren / denen von der Ritterschafft / Haupt. und Amt. Leuten / Magisträten in Städten und Fle-
cken / wie auch allen Unsern Bedienten und Untertanen in Unserm Herzogthum Magdeburg und Graffschafft Mans-
feld Magdeburgischer Hobeit Unsere Gnade und Eruss / und fügen denenselben hiedurch zu wissen: Nachdem bis dato
noch keine bessere Zeitungen / wegen des Zustandes in dem Königreich Böhmen und in Mähren eingelassen / das Wir da-
durch veranlasset worden / einige nöthige Anstalten dieweggen zu machen / damit das Ubel der Contagion nicht weiter
um sich greiffen / und in Unsere Lande eindringen möge. Solchem nach befehlen Wir vorgedachten Unsern Bedienten
und Untertanen hiedurch allergnädigst mit allem Eifer dahin zu sorgen / das keine Gift fangende Waaren noch Per-
sonen / am wenigsten aber Juden / so aus Böhmen oder Mähren kommen / in Unser Herzogthum Magdeburg und Graff-
schafft Mansfeld Magdeburgischer Hobeit eingelassen werden mögen / welche nicht mit Pässen / so ihnen entweder im Chur-
fürstenthum Sachsen / oder von andern glaubwürdigen Städten ertheilet worden / zu welchem Ende die Magistrate in
Städten nicht nur die vorige Wachen in denen Thoren wieder anzuordnen / und die Examinatores zu bestellen / sondern
auch denenselben ernstlich zu injungiren / das sie der Ankommenden Pässe sorgfältig examiniren / und auff alles genaue
Acht haben sollen / wie denn auch jedes Orts Oberkatie in denen Dörffern / so mit denen Chur. Sächsischen Landen grän-
zen / auff's neue Wachen zu bestellen / und dieselbe an denen Schlag. Bäumen zu setzen / damit nichts Verdächtiges an Wa-
ren oder Personen durchgehen möge. Solte aber jemand hierwider handeln / und durch seine Schuld oder Fahrlässig-
keit ein Unglück entstehen / so werden Wir nach Maßgebung Unserer vormahligen Edicten / mit unnachbleiblicher / und
nach Befinden mit Leib. und Lebens. Straffe wider denselben zu verfahren wissen. Urkundlich unter Unserm Regie-
rungs. Secret des Herzogthums Magdeburg. Geben Magdeburg den 3. Nov. 1714.

Doch stellen die Ämterbestände auch für andere Forschungsinteressen eine vielversprechende Quellengrundlage dar. So dokumentieren die Handelsbücher alle Akte der Freiwilligen Gerichtsbarkeit in dem jeweiligen Amt, etwa Kauf, Verkauf oder Verpfändung von Grundstücken, Ehestiftungen, Nachlass- und Vormundschaftsangelegenheiten, teilweise auch Niederlegung und Eröffnung von Testamenten. Diese Amtsbücher sowie dazu angelegte Untersuchungsakten lassen tiefe Einblicke in die Alltagsgeschichte zu, die sozialwissenschaftliche Forschungen zur ländlichen Bevölkerung sowie zu häufig marginalisierten Gesellschaftsgruppen ermöglichen. So fiel die Versorgung der Armen auch in die Zuständigkeit der Ämter, die Armenkassen einrichten und sich um den Erhalt von Armenhäusern kümmern mussten.

Aus medizinhistorischer Perspektive dürften umfangreich überlieferte Akten zu Mensch- und Viehkrankheiten interessieren. So grassierte in den 1710er-Jahren eine Huftiersuche im Herzogtum Magdeburg, wogegen verschiedene behördliche Vorkehrungen getroffen, jedoch auch Informationen zur Behandlung in den Ämtern verbreitet wurden. Die Akten geben aber auch Auskunft über die medizinische Versorgung auf dem Land, wie über die Bestellung der Hebammen oder die Konzessionen für Bader oder Chirurgen.

Da die Ämter mit ihren Vorwerken auch landwirtschaftliche Betriebe waren, sind die Akten für die Umwelt- und Agrargeschichte ebenfalls von beson-

derer Bedeutung. Die häufig über mehrere Jahrzehnte geführten Rechnungsbücher über Getreide, Forsten, etc. bieten eine umfassende Datenbasis zur statistischen Auswertung von Ernteerträgen sowie Veränderungen in der landwirtschaftlichen Anbau- praxis. Kurfürstliche Edikte und Verordnungen sowie die eingeforderten Berichte und Listen der Amtmänner zeigen zudem landwirtschaftliche Neuerungen sowie Meliorationen, die vor allem im 18. Jahrhundert in den preußischen Ämtern eingeführt wurden. Dazu zählen der Anbau von neuen Futterkräutern ebenso wie die Verbreitung der Kartoffel, die ab 1754 in den Ämtern gepflanzt wurde. Nicht nur die Kartoffel ist ein Beispiel dafür, dass vor allem unter der Herrschaft Friedrichs II. die Ämter mit ihren Vorwerken ein landwirtschaftliches Experimentierfeld waren. So kann bei mindestens zwölf landesherrlichen Ämtern im Herzogtum Magdeburg die Anlage von Maulbeer- bauplantagen nachgewiesen werden, welche die Rohstoffe für eine heimische Seidenproduktion liefern sollten.

Von Aken bis Ziesar und von Ackerbau bis Ziegen- haltung bieten 300 laufende Meter Akten detaillierte Informationen zur Alltagsgeschichte vor allem im ländlichen Teil des Herzogtums Magdeburg. Mit der Retrokonversion der Ämterbestände können diese demnächst digital recherchiert, im Lesesaal des Landesarchivs Sachsen-Anhalt am Standort Magdeburg ausgewertet und so manche Forschungslücke geschlossen werden.

Riccarda Henkel

Karte mit Grenzbeschreibung des Dorfes Bergzow von 1688 (LASA, Da 2, Nr. 48, Bl. 14)





Die Übereignung des Herrschaftsarchivs Droyßig

Zustimmung der Lehnvetternschaft der Gebrüder Rudolf und Heinrich von Bünau zum Verkauf der Herrschaft Droyßig mit 55 Siegeln (LASA, H 3, U Nr. 17)

Mit seinen mehr als 55 laufenden Metern Umfang gehört der Bestand H 3 Herrschaftsarchiv Droyßig zu den herausragenden Adelsarchivbeständen im Landesarchiv. Ende 2024 gelang der Abschluss eines Übereignungsvertrages.

Die Herrschaft Droyßig hatte ihren Ursprung in einer mittelalterlichen Burganlage. Nach den anfänglichen Besitzern, die Herrn von Droyßig und von Orlamünde, gehörte die Herrschaft im Spätmittelalter dem Uradelsgeschlecht derer von Bünau. 1578 kam Droyßig an die Herren (später Freiherren und Grafen) von Hoym. Unter ihrer Regie erfolgte der Umbau der Burg zu einem repräsentativen Renaissanceschloss. Auch die eindrucksvolle Schlosskirche wurde in dieser Zeit errichtet.

Auszug aus einer Abschrift des Lehnbriefes der Herzöge Friedrich und Wilhelm zu Sachsen an die von Bünau über das Dorf Weißenborn, 1437 (LASA, H 3, U Nr. 1)

Nach dem Tod des Grafen und kursächsischen Ministers Gotthelf Adolph von Hoym (1731-1783) ging Droyßig durch eine Erbschaft in den Besitz der Fürsten Reuß zu Ebersdorf über. 1839 erwarb Fürst Otto Victor I. von Schönburg (1785-1859) die Herrschaft Droyßig. Mit den Fürsten von Schönburg-Waldenburg gelangte Droyßig an eine weitere bedeutende mitteldeutsche Adelsfamilie, welche sogar dem sächsisch-thüringischen Hochadel entstammte. In ihrem Besitz verblieb Droyßig bis zur Enteignung im Zuge der Bodenreform 1945.

Der Bestand H 3

Der Bestand H 3 Herrschaftsarchiv Droyßig gehört mit einem Umfang von mehr als 55 laufenden Metern zu den bedeutenderen Adelsarchivbeständen im Landesarchiv Sachsen-Anhalt. Die Überlieferungen des Bestandes setzen mit der Abschrift einer Urkunde aus dem Jahr 1437 ein und reichen bis 1946.

Der Bestand dokumentiert nicht nur das Leben wichtiger Adelsgeschlechter, er beleuchtet auch die Geschichte des gesamten Herrschaftskomplexes. Denn zur Herrschaft Droyßig gehörten nicht weniger als 18 Dörfer, nämlich Döschwitz, Gaumnitz, Hassel, Kleinpötewitz, Königshofen, Oberschwöditz, Pirkau, Pötewitz, Podebuls, Schleckweda, Schkölen, Stolzenhain, Streckau, Waldau, Weickelsdorf, Weißenborn, Wetzterzeube und Wildschütz. Damit besaß Droyßig eine Sonderstellung.

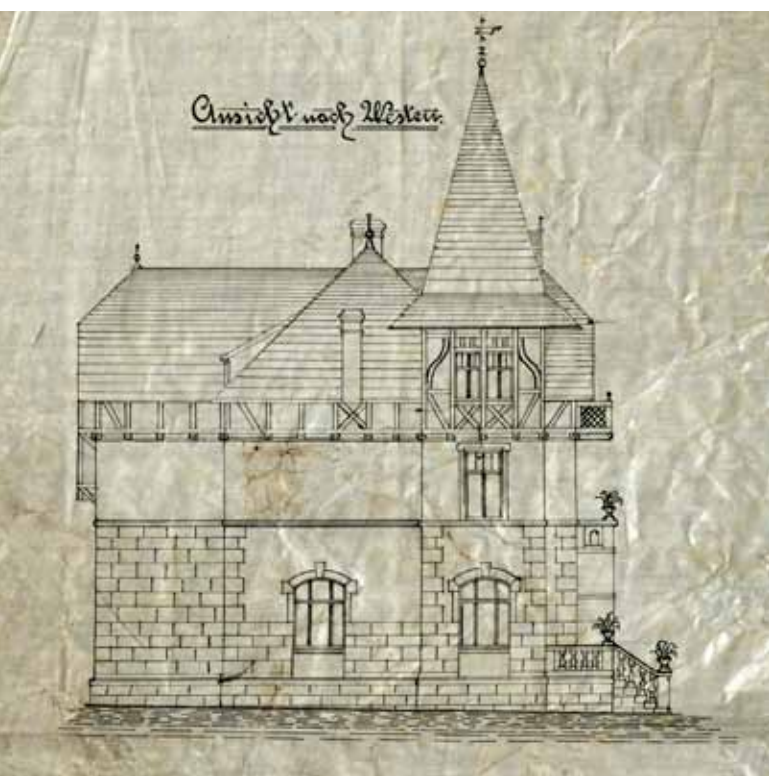
Neben einer umfangreichen Überlieferung zur Patrimonialgerichtsbarkeit und den weitgehend geschlossenen Überlieferungen zur Gutswirtschaft und Verwaltung eines sehr großen neuzeitlichen Grundherrschaftsbezirks, sind die 93 erhaltenen Urkunden und die vom 16. bis ins 19. Jahrhundert reichenden Lehnbücher als Besonderheiten zu nennen.



Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt außerdem auf den Familiendokumenten der Familie von Schönburg-Waldenburg aus dem 19. Jahrhundert. Vor allem der Nachlass Prinz Heinrich von Schönburg-Waldenburg (1863-1945) sticht mit seiner Dokumentenfülle hervor. Mit seiner Überlieferungsdichte und einem Überlieferungszeitraum vom späten Mittelalter bis 1946 besitzt der Bestand eine überragende landesgeschichtliche Bedeutung und hält wichtige Quellen zur Sozial-, Kultur- und Wirtschaftsgeschichte bereit.

Wolf-Heinrich Freiherr von Wolzogen plädierte bereits 2014 für den Übergang des Herrschaftsarchivs Droyßig an das Landesarchiv Sachsen-Anhalt:

„Ich votiere ganz entschieden dafür, das Herrschaftsarchiv Droyßig dauerhaft in öffentlicher Hand zu belassen. Aus wissenschaftlichem und familiengeschichtlichem Interesse bin ich prinzipiell gegen eine Zerstückelung des Archivbestandes. Es hat sich in den letzten Jahren an vielen Stellen gezeigt, dass durch die Zerschlagung eines historisch gewachsenen Archivbestandes weitergehende Forschungstätigkeit verunmöglicht worden ist. Nicht zuletzt sollte ein derart umfangreiches Familienarchiv mit Dokumenten vom Spätmittelalter bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, das m. E. ein Kulturgut ersten Ranges nicht nur für die unmittelbare Region darstellt, nicht veräußert noch auseinandergerissen werden. Forscherinnen und Forscher und nächste (Familien)-Generationen sollten mit neuen Paradigmen in die Lage versetzt werden können, sich auch in Zukunft mit ihrer Geschichte auseinandersetzen zu können.“



1. Patrimonialherrschaft (1437) 1518–1943

Enthält u. a.: Urkunden (15.–20. Jh.). – Inventare. – Karten und Pläne. – Archivrepertorien. – Lehen. – Einzelne Besitztitel. – Verpachtung. – Kirchen und Schulen in den Orten der Herrschaft, u. a. Patronat, Bau, Orgeln, Glocken, Friedhöfe, Personal, Kirchenrechnungen (1605–1873), Verlosung von Kirchenstühlen. – Mädchenschule und Lehrerinnenseminar. – Gerichtsverwaltung. – Gefängnis. – Gerichtsrechnungen (1754–1849). – Gerichtsprotokolle (1656–1884). – Straf- und Zivilprozesse. – Freiwillige Gerichtsbarkeit. – Handelsbücher. – Testamente. – Polizei. – Gewerbeaufsicht und Bauaufsicht. – Konzession für Musikanten. – Gemeindeverwaltung. – Gemeindeordnungen (1654, 1740). – Armenwesen. – Armenkasernenrechnungen (1772–1879). – Landtage und Stände. – Steuereinnahme. – Steuerregister. – Aushebungen, Kontributionen und Einquartierungen. – Kriegsschäden (1813). – Abgaben und Dienste. – Erbzinregister und Erbbücher (1581–1856). – Ablösungen und Separationen. – Johanniterkrankenhaus Eisenberg (1932–1943).

2. Gutswirtschaft 1605–1946

Enthält u. a.: Bau und Bauzeichnungen. – Bestellungen und Personal. – Berichte und Korrespondenz zur Gutsverwaltung. – Register und Rechnungen. – Forst. – Jagd. – Mühlen. – Ziegelei. – Brauerei.

3. Familienarchiv [1658–1945]


Enthält u. a.: Inventare des Schlosses. – Familienverträge. – Fideikommiss. – Eheverträge. – Testamente. – Begräbnisse. – Erbschaften. – Persönliche Nachlässe. – Briefwechsel (19./20. Jh.). – Familiengeschichtliche Sammlungen.

Die Übereignung an das Landesarchiv

Das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen hat den Bestand Anfang 2024 der Erbengemeinschaft zu Eigentum zurückübertragen. Nach intensiven, lange zurückreichenden Bemühungen um eine depositalvertragliche Lösung wurde letztlich zwischen dem Landesarchiv und der Erbengemeinschaft Einvernehmen über einen Übereignungsvertrag erzielt. Wolf-Heinrich Freiherr von Wolzogen überließ dem Landesarchiv seinen Anteil am Herrschaftsarchiv Droyßig als Schenkung. Die übrigen Parteien der Erbengemeinschaft übereigneten dem Landesarchiv ihre Erbanteile durch Verkauf. Der Bestand Herrschaftsarchiv Droyßig ging damit in das Eigentum des Landesarchivs über und steht nun der Forschung sowie allen Interessierten dauerhaft ohne Einschränkungen zur Nutzung zur Verfügung.

Bauzeichnung zum Bau eines Luftkurhauses für Prinz Heinrich von Schönburg-Waldenburg auf einem Waldgrundstück, 1905 (LASA, H 3, Nr. 4188)

**Vicky Rothe und
Detlev Heiden**



Von Hettstedt nach Merseburg und nun in die Welt!

Die Kartensammlung des Mansfelder Kupferschieferbergbaus im Landesarchiv Sachsen-Anhalt

Vorprojektierung KiTa Hettstedt, 1953 (LASA, F 605, Nr. 100523)

Mit der Übernahme von ca. 5.900 Karten, Rissen und Plänen aus dem Mansfeld-Museum der Stadt Hettstedt wurde die Überlieferung zum Mansfelder Kupferschieferbergbau im Landesarchiv Sachsen-Anhalt im Jahr 2024 durch unikale historische Unterlagen ergänzt.

Die Rissammlung im Mansfeld-Museum der Stadt Hettstedt

Das Mansfeld-Museum im Humboldt-Schloss der Stadt Hettstedt, welches eine originalgetreue Nachbildung der ersten deutschen Dampfmaschine nach Watt'schem Vorbild beherbergt, wurde als Werkmuseum des Mansfeld Kombines „Wilhelm Pieck“ (MKWP) konzipiert. Bereits kurz nach seiner Einweihung im Jahr 1989 kam das Ende der DDR. Das Museum blieb und rettete, neben vielen musealen Objekten, wertvolle historische Unterlagen und über 56.000 Karten, Risse und Pläne vor der Vernichtung.

Um das enorme Forschungspotential der Rissammlung zu demonstrieren, wurden in den Jahren 2014 bis 2016 insgesamt 1.373 historische Karten, Risse und Pläne im Rahmen eines Projekts inventarisiert, digitalisiert und auf museum-digital.de online zur Verfügung gestellt. Anfang des Jahres 2024 mussten für den Erhalt des Museums umfangreiche Baumaßnahmen geplant werden. Die damit verbundene Neukonzeption der Ausstellungsflächen erforderte eine umfangreiche Entsammlung im Depotbereich. Deswegen beschloss die Stadt Hettstedt, sich von einem Teil der Rissammlung und den bisher aufbewahrten Unterlagen zu trennen und diese dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt zur Übernahme anzubieten.

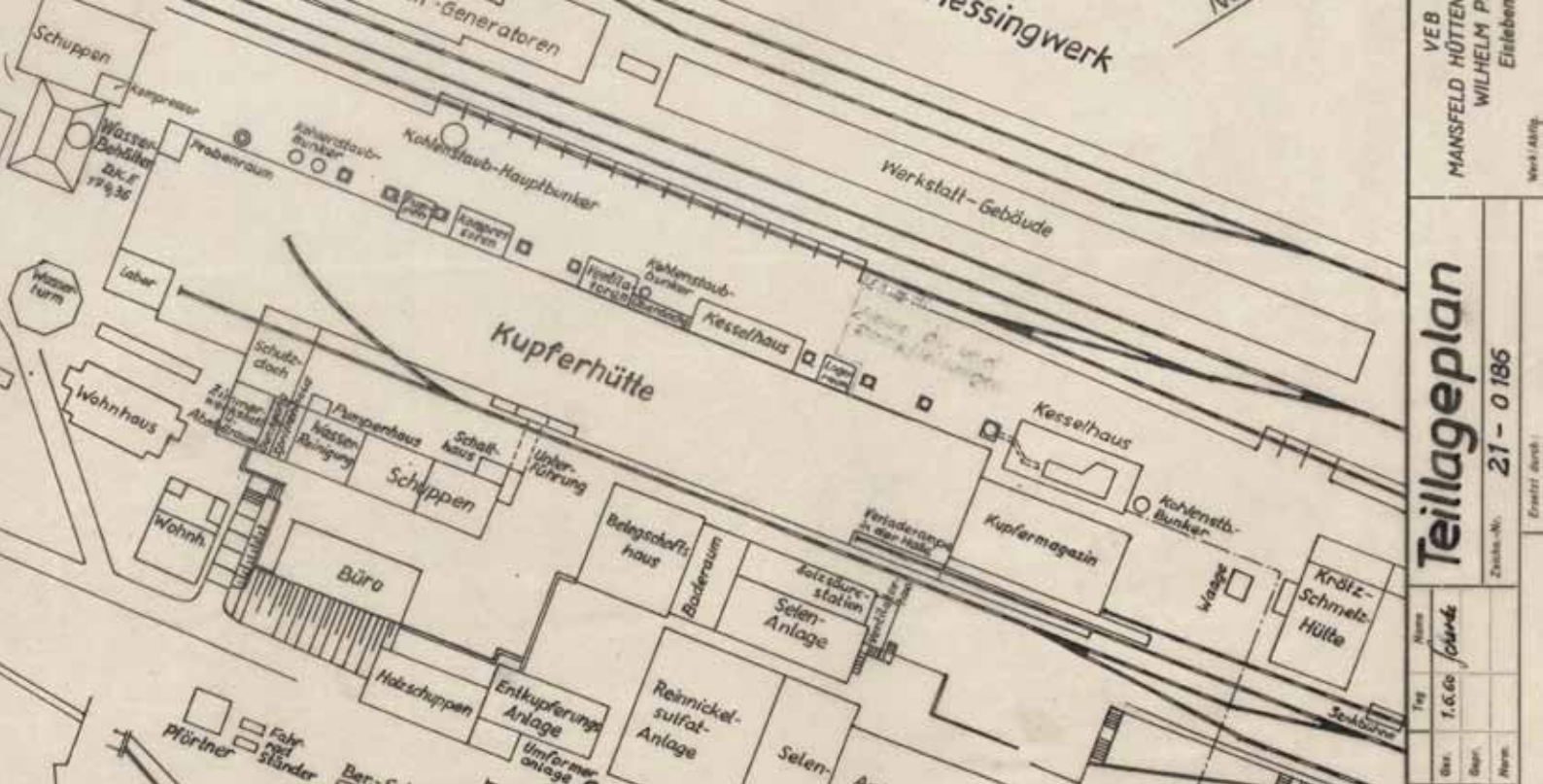
Um sich einen Überblick über den Umfang des historischen Materials zu verschaffen, besuchten zwei Mitarbeiterinnen des Landesarchivs Sachsen-Anhalt

Ende April des Jahres 2024 das Mansfeld-Museum in Hettstedt. Hierbei wurde ersichtlich, dass zwischen der bereits im Landesarchiv Sachsen-Anhalt vorhandenen Überlieferung und dem Material im Museum zahlreiche inhaltliche Zusammenhänge bestehen. Weiterhin enthielt die Kartensammlung in Hettstedt einen hohen Anteil an Karten, Plänen und technischen Zeichnungen aus der Zeit des MKWP. Dieser Zeitraum war bis dato in der Überlieferung des Landesarchivs sehr stark unterrepräsentiert. Die erste Sichtung zeigte jedoch auch, dass es einen hohen Anteil an Karten, Rissen und Plänen gab, die nicht als archivwürdig einzustufen waren.

Vorbereitung – Was darf ins Archiv und warum?

Das Landesarchiv verwahrt die Unterlagen der ehemaligen Wirtschaftsbetriebe der DDR und ihrer Vorgänger. Im Hinblick auf die begrenzten Lagerungs- und Verwaltungskapazitäten eines Archivs müssen die dauerhaft aufzubewahrenden Unterlagen sorgfältig unter Berücksichtigung moderner archivwissenschaftlicher Standards ausgewählt werden.

Die historische Rissammlung des Mansfeld-Museums stellte hierbei einen Sonderfall dar. Das Landesarchiv war bereits im Besitz zahlreicher Unterlagen ähnlichen Charakters, sodass die zu übernehmenden Karten, Risse und Pläne das bereits vorhandene Material sinnvoll ergänzen sollten. Die Stichproben hatten bereits gezeigt, dass eine hohe Anzahl an Diazotypen (Kopien) und Cyanotypen (Blaupausen) unter den Karten waren. Weiterhin waren viele Karten bereits so stark beschädigt, dass auch eine Restauration den bereits erlittenen Informationsverlust nicht mehr rückgängig hätte machen können. Aus diesen Erkenntnissen heraus konnten die formalen Bewertungskriterien formuliert werden: Für die



Teillageplan Kupfer- und Messingwerk, Kupfer- und Silberhütte, 1960 (LASA, F 605, Nr. 103226)

Übernahme kamen ausschließlich Originale in Frage, deren physischer Zustand noch keinen erheblichen Informationsverlust aufwies. Hätte man es bei diesen formalen Kriterien belassen, wäre allerdings jede Bauzeichnung von elektrischen oder sanitären Anlagen als ‚archivwürdig‘ eingestuft worden, ebenso wie Zeichnungen von Maschinenbestandteilen, die größtenteils nicht aus der Produktion der Mansfeld A.G. oder dem MKWP selbst stammen. Somit war eine weitere Konkretisierung notwendig, um aus der Masse des Materials die historisch wertvollen Stücke auf der Basis von transparenten Bewertungsentscheidungen auswählen zu können. In der Archivwissenschaft bedient man sich hierbei sogenannter Dokumentationsziele. Für die Rissammlung des Mansfeld-Museums in Hettstedt wurden folgende fünf Dokumentationsziele festgelegt: Übernommen werden Grundrisse und Ansichten der ehemaligen Schachtanlagen, Betriebs- und Produktionsgebäude im gleichen Maß wie die von Verwaltungs-, Sozial- und Kulturgebäuden (1). Weiterhin sind Karten, Risse und Pläne, die den Verlauf, den Aufbau und die Förderung in den Schächten beschreiben, als archivwürdig einzustufen (2). Dies gilt ebenso für Zeichnungen und Abbildungen von Förder- und Produktionsanlagen (3) sowie für schematische Darstellungen, die Produktionsabläufe, -prozesse und -schritte abbilden (4). Abschließend werden Karten, Zeichnungen und Pläne, welche die Entstehung der Bergwerksbahn, ihre Entwicklung sowie ihre Elektrifizierung und Automatisierung thematisieren (5), übernommen.

Die Bewertungsarbeiten in Hettstedt 2024 – Ein Sommer lang

Die Stichproben, Hochrechnungen und die Dokumentationsziele wurden von der Bestandsverantwortlichen in ein Bearbeitungskonzept integriert. Dieses wurde ab dem 6. Mai 2024 von einem Team, bestehend aus einer Mitarbeiterin des Museums und einer Mitarbeiterin des Landesarchivs, praktisch umgesetzt. Weil sich die geplanten Umbauarbeiten auf das Humboldt-Schloss beschränkten, begannen die Bewertungsarbeiten dort an der neuen Kartenanlage im Depot. Hier bestand der Vorteil, dass für einen Großteil der 69 Kartenschübe inhaltlich aussagekräftige Inventarlisten existierten, sodass diese als Bewertungsgrundlage genutzt werden konnten. Vor Ort wurden dann lediglich die zur Übernahme ausgewählten Exemplare herausgesucht. Eine Aufgabe, die sich bei durchschnittlich 176 Karten pro Schub in der praktischen Umsetzung oftmals sehr aufwändig gestaltete. Weil allerdings nur wenige Schübe gänzlich vor Ort gesichtet und bewertet werden mussten, konnte das Team bereits nach der Sommerpause in das Dampfmaschinenhaus wechseln, wo die alte Kartenanlage untergebracht war. Die Kartenschränke verteilten sich dort auf mehrere Räume und verfügten über insgesamt 120 Schübe, welche im Durchschnitt ca. 367 Karten, Risse und Pläne enthielten. Für ungefähr die Hälfte der Schübe waren auch hier Inventarlisten vorhanden. Allerdings waren diese inhaltlich nicht für eine Listenbewertung geeignet. Somit mussten alle Karten aus jedem einzelnen Schub entnommen und Blatt für Blatt gesichtet und bewertet werden. Trotz

dieses hohen Arbeitsaufwands konnten bis zum 30. September 2024 an insgesamt 15 Vor-Ort-Terminen alle 56.000 Karten, Risse und Pläne und weitere 100 Kartons mit Akten bewertet werden. Hiervon wurden 5.900 Karten und 60 Kartons mit Akten als archivwürdig eingestuft und am 11. November des Jahres 2024 in das Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg, überführt.

Schätze aus Hettstedt in Merseburg – Beispiele

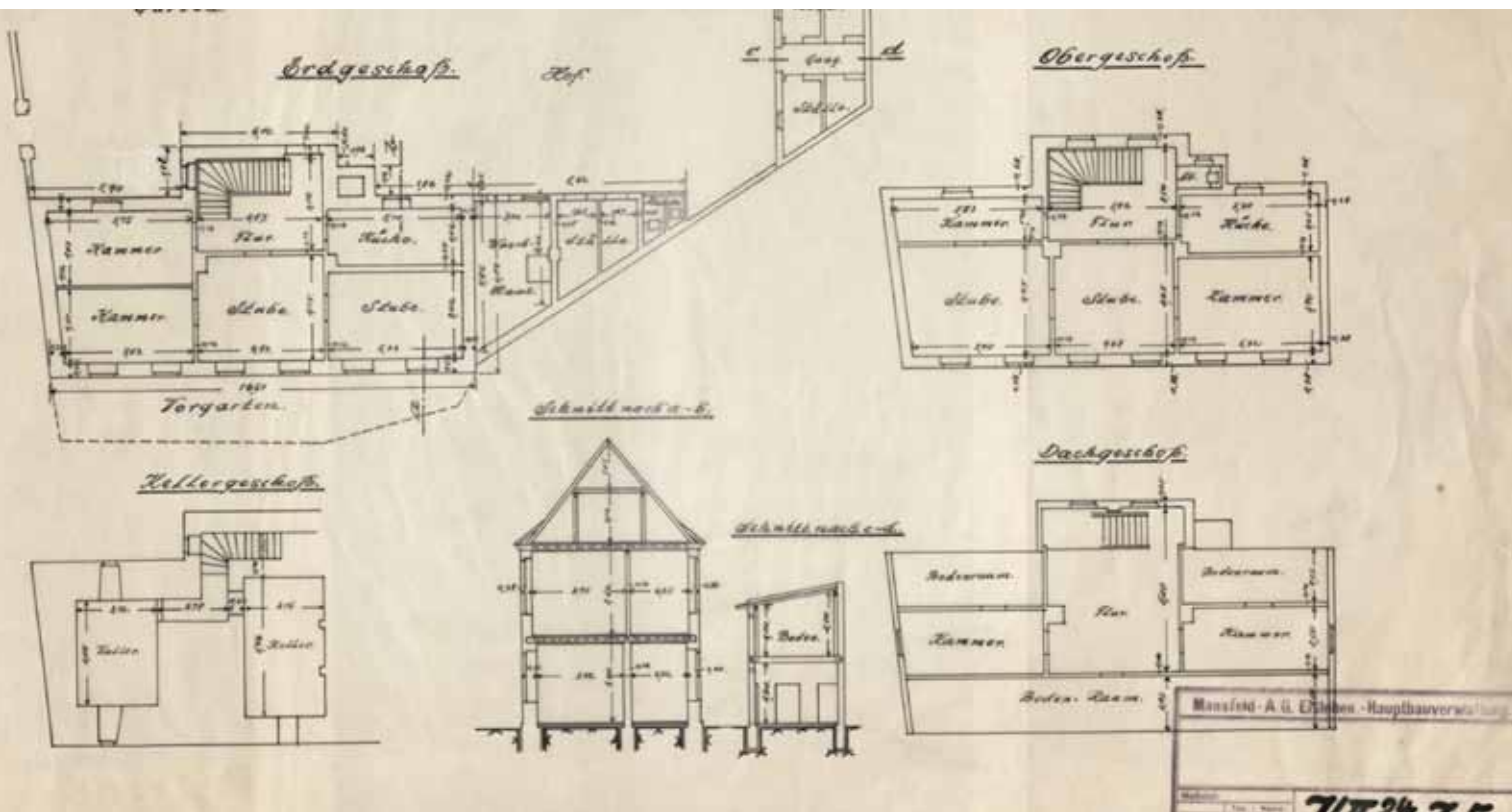
Während der Bewertungsarbeiten im Mansfeld-Museum in Hettstedt wurde offensichtlich, welchen hohen unikalen Wert viele der dort lagernden Karten, Risse und Pläne haben. Ein sehr hoher Anteil der Sammlung bestand aus Grundrissen von Gebäuden, Schächten und Produktionsanlagen sowie zugehörigen Ansichten und Lageplänen. Sie reichen zurück bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie beispielsweise ein Grundriss der Ortschaft Leimbach aus dem Jahr 1884. Die Darstellung zeigt den geplanten Verlauf einer Leitung zum Abtransport von giftiger Schwefelsäure durch den Ort hindurch. Eine Baumaßnahme, die man heute wohl nicht mehr durchführen würde. Sie zeigt jedoch, wie wenig Kenntnisse man damals über die Konsequenzen von giftigen Substanzen für Mensch und Umwelt hatte.

Ebenso historisch wertvoll sind die vielen Grundrisse von Förder- und Produktionsanlagen aus der Zeit der DDR, weil viele dieser Gebäude nicht mehr existieren oder inzwischen anderweitig nachgenutzt werden, wie die ehemalige Kupferkammer- und Silberhütte in Hettstedt. Zu solchen großen Industrieanlagen gehörten naturgemäß Verwaltungs- und Sozialgebäude,

wie auch Wohnheime für die nicht in der Nähe lebenden Arbeiter. Wirtschaftliche Prosperität ist immer aufs Engste mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter verknüpft. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass bereits seit der Gründung der Mansfeldschen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft im Jahr 1852 Bemühungen nachweisbar sind, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch den Bau von Werkwohnungen und Einfamilienhäusern dauerhaft an den Schacht, die Hütte oder den Betrieb zu binden. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch für den Kohlebergbau, beispielsweise für die Ortschaft Sandersdorf-Brehna, nachweisen.

Während des Bestehens der DDR war die enge Verflechtung des Arbeits- und Privatlebens der Werktätigen ein integraler Bestandteil der Staatspolitik. Krippen, Kitas, Kliniken und Kulturgebäude dienten nicht nur der Versorgung der Menschen, sondern waren zugleich Zentren der frühzeitigen und beständigen Indoktrination mit der Staatsideologie. Das MKWP, einer der größten Betriebe der DDR, errichtete zahlreiche Kultur- und Sozialgebäude, darunter beispielsweise eine Kindertagesstätte in Hettstedt oder einen Jugendklub in Halle/Saale, der später als „Schorre“ bekannt wurde. Das Wort ‚Planwirtschaft‘ spielte eine zentrale Rolle in der DDR. Es wurde schlichtweg alles geplant: Lebensläufe, Produktionsanlagen und Bauten. Das Bestreben zur Planung betraf jedes Detail, was viele der Zeichnungen aus der Hettstedter Rissammlung eindrücklich belegen. So finden sich dort für die einzelnen Kulturhäuser nicht nur verschiedene Entwürfe für die Wandverteilung, die exakt festlegen, in welcher Reihenfolge die

Wohnhaus für zwei Beamtenfamilien in Hettstedt, undatiert (LASA, F 605, Nr. 100983)



Portraits der SED-Funktionäre aufgehängt werden sollen, sondern selbst die Bestuhlungsvarianten für verschiedene Anlässe wie beispielsweise eine Delegiertenkonferenz, Tanz- oder Theaterveranstaltungen liegen als einzelne Pläne vor.

Und nun in die Welt – Erschließung und Digitalisierung im Landesarchiv

Im Landesarchiv Sachsen-Anhalt wird seit dem 1. November 2023 ein Projekt aus Bundesmitteln finanziert, in dessen Rahmen 3.800 Karten, Risse und Pläne aus der Überlieferung zum Mansfelder Kupferschieferbergbau tieferenschlossen, digitalisiert und anteilig georeferenziert werden (vgl. „Archive in Sachsen-Anhalt 2024“, S. 22–24).

Der Fokus des Projekts lag zunächst auf der Bearbeitung der Historischen Rissammlung, die bereits seit dem Jahr 2003 im Landesarchiv verwahrt wird. Im Zuge der Bewertungsarbeiten im Mansfeld-Museum fiel jedoch sehr schnell die Entscheidung, zumindest einen Teil der historisch wertvollen Karten in das Projekt zu integrieren. Für die Reinigung und Verpackung der Unikate aus Hettstedt konnte aus den oben genannten Bundesmitteln eine weitere Projektkraft für zwei Jahre finanziert werden. Im Anschluss an die Reinigung werden die Karten, Risse und Pläne durch eine weitere Projektmitarbeiterin erschlossen. Bisher konnten auf diesem Weg bereits über 2.000 Karten aus dem Mansfeld-Museum mit Erschließungsinformationen versehen und über 1.100 Karten digitalisiert werden, sodass diese im Jahr 2025 der interessierten Öffentlichkeit und der Forschung zugänglich gemacht werden können.

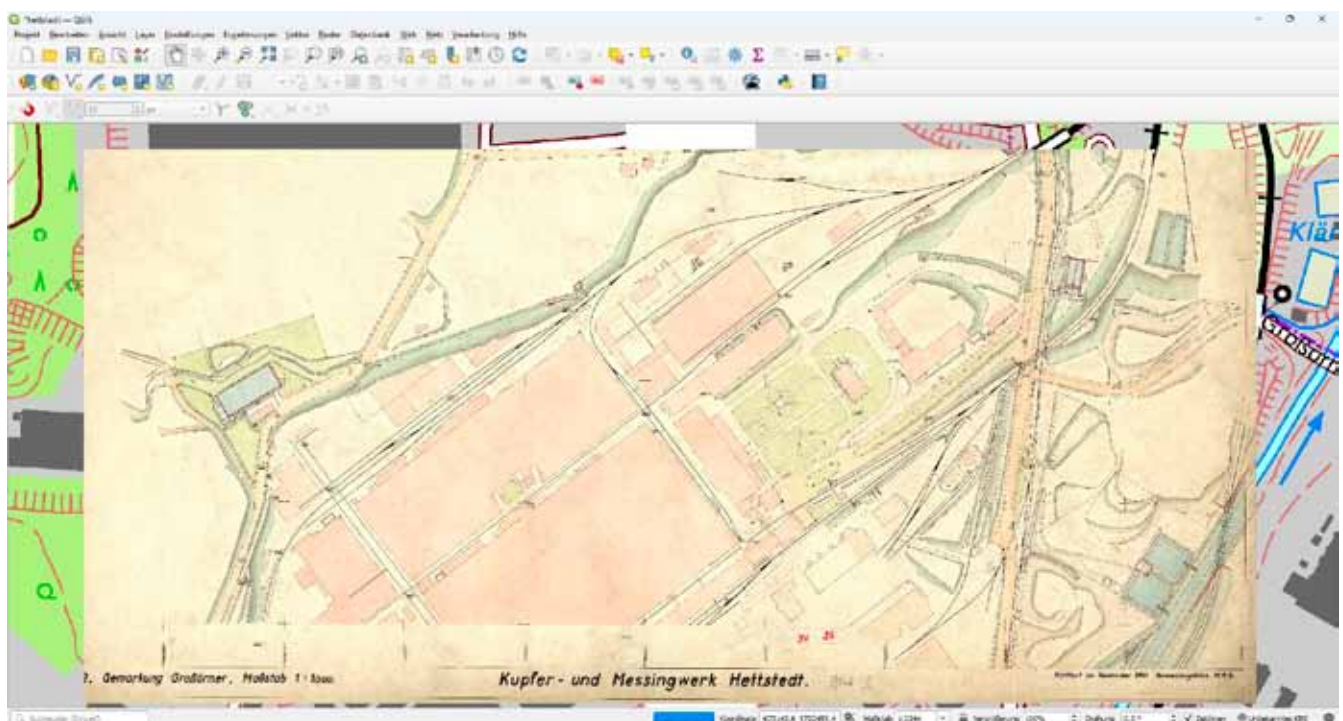
Derzeit realisiert das Projektteam die Georeferenzierung von ca. 500 Karten, Rissen und Plänen. Unter

Georeferenzierung versteht man den Prozess der Ausrichtung räumlicher Daten wie Karten, Luftbildern oder gescannter Dokumente auf ein Koordinatensystem, sodass sie dem realen Standort exakt entsprechen. Im Projekt werden demnach historische Karten mit einem aktuellen Kartenbild verknüpft. In einer Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Vermessung und Geoinformation (LVerGeo) sollen die Karten dann in einer eigenen Geo-Anwendung online präsentiert werden. Dies eröffnet unter anderem die Möglichkeit, einzelne Industriestandorte in verschiedenen Zeitstufen zu betrachten, so wie den Lageplan des Messingwerks in Hettstedt aus dem Jahr 1941, der per Georeferenzierung mit einem aktuellen Kartenbild verknüpft wurde. So lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede bezüglich der Gebäudestruktur sehr gut erkennen. Mit dieser Methode könnte man weitere Lagepläne aus anderen Jahren als zusätzliche Ebenen in die Darstellung integrieren und so die Entwicklung des Industriestandorts grafisch rekonstruieren. Durch die Anwendung der Georeferenzierung sollen in der geplanten Geo-Anwendung weiterhin die unterirdischen Verläufe der Stollen und die durch den Bergbau angestoßene Siedlungsentwicklung einzelner Ortschaften visualisiert werden.

Durch die Onlinestellung von Erschließungsinformationen und Digitalisaten und der Visualisierung von ausgewählten Karten innerhalb einer Geo-Anwendung werden die Karten, nun in Merseburg, weltweit zugänglich. Ihr Forschungspotential kann künftig vollständig ausgeschöpft werden und ihrer Stellung für die mitteldeutsche Industriekultur Rechnung getragen werden.

Stephanie Eifert

Georeferenzierter Lageplan des Kupfer- und Messingwerkes Hettstedt, 1941





Buna ist online

B 53 Butadien-Fabrikation, 20. März 1964 (LASA, I 529, FS Nr. G 42926 F)

In der Abteilung Merseburg des Landesarchivs Sachsen-Anhalt befindet sich als bedeutende Überlieferung der chemischen Industrie der Bestand I 529 Kombinat VEB Chemische Werke Buna, dessen Verzeichnungsdaten bereits Ende 2023 online gestellt werden konnten.

Kurze Registraturbildnergeschichte

Bereits im Mai 1936 wurde mit dem Aufbau der Buna-Werke begonnen, am 14. Januar 1937 ging die erste Synthesekautschukanlage in Betrieb. Die formaljuristische Gründung des Werkes erfolgte am 15. Februar 1937 durch die Ammoniakwerke Merseburg im Auftrag der IG Farbenindustrie Frankfurt am Main. Firmenbezeichnung war zunächst Ammoniakwerk Merseburg GmbH, Werk Schkopau, ab März Buna-Werke GmbH Schkopau. Der Name Buna ist dabei eine Wortbildung aus Butadien und Natrium, die beide die Grundstoffe für diesen synthetischen Kautschuk bilden. Die Vollenbetriebnahme des Werkes erfolgte am 1. Juli 1939. Die Überlieferung dieses Werkes bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges befindet sich im Vorgängerbestand I 528 Buna-Werke GmbH, Schkopau, in dem bereits seit längerem online recherchiert werden kann.

Entsprechend dem Gesetz des Alliierten Kontrollrates Nr. 9 vom 30. November 1945 über die Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der IG Farbenindustrie wurde deren Auflösung verfügt und das Buna-Werk – wie alle in der Sowjetischen Besatzungszone gelegenen IG-Werke – der Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) unterstellt. Die Buna-Werke wurden ein Betrieb der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) „Kautschuk“ und mit Wirkung vom 1. Januar 1954 an die Regierung der DDR

übergeben. Das Kombinat VEB Chemische Werke Buna wurde am 1. Januar 1970 gebildet. Neben dem Stammwerk in Schkopau gehörten die Volkseigenen Betriebe Ammendorfer Plastwerk, Chemiewerk Greiz-Dörlau, Orbitaplast Weißandt-Görlitz und der VEB Eilenburger Chemiewerk zum Kombinat.

Kurze Bestandsgeschichte

Seit 1954 wurde das Betriebsarchiv entsprechend der Verordnung über die Bildung von Betriebsarchiven in der DDR in den Buna-Werken geführt. Die Akten wurden bearbeitet, das heißt verzeichnet und archiviert. Das Betriebsarchiv war jahrelang archivfachlich mit Frau Gabriele Ahlefeld besetzt, die nach 1990 für das Unternehmensarchiv der Buna GmbH bzw. der Buna Sow Leuna (BSL) Olefinverbund GmbH tätig war.

Am 8. November 2000 übernahm das damalige Landesarchiv Merseburg von der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH Archivgut der Buna-Werke GmbH (1936–1945) sowie des VEB Chemische Werke Buna (1945–1990). Das Schriftgut nach 1945 umfasst 150 laufende Meter und war in mehreren Worddateien erfasst, die zusammen mit den Akten als Findhilfsmittel übergeben wurden.

Im Mai 2020 wurden die Worddateien, die bis dato als Findhilfsmittel (auch in ausgedruckter Form) für die drei Teilbestände Rep II/1 (SAG-Zeit 1945–1953), Rep II/2 (VEB-Zeit 1954–1969) und Rep II (Kombinatszeit 1970–1990) des Bestandes I 529 dienten, nach umfangreichen Vorarbeiten in die Datenbank des Landesarchivs eingelesen. Dabei wurde eine laufende Nummerierung über alle drei Teilbestände vergeben. Die ursprüngliche Signatur, die sich aus dem Teilbestand und einer laufenden Nummer zusammensetzte (Rep II/1 Nr. 1 usw.), wurde in das Feld

„Frühere Signaturen“ übernommen. Bei einer später erfolgten Revision des Bestandes wurde die laufende Nummerierung als neue Signatur auf die Aktendeckel aufgetragen.

Die in den Worddokumenten vorgegebenen Gliederungen der drei Teilbestände wurden ebenfalls in die Datenbank übernommen und die Datensätze den Gliederungspunkten zugeordnet. Die Akten wurden bereits im Betriebsarchiv verzeichnet, die in der Worddatei vorhandenen Erschließungsdaten waren in den meisten Fällen sehr fundiert und konnten in der ursprünglichen Form übernommen werden. Im Zuge der Erschließungsverbesserung wurden noch einmal die Laufzeiten überprüft und Datensätze gegebenenfalls einem anderen Teilbestand als in der Worddatei vorgesehen zugeordnet. Ein spezielles Augenmerk lag bei der Überprüfung der Aktentitel auf den chemischen Fachbegriffen, die als Stichwort bei einer Datenbankrecherche nur gefunden werden können, wenn die Schreibweise korrekt ist. Nach der Erschließungsverbesserung konnte im Dezember 2023 die Onlinestellung der Datensätze erfolgen.

Überlieferungsschwerpunkte

Die Akten, die zur SAG-Periode, das heißt zur Zeit der Zugehörigkeit zur Sowjetischen Aktiengesellschaft „Kautschuk“ der Buna-Werke überliefert sind, umfassen vor allem den Schriftwechsel mit der sowjetischen Generaldirektion und den Wiederaufbau des Werkes. Hierzu gehören vor allem die Demontage und die damit verbundenen Reparationsleistungen.

Ansicht des Kombinats vom Schornstein Z47, 6. Juni 1979 (LASA, I 529, FS Nr. CN 730/2)



Aber auch die Bodenreform und die Wohnungsbeschlagnahme sowie die Wiederaufnahme der Produktion bilden Überlieferungsschwerpunkte. Eine wichtige Rolle spielt die Ernährung der Werkstätigen mit der Vergabe von Lebensmittelkarten und Einrichtung einer Werksverpflegung.

Aus der Epoche des VEB Chemische Werke Buna 1954 bis 1969 ist besonders die Überlieferung zur breitgefächerten Produktion hervorzuheben. Das für das Werk markanteste Produkt, der synthetische Kautschuk, findet sich darin ebenso wieder wie Unterlagen zu den produzierten Kunststoffen (Stichwort „Plaste und Elaste aus Schkopau“) sowie zur Herstellung von Polyvinylchlorid, Chlor und Karbid. Auch Komplexvorhaben wie die geplante „Niederdruck-Polyäthylen“-Anlage (NDPE) und die Entwicklung der petrochemischen Produktion spiegeln sich in den Akten wider.

Dadurch, dass die Chemischen Werke Buna im Jahr 1970 ein Kombinat wurden, sind, wie oben bereits erwähnt, auch interessante Unterlagen zu den dazugehörigen Kombinatbetrieben überliefert. Akten zum Unfall- und Havariegeschehen, aber auch zum brisanten Thema Umweltschutz bieten ein breites Spektrum für Forschungsansätze. In den Unterlagen zum Unfall- und Havariegeschehen werden Unfallhergänge detailliert geschildert und ausgewertet. Es existieren auch jährliche Unfallberichte und Unfallstatistiken. Die Akten zum Umweltschutz befassen sich nicht nur mit der Entstehung und dem Vorhandensein von Emissionen und Immissionen, Abprodukten und Staubbelastung, sondern auch mit Umweltschutzprogrammen und Umweltschutzmaßnahmen.

Benutzungsmöglichkeiten

Die gesamten Unterlagen sind kartoniert und in einem sehr guten Zustand. Die bei der Datenbankrecherche ausgeworfenen Akten können bestellt und im Lesesaal eingesehen werden. Gegebenenfalls sind noch schutzwürdige Belange, vor allem in Sachakten mit Personenbezug, zu beachten. In diesem Fall können die Akten nach Genehmigung eines Schutzfristenverkürzungsantrages eingesehen werden.

Ergänzend zur Aktenüberlieferung kann die umfangreiche Druckschriftensammlung hinzugezogen werden, die bei der nächsten Datenbankaktualisierung ebenfalls online verfügbar sein wird.

Insofern keine datenschutzrechtlichen oder bestands-erhaltenden Vorbehalte bestehen, können auch digitale Reproduktionen bestellt werden.

Antje Schröpfer



Einweisung und Unterbringung von DDR-Heimkindern

Quellenlage in der Abteilung Merseburg des Landesarchivs

Die Karteien der Spezialheime und der Bezirksheimeinweisungsstelle im Magazin (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Neben den Überlieferungen der Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe im früheren Bezirk Halle sind auch die jüngst erschlossenen Unterlagen des Referats Jugendhilfe bei der Abteilung Volksbildung des ehemaligen Rates des Bezirkes Halle eine wertvolle Quelle zum Nachweis von an DDR-Heimkindern verübtem Unrecht.

In dem in der Abteilung Merseburg des Landesarchivs Sachsen-Anhalt verwahrten Bestand **M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle** schlummerte lange Zeit ein kleiner Schatz. In der mehrere hundert laufende Meter Akten umfassenden dritten Ablieferung des Bestandes, die derzeit abschließend bearbeitet und zur Onlinestellung vorbereitet wird, wurde erst Ende des Jahres 2024 die Überlieferung des Bezirksreferats Jugendhilfe erschlossen, die sich in vielen Fällen als ergänzende, in manchen gar als einzige vorhandene Quelle zum Nachweis der Einweisung und Unterbringung von DDR-Heimkindern aus dem damaligen Bezirk Halle entpuppte. Die Unterlagen erweitern die Rechercheoptionen im Rahmen von Rehabilitierungsverfahren erheblich.

Jede Woche erreichen das Landesarchiv Anfragen ehemaliger DDR-Heimkinder sowie von Landgerichten, Staatsanwaltschaften und den Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit der Bitte um Suche nach Unterlagen, anhand derer das an den Betroffenen verübte Unrecht aufgearbeitet und die entsprechenden Personen rehabilitiert werden können. Anspruch auf Rehabilitation und die damit unter Umständen verbundene Auszahlung einer Opferrente haben ehemalige Insassen der früheren Spezialkinderheime, Jugendwerkhöfe und Durchgangsheime.

Die Abteilung Merseburg des Landesarchivs ist dabei für die Überlieferung der Einrichtungen in Aschersleben, Bernburg, Eckartsberga und Wittenberg (Jugendwerkhöfe), in Pretzsch und Sandersleben (Spezialkinderheime) sowie in Halle (Durchgangsheim) zuständig.

Überlieferungs- und Quellenlage

Die Unterlagen des Jugendwerkhofes Aschersleben, des Spezialkinderheimes Sandersleben und des Durchgangsheimes „Am Goldberg“ gelangten nicht ins Landesarchiv Sachsen-Anhalt. Überliefert sind dagegen Heimunterlagen in den Beständen **M 541 Eckartsberga, M 541 Bernburg, M 541 Wittenberg** und **M 542 Pretzsch**. Die Einrichtungen wurden teilweise auch vor der DDR-Zeit bereits als Kinderheime genutzt. Bei den überlieferten „Heimakten“ handelt es sich nicht selten um Restakten, da ein Großteil der Akteninhalte, etwa die Heimeinweisungsunterlagen (darunter Abschriften beziehungsweise Zweitausfertigungen der Heimeinweisungsbeschlüsse), die bei Einweisung der Kinder von den Kreisreferaten Jugendhilfe an die Einrichtungen mitgesandt wurden, nach Entlassung der Kinder an die Kreisreferate zurückgegeben wurden. Es verblieben in solchen Fällen zumeist nur die Einweisungs- und Entlassungsbögen, die von den Einrichtungen erstellt wurden, der Schriftverkehr mit den Referaten und den Eltern der Kinder sowie Gesundheitsunterlagen. Es liegen jedoch in zahlreichen Fällen auch vollständige „Heimakten“ vor, in denen die Heimeinweisungsbeschlüsse überliefert sind, die ansonsten nur bei den heute zuständigen Jugendämtern ermittelt werden können. Im Bestand **M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle** sind zudem rund 6 laufende Meter Sachakten

des Bezirksreferats Jugendhilfe vorhanden, darunter Belege für die Einweisung von Kindern und Jugendlichen in Normal- und Spezialheime sowie vereinzelt Unterlagen zu Familienrechtsangelegenheiten.

M 541 Jugendwerkhof und Spezialkinderheim „Ernst Thälmann“ Wittenberg

Im Bestand liegen Unterlagen von Ende der Vierzigerjahre bis 1997 vor. Schriftzeugnisse für den Zeitraum vor 1947 fehlen generell. Laut Mitteilung des Heimes an das Jugend- und Fürsorgeamt Halle vom 4. März 1947 war hierfür ursächlich, dass im Zuge der Nutzung des Heimes als sowjetisches Militärlazarett sämtliche damals vorhandenen Akten vernichtet wurden. Wenn im Bestand vorhandene „Heimakten“ dennoch Laufzeiten haben, die vor 1947 beginnen, dann deshalb, weil sie zuvor in anderen Einrichtungen geführt wurden (Vorprovenienzen). Die im Bestand vorhandenen mehr als 1.800 „Heimakten“ beziehen sich sämtlich auf Personen, die vor 1979 eingewiesen wurden und haben teilweise Laufzeiten bis 1981. Zu Personen, die ab 1979 bis zur Schließung der Einrichtung im Jahre 1989 eingewiesen wurden, liegen generell keine „Heimakten“ vor. Nach Auskunft der Nachfolgeeinrichtung sollen diese bei Entlassung der Heimkinder an die einweisenden Kreisreferate Jugendhilfe zurückgesandt worden sein, Restakten blieben dabei offenbar nicht zurück. Dagegen kann die Unterbringung von Kindern, die ab 1979 eingewiesen wurden, in nicht wenigen Fällen durch in der „Kartei der Jugendlichen“ überlieferte Karteikarten nachgewiesen werden.

M 541 Jugendwerkhof „Rudolf Breitscheid“ Eckartsberga

Im Bestand ist nur die sehr umfangreiche „Kartei der Jugendlichen“ aus dem Zeitraum 1950 bis 1992 überliefert. „Heimakten“ des Jugendwerkhofes „Rudolf Breitscheid“ liegen generell nicht vor. Soweit diese nicht im Zuge der Entlassung der Kinder und Jugendlichen an die einweisenden Kreisreferate Jugendhilfe zurückgesandt worden waren, wurden sie gegebenenfalls vernichtet.

M 541 Jugendwerkhof und Spezialkinderheim „Hübner Wesolek“ Bernburg

Die im Bestand M 541 Bernburg überlieferten mehr als 1.500 vom Jugendwerkhof „Hübner Wesolek“ geführten „Heimakten“ der Kinder und Jugendlichen decken den Zeitraum von 1973 bis 2001 ab. Die vor 1973 entstandenen Akten der Insassen der Einrichtung sind leider nicht ins Landesarchiv gelangt. Das

Verwaltungsschriftgut der Einrichtung fehlt zudem gänzlich. Die bei der Nachfolgeeinrichtung, der Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis in Bernburg, eingeholten Erkundigungen zum Verbleib der Unterlagen blieben ohne Erfolg. Die „Heimakten“ von vor 1973 sollen einem Wassereintrich zum Opfer gefallen sein. Zwar ist die „Kartei der Jugendlichen“ im Bestand vorhanden, die Überlieferung ist jedoch fragmentarisch. Die Kartei enthält nur Karteikarten von Kindern und Jugendlichen, die zwischen 1971 und 1976 geboren wurden. Der Grund dafür ist unbekannt.



Der besonders umfangreiche Bestand M 542 Spezialkinderheim Pretzsch im Landesarchiv Merseburg

M 542 Spezialkinderheim „Adolf Reichwein“ Pretzsch

Das Schloss Pretzsch wurde bereits lange vor der DDR-Zeit als Waisenhaus und Normalheim genutzt und 1960 zum Spezialkinderheim umfunktioniert. Die Überlieferung des ehemaligen Spezialkinderheimes „Adolf Reichwein“ und der Vorgängereinrichtungen ist die umfangreichste aller in der Abteilung Merseburg des Landesarchivs verwahrten Kinderheim-Überlieferungen und umfasst mehr als 33 laufende Meter personenbezogene Unterlagen sowie Verwaltungsschriftgut der Einrichtung. Im Bestand M 542 Pretzsch sind mehr als 4.000 von der Einrichtung über die Kinder und Jugendlichen geführte „Heimakten“ vorhanden. Deren Überlieferungszeitraum beginnt 1937 und endet 2011. Die „Kartei der Jugendlichen“

enthält zudem zahlreiche Karteikarten von Kindern und Jugendlichen, die ab den Vierzigerjahren in Pretzsch untergebracht waren. Zudem sind Schulzeugnisse sowie Gesundheitsunterlagen von DDR-Heiminsassen überliefert.

M 501 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Halle

Während die erste und zweite Ablieferung des ehemaligen Rates des Bezirkes Halle bereits seit einiger Zeit erschlossen und die Verzeichnungsdaten online einsehbar sind, ist die Erschließung der rund 340 laufende Meter umfassenden dritten Ablieferung



Magazin (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

noch in Bearbeitung. Ende des Jahres 2024 wurden im Rahmen der laufenden Erschließungsarbeiten die Unterlagen des der Abteilung Volksbildung des Rates zugeordneten Referates Jugendhilfe verifiziert, die ca. 6 laufende Meter Umfang haben. Bei diesen handelt es sich um Sachakten mit starkem Personenbezug. Da in beinahe jeder Akte Informationen vorhanden sind, welche die Einweisung und Unterbringung zahlreicher Kinder und Jugendlicher in Einrichtungen der Jugendhilfe nachweisen, wurden alle Unterlagen zwischen November 2024 und März 2025 Blatt für Blatt erschlossen. Diese Vorgehensweise ermöglichte die Erfassung mehrerer Tausend Namen, wobei zu vielen von diesen in den oben genannten Kinderheimbeständen keine Nachweise für deren Einweisungen in Einrichtungen der Jugendhilfe existieren. Die ver-

zeichneten Unterlagen stellen damit eine alternative und bedeutende Recherchemöglichkeit im Rahmen von Rehabilitierungsverfahren dar. Zu den vorhandenen Unterlagen des Bezirksreferats Jugendhilfe zählen unter anderem Meldungen (in Listenform) der Zentralstelle für Spezialheimeinweisungen im Aufnahmeheim der Jugendhilfe Eilenburg über Zuweisungen von Kindern und Jugendlichen aus dem Bezirk Halle in Jugendwerkhöfe und Spezialkinderheime (Anfang 1981 bis Anfang 1989), Belegungsmeldungen von mehr als 60 Normalkinderheimen im Bezirk Halle (1985 bis 1990), Anträge auf Einweisungen von Jugendlichen in das Durchgangsheim „Am Goldberg“ in Halle (1984 bis 1987) und viele andere mehr. Die bei der Heimeinweisungsstelle geführte „Kartei der Jugendlichen“ enthält zudem mehrere Tausend Karteikarten, welche Einweisungen von Kindern und Jugendlichen aus dem Bezirk Halle in Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe sowie in Normalkinderheime (Siebzigerjahre bis 1990) nachweist.

Zudem sind Karteien in Gruppenverzeichnung vorhanden, welche, geordnet nach den jeweiligen Kreisen des früheren Bezirkes Halle, die Einweisung von Kindern und Jugendlichen aus den jeweiligen Kreisen in Normalkinderheime nachweisen. In einigen Fällen finden sich in den Unterlagen des Bezirksreferats auch Informationen zu Adoptionen von Kindern und zu anderen Familienrechtssachen. Da das Bezirksreferat Jugendhilfe Halle nur für den Bezirk Halle zuständig war, handelt es sich bei beinahe allen namentlich aufgeführten Kindern und Jugendlichen entsprechend um solche, die ihren Wohnsitz im Bezirk Halle hatten. Da Zuweisungen von Jugendlichen aus dem Bezirk Halle in Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe jedoch nicht auf entsprechende Einrichtungen im selben Bezirk beschränkt waren, können demnach auch Einweisungen in Spezialheime nachgewiesen werden, die außerhalb des Bezirkes Halle über das Gebiet der DDR verteilt lagen. Anders verhält es sich bei Nachweisen über Zuweisungen in die Normalkinderheime, da Kinder aus dem Bezirk Halle allem Anschein nach nur in entsprechenden Einrichtungen im selben Bezirk untergebracht wurden. Da die im Bestand vorhandenen Einweisungslisten sowie die „Karteien der Jugendlichen“ nur das Datum der vollzogenen Einlieferung nachweisen, nicht aber den Zeitpunkt der vollzogenen Entlassung, kann anhand dieser Unterlagen eine Aussage darüber getroffen werden, ab wann Kinder in welchen Heimen untergebracht waren, nicht aber, wie lange die Unterbringung dauerte, sofern keine Referenzen in den oben genannten Beständen vorliegen.

Überlieferungslage bei Verlegungen von Heimkindern

Bei Verlegungen von Kindern und Jugendlichen von den oben genannten Spezialheimen in andere Einrichtungen der Jugendhilfe wurden die „Heimakten“ für gewöhnlich mitgegeben. Im Falle von Verlegungen in Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe außerhalb der Bezirke Halle und Magdeburg sollten daher bei der Suche nach den „Heimakten“ auch die für die Überlieferungen dieser Einrichtungen zuständigen Landesarchive, bei Verlegungen in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau dagegen das Bundesarchiv kontaktiert werden. Alternativ sind noch Anfragen bei den jeweiligen Kreisarchiven ratsam, die für die Überlieferung der einweisenden Kreisreferate Jugendhilfe verantwortlich sind.

Nutzung der Kinderheimunterlagen durch Betroffene und Dritte

Da sowohl die Unterlagen selbst als auch die Erschließungsinformationen sensible Daten enthalten, ist deren Nutzung für Betroffene und die Forschung nur eingeschränkt möglich. Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind daher online auch keine personenbezogenen Informationen über ehemalige DDR-Kinder in der Datenbank des Landesarchivs zugänglich.

Eine Einsichtnahme für Betroffene in die eigene „Heimakte“ ist demgegenüber unter Nachweis der Identität mittels Vorlage des Personalausweises oder einer entsprechenden Kopie möglich. Betroffene können zudem Dritte (zum Beispiel Verwandte, Vereine, Rechtsanwälte) per Vollmacht beauftragen, die Einsichtnahme in ihrem Namen vorzunehmen, was insbesondere vor dem Hintergrund der teilweise in den Akten enthaltenen für die Betroffenen psychisch belastenden Inhalte ratsam sein kann. Darüber hinaus beschäftigt sich auch zunehmend die wissenschaftliche Forschung mit diesem Themenbereich. Für eine Einsichtnahme ist von den Forschenden vorab ein ausgefüll-

ter Schutzfristenverkürzungsantrag einzureichen und dabei ein berechtigtes Forschungsthema nachzuweisen, wobei sich die Vorlage von in den Beständen verwahrten Unterlagen aufgrund der hohen Sensibilität des Inhalts vor allem auf das Verwaltungsschriftgut entsprechender Bestände (hier M 541 Wittenberg, M 542 Pretzsch und M 501) beschränkt, während einzelne personenbezogene Akten („Heimakten“) nur in Ausnahmefällen vorgelegt werden können.

Kopien von Unterlagen können mittels des im Lesesaal vorhandenen Scanners von den Benutzenden selbst angefertigt werden. Betroffenen werden alternativ auf Wunsch Kopien ihrer „Heimakten“ per Post kostenfrei zugesandt. Sämtliche Kopien werden allerdings von den Mitarbeitenden des Landesarchivs geprüft und Personennamen (mit Ausnahme der Namen von Betroffenen bei Zusendung von Kopien ihrer „Heimakten“ an diese) anonymisiert. Staatsanwaltschaften, Gerichte und Behörden erhalten Kopien von Unterlagen ohne Anonymisierung.

Andreas Nebelung

Die Akten des Referats Jugendhilfe im Bestand M 501 im Magazin (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)





Der Bestand M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg

Für die Forschung besser erschlossen

Organigramm der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg (Ausschnitt), 1981 (LASA, M 24, Nr. 6058)

Ein am 1. September 2023 begonnenes und aus Mitteln des Mauergrundstücksfonds finanziertes Projekt zur Erschließung von rund 180 laufenden Metern Akten des Bestandes M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Magdeburg wurde nach einer Laufzeit von 20 Monaten am 30. April 2025 erfolgreich abgeschlossen.

Der Bestand

Der Bestand *M 24 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) Magdeburg* mit einem Umfang von insgesamt rund 515 laufenden Metern Archivgut beinhaltet über 10.000 Akten aus dem Zeitraum von 1952 bis 1990.

Die Überlieferung gelangte erst ab 1990 in mehreren Etappen in das Landesarchiv, da die Bestände der Deutschen Volkspolizei in der DDR in einem zentralen Endarchiv des Ministeriums des Innern archiviert wurden. Das Archivgut der Ablieferungsschichten 1952 bis 1960 und 1961 bis 1975 wurde bereits in den Jahren 1983 und 1986/87 im Verwaltungsarchiv der BDVP Magdeburg erschlossen. Die erstellten Findbücher wurden im Dezember 1990 zusammen mit den entsprechenden Aktenbeständen vom Bundesministerium des Innern, Außenstelle Berlin, an das heutige Landesarchiv Sachsen-Anhalt übergeben. In den folgenden Jahren wurden die Erschließungsinformationen systematisch geprüft und überarbeitet, sodass die Verzeichnungsdatensätze für die genannten Ablieferungsschichten sowie für einen Teil der Druckschriftensammlung der BDVP Magdeburg in der Onlinerecherche des Landesarchivs Sachsen-Anhalt bereitgestellt werden konnten und dort seit 2015 vollumfänglich verfügbar sind.

Seit 1996 wurde aus der Landesverwaltung weiteres Archivgut übernommen, das als dritte Ablieferungsschicht überwiegend aus dem Zeitraum 1975 bis 1990 stammt, ergänzt durch einige Akten aus früheren Jahren. Diese Zugänge waren bislang nur eingeschränkt nutzbar, da der Nachweis überwiegend auf unvollständigen Ablieferungsverzeichnissen beruhte. Zudem war die Zuordnung der erfassten Aktentitel zu den vorläufig vergebenen Signaturen teilweise uneindeutig. Erschwerend kam hinzu, dass viele Unterlagen in umfangreichen Aktenbündeln von mehr als zehn Zentimetern Dicke vorlagen.

Um diesen Überlieferungsteil, der vor allem die späte Phase der DDR umfasst, besser zugänglich zu machen, wurde er für eine systematische Aufbereitung in einem Umfang von rund 180 laufenden Metern priorisiert. Zunächst zurückgestellt wurden vor allem die umfangreiche personenbezogene Dokumentation der Kriminalpolizei zu Ermittlungsfällen sowie die Fotoüberlieferung.

Strukturierung des Bestandes

Vor Beginn des aus dem Fonds zur Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Projekte in den neuen Bundesländern („Mauergrundstücksfonds“) geförderten Erschließungsprojekts waren bereits umfassende Ordnungsarbeiten, Aktenbildungen bzw. Aktentrennungen erfolgt und der Bestand wurde weitestgehend fachgerecht in Jurismappen und Archivkartons verpackt.

Die zahlreichen organisatorischen Veränderungen innerhalb der Deutschen Volkspolizei zwischen 1952 und 1990 machten die systematische Gliederung des Bestandes besonders anspruchsvoll. Zu

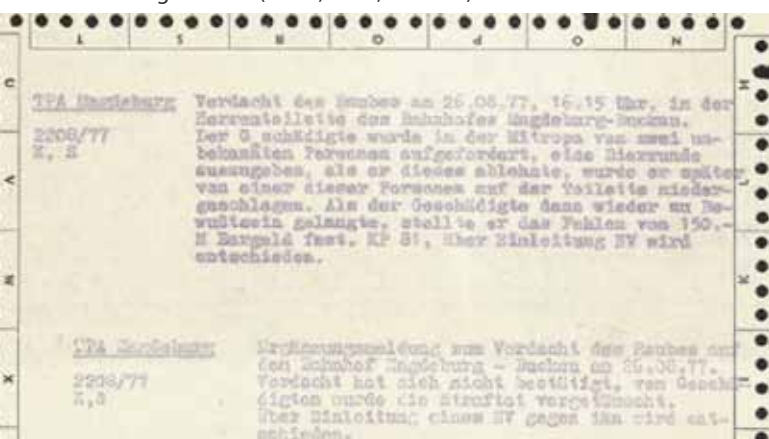
den Veränderungen zählten vor allem die Umstrukturierung und Umbenennung einzelner Abteilungen sowie ihrer nachgeordneten Referate und Dezernate. Die interne Struktur der BDVP Magdeburg umfasste Stabs- und Fachabteilungen, darunter den Chef der BDVP mit mehreren Stellvertretern (Operativstab, Politische Arbeit, Stabschef, Zentrale Kontrollgruppe und Abteilung Inspektion, Feuerwehr/Strafvollzug), das Sekretariat, den Presseoffizier, die Abteilungen Kader und Ausbildung, Finanzen, Versorgungsdienste, Medizinische Dienste, Information, Nachrichten, Organisation, Schutzpolizei (später erweitert um das Erlaubniswesen), Betriebsschutz, Kriminalpolizei, Pass- und Meldewesen, Transportpolizei, Verkehrspolizei, Strafvollzug, Feuerwehr und die Inspektion Volkspolizeibereitschaften und Kampfgruppen.

Das Erschließungsprojekt

Im Rahmen des geförderten Projekts „Ausbau einer nachhaltigen archivischen Forschungsinfrastruktur“ konnte dann ab 1. September 2023 in sehr gutem Zusammenwirken von archivarischer Projektsteuerung und Projektkraft die Verzeichnung der Akten beginnen. Für das Erschließungsprojekt konnte ein Historiker ausgewählt werden, der durch seine Forschungen mit der Institutionsgeschichte und dem Bestand bereits intensiv vertraut war.

Als Grundlage für die Verzeichnungsarbeiten dienen die oben bereits erwähnten Ablieferungsverzeichnisse sowie eine in Vorbereitung der weiteren Entsäuerung des Bestandes im Jahr 2021 erstellte Liste der neugebildeten Akten. Die Erschließung erfolgte im Archivinformationssystem scopeArchiv und orientierte sich im Sinne einer Vorordnung an der zuvor erarbeiteten Gliederung, die bei Bedarf im Verlauf der Bearbeitung geringfügig angepasst wurde. Die Gliederung unterhalb der Abteilungen berücksichtigte die nachgeordnete Behördenstruktur, Aufgaben sowie inhaltliche Aspekte. Anhaltspunkte ergaben sich teilweise auch aus den Angaben auf den Aktendeckblättern. Die Strukturierung der Gliederungsgruppe „Versorgungsdienste (VD) Bauwesen“ richtet

Exemplarische Auswahl einer Kerblockkarteikarte aus dem August 1977 (LASA, M 24, Nr. 3971)



Winterdienstuniform für Pferdestreifen gemäß der Dienstverordnung 74/74, 1976 (LASA, M 24, Nr. 4253)

sich nach der räumlichen Verteilung der jeweiligen Bauvorhaben.

Die Erschließungsintensität variierte in Abhängigkeit von den Quellentypen: Serielle Unterlagen wie Rapporte und Lageberichte wurden in vereinfachter Form verzeichnet, während für umfangreiche Sachakten detaillierte Enthält-Vermerke erstellt wurden, um den vielfältigen Informationsgehalt adäquat zu erschließen. Unter Beachtung der geltenden personenbezogenen Schutzfristen wurden Namen und andere personenbezogene Angaben erforderlichenfalls bei der Verzeichnung für die Onlinerecherche anonymisiert und in den Feldern „Titel_intern“ und „Enthält_intern“ vermerkt.

Im November 2024 erfolgte ergänzend zu den im Bestand bereits vorhandenen Bauakten der Abteilung Bauwesen eine Übernahme aus dem Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt im Umfang von 3,4 laufenden Metern Akten, die in das Projekt einbezogen und so unmittelbar von der Projektkraft erschlossen werden konnten.

Im Ergebnis des erfolgreichen Projekts werden nach abschließenden archivischen Arbeiten zeitnah die Verzeichnungsangaben zu über 5.000 weiteren Akteneinheiten des Bestandes online recherchierbar sein. Die archivische Erschließung steht dann vor allem noch für die vom Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt übernommene personenbezogene Dokumentation der Kriminalpolizei zu Ermittlungsfällen (Laufzeit ab ca. 1960) sowie für die Fotoüberlieferung aus. Die im Projekt begonnene Tiefenerschließung von Akten mit Schluss- und Duplikatsberichten zu Ermittlungsverfahren wird fortgeführt.

Quellenwert für die Forschung

Mit der Auflösung der Länder und der Bildung von Bezirken entstanden in der gesamten DDR 14 Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei. Am 1. Oktober 1952 übernahm die BDVP Magdeburg die

vollständige Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Bezirk. Als Mittelbehörde fungierte die BDVP zwischen der Hauptverwaltung der Volkspolizei im Ministerium des Innern und den nachgeordneten Dienststellen. Sie übte die Aufsicht über die verschiedenen polizeilichen Fachbereiche aus, darunter die Schutz-, Verkehrs-, Verwaltungs- und Kriminalpolizei. Der BDVP Magdeburg unterstanden alle Volkspolizeikreisämter im Bezirk sowie darüber hinaus die 4. und 11. VP-Bereitschaft, die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, Strafvollzugseinrichtungen, Feuerwehren und ab 1970 das Transportpolizei-Amt Magdeburg mit allen untergeordneten Dienststellen.

Mit Ablauf des 2. Oktober 1990 ging die Hoheit über die Volkspolizei vom Innenminister der DDR auf die Landessprecher der neu entstehenden Bundesländer über. Die BDVP wurde in Bezirksbehörde der Polizei Magdeburg umbenannt. Der Beschluss der Landesregierung Sachsen-Anhalts vom 29. Januar 1991 zur Organisation des Polizeivollzugsdienstes sowie das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung vom 19. Dezember 1991 beendeten offiziell deren Dienstbetrieb.

Dem Bestand kommt eine überregionale Bedeutung zu. Er enthält einzigartige Quellen zur Innen- und Sicherheitspolitik der DDR. Besonders hervorzuheben sind dabei die Quellen zur Sicherung der innerdeutschen Grenze, da auf den Bezirk Magdeburg mit insgesamt 343 km der größte Anteil an der „Staatsgrenze West“ entfiel. Die im Bestand überlieferten Unterlagen dokumentieren die operative Tätigkeit, die Organisation und die Aufgabenerledigung der Volkspolizei im Bezirk Magdeburg umfassend und erlauben Einblicke in die gesamte Bandbreite der Polizeiarbeit in der DDR.

Überlieferungslage

Aus dem Leitungsbereich der BDVP sind umfangreich Akten erhalten. Diese beinhalten unter anderem Schriftverkehr mit Staats- und Parteigremien, dem Ministerium des Innern, den Massenorganisationen sowie volkseigenen Betrieben, Protokolle von Dienstberatungen, die Bearbeitung von Eingaben sowie Arbeits- und Dienstplanungen. Die Politabteilung war für die politisch-ideologische Arbeit in allen Bereichen zuständig; entsprechend sind auch Berichte über die aktuelle politische Situation in den nachgeordneten Dienststellen erhalten.

Die Überlieferung der Abteilung Kader und Ausbildung dokumentiert die Gewinnung, Qualifizierung und personelle Entwicklung des Kaders und gibt Ein-

Auswertung der Lageeinschätzung des Operativstabes beim Rat des Bezirkes.

- Gegenwärtig bestehen durch den Stromausfall große Schwierigkeiten beim Abtransport der Rohmilch. Die Rückstände der Rohmilch belaufen sich gegenwärtig auf 502000 Liter. Die Ursachen bestehen darin, daß die Milch von den Behältnissen der LPGen durch den Stromausfall nicht in die Kesselwagen des Kraftverkehrs umgepumpt werden können.
- Vom Kraftverkehr werden alle Anstrengungen unternommen um in den frühen Morgenstunden des 02.01.79 den Arbeiterberufsverkehr als auch den Güterverkehr sicherzustellen. In enger Zusammenarbeit mit VEB Minol wurde in den Stützpunkten des Kraftverkehrs der Winterdieselmotortreibstoff (DK 3) bereitgestellt.
- Der Bestand des winterfesten Dieselmotortreibstoffes beläuft sich auf 220000 Liter. Weitere Reserven sind im Bezirk nicht vorhanden. Nach Angaben des VEB-Direktors Müller ist die o.a. Menge ein Tagesverbrauch.
- Vom Präsidenten der DR des Bez. Magdeburg wurde bekannt, daß durch den Stromausfall die Halbschrankenanlagen der DR ausfallen und die Sicherheit an solchen Eisenbahnübergängen nicht mehr gegeben ist. Es macht sich erforderlich, dieses in der nächsten Meldung an das MdI weiterzuleiten.
- In Barleben befinden sich 20 Waggon beladen mit Bananen, die für Dresden bestimmt sind. Nach Angaben der Experten halten sich diese Bananen ca 48 Stunden. Ein weiterer kompletter Güterzug mit Bananen beladen befindet sich im Bereich der RBD Magdeburg. Er ist für die CSSR bestimmt. Dieser Zug gehört zu den 76 Rückstausügen. Eine Weiterfahrt ist nicht möglich. Es gibt noch 33 unbespannte Züge.
- Durch die Stromabschaltung im Harzgebiet kann die Eisenbahnstrecke zwischen Mübeland und Bernburg nicht mehr befahren werden. Schwierigkeiten werden somit

Lageberichte zum Einsatz während der Schneekatastrophe im Winter 1978/79, hier: Bericht des Operativstabes beim Rat des Bezirkes vom 1. Januar 1979 (LASA, M 24, Nr. 5731)

blicke in die Veränderungen der Ausbildungssysteme und -strukturen. Die Akten der medizinischen Dienste liefern zudem Hinweise auf soziale und gesundheitliche Aspekte des Kaders.

Die Rapporte und Lageberichte der Abteilung Information erfassen von 1961 bis 1990 Meldungen zu Straftaten, Unfällen, Havarien, Waffen- und Munitionsfunden, Fahndungen, Veranstaltungen, Massenerkrankungen, zur Versorgungslage und Wetersituation. Ab den 1970er Jahren wurde ein zentraler Informationsspeicher eingerichtet, der Berichte, Analysen und Statistiken aus den verschiedenen Abteilungen der BDVP nach Speichernummern geordnet zusammenführte. Ergänzend liefert die Kerb- lockkartei für den Zeitraum 1962 bis April 1989 mit gleichen inhaltlichen Schwerpunkten ein umfangreiches Zeugnis manueller Datenverarbeitung zur Vereinfachung der statistischen Auswertung.

Von der Kriminalpolizei sind Akten der Abteilungsleitung, der Kriminaltechnik, der Untersuchungskommissionen für Mord (MUK) und Brand (BUK), der Arbeitsgruppe Ausländer (AGA) sowie des Dezernats Volkswirtschaft (VW) zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität überliefert. Unterlagen des Dezernates I zu staatsgefährdenden Straftaten und politischen Verbrechen befinden sich dagegen nicht im Landesarchiv. Hierzu wäre im Bundesarchiv, Stasi-Unterlagen-Archiv Magdeburg zu recherchieren.

Von der Schutzpolizei sind unter anderem Akten zur Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie zum Erlaubniswesen überliefert, darunter zu Genehmigungen und Kontrollen von Vereinigungen, Religionsgemeinschaften und Veranstaltungen, zur Regulierung des Waffenbesitzes sowie zur Überwachung des Umgangs mit gefährlichen Stoffen und Giften. In diesem Bereich wurden auch die Akten zur Registrierung der wenigen im Bezirk existierenden rechtlich selbständigen Vereine und Vereinigungen geführt.

Die Überlieferung der Abteilung Betriebsschutz dokumentiert die Kontrolle und Beratung von Betrieben in sicherheitsrelevanten Arbeitsabläufen zur Gewährleistung des inner- und außerbetrieblichen Schutzes, etwa im VEB Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann“ oder im VEB Sprengstoffwerk Schönebeck. Die Unterlagen der Abteilung Feuerwehr geben darüber hinaus Aufschluss über den vorbeugenden Brandschutz sowie über die Koordination der örtlichen und betrieblichen Brandschutzorgane.

Die Unterlagen der Verkehrspolizei dokumentieren die Überwachung des fließenden und ruhenden Straßenverkehrs, die Durchführung verkehrserzieherischer Maßnahmen sowie die Bearbeitung von Verkehrsunfällen. Aus der Abteilung Strafvollzug sind Akten zur Ausstattung der Strafvollzugseinrichtungen im Bezirk Magdeburg, zu den Grundsätzen der Unterbringung von verurteilten Personen und zur Organisation des Arbeitseinsatzes der Inhaftierten überliefert.

Von den VP-Bereitschaften und Kampfgruppen sind vor allem Protokolle und Planungsunterlagen über Einsätze zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie zur Unterstützung und Verstärkung des operativen Dienstes erhalten.

Die Akten der Abteilung Pass- und Meldewesen zu Rückkehrern und Zuziehenden haben einen besonderen Quellenwert für die (familien-)biografische Forschung, da sie auch handschriftlich verfasste Lebensläufe sowie Passbilder enthalten. Zudem sind die Prüfungen und Entscheidungen über Anträge auf Auslandsreisen umfangreich dokumentiert.

Den größten Teilbestand bilden die Akten der Abteilung Bauwesen der Versorgungsdienste mit über 1.000 Akteneinheiten. Diese betreffen neben der Bautätigkeit an Dienstgebäuden der BDVP und ihrer nachgeordneten Dienststellen auch Spezialbauwerke wie Munitionsbunker, Einrichtungen der Wasserschutzpolizei und Wohngebäude für Abschnittsbevollmächtigte. Besonders hervorzuheben ist die umfassende Überlieferung der Bautätigkeit für die Fachschule Feuerwehr des Ministeriums des Innern „Hermann Matern“ (heute: Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge).

Besonderheiten

Im Rahmen des Erschließungsprojekts konnten zudem Quellen zur Transformation der Deutschen Volkspolizei und zu den Kontakten mit dem Partnerland Niedersachsen recherchierbar gemacht werden. Bemerkenswert ist, dass ein Großteil dieser Unterlagen in einer unerwarteten Abteilung der BDVP verwaltet wurde: 1989/90 war der Stellvertreter des Chefs der BDVP Magdeburg für Feuerwehr und Strafvollzug für die Umstrukturierung der Behörde zuständig.

Dieses Beispiel zeigt, dass selbst fundierte Kenntnisse der Behördenstruktur bei der strukturellen Suche nach der „berühmten Nadel im Heuhaufen“ ins Leere laufen können, wenn man im falschen Heuhaufen

sucht, und unterstreicht erneut die Notwendigkeit und Bedeutung der archivistischen Erschließung.

*Ruth Baumgarten
und Felix Schneider*

Plakat zum Dreikampfwettbewerb der Feuerwehren der DDR am 20. August 1983 in Magdeburg, Überlieferung aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Presseoffiziers der BDVP (LASA, M 24, Nr. 8028)



DIE BESTEN DREIKÄMPFERINNEN UND DREIKÄMPFER AUS DEN FEUERWEHREN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK ERMITTELN DIE SIEGER



Öffentlichkeitsarbeit und Nutzungsperspektiven

Prof. Dr. Silke Satjukow während der Diskussion mit dem Publikum. (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Im Jahr 2023 feierte das Landesarchiv nicht nur sein 200-jähriges Jubiläum, sondern nach einer pandemiebedingten Unterbrechung auch den Wiedereinstieg in eine systematische Öffentlichkeitsarbeit, die seitdem konsequent fortgesetzt wird.

Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2020 kam mit der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Lock-downs die klassische Öffentlichkeitsarbeit des Landesarchivs in Form von Präsenzformaten zunächst zum Erliegen. In jener Zeit wurde eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, die kurzfristig Optionen einer Öffentlichkeitsarbeit unter Pandemiebedingungen ausloten und zugleich Szenarien für eine damals noch nicht abzusehende Zeit nach der Pandemie erarbeiten sollte. Mit Blick auf das 2023 anstehende 200-jährige Jubiläum des Landesarchivs wurden Handlungsempfehlungen für die Ausrichtung und Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit erarbeitet, deren Umsetzung in den letzten Jahren systematisch vorangetrieben wurde. Gemäß seinem Leitbild präsentiert sich das Landesarchiv mit seiner Öffentlichkeitsarbeit offensiv als Kulturgut sicherndes und zugänglich machendes historisches Gedächtnis des Landes sowie als bürgerorientierter Informationsdienstleister mit einer vielfältigen Palette von Angeboten. Über spezifische Zielgruppen hinaus werden regional und überregional eine breite Öffentlichkeit mit Informations- und Nutzungsangeboten adressiert. Ziel ist eine verstärkte Nutzung archivischer Dienstleistungsangebote und Kompetenzen. In der historischen Bildungsarbeit will das Landesarchiv in Kooperation mit anderen Institutionen einen Beitrag zur Demokratieförderung und zur Vermittlung von Erinnerungskultur leisten, der zugleich weiterführende Nutzungen nach sich zieht. Darüber hinaus unterstützt das Landesarchiv anlass- und themenbezogene historische Bildungs- und Forschungsprojekte in Sachsen-Anhalt durch die zielgerichtete und kontinuierliche Aufbereitung der verwahrten Quellen.

Jubiläumsjahr 2023 als systematischer Wiedereinstieg

Im Jubiläumsjahr 2023 vollzog das Landesarchiv schließlich unter dem Motto „Ein Archiv für alle“ den Wiedereinstieg in eine systematische Öffentlichkeitsarbeit. Entsprechend den während der Pandemie erarbeiteten Handlungsempfehlungen wurde zum Jubiläum der Veranstaltungsbereich am Standort Magdeburg im Sinne eines flexiblen „Dritten Ortes“ umgewandelt, der einen einladenden und kommunikativen Rahmen für unterschiedlichste Austauschformate bietet. Neben dem Festakt fand damals eine Tagung „Landesarchiv nach der Friedlichen Revolution“ sowie ein mit dem Institut für Landesgeschichte organisierter Workshop zur Intensivierung der Kooperation zwischen dem Landesarchiv und der landesgeschichtlichen Forschung unter dem Thema „Wirtschaftsgeschichte im Fokus“ statt.

Zugleich wurde am 4. November gemeinsam mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden im Rahmen der Jüdischen Kulturtag zu einem Lesekonzert Uwe von Seltmanns und Warnfried Altmanns eingeladen. Ergänzend führte Christina Wirth, die Autorin des **QuellenNAH**-Hefts 7 „Zu Hause in Sachsen-Anhalt. Jüdinnen und Juden zwischen Verfolgung, Selbstbehauptung und Anerkennung“, einen Workshop durch, der sich der jüdischen Geschichte Sachsens-Anhalts widmete.

Neben Tagungs-, Vortrags- und Festveranstaltungen wird der neue Veranstaltungsbereich auch für Workshops genutzt, in denen Lehrende in die **QuellenNAH**-Reihe zur historischen Bildungsarbeit eingeführt werden, oder für VHS-Kurse, in denen Interessierten grundlegende Fertigkeiten zur eigenständigen Archivrecherche und Paläographiekenntnisse vermittelt werden.

Das 2023 gelegte Fundament bot somit zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Folgejahre. Insbesondere der Austausch mit der aktiven Forschung konnte auch an den anderen Standorten des Landesarchivs

intensiviert werden. So wurden beispielsweise 2024 am Standort Wernigerode in einem gemeinsamen Seminar mit dem Institut für Landesgeschichte Studierende der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in die Überlieferung der Adelsarchive und die Quellengattung der Leichenpredigten eingeführt. Am Standort Merseburg wurde im selben Jahr das Merseburger Forschungsforum eingeführt, das den Austausch zwischen Nachwuchswissenschaftlern und dem Landesarchiv zu aktuellen Forschungsfragen und laufenden Forschungsprojekten fördert.

Aktivitäten 2025

Auch im zurückliegenden Jahr wurde der Austausch mit der Forschung fortgeführt: Das Merseburger Forschungsforum ging in die nächste Runde und die am Standort Wernigerode verwahrte Gutsüberlieferung wurde im Rahmen mehrerer Tagungen der wissenschaftlichen Forschung vorgestellt, unter anderem zum 15. Tag der sachsen-anhaltischen Landesgeschichte zum Thema „Wege übers Land. Transformationen des ländlichen Sachsen-Anhalts von der Sattelzeit bis heute“, in dessen Rahmen die Überlieferung des Guts Wittenmoor vorgestellt wurde.

Das Vortragsprogramm im Landesarchiv verfolgte in diesem Jahr nicht nur das Ziel, Geschichte im regionalen und lokalen Umfeld erfahrbar zu machen, sondern zugleich eine Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratie- und Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts zu fördern.

Blick in die Ausstellung „... denen mitzuwirken versagt war. Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit“ (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)



Quellenstudium während des Workshops zur jüdischen Geschichte Sachsens-Anhalts (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

Den Auftakt des zurückliegenden Jahres machte Dr. Jan Scheunemann mit einem Vortrag über die Rezeption Thomas Müntzers und des Bauernkriegs in der DDR. Scheunemann skizzierte die Instrumentalisierung Thomas Müntzers in der SED-Geschichtspolitik, die ihn – im Widerspruch zu seiner tatsächlichen historischen Rolle – nicht als Theologen deutete, sondern als Sozialrevolutionär und Bauernkriegsführer heroisierte.

Der Frage, welche Auswirkungen die Zeit der SED-Diktatur und der sowjetischen Besatzung noch auf heutige politische Debatten in Deutschland hat und inwiefern sich die Perspektiven innerhalb der deutschen Gesellschaft unterscheiden, ging Prof. Dr. Silke Satjukow in ihrem Vortrag „Die ‚Russen‘ kommen – und bleiben. Das Kriegsende 1945 in Sachsen-Anhalt und was es mit heute zu tun hat“ nach. In ihrem im Magdeburger Ausstellungsraum vor großem und diskutierfreudigem Publikum gehaltenen Vortrag problematisierte sie die Wirkmächtigkeit der kommunistischen Ideologie, die der zentralistische Staat DDR „von der Wiege bis zur Bahre“ vermittelte, die unabhängig von der persönlichen Haltung noch heute viele Menschen prägte.

Dagegen thematisierte die am Standort Merseburg eröffnete, von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konzipierte Plakatausstellung „... denen mitzuwirken versagt war. Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit“ ebenjene Menschen, die aus ihrer demokratischen Grundhaltung heraus versuchten, an einer demokratischen Neugestaltung in Sachsen-Anhalt mitzuwirken, im Ergebnis aber scheiterten. Den Eröffnungsvortrag hielt Prof. Dr. Mathias Tullner zum Merseburger Politiker und Schriftsteller Siegfried Berger.

Daneben führten weitere Vorträge in die lokale Lebenswelt vergangener Tage ein und stellten wichtige Quellen zur Erforschung der Lokalgeschichte vor: Dr. Günter Matter stellte Walther Rathenaus Bedeutung für die mitteldeutsche Chemieregion heraus und Dr. Stephanie Eifert berichtete über die Kartensammlung des Mansfelder Kupferschieferbergbaus (beide Vorträge werden im vorliegenden Heft in eigenen

Beiträgen besprochen). Außerdem führten Christian Bedeschinski und Dietmar Onnasch durch die Bergbaugeschichte und Renaturierung sowie touristische Erschließung des Geiseltals.

Um den Nutzenden, die für selbstständige Forschungen interessanten Bestände nicht nur vorzustellen, sondern sie auch zur intensiven Nutzung zu befähigen, wurden zwei VHS-Kurse zu den Themen „Einführung in die Recherche und Forschung im Archiv“ und „Einführung in die Paläographie des 18.–20. Jahrhunderts“ angeboten. Zusätzlich wurde in Kooperation mit dem Landesheimatbund ein speziell für Heimatforschende konzipierter Kurs durchgeführt, der Grundlagen für Heimatforschungen im Archiv vermittelte.

Archivalien im Blick

Zusätzlich zum umfassenden Vor-Ort-Programm, das historisch Interessierte in die Geschichte ihrer lokalen Lebenswelt und die dazugehörigen Quellen einführt und zur Diskussion und aktiven Nutzung einlädt, bietet das Landesarchiv seit 2024 auch auf seiner Homepage laufend Einblicke in die umfassende Überlieferung. In der Rubrik „Archivalien im Blick“ werden Unterlagen präsentiert, die interessante Aspekte der Landesgeschichte beleuchten. In der Auswahl werden die laufenden Wechselvitrinenausstellungen ebenso berücksichtigt wie anlässlich aktueller Themen und Jubiläen präsentiertes Archivgut, das als Einstieg für vertiefende Recherchen dienen kann.

Den Einstieg machte 2024 die Magdeburger Wechselvitrinenausstellung zum Abschluss des ersten Kirchenvertrages des Landes Sachsen-Anhalt. Es folgten Vitrinenausstellungen zum 50-jährigen Jubiläum des Europapokalsiegs des 1. FC Magdeburg und zur Geschichte des Fußballs in Magdeburg sowie zum Zugunglück der Harzquerbahn 1994.

Im Dessauer Lesesaal wurden 2024 die Behörden- und Gerichtsakten des Bernburger Bürgermords vom



Prof. Dr. Mathias Tullner während seines Vortrags zum Merseburger Politiker und Schriftsteller Siegfried Berger (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)

16. März 1849 zur Einsichtnahme bereitgelegt, um 175 Jahre nach den revolutionären Geschehnissen weiterführende Forschungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Zum 150. Geburtstag des ehemaligen anhaltischen Ministerpräsidenten Heinrich Deist (1874–1963) wurde eine an ihn gerichtete Postkarte aus dem Nachlass E 111 Heinrich Deist präsentiert, die ihn motivierte, sich um die Geschäftsführertätigkeit des sozialdemokratischen Volksblattes in Dessau zu bewerben und damit seinem Lebensweg eine entscheidende Wendung gab. Außerdem wurden der Beginn des Maschinenbaus in Dessau mit der Maschinenbau-Anstalt von Jahn und Arendt in der Nachbarschaft des Dessauer Landesarchivstandortes beleuchtet und die im Landesarchiv vorhandenen Dokumente zum Schicksal der Sammlung des Dessauer Philanthropins vorgestellt.

Im Jahr 2025, das mit einem Neujahrgruß des Magdeburger Diariums des Klosters Unser Lieben Frauen aus dem Jahr 1672 eingeläutet wurde, wurden die in Merseburg verfügbaren Polizeiakten zur Fahndung nach den Mördern Walther Rathenaus vorgestellt. Gleichzeitig boten sich aktuelle Bezüge an. Die Einführung einer neuen Grundsteuer zum 1. Januar 2025 lieferte den Anlass, 90 Jahre zurückzuschauen und die Vorbereitung der Einführung des Einheitswertes auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt zu thematisieren. Zum Beginn der Sommerferienzeit erinnerte eine Magdeburger Wechselvitrinenausstellung an das in den 1990er und 2000er Jahren diskutierte Flughafenprojekt Altmark und zeigte Unterlagen zur Planung eines Luftdrehkreuzes bei Stendal. Am Dessauer Landesarchivstandort wurde an die Errichtung des Dessauer Südbahnhofs erinnert, dessen Bauzeichnungen zusammen mit dem Presseecho im Dessauer Lesesaal eingesehen werden können.

Felix Schumacher

Die Magdeburger Wechselvitrinenausstellung zum Abschluss des ersten Kirchenvertrages präsentierte ein von Papst Johannes Paul II. unterzeichnetes Akkreditierungsschreiben für den Apostolischen Nuntius in Deutschland. (LASA, L 1, Nr. 2536/I) (Foto: Landesarchiv Sachsen-Anhalt)



Neben aktuellen Bezügen und Jubiläen nehmen die „Archivalien im Blick“ auch neue oder bislang weniger bekannte Nutzungsperspektiven in den Fokus. Beispielhaft hierfür sind die folgenden beiden Beiträge zu Wernigeröder Beständen.

Der Flurzug von Rottleberode

Die 2024 erfolgte Schenkung der Sammlung Walter Huebscher (E 255) an das Landesarchiv enthielt neben zahlreichen weiteren historischen Dokumenten eine einzigartige Abbildung des Rottleberoder Flurzugs aus dem Jahr 1750.

Als Parade aufgestellt, schritt die Südharzer Gemeinde Rottleberode ihre Flurgrenze am 28. Oktober 1750 gemeinsam ab.

Angeordnet wurde der Zug von der „allergnädigsten verordneten hohen Obrigkeit“. Eingerahmt von der „Cavallerie der Jungen Leuthe zu Pferde“ und Infanterie wurde diese vertreten durch den Schultheis Johann Christoph Ehrhardt sowie die beiden Syndici Friedrich Knabe und Andreas Fluhr, die mit der Aufgabe betraut wurden, die Geschworenen für dieses Ereignis zu sein. Es folgte der Amtsdienner „mit dem Acten-Buch“, der Gerichtsschreiber Ziegenhagen und in der Mitte in der Kutsche befand sich der gräflich-stolbergische Amtsrat Christian Ulrich Hüpeden (1678–1753) als allerhöchster Amtsvertreter. Im Anschluss kamen die unbewaffnete Mannschaft der Gemeinde sowie die Dorfknechte und Hirten, den Zug schlossen schließlich die Frauen und Kinder.

Das Abschreiten der Grenze entlang der Flursteine, die diese sichtbar markieren sollten, erfolgte aus ganz praktischen Gründen zur Kontrolle, ob auch alle Grenzsteine noch richtig aufgestellt waren. Es sollte dabei geprüft werden, ob es möglichen Reparaturbedarf der Steine gab oder ob die Notwendigkeit bestand, den Verlauf der Grenze zu berichtigen. Dies konnte der Fall sein, wenn etwa Steine falsch platziert waren oder offene Konflikte zum Grenzverlauf mit Nachbargemeinden bestanden.

Ein solcher Flurzug war aber auch ein symbolischer Akt von Herrschaft. In Vertretung des Amtmannes trat die Obrigkeit in Präsenz vor die Gemeinde. Zugleich konnte so ein Flurzug einen volksfestähnli-

chen Charakter annehmen, mit feierlicher Musik und anschließendem Speis und Trank.

Festgehalten als Zeichnung hatte der Amtsdienner von Rottleberode das Ereignis. Aus der Gemeinderechnung von 1750 geht hervor, dass er dafür 12 Groschen und für das Beschreiben des Flugzuges 8 Groschen aus der Gemeindekasse erhielt.

Solche Flur- oder Grenzzüge sind zwar durch die überlieferten Akten gut über das Land hinweg dokumentiert. Allerdings stellt die Abbildung eines solchen Ereignisses eine absolute Seltenheit dar. Der Flurzug gehört in die Sammlung Walter Huebscher (E 255), die dem Landesarchiv 2024 geschenkt wurde. Walter Huebscher (1903–1981) war ein heimatgeschichtlich sehr interessierter und engagierter Lehrer und Kantor in Rottleberode, der zahlreiche historische Dokumente von Rottleberode sammelte und so vor dem Verlust bewahrte.

Vicky Rothe

Flurzug von Rottleberode, 1750 (LASA, E 255, Nr. 1)





Die „gewaltthätige Entleibung“ des Schwedens Malcolm Sinclair 1739

Karte zum Attentat (LASA, H 11, Nr. 293)

In Gutsarchiven finden sich vielfach auch Unterlagen zu dienstlichen Obliegenheiten, die weiterführende Erkenntnisse zur europäischen Politik vergangener Tage eröffnen.

Am 17. Juni 1739 sollte das letzte Stündlein des schwedischen Majors Malcolm Sinclair (1690/91–1739) schlagen. Eiskalt wurde er von den russischen Agenten, dem Hauptmann Kütler und Leutnant Lewitzki, in Schlesien in der Stadt Naumburg am Bober überfallen und ermordet.

Sinclair befand sich auf der Rückreise seiner diplomatischen Mission aus Konstantinopel. Dort sollte er als Gesandter für Schweden eine mögliche Allianz mit dem Osmanische Reich gegen das Russische Kaiserreich verhandeln. Allerdings blieb diese diplomatische Reise nicht unbemerkt beim russischen Gesandten Mikhail Petrovich Bestuzhev-Ryumin (1688–1760) in Stockholm. Dieser gab das brisante Vorhaben Sinclairs nach Russland weiter, inklusive eines bildlichen Steckbriefs von Sinclair. Dies führte zu einer Verfolgung Sinclairs, die schließlich in seiner Ermordung mündete.

Sein Tod sollte nicht unbemerkt bleiben. Neben einer medialen Verbreitung des Vorfalles durch zahlreiche Druckschriften, wurde in seiner Heimat Schweden sogar eine Ode „Sinclairvisan“ mit 90 Versen von Anders Odel geschrieben. Sie schürte die schwelende Feindschaft zwischen Schweden und Russland weiter, bis der Konflikt schließlich 1741 im Russisch-Schwedischen Krieg mündete.

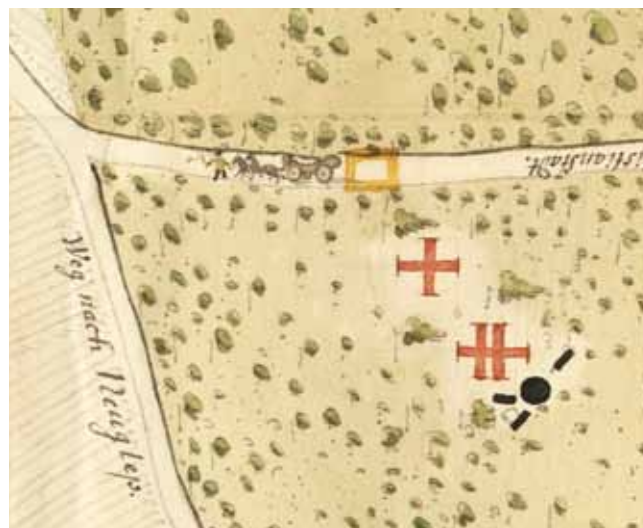
Der dramatische Vorfall überlieferte sich sogar im anhaltischen Gutsarchiv Altjeßnitz (H 11). Neben einem Rekonstruktionsversuch des Tatherganges fand sich im Bestand auch eine kolorierte Karte, die den Tatort des Attentats markierte. Doch warum war die Anfertigung der Karte überhaupt nötig und wie gelangte sie in das weit entfernte Altjeßnitz?

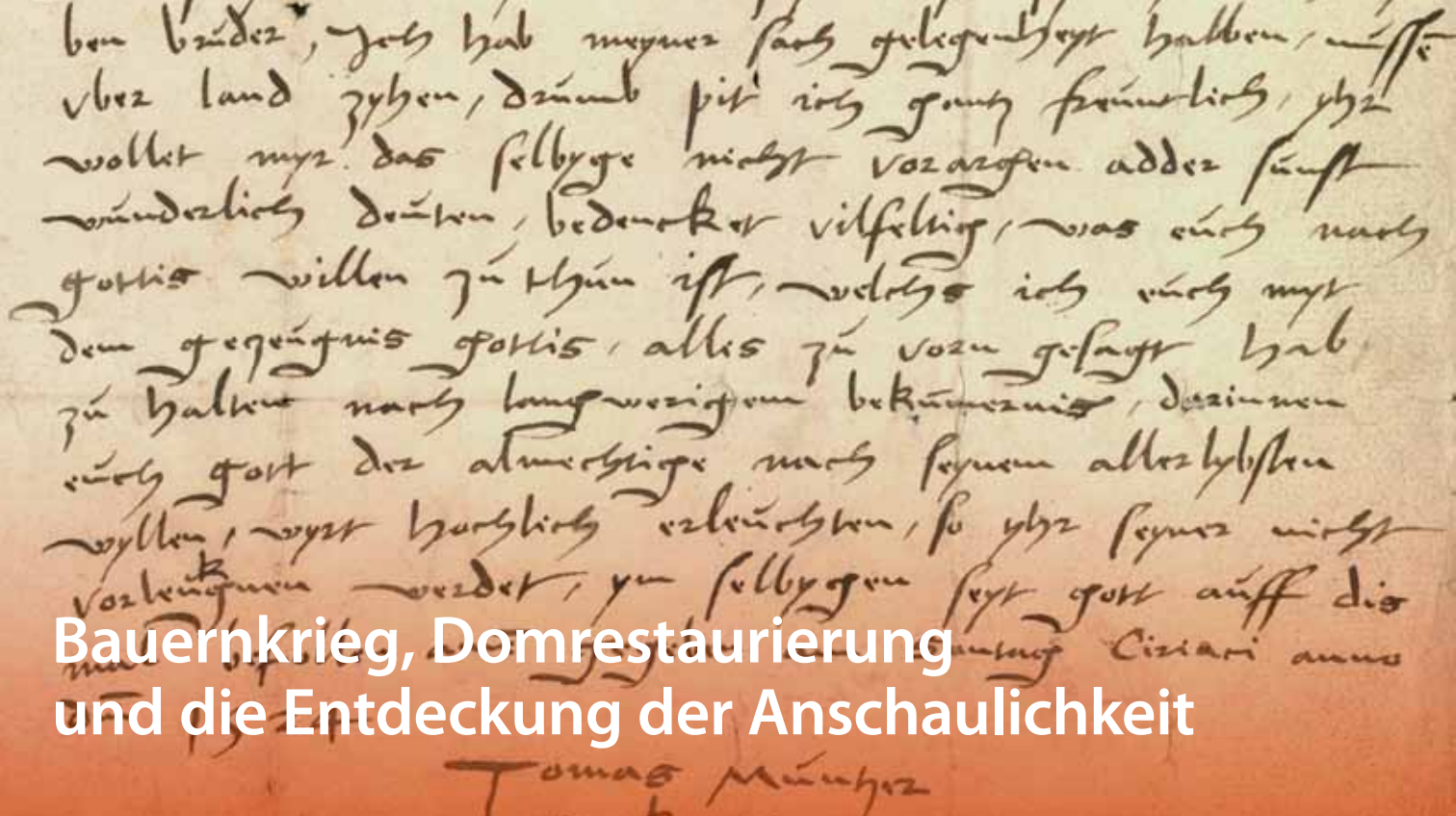
Nachdem der leblose Körper Sinclairs in der abgechiedenen Naumburger Heide gefunden wurde, verlangte es eine Klärung, wo genau das Attentat geschehen war. Der Tatortgutachter, der Mediziner Dr. Finger aus Naumburg, fand keine Blutspuren bei der Leiche, weshalb er vermutete, es könne auch ein anderer Tatort in Betracht gezogen werden und man hätte Sinclair in den abgelegenen Wald geschleppt. Bei Naumburg am Bober verlief genau die Grenze zwischen dem kaiserlichen Territorium Schlesien und Kursachsen. Wer also war zuständig für die Bestrafung des Mordes? Nach dem Verhör von Zeugen konnte sichergestellt werden, dass das Verbrechen nicht auf kursächsischem Boden verübt wurde.

Die Karte wiederum gelangte durch die Familie von Ende nach Altjeßnitz. Sie stand in kursächsischen Diensten und besaß seit 1684 das anhaltische Gut. Es war nicht unüblich für den Adel, Unterlagen, die während ihrer dienstlichen Obliegenheiten entstanden sind, in ihr eigenes Privatarchiv zu überführen.

Vicky Rothe

Karte zum Attentat, Ausschnitt mit Tatortmarkierung und Überfallskutsche (LASA, H 11, Nr. 293)





Bauernkrieg, Domrestaurierung und die Entdeckung der Anschaulichkeit

Brief von Thomas Müntzer (LASA, H 1, Handschriftensammlung Nr. 148/1)

2025 standen nicht nur der Bauernkrieg und das Jubiläum der Restaurierung des Magdeburger Domes im Fokus des musealen Ausstellungsgeschehens, sondern außerdem Konzepte zur Veranschaulichung. Auch Archivalien des Landesarchivs trugen zur Veranschaulichung bei.

500 Jahre Bauernkrieg

Als Teil der dezentralen Landesausstellung „Gerechtigkeit 1525“ präsentierte das Kunstmuseum Moritzburg im 500. Jubiläumsjahr des Bauernkrieges eine vielbesuchte Ausstellung unter dem Titel „Frührenaissance in Mitteldeutschland. Macht. Repräsentation. Frömmigkeit“. Vom 24. November 2024 bis zum 2. März 2025 boten die Kuratierenden spannende Einblicke in eine der bewegtesten Epochen deutscher Geschichte. Neben Werken bekannter Meister wie Lucas Cranach d. Ä. und Albrecht Dürer gehörten auch Archivalien aus dem Landesarchiv zu den wertvollen Exponaten. Im Fokus dieser Ausstellungsbeteiligung stand dabei die zentrale Person des Magdeburger Erzbischofs Ernst von Sachsen (1464–1513). So sahen die Besuchenden nicht allein ein detailreich gearbeitetes Einzelsiegel Ernsts (Slg. 3 Ve 1, I C Nr. 25) nebst einer in Rom ausgestellten Bulle des Papstes Sixtus IV. von 1479, dank der er trotz seiner Minderjährigkeit die Administration des Erzstifts Magdeburg übernehmen durfte (U 1, IV Nr. 19). Zugleich berichteten aufwendig gestaltete Urkunden von der ernestischen Stiftung der Kapelle Unser Lieben Frauen im Jahr 1494 (U 1, XVIII Nr. 42) sowie dessen drei Jahre

darauf erfolgten Vergleichs mit der Stadt Magdeburg (U 1, XXII Nr. 100). Einblicke in die letzte Phase seines Lebens ermöglichte ein Testament aus dem Jahr 1503 (U 2, LVIII A Nr. 5), das mit einer in Aktenform überlieferten Todesnachricht sowie einem Nachlassinventar (A 2, Nr. 2) korrespondierte.

Als Korrespondenzausstellung mit regionalem Bezug zeigte auch das Harzmuseum Wernigerode vom 14. März bis zum 10. August 2025 eine Sonderausstellung „Zwischen Himmel und Revolte – Kloster Himmelpforte und der Bauernkrieg“. Dort konnten Besuchende die Geschichte des Augustiner-Eremitenklosters bis zu dessen Zerstörung im Bauernkrieg anhand aktueller archäologischer Befunde nachvollziehen. Zu den Exponaten gehörten nicht nur erstmalig ausgestellte Fundstücke, sondern auch die Abbildung eines Briefs Thomas Müntzers (H 1, Handschriftensammlung Nr. 148/1) aus den Beständen des Landesarchivs.

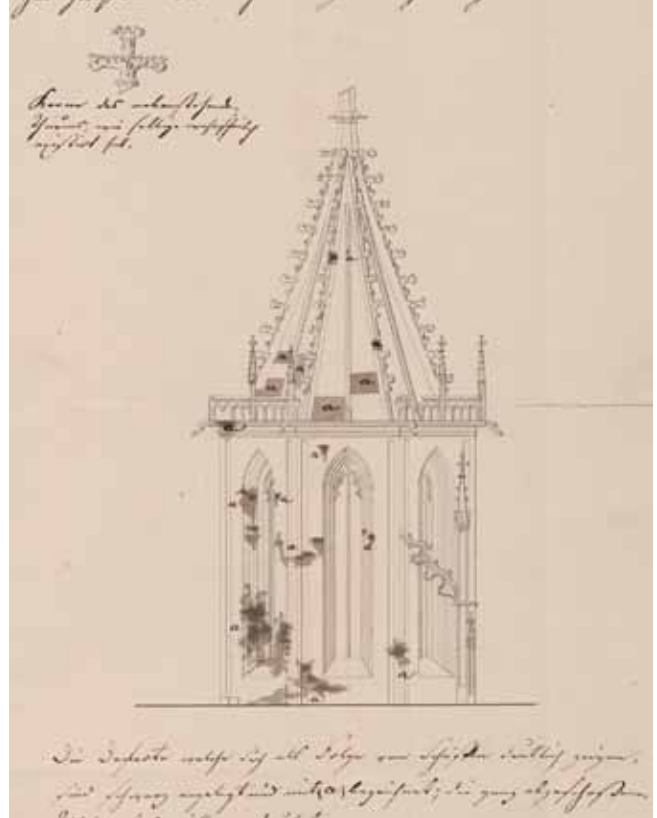
Die Kabinettsausstellung „Klöster. Geplündert. In den Wirren der Bauernaufstände“ im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle vom 28. Juni bis zum 30. November 2025 weitete den Blick auf das Thema, indem sie in einer Gesamtschau archäologische Funde aus den Trümmern der Klöster Himmelpforte und Kaltenborn sowie der wiederentdeckten Mallerbacher Kapelle zusammentrug. Auch hier wurde auf eine Abbildung des erwähnten Müntzer-Briefs zurückgegriffen. Darüber hinaus wurden die 12 Artikel der Bauern von Obhausen (A 32a, Nr. 392, Bl. 3) präsentiert.

Geschichte des Lernens

Ebenfalls in Halle luden die Franckeschen Stiftungen vom 23. März 2024 bis zum 2. Februar 2025 im Historischen Waisenhaus zu ihrer Jahresausstellung 2024 ein. Unter dem Titel „Total real. Die Entdeckung der Anschaulichkeit“ konnten Besuchende in die Geschichte des Lernens und Lehrens eintauchen. Im Mittelpunkt standen die um 1700 gegründeten Schulen von August Hermann Francke und Christoph Semler. Ihre pädagogischen Konzepte, die mit anschaulichen Modellen und Experimenten nützliches Wissen vermittelten, wirken auch auf heutige Betrachtende modern und innovativ. Teil der Ausstellung war auch eine Akte aus den Beständen des Landesarchivs, in der Semler seine Pläne zur Gründung einer „Mechanischen und Mathematischen Schule“ in Halle der Landesregierung in Magdeburg vortrug (A 5, Nr. 948a). Die Akte dokumentiert die Gründung, den Fortgang und das vorläufige Ende dieser Realschule zwischen 1706 und 1713. Von der Forschung bislang übersehen, wurde Semlers Projektentwurf nun in der Ausstellung ganz anschaulich wieder an das Licht geholt.

Vom 27. September bis zum 31. Dezember 2024 wurden parallel dazu Dokumente des Landesarchivs zum Thema Lernen im Rahmen der Ausstellung des Stadtarchivs Dessau „Oldschool oder Avantgarde? 250 Jahre Philanthropin Dessau. Alte Schule neu erzählt.“ präsentiert. Hier handelte es sich um das Konzept eines Schreibens des Fürsten Leopold Friedrich Franz von Anhalt-Dessau an den dänischen König vom 10. Juli 1771 (Z 44, C 18b Nr. 34 Bd. 1, Bl. 83), eine Besoldungs- und Kostgeldliste vom Juni 1776 (Z 44, C 5h Nr. 7, Bl. 82–96) sowie einen Brief von C. H. Wolke über Fürst Franz von Anhalt-Dessau an Hofrat Hermann (Z 44, C 18b Nr. 34 Bd. 1 Bl. 373f.), in welchem Wolke den Unmut des Fürsten über den damaligen Zustand des Philantropins schildert.

Siegel des Rates zu Magdeburg (LASA, U 1, XXII Nr. 100, S 2)



Rekonstruktionsvorschlag für eine zweite Kreuzblume des Magdeburger Doms (LASA, C 20 I, Ia Nr. 3214 Bd. 1, Bl. 218 VS)

„Erbauung (an) der Vergangenheit: Der Magdeburger Dom und die Wiederentdeckung des Mittelalters in Preußen“

200 Jahre, nachdem König Friedrich Wilhelm III. von Preußen im September 1825 ein Konzert im ruinösen Magdeburger Dom besucht und sich anschließend engagiert für dessen Wiederherstellung eingesetzt hatte, eröffnete am 12. September 2025 eine Sonderausstellung zu diesem Thema im Kulturhistorischen Museum Magdeburg. Geplant bis zum 17. Mai 2026, widmet sich die Schau „Erbauung (an) der Vergangenheit: Der Magdeburger Dom und die Wiederentdeckung des Mittelalters in Preußen“ der ersten großen Restaurierung eines Gesamtbauwerks in Preußen nach dem Hochmeisterpalast der Marienburg bei Danzig. Da die Überlieferung des Landesarchivs zu dieser Thematik umfassendes und zentrales Wissen in authentischen Quellen bereithält, umfasst die Sonderausstellung aussagekräftige Archivalien als Leihgabe. Neben einem Quartalsbericht über den Fortgang der Arbeiten aus dem Jahr 1827 (C 20 I, Ia Nr. 3257) sowie dem gezeichneten Rekonstruktionsvorschlag für eine zweite Kreuzblume von 1829 (C 20 I, Ia Nr. 3214 Bd. 1), gehören zwei Ölgemälde des Malers Carl Georg Hasenpflug zu den Höhepunkten (C 20 I, Ia Nr. 3261; C 20 I, Ia Nr. 3261 B). Wie eine rückseitige Notiz verrät, dienten diese Kunstwerke dem König als Entscheidungshilfe in der Frage, ob die hohen Zelt-dächer auf dem Bischofsgang beibehalten werden sollen oder nicht. Darüber hinaus zeigt das Kulturhistorische Museum Exponate aus der historischen

Bibliotheksüberlieferung des Landesarchivs, worunter sich die 1835 veröffentlichten „Momente zur Geschichte des Dom-Reparatur-Baues in Magdeburg 1826–1835“ (III D 018) befinden. Nicht allein angesichts der diesjährigen Graböffnung Ottos II. besonders interessant sind die präsentierten Handschriften Prof. Dr. Friedrich Wiggerts aus dem Jahr 1844 (Ms. 17; U 1, XVIII Nr. 51), in denen er detailliert von der seinerzeitigen Graböffnung berichtet und das Gesehene in Form einer Befundskizze dokumentiert.

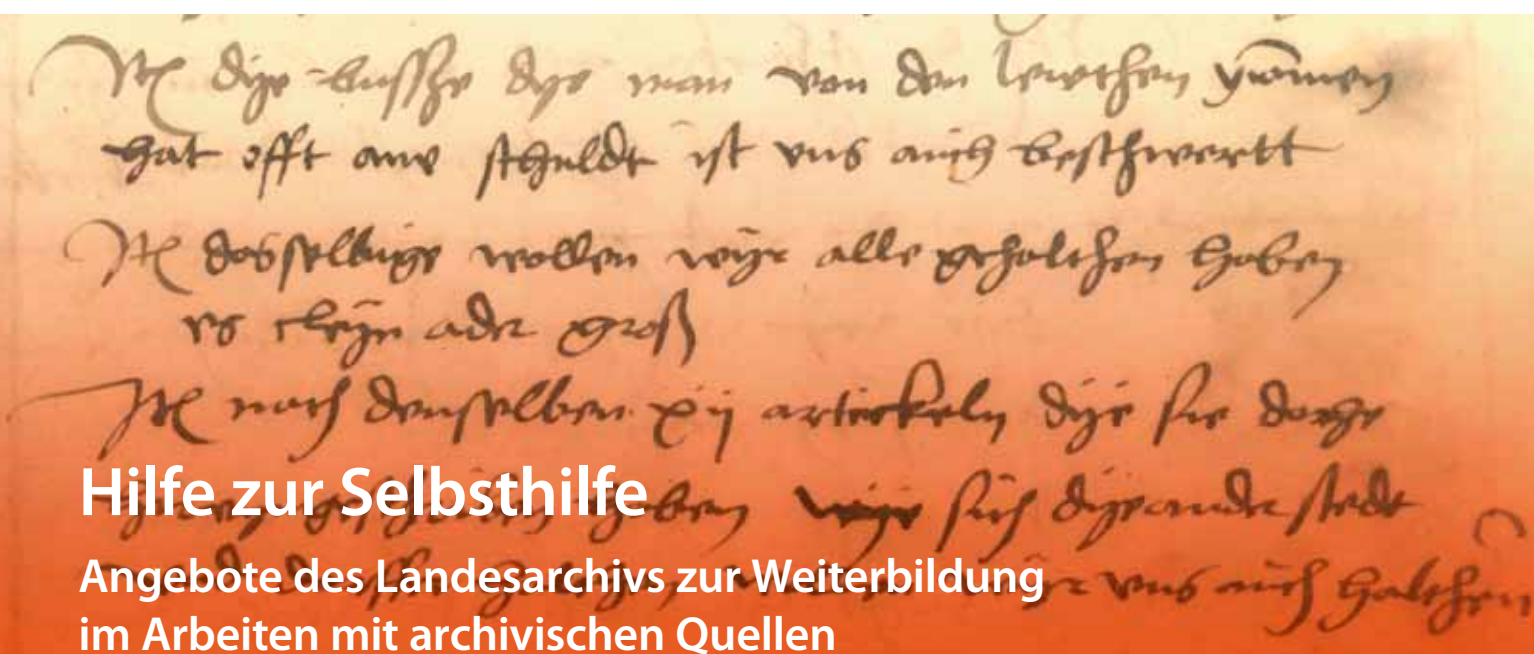
Ausblick „Fragmente eines Lebens.“

Die Sammlung Hans-Hasso von Veltheims“

Zum Ausklang des Jahres 2025 präsentiert das Kunstmuseum Moritzburg vom 28. November 2025 bis

zum 25. Februar 2026 „Fragmente eines Lebens. Die Sammlung Hans-Hasso von Veltheims“. Der Kunsthistoriker und Verleger war seit 1927 Erbe des Gutes Ostrau und ein eifriger Kunstsammler. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde er jedoch im Zuge der Bodenreform enteignet. Die Sammlung gelangte in das heutige Kunstmuseum Moritzburg, das nach der Restitution diese seit 2019 als Dauerleihgabe erhalten hat. Die Sammlung wird nun erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit dabei sein werden umfangreiche Aktenausschnitte und Fotografien aus dem Nachlass von Hans-Hasso von Veltheim, der sich im Landesarchiv, im Bestand H 173 Gutsarchiv Ostrau befindet.

*Marcel Giffey, Riccarda Henkel,
Vicky Rothe und Felix Schumacher*



Hilfe zur Selbsthilfe

Angebote des Landesarchivs zur Weiterbildung im Arbeiten mit archivischen Quellen

Zwölf Artikel der Bauern von Obhausen (LASA, A 32a, Nr. 392, Bl. 3)

Auch im laufenden Jahr bietet das Landesarchiv wieder ein abwechslungsreiches Kursprogramm an: Von Grundlagen der Archivrecherche über heimatkundliche Forschungen bis hin zum Paläographiekurs.

Geheimnisvoll und nur für Ausgewählte zugänglich – so werden Archive in Filmen und Romanen oft dargestellt. Der Realität entspricht dies keineswegs. Als Orte der Demokratie ermöglichen es öffentliche Archive heute jeder Person, sämtliche Archivalien einzusehen, die keinen archivgesetzlichen Schutzfristen mehr unterliegen.

Obgleich damit auch in Sachsen-Anhalt die institutionellen Voraussetzungen für einen möglichst hürdenlosen Zugang vorliegen, ist es die Arbeit mit den Archivalien selbst, die für Laien allzu häufig ein Hin-

dernis darstellt. Dieser Nutzungseinschränkung begegnet die Abteilung Magdeburg des Landesarchivs mit kostenfreien Weiterbildungskursen.

Grundlagenkurse zur Recherche und Forschung

Im Jahr 2025 zeigte sich ein unverändert hohes Interesse an diesen Angeboten. Neben dem bereits seit 2023 etablierten Kurs „Einführung in die Recherche und Forschung im Archiv“, der an fünf Kursterminen in Kooperation mit der Volkshochschule Magdeburg stattfand, gehörten die Inhalte auch zu einer erneuten

Beteiligung des Landesarchivs am „Grundlagenkurs für Ortschronisten und Heimatforscher“ des Landesheimatbunds Sachsen-Anhalt.

Das Lernziel dieser Grundlagenveranstaltungen bestand darin, im Archiv zielgerichtet Informationen ermitteln und diese wissenschaftlich angemessen verarbeiten zu können. Konkret präzisierten die Teilnehmenden hierzu beispielsweise ihre Definitionen des Archivs und erkundeten gedanklich die Archivalandschaft Deutschlands und Sachsen-Anhalts. Zudem erhielten sie einen praxisorientierten Einblick von der Ordnung und dem Finden im Archiv bis hin zur Nutzung und dem Auswerten von Archivalien. So erfuhren sie etwa von der in der Fachsprache des Archivs als Tektonik bezeichneten Gesamtgliederung, in die alle Archivalien von 902 bis heute eingebunden sind, vom Wert einer Literaturrecherche und von Suchstrategien für die Onlinedatenbank des Landesarchivs. Ein Blick auf ausgewählte Historische Grundwissenschaften vermittelte zudem einen Eindruck davon, welche Kenntnisse insbesondere das Verständnis älterer Archivalien unterstützen.

Neben diesen Informationen im Kursraum gehörten selbstverständlich auch Hausführungen zum Programm, bei denen sich die Teilnehmenden etwa einen exklusiven Eindruck vom modernen passiv-klimatisierten Magazinbau verschaffen konnten.

Im Anschluss an einen Praxiseinblick in die Genealogie bot der VHS-Kurs ergänzend zur bisherigen Konzeption eine Sitzung zur privaten Archivierung digitaler Unterlagen.

Einführung in historische Handschriften

Wie nicht allein während der Grundlagenkurse, sondern wiederholt von Laiennutzenden im Lesesaal gewünscht, realisierte die Abteilung Magdeburg im Jahr 2025 nach längerer Pause wieder einen Einführungskurs zu historischen Handschriften. Vor dem Hintergrund, dass das heutige lateinische Alphabet in Deutschland erst seit 1941 verpflichtend in den Schulen gelehrt wird, ist diese Nachfrage umso verständlicher – schließlich waren in den Jahrhunderten zuvor vor allem so genannte Kurrentschriften gebräuchlich.

Eine Neuerung dieses sechswöchigen Paläographiekurses war das Onlineformat, um ortsunabhängig Interessierte in ganz Sachsen-Anhalt erreichen zu können. Dank der Unterstützung durch die Volkshochschule Magdeburg stand

eine nutzerfreundliche und etablierte technische Umgebung zur Verfügung, die neben einem Tool für Onlinekonferenzen auch ein Lernportal umfasste.

Inhaltlich konzentrierte sich der Kurs auf Handschriften der letzten 300 Jahre bis in das 18. Jahrhundert. Das Übungsmaterial entstammte den Beständen des Landesarchivs, sodass mit dem paläographischen Wissenserwerb immer auch Einblicke in die Geschichte des heutigen Sachsen-Anhalts verbunden waren.

Nach einem Überblick zur Schriftgeschichte versuchten sich die Teilnehmenden an einem ersten Textbeispiel, wodurch sie sich Charakteristiken und Problemen im Umgang mit historischen Handschriften näherten. Im zeitlichen Rückschritt erarbeiteten sie sich zunehmend komplexere Schriftbilder und gelangten zu der Erkenntnis, dass der Erwerb paläographischer Kenntnisse ein hohes Maß an Geduld erfordert.

Begleitet waren die gemeinsamen Übungen von unterstützenden Rahmeninformationen, etwa zu gebräuchlichen Hilfsmitteln und Abkürzungen. Dazu gehörten auch Aussichten auf die Möglichkeiten des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz, indem die Teilnehmenden am Beispiel der Software Transkribus von den Chancen und Risiken einer automatisierten Handschriftenerkennung erfuhren.


Ausblick

Aufgrund der hohen Nachfrage und des Feedbacks der Teilnehmenden plant das Landesarchiv, seine Weiterbildungsangebote auch im Jahr 2026 fortzusetzen. Somit ermöglicht es allen Interessierten nicht nur einen Zugang zu den Archivalien selbst, sondern auch zu der darin dokumentierten Geschichte Sachsen-Anhalts.

Riccarda Henkel und Marcel Giffey

Eindruck vom Grundlagenkurs des LHB am 9. Mai 2025 im LASA (Foto: LHB)





QuellenNAH. Geschichte erleben mit E-Learning

Projektmitarbeiter Daniel Pöhl (Foto: R. Henkel)

Das archivpädagogische Angebot des Landesarchivs wird um E-Learning-Elemente erweitert. Ein Pilotprojekt testet die Chancen digitalen Lernens.

Analoges und Digitales Lernen

Die archivpädagogische Reihe **QuellenNAH** des Landesarchivs Sachsen-Anhalt ermöglicht einen quellenbasierten Zugang zur Geschichte vor der Haustür. Neben allgemein Geschichtsinteressierten sind vor allem Lehrerinnen und Lehrer die Zielgruppe, da sie eine entscheidende Rolle in der Geschichtsvermittlung einnehmen. Seit 2021 sind neun **QuellenNAH**-Hefte erschienen, die Lehrkräfte mit einem umfangreichen Quellenfundus sowie vielfältigen Hintergrundinformationen bei der Vermittlung von Landes- und Regionalgeschichte Sachsen-Anhalts unterstützen. Derzeit liegt **QuellenNAH** in gedruckter Form vor und steht kostenfrei als digitaler Download zur Verfügung. Die PDF-Version bietet zusätzliche Funktionen wie den Download einzelner Kapitel oder Quellen, die auf Lernplattformen Schülerinnen und Schülern einzeln bereitgestellt werden können.

Digitale Formen der Wissensvermittlung spielen im Schulalltag jedoch eine immer größere Rolle. Auf diese Entwicklung fordert das neue Feld der E-Didaktik eine professionelle Antwort in Form von gezielt für den Digitalkontext entworfenen Lehr-Lern-Produkten, die nicht bloß Analoges kopieren, sondern Prinzipien wie Gamification und Multimodalität immer mitdenken. Da einzelne Lehrkräfte den hierfür nötigen Aufwand bloß begrenzt leisten können, bilden außerschulische Akteure wie Museen oder eben Archive ein wichtiges e-didaktisches Zahnrad.

Das Projekt

In einem einjährigen Pilotprojekt lotet das Landesarchiv Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung (LISA) die Chancen der Digitalisierung bei der Geschichts-

vermittlung aus. Neu dabei ist Daniel Pöhl als Projektmitarbeiter. Ziel ist die Erweiterung des Angebots von **QuellenNAH** um E-Learning-Elemente. Das Pilotprojekt ist Teil eines Projekts zum Ausbau einer nachhaltigen archivischen Forschungsinfrastruktur und wird mit Bundesmitteln aus dem Fonds zur Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Projekte in den neuen Bundesländern („Mauergrundstücksfonds“) finanziert.

Die entstehenden E-Learning-Angebote werden in das Open-Source-System Moodle integriert, das in der Landesversion LISA-Moodle zukünftig immer weiter zur digitalen Lehr-Lern-Plattform für alle Schülerinnen, Schüler sowie Lehrkräfte in Sachsen-Anhalt ausgebaut werden soll. Aus diesem Anspruch einer inklusiven und teilhabeorientierten Lösung folgt gerade auch die Anforderung, konkrete und leicht aufrufbare Angebote bereitzustellen. Das Pilotprojekt des Landesarchivs setzt genau an dieser Stelle an und bietet für das Fach Geschichte zielgruppengerechte Lehr-Lern-Möglichkeiten für Lernende aller Schulformen ab 14 Jahren und für Lehrkräfte im Rahmen von Weiterbildungen. Das Angebot beinhaltet Selbstlernkurse, die von besonders interessierten Lernenden selbstständig oder im regulären Unterricht, beim Home-Schooling und bei Unterrichtsausfällen genutzt werden können. Zudem wird die Einbindung von **QuellenNAH** in den Hybridunterricht erprobt.

Ausblick

Der Abschluss des Pilotprojekts fällt auf den Beginn des Schuljahres 2026/27. Dadurch können Lehrkräfte die neuen E-Learning-Angebote von **QuellenNAH** direkt auf Moodle finden und für die kommende Unterrichtsplanung nutzen. So können Lernende fortan die Geschichte Sachsen-Anhalts dort entdecken, wo historische Quellen und die digitale Zukunft zusammentreffen.

Riccarda Henkel und Daniel Pöhl

Archivmanagement mit geringen Ressourcen

Archiventwicklungsplanung per Balanced Scorecard

Archivverwaltungen verfügen angesichts ihrer umfangreichen Aufgaben und Zuständigkeiten häufig nur über begrenzte Ressourcen. Ein praktikables Archivmanagement-Werkzeug kann dazu beitragen, die verfügbaren Mittel effizienter einzusetzen.

Management in Archiven

Archive stehen vor der Herausforderung, trotz knapper Ressourcen ihren archivgesetzlichen und gesellschaftlichen Auftrag effizient zu erfüllen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass sich Archivarinnen und Archivare seit jeher mit Managementfragen beschäftigen. Bereits für die Archive des 19. Jahrhunderts sind Kennzahlenerhebungen für die Eigenverwaltung und die Außendarstellung nachweisbar. Der effiziente Einsatz von Haushaltsmitteln, Fachkräftemangel und steigende fachliche, wie auch gesellschaftliche Anforderungen haben dazu geführt, dass dem Archivmanagement mit der Zeit eine immer bedeutendere Rolle zukam. Als öffentliche Einrichtungen stehen kommunale und staatliche Archive in der Verantwortung, die ihnen übertragenen Mittel zweckgemäß für ihren gesetzlichen Auftrag einzusetzen – und diesen Einsatz auch zu rechtfertigen. Hier knüpft das moderne Archivmanagement an Konzepte des New Public Management (NPM) an. Das NPM ist eine Reformbewegung, die seit den 1990er-Jahren vermehrt betriebswirtschaftliche Methoden, wie u. a. Controlling-Instrumente zur ziel- und ergebnisorientierten Führung, in die öffentliche Verwaltung einführte. Auch das Archivwesen beschäftigte sich in diesem Zeitraum in Fachartikeln und -kolloquien mit den praktischen Erfahrungen zum Einsatz von Steuerungsinstrumenten wie der Balanced Scorecard (BSC) und professionalisierte sich zunehmend.

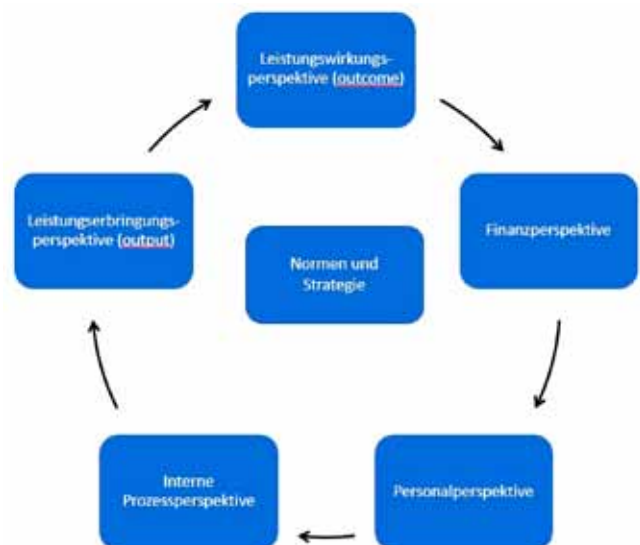
Die Balanced Scorecard (BSC)

Die BSC (zu Deutsch: „ausgewogener Berichtsbogen“) ist ein Managementwerkzeug aus dem Bereich des Controllings, das in den 1990er-Jahren von Robert S. Kaplan und David Norton entwickelt wurde, um die Leistung eines Unternehmens ganzheitlich zu steuern. Hinter der BSC steht die Grundprämisse, nicht nur finanzielle Kennzahlen zu betrachten, sondern eine ausgewogene Mischung von Leistungsindikatoren aus verschiedenen Perspektiven heranzuziehen, da auch die Perspektive der Mitarbeitenden, gesetzgeberische Aspekte und das Einhalten interner Policies zur Weiterentwicklung des Unternehmens beitragen.



Ablauf zur Erstellung einer BSC

Den Perspektiven wiederum werden strategische Ziele zugeordnet, die durch konkrete Aktionen und messbare Kennzahlen miteinander verknüpft sind. Das so entstehende Schema Ziel-Aktion-Kennzahl (ZAK) dient der Konkretisierung strategischer Ziele durch definierte Aktionen und messbare Kennzahlen.



Beispielhafte Perspektiven der BSC für eine staatliche Archivverwaltung

Klassischerweise umfasst die BSC vier Perspektiven:

- Finanzperspektive: Wie effektiv werden finanzielle Mittel eingesetzt? (z. B. Kosten, Budgeteinhaltung, Drittmiteleinahmen),

- Kundinnen- und Kundenperspektive: Welche Leistungen werden aus Sicht der Kundinnen und Kunden sowie der Stakeholder erbracht? (z. B. Zufriedenheit in Befragungen, Nutzungszahlen, Anzahl Teilnehmende an Veranstaltungen),
- Prozessperspektive: Wie effizient laufen interne Abläufe und Kernprozesse? (z. B. Bearbeitungszeiten für Anfragen, Quote erschlossener Verzeichnungseinheiten),
- Personalperspektive: Wie wird die Grundlage für zukünftige Leistung geschaffen? (z. B. Anzahl Fortbildungen, Zufriedenheit der Beschäftigten in Umfragen, Fluktuationsrate).

Ursprünglich im Unternehmenssektor verankert, wurde die BSC bald auch im öffentlichen Sektor und Non-Profit-Organisationen aufgegriffen und für deren Bedürfnisse angepasst. In öffentlichen Einrichtungen etwa entspricht die Finanzperspektive dem effizienten Umgang mit Haushaltsmitteln. Auch das Hinzufügen gänzlich neuer Perspektiven ist bei Bedarf möglich, beispielsweise zu Nachhaltigkeitsaspekten, dem Gemeinwohl oder auch definierte Leistungsperspektiven zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrags. Wichtig ist es dabei, die Balance der Perspektiven zu wahren: Erfolgsmaßstäbe aus allen Bereichen sollen sich gegenseitig ergänzen, sodass nicht etwa finanzielle Kennzahlen einseitig dominieren und andere Erfolgsfaktoren verdrängen.

Die Archiventwicklungsplanung

Unter der Archiventwicklungsplanung versteht man die systematische, strategische Planung der künftigen Entwicklung eines Archivs. Sie umfasst die Formulierung von Leitbild und Zielen sowie die Ableitung konkreter Handlungsschritte, um diese Ziele zu erreichen. Im Grunde handelt es sich um einen mittelfristigen Strategieplan (über 3 bis 5 Jahre), der regelmäßig überprüft und fortgeschrieben wird. Die Idee der Archiventwicklungsplanung wurde erstmals durch Kurt Ortmanns auf dem 51. Deutschen Archivtag 1977 in Berlin der Fachcommunity vorgestellt und leitete sich von den seinerzeit aufkommenden kommunalen Entwicklungsplanungen ab. Ortmanns verfolgte das Ziel, die Kommunalarchive stärker in den damals laufenden kultur- und bildungspolitischen Diskurs einzubinden und durch die Teilhabe an Planungsprozessen eine insgesamt größere Wahrnehmung für das Kommunalarchivwesen zu erreichen. Damit war der strategische Ansatz verbunden, das Archiv als Bildungseinrichtung stärker zu positionieren. Der Ansatz des Archiventwicklungsplans fand

im weiteren Verlauf nur mäßige Beachtung. Marcus Stumpf griff diesen Ansatz in den 2010er Jahren allerdings wieder auf und ordnete ihn pragmatisch modernen Managementprinzipien zu. Stumpf selbst denkt die Archiventwicklungsplanung als „Strategieentwicklung für kleinere und mittlere Archive“ und macht deutlich, dass auch kleine Archive sich dieser Managementaufgabe stellen müssen, um langfristig handlungsfähig zu bleiben.

Eine Archiventwicklungsplanung beginnt typischerweise mit einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation: Welche Stärken und Schwächen hat das Archiv (z.B. Personalstand, technische Ausstattung, gesetzlicher und gesellschaftlicher Auftrag)? Welche externen Chancen und Risiken zeichnen sich ab (z.B. neue gesetzliche Anforderungen, technologische Veränderungen)? Aus einer solchen Analyse – oft als SWOT-Analyse bezeichnet (Strengths, Weaknesses, Opportunities, Threats) – lassen sich die wichtigsten Handlungsfelder für die Zukunft identifizieren.

Wichtige Grundlagen für die Archiventwicklungsplanung sind das Archivgesetz und der Auftrag der Institution. Öffentliche Archive besitzen gesetzlich definierte Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Die Entwicklungsplanung stellt sicher, dass diese Pflichten auch unter schwierigen Rahmenbedingungen erfüllt werden können, indem sie Prioritäten setzt. So könnte ein Archiv beispielsweise beschließen, angesichts stagnierender Personalausstattung zunächst die Erschließung von prioritär angesehenem Archivgut zu fokussieren und dafür andere Aufgaben und Projekte zeitweise zurückzustellen. Gleichzeitig können neue Aufgaben (etwa die Digitalisierung von Schriftgut oder die Überlieferungsbildung genuin elektronischer Unterlagen) in die Planung aufgenommen werden, damit sie systematisch angegangen werden. Die Archiventwicklungsplanung ist damit ein Instrument der strategischen Steuerung, das hilft, begrenzte Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie die größte Wirkung entfalten.

Die hierauf folgende Archiventwicklungsplanung beinhaltet meist folgende Elemente: Leitbild/Vision, strategische Ziele, Maßnahmenplan und ein System zur Erfolgskontrolle. Das Leitbild formuliert den übergeordneten Zweck und die Werte des Archivs („Wofür stehen wir, was wollen wir langfristig erreichen?“). Darauf aufbauend werden strategische Ziele festgelegt: bspw. die Verbesserung der Nutzerorientierung, die Sicherung des digitalen Kulturerbes oder die Steigerung der Effizienz interner Abläufe. Die Ziele selbst lassen sich daraufhin in eine Priorisierung sowie eine Zeit-/Finanzplanung einordnen.

Zu jedem Ziel werden Maßnahmen oder Projekte definiert (etwa Einführung eines neuen Archivfachinformationssystems als Maßnahme zur Online-Bereitstellung von Erschließungsinformationen). Abschließend wird festgelegt, wie der Fortschritt konkret messbar ist, beispielsweise durch Kennzahlen oder Meilensteine. Dieser letzte Teil verzahnt die Archiventwicklungsplanung eng mit dem Controlling-Gedanken: Ziele und Indikatoren ermöglichen es, regelmäßig zu überprüfen, ob das Archiv auf dem richtigen Weg ist oder ob gegengesteuert werden muss.



Ablauf der BSC-orientierten Archiventwicklungsplanung

Der Ansatz einer BSC-orientierten Archiventwicklungsplanung

Kombiniert man nun die Ansätze der BSC sowie der Archiventwicklungsplanung lässt sich eine Methodik ausarbeiten, die eine praktikable Schritt-für-Schritt-Anleitung entstehen lässt:

1. Initiale Bestandsaufnahme der aktuellen Archivsituation

Im ersten Arbeitsschritt ist das Archiv in seiner historischen und derzeitigen Situation zu betrachten. Hierzu gehören kurze Abrisse der eigenen Geschichte sowie der Darstellung des öffentlichen und gesellschaftlichen Auftrags. Auch vorhandene Ressourcen in Form von Personal und Etat sowie vorhandene Arbeitsrückstände sind zu beziffern.

2. Identität schaffen

Mit dem Formulieren von Vision, Mission und Leitbild erschafft sich das Archiv eine eigene Identität. Diese Statements sind zeitlich befristet und zumeist auf 3, 5 oder 10 Jahre ausgelegt.

3. Analysen um das Archiv

Das Umfeld des Archivs sollte umfassend und kritisch analysiert werden, um daraus strategische Handlungsfelder abzuleiten. Dazu eignet sich der Einsatz verschiedener Methoden, wie u.a. die SWOT-Strategiematrix oder die Stakeholder-Analyse.

4. Relevante strategische Themen herausarbeiten

Mit den Ergebnissen aus der Eigenanalyse lassen sich nun die für das Archiv aktuellen relevanten strategischen Themen herausarbeiten. Wie aus der Methodik der BSC bereits bekannt, lassen sich anschließend die vier Perspektiven auf jedes strategische Thema anwenden. Durch die Verknüpfung mit einem eigenen ZAK-Schema entsteht ein archiveigener Katalog an relevanten Kennzahlen.

5. Berichtswesen etablieren und umsetzen

Für die Evaluation der eigenen Arbeiten lohnt es sich, ein internes als auch externes Berichtswesen in Form mehrerer Berichts-Scorecards zu etablieren. Dabei lassen sich für die verschiedenen Stakeholder des Archivs (Vorgesetzte, Mittelgeber, Öffentlichkeit etc.) aus den Perspektiven individuelle und auf das Wesentliche reduzierte Charts erstellen, die über den Stand der Arbeiten berichten.

6. Vorschläge in Projekte zusammenfassen

Die in den vorherigen Arbeitsschritten herausgearbeiteten strategischen Themen und ZAK-Schemata lassen sich anschließend zu übergreifenden plan- und messbaren Projekten zusammenfassen.

7. Optional: regelmäßige Evaluationen nach definierten Kennzahlen

Soweit noch nicht in der Berichts-Scorecard abgebildet, wird das Implementieren von regelmäßigen Evaluationen der Wirkung des eigenen Projektfortschritts empfohlen, um gegebenenfalls auch frühzeitig steuernde Maßnahmen einzuleiten.

8. Nach 'Ablauf' des zeitlichen Horizonts der Identität, Neuerarbeitung der identitätsstiftenden Statements

Identitäten und Ziele verändern sich über die Zeit, weshalb die unter Punkt 2 erstellten Statements regelmäßig neu zu erarbeiten sind. Mit deren Ablauf muss das Archiv für sich selbst feststellen, in welcher Situation es sich gerade befindet, was wiederum zum Ausgangspunkt, der initialen Bestandsaufnahme, führt.

strategisches Thema	Einheit	IST	SOLL	Zielerreichung in %
S 2: Erschließung				
Anzahl verzeichneter VZE	#			
Anzahl online abrufbarer Erschließungsinformationen (VZE)	#			
Quote an online verfügbaren VZE	%			
Anzahl benötigte VZÄ	#			

Ausschnitt einer Berichts-Scorecard zum strategischen Thema „Erschließung“

Ausblick

Staatliche und kommunale Archivverwaltungen befinden sich de facto in einer dauerhaften Triage. Auch in den anderen Archivsparten sieht es meist nicht anders aus. Ihre Ressourcen reichen nicht dafür aus, dass ihnen übereignete Archivgut im Ganzen fachgerecht zu bewahren, aktiv zu erhalten, zu erschließen und online bereitzustellen. Daher müssen vor dem Hintergrund strategischer Überlegungen stets

Auswahlprozesse stattfinden, welche Tätigkeiten in welcher Qualität in einem bestimmten Zeitraum zu erledigen sind. Ein aktives Controlling unterstützt dabei den Vergleich zwischen den gesetzten Zielen und den tatsächlich erreichten Arbeitsergebnissen. Ein hierauf aufbauendes Berichtswesen kommuniziert diesen Stand mit Kennzahlen und Wirkungsgraden zu

den relevanten Stakeholdern, um die Sichtbarkeit des Archivs zu erhöhen und hieraus weitere, positive Erträge zu erzielen.

Die an der Fachhochschule Potsdam eingereichte Masterarbeit kann in überarbeiteter Fassung unter folgender URL abgerufen werden: <https://opus4.kobv.de/opus4-fhpotsdam/frontdoor/index/index/docId/3274>

Björn Steffenhagen

Barrierefreiheit in den sachsen-anhaltischen Archiven?

Das Thema Barrierefreiheit geht jeden an – früher oder später. Das gilt auch für Menschen in Archiven in Sachsen-Anhalt: Auszubildende, Beschäftigte, Nutzende. Um die Barrierefreiheit von und in deutschen Archiven zu verbessern, ist seit 2023 die Arbeitsgruppe (AG) Barrierefreiheit im VdA-Arbeitskreis „Offene Archive“ aktiv. An dieser Stelle möchten wir uns und unsere Arbeit gerne vorstellen und zum Mitmachen einladen.

“Der Weg zur Barrierefreiheit ist kein Sprint, sondern ein Marathon”

VON AG BARRIEREFREIHEIT VERÖFFENTLICHT 15. DEZEMBER 2023 AKTUALISIERTE 27. JUNI 2024

Unter dem Motto “Ein Hürdenlauf, Auf dem Weg zu barrierefreien Archiven” bot eine von der Arbeitsgruppe Barrierefreiheit des [VdA-AK Offene Archive](#) organisierte Fishbowl-Diskussion auf dem Deutschen Archivtag im September 2023 Ideen und konkrete Vorschläge für ein barrierefreies Archiv. Worum ging es?



Auf den Weg gemacht

Im Juni 2022 wurde die Masterarbeit von Nora Wohlfarth über „Barrierefreiheit im Archiv. Der Zugang zu Archivgut am Beispiel gehörloser Nutzer*innen“ online veröffentlicht. Die Lektüre war der Ausgangspunkt, dem Thema auch in der Archivpraxis einen größeren Stellenwert zu verschaffen. Seit Anfang 2023 gibt es nun die AG Barrierefreiheit. Unsere Ziele waren und sind, das Thema im deutschen Archivwesen zu platzieren und praktische Hilfestellungen für interessierte Kolleginnen und Kollegen zu bieten. Das wichtigste Vorhaben ist natürlich, das Thema Barrierefreiheit insgesamt zu enttabuisieren und auf die gesetzliche Verpflichtung hinzuweisen. Wo stehen wir jetzt, und was hat das mit Ihnen zu tun?

Praktische Hilfestellungen: Kategorie „Barrierefreiheit“

Für uns als AG des VdA-AK Offene Archive bietet es sich an, den vom Arbeitskreis betriebenen Blog Archive 2.0 (<https://archive20.hypotheses.org/>) als Plattform für Beiträge zu nutzen. Aktuell (Stand Juli 2025) haben wir 16 Beiträge unter der Kategorie „Barrierefreiheit“ veröffentlicht, unter anderem zu Digitaler

Abb. links: Screenshot vom Blog Archive 2.0, Bericht über eine Veranstaltung auf dem Deutschen Archivtag 2023

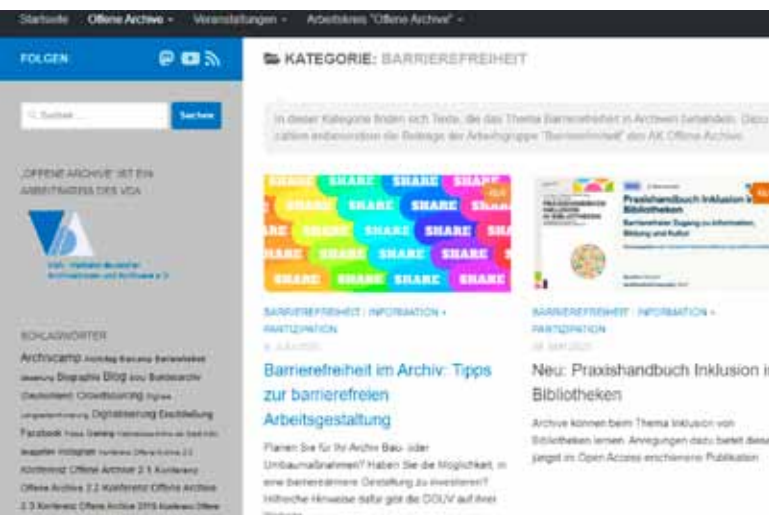
Barrierefreiheit, Leichter Sprache, Trauma-orientierter Archivpraxis. Dazu geben wir Praxistipps und weisen auf einschlägige Informationsmöglichkeiten hin. Wenn Sie die Barrierefreiheit Ihres Archivs verbessern möchten, nutzen Sie gerne dieses Angebot! Wir sind auch für Hinweise immer offen und freuen uns über ergänzende Vorschläge zum Thema. An unseren Blogbeiträgen sehen Sie, dass wir die Barrierefreiheit sehr breit auslegen.

Ebenfalls haben wir unser Thema bereits auf dem Deutschen Archivtag vorgebracht und bemühen uns auch auf anderen Tagungen, wie zuletzt auf der Frühjahrstagung 2025 des vfm (Verein für Medieninformation und Mediendokumentation e. V.) in Potsdam, Aspekte der Barrierefreiheit zu präsentieren. Perspektivisch möchten wir natürlich ebenfalls auf regionalen Archivtagen unser Anliegen vorbringen und Themenbereiche vorstellen.

Ansprechpartner werden – in Theorie und Praxis

Bis zur Bildung der AG Barrierefreiheit gab es im deutschen Archivwesen keinen erkennbaren Ansprechpartner für dieses Thema. Durch unsere AG hat sich das geändert. So erreichte uns eine Anfrage der Redaktion von „ARCHIV. theorie & praxis“ wegen eines Beitrags im Themenheft 4/2023, das der Diversität in Archiven gewidmet war. Dem Wunsch konnten wir durch den Beitrag von Ann-Marie Rajda über „Schwerbehinderung und Archiv“ nachkommen. Wir konnten auch Auskünfte auf Anfragen unter anderem von Studierenden der Fachhochschule Potsdam geben, die sich in ihren Qualifizierungsarbeiten mit entsprechenden Themen beschäftigen. Kurz: Wir verstehen uns als Ansprechpartnerin für Fragen rund um Barrierefreiheit in Archiven – natürlich im Rahmen unserer jeweiligen zeitlichen und personellen Möglichkeiten.

Screenshot vom Blog Archive 2.0, Kategorie Barrierefreiheit



Wer sind wir und wie arbeiten wir?

Und wer sind eigentlich „wir“? Aktuell sind wir eine Handvoll Menschen aus verschiedenen Archivsparten (Landesarchive, Hochschularchive, Kommunalarchive und Medienarchive). Die meisten von uns sind auch ehrenamtlich und mit anderen Hintergründen in der AG aktiv. Sie ist also selbst recht divers. Wir leben sehr verstreut, unter anderem in Koblenz, Aurich, Berlin und Leipzig. Zeit und Geld sind knapp – wir machen aus der Not eine Tugend und organisieren uns und unsere Vorhaben online. Je nach Bedarf treffen wir uns per Videokonferenz, etwa einmal im Quartal mit einer Dauer von 60 bis 90 Minuten. Sonstige Kommunikation erfolgt über einen E-Mail-Verteiler. Die AG hat keine Leitung, ein Mitglied kümmert sich um Organisatorisches.

Wie soll es weitergehen?

Der Abbau von Barrieren ist wichtig. Laut Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat fast jeder vierte Mensch in Deutschland eine amtlich anerkannte Schwerbehinderung oder lebt mit einer chronischen Krankheit, die im Alltag seit längerer Zeit zu erheblichen Einschränkungen führt. Alle diese Menschen haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe auch an Bildung und Kultur. Und: Archive als öffentliche Einrichtungen müssen sich an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ebenso halten wie an das Behindertengleichstellungsgesetz – um nur zwei zentrale Rechtsgrundlagen zu nennen.

Am guten Willen in den Archiven fehlt es sicher nicht. Wohl aber an der nötigen Zeit. Denn die meisten Archive sind personell so knapp ausgestattet, dass die Arbeitszeit auch so schon hinten und vorne nicht reicht. Das gilt sicher auch für die Archive in Sachsen-Anhalt. Für diese Archive wollen wir Anregungen und Hilfestellungen geben, im günstigen Fall auch zum Mitmachen animieren.

Und Sie?

Möchten Sie dazu beitragen? Können Sie sich vorstellen, sich dafür mit wenigen Stunden im Quartal zu engagieren? Wir freuen uns über Kolleginnen und Kollegen auch aus den Archiven in Sachsen-Anhalt, die mitmachen wollen – unverbindliches „hereinschnuppern“ ist natürlich auch möglich. Erste Kontaktaufnahme gerne per E-Mail an ag-barrierefreiheit@gmx.de.

In jedem Fall: Wir bleiben aktiv! Denn das Thema Barrierefreiheit geht jeden an – früher oder später.

Timo Bollen (AG Barrierefreiheit)



Auslandspraktikum auf Malta

Meer vor St. Paul's Bay (Foto: Lillian Becke)

Im Rahmen der Ausbildung sind mehrere Praktika üblich, um auf den Ausbildungsberuf vorzubereiten und den Horizont zu erweitern. Unsere Auszubildende Lillian Becke berichtet im Folgenden von einem besonderen Praktikum an der Nationalbibliothek von Malta.

Während der Ausbildung zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste (kurz: FAMI) sollen wir viele verschiedene Bereiche unseres vielfältigen Ausbildungsberufs kennenlernen, und daher ist es eine Voraussetzung, dass neben einem Praktikum in einer anderen Sparte des eigenen Fachbereichs auch mindestens ein Praktikum in einer anderen Fachrichtung durchgeführt wird. Aus diesem Grunde habe ich in den letzten drei Jahren schon Praktika in der Stadtbibliothek Magdeburg, dem Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten und dem Stadtarchiv Magdeburg durchlaufen. Nun habe ich vom 17. Februar bis zum 14. März 2025 als erster Azubi aus dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt im Rahmen meiner Ausbildung ein Auslandspraktikum in der Nationalbibliothek von Malta absolviert. In diesem Artikel möchte ich nicht nur auf meine Erlebnisse und Eindrücke während meines Aufenthalts eingehen, sondern auch den Weg dorthin beleuchten.

Mein Weg nach Malta

Es begann damit, dass uns von einer Lehrerin eröffnet wurde, dass schon einige Schüler unserer Berufsschule in den vergangenen Jahren die Möglichkeit eines Auslandspraktikums genutzt hatten und alle sehr zufrieden zurückgekehrt sind. Ich hatte schon lange vor der Ausbildung die Absicht, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Möglichkeit eines Erasmus-Projekts zu nutzen, da ich von Anderen gehört hatte, dass sie dort sehr über sich selbst hinausgewachsen sind und es eine großartige Gelegenheit ist, um Sprachkenntnisse zu erweitern und eine andere Kultur kennenzulernen, weshalb ich mich schließlich dafür bewarb.

Zunächst kontaktierte ich die für die Region Magdeburg zuständige Mobilitätsberaterin, die mich rund um das Thema Auslandspraktikum beriet und über den Organisationsablauf informierte. Nach dem Beratungsgespräch erhielt ich die Bewerbungsunterlagen für das Projekt „EuropAktiv“, das von der Organisation 3K-Aktiv e.V. im Rahmen des Förderprogramms Erasmus+ der Europäischen Union betrieben wird und schon seit Jahren erfolgreich Auszubildende ins Ausland vermittelt. In den Unterlagen waren die in Frage kommenden Zeiträume und Wunschländer anzugeben. Neben dem auch vom eigenen Betrieb und der Berufsschule unterschriebenen Antrag waren ein Lebenslauf und ein Motivationsschreiben in deutscher und englischer Sprache einzureichen. Ich konnte entscheiden, ob ich mir den Praktikumsbetrieb und eine Unterkunft in meinem Wunschland selbst suche oder ob ich 3K-Aktiv beauftrage, meine Bewerbungsunterlagen an so viele verschiedene Betriebe wie möglich zu senden.

Ich habe mich dazu entschieden, 3K-Aktiv zu beauftragen, weil sie sehr gute Kontakte nach Malta haben, da das Land regelmäßig von Praktikanten besucht wird, die in einem englischsprachigen Land arbeiten möchten und weil ich keine konkrete Vorstellung hatte, wo genau ich auf Malta arbeiten wollte. Letztendlich konnten mir dadurch der Praktikumsplatz in der Nationalbibliothek von Malta und eine Unterkunft vermittelt werden. Für Malta als Wunschland sprachen für mich einige Gründe: Zum einen wollte ich mein Praktikum in einem englischsprachigen Land durchführen, außerdem bietet Malta viele Möglichkeiten für Praktikantinnen und Praktikanten im „FAMI“-Bereich, da es dort vier große und über 50 kleinere Regional- und Zweigbibliotheken gibt. Ein weiterer Aspekt, der sehr für Malta spricht, ist die günstige Verkehrsanbindung. Man kann überall gut mit dem Bus hingelangen und wenn man im Voraus eine personalisierte Tallinja-Buskarte bestellt, kann man gegen eine einmalige Zahlung von 25 € auf fast

allen Strecken kostenlos mit dem Bus fahren. Außerdem habe ich mich schon vorher für die Geschichte und Kultur des Landes interessiert, da ich vor meinem Praktikum eine Zeit lang an einem Johanniterakten-Bestand gearbeitet habe.

Nachdem ein Praktikumsplatz für mich gefunden war, musste ich meine Flüge buchen, die A1-Meldung für meine Krankenkasse, die Lernvereinbarung und die Zusatzvereinbarung für die IHK unterzeichnen, mir ein Tallinja-Konto anlegen und die Buchungsbestätigung für die Flüge weiterleiten, damit die erste Rate aus dem EU-Förderprogramm an mich überwiesen werden konnte. Danach konnte mein Praktikum beginnen und am Samstag, den 15. Februar 2025 startete schließlich meine Reise nach Malta. Meine Unterkunft lag in Msida, eine Stadt im Norden von Malta. Der tägliche Arbeitsweg nach Valetta betrug ungefähr 20 Minuten. Während meines Praktikums wurde ich von der stellvertretenden Bibliotheksleiterin betreut.

Das Praktikum

Meine Hauptaufgabe war die Erfassung von fremdsprachigen Büchern aus der „Foreign Books Collection“. Darunter befanden sich unter anderem Bücher in Englisch, Italienisch, Französisch, Spanisch, Griechisch und Deutsch. Erfasst werden sollten Titel, Titeltzusätze, Autor*Innen, Erscheinungsdatum und -ort, Verlag, Anzahl der Exemplare, Einlagerungsort, Schäden am Medium und im Buch enthaltene, entnehmbare Materialien (z.B.: Karten, CDs etc.). Zudem wurden für alle erfassten Medien laufende Nummern vergeben, nach denen diese dann später von mir im Regal eingelagert wurden. Die Schwierigkeit

Architektur in Valetta (Foto: Lillian Becke)



National Library of Malta (Foto: Lillian Becke)

lag darin, die Verzeichnungsangaben zu erfassen, ohne die jeweilige Sprache zu beherrschen. Um das Problem zu lösen, habe ich mittels der ISBN oder mit einer Bildsuche-Software das Buch im Internet gesucht und die Verzeichnungsangaben in die Liste übertragen oder einen Übersetzer genutzt. Ebenfalls sollte geprüft werden, ob die Bücher bereits im Katalog der Nationalbibliothek verzeichnet wurden, da es von den meisten Büchern mehrere Exemplare gibt. Das liegt daran, dass die Nationalbibliothek seit 1925 gesetzlich dazu verpflichtet ist, jeweils zwei Exemplare aller Medien von maltesischen Autor*Innen, die in Malta veröffentlicht wurden, Malta thematisieren, in maltesischer Sprache erschienen sind oder einen anderen Bezug zu Malta haben, zu übernehmen. Ein Exemplar wird in der Nationalbibliothek in Valetta verwahrt, das andere in der Nationalbibliothek in Victoria auf Gozo – Maltas Nachbarinsel. Neben den fremdsprachigen Büchern habe ich auch diverse andere Medien aus der „Foreign Books Collection“, darunter Kunstmappen, Karten, Forschungsberichte, Bibliothekskataloge, Flyer und Prospekte und einige Melitensia nach denselben Kriterien wie die Bücher verzeichnet. Ebenfalls habe ich digitalisierte Listen des Johanniterordens aus dem späten 18. Jahrhundert für eine dringende Anfrage des Ordens aus Rom aufbereitet und im Lesesaal Amtsblätter der letzten fünf Jahre nach Ausgaben und dem Erscheinungsdatum sortiert.

Erkundung der Insel

In meiner Freizeit habe ich die Möglichkeit genutzt, so viel wie möglich zu reisen. Auf Malta findet man eine Reihe von Museen, die sich mit verschiedenen



Zitadelle in Victoria (Foto: Lillian Becke)

Aspekten von Malts Militärgeschichte beschäftigen und sie lebendig halten. So kann man beispielsweise täglich das Schauspiel der „Saluting Battery“ beobachten, eine Tradition, die im 16. Jahrhundert nach der Großen Belagerung Malts vom Johanniterorden eingeführt wurde, bei der um genau 12 und 16 Uhr eine Kanone von den Upper Barracca Gardens in Valetta abgefeuert wird. Ebenfalls kann man Einblicke in eine ehemalige Militärbasis der Royal Airforce aus dem Zweiten Weltkrieg, in der die Invasion Siziliens geplant wurde, einen restaurierten Bunker und viele weitere historische Bauwerke gewinnen. Neben den Kriegsmuseen habe ich unter anderem auch die St. John's Co Cathedral in Valetta und die St. Paul's Katakomben in Rabat, eine Begräbnisstätte aus punischer, römischer und byzantinischer Zeit, besichtigt. Ebenfalls habe ich Ausflüge in die Städte Valetta, 3 Cities (L'Isola, Birgu und Bormla), St. Paul's Bay, Mellieha, Marsaxlokk, Marsaskala und St. Julian's unternommen, bei denen ich viele Einblicke in das Leben und die Kultur von Malta gewonnen habe. Abseits der faszinierenden Architektur der Altstädte habe ich auf meinen zahlreichen Wanderungen auch die Natur, wie die zahlreichen Felsklippen, die verschiedenen Pflanzenarten, die Berge und das türkisblaue Meer bestaunt.

Auch Malts bewohnten Nachbarinseln Gozo und Comino habe ich einen kurzen Besuch abgestattet und habe die Zitadelle in Victoria, den höchsten Punkt der Insel besucht.

Eine bleibende Erfahrung

Die plötzliche Umstellung auf ein fremdes Land funktionierte bei mir ohne große Probleme. Zu Beginn waren zwar Dinge wie beispielsweise das Verkehrssystem und die Art, wie auf Malta die Haushalte geführt werden, ungewohnt für mich, aber ich habe mich sehr schnell an alles gewöhnt und das Leben dort als sehr positiv empfunden. Mit der Agentur und meiner Mentorin hatte ich auch mindestens einen Ansprechpartner, an den ich mich immer wenden konnte. Durch mein Praktikum in der Nationalbibliothek hatte ich nicht nur die Möglichkeit meine Sprachkompetenzen in Englisch sehr zu verbessern, sondern konnte auch mein Wissen über die Arbeit in Bibliotheken, das ich überwiegend nur in der Theorie kannte, auch mal in der Praxis ausüben, den Umgang mit fremdsprachigen Datenbanken trainieren und mich in Recherche und Erfassung weiterbilden. Darüber hinaus konnte ich meinen persönlichen Horizont sehr erweitern. Kurz gesagt: Ich konnte mich durch diese unglaubliche Erfahrung in jeglicher Hinsicht sehr weiterentwickeln und bin insgesamt mehr als glücklich, dass ich diesen großen Schritt gewagt habe.

Aus meiner Erfahrung kann ich ein Auslandspraktikum nur empfehlen. Zum Schluss möchte ich noch meinen herzlichen Dank an all diejenigen aussprechen, die mich auf diesem Weg unterstützt haben oder es überhaupt erst ermöglicht haben, dass dieses besondere Praktikum stattfinden konnte.

Lillian Becke

Ausbildung im Landesarchiv

Im August 2025 haben Manja Puhmann, Carolin Purr und Emily Teickner ihre Ausbildung zu Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste, Fachrichtung Archiv begonnen, im Oktober folgten dann die Anwärter*innen Patricia Cochrane, Svenja Eberlein und Anton Kollatz.

Wir heißen unsere Neuen herzlich willkommen und wünschen einen guten Start im Landesarchiv.

Lillian Becke, Aylin Jahn und Doreen Wenk, die am 31. Juli ihre dreijährige FAMI-Ausbildung im Landesarchiv erfolgreich abgeschlossen haben, gratulieren

wir herzlich. Der Glückwunsch gilt auch Timon Heidemann und Jonathan Machoczek zum Abschluss der Ausbildung als Archivinspektorenanwärter am 30. September.

Die Referendariate von Adrian Grave und Dr. Simone Hacke dauern noch bis zum 30. April 2026. Zum 1. Mai 2027 werden wir weitere Referendariate ausschreiben.

Mehr Informationen zu Ausbildungsmöglichkeiten im Landesarchiv finden Sie auf der Homepage unter: <https://lha.sachsen-anhalt.de/landesarchiv/ausbildung>

Statistik 2024

Bestände

magaziniertes Archivgut in Regalmetern	65.130
digitales Archivgut in GB	2.650

Onlinestellung

online recherchierbares Archivgut	53,0 %
online recherchierbare Erschließungseinheiten	2.050.000
online verfügbare Digitalisate	4.500.000

Erschließung

Akten in lfm	917
Urkunden	368
Karten, Pläne, Zeichnungen, Risse	2.851
Fotos	12.493

Benutzung [vier Standorte]

Jahresöffnungstage	531
durchschnittliche Öffnungsstunden pro Öffnungstag	8,4
Lesesaalbenutzerinnen und -benutzer	921
Nutzertage in den Lesesälen	1.849

benutzte Archivalien

Akten	11.462
Karten, Pläne, Zeichnungen, Risse	1.193
Urkunden	343
Fotos	4.441

Schriftliche Auskunftserteilung

Auskünfte in Verwaltungsverfahren	505
Auskünfte zu gewerblichen Anfragen	141
Auskünfte zu wissenschaftlichen Anfragen	1.125
Auskünfte zu privaten Anfragen	679

Überlieferungsbildung

anbietungspflichtige Stellen	314
Zahl der Anbietungen	236
Anbietungen in lfm	5.749
übernommenes Archivgut in Regalmetern	400
übernommenes digitales Archivgut in GB	1.142

Bestandserhaltung

gereinigt	
Akten in lfm	938
entmetallisiert	
Akten in lfm	484
verpackt/kartontiert	
Akten in lfm	964
Fotos	14.793
restauriert	
Akten	1.309
Karten, Pläne, Zeichnungen, Risse	158
Blockentsäuerung	
Akten in lfm	456

V.l.n.r. Manja Puhmann, Carolin Purr, Emily Teickner, Svenja Eberlein, Anton Kollatz und Patricia Cochrane



Das Landesarchiv 2025: Rückblick und Ausblick

Die Standorte Magdeburg (links), Dessau-Roßlau, Wernigerode (rechts oben) und Merseburg (rechts unten)

Vor zwei Jahren konnten wir anlässlich eines dreifachen Archivjubiläums die „Wege und Umwege zum Landesarchiv Sachsen-Anhalt“ [Archive in Sachsen-Anhalt 2023, S. 6-8] noch mit verhaltenem Optimismus reflektieren. Aber auch 2025 sind keine verlässlichen Perspektiven für die Schaffung der wesentlichen Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Landesarchivs absehbar. Der Einstieg in ein für die Sicherstellung der Archivierungsfähigkeit unverzichtbares Bauvorhaben bleibt zeitlich unbestimmt, so dass ein weiteres kleines Jubiläum in diesem Jahr wenig Anlass zum Feiern bot.

Vor zehn Jahren wurde das Landeshauptarchiv zum Landesarchiv Sachsen-Anhalt umbenannt. Dem ging 2001 die Zusammenlegung der nach der Friedlichen Revolution geschaffenen organisatorisch und fachlich selbständigen Archive in Magdeburg, Merseburg und Dessau (zuvor Oranienbaum) voraus, die vormals über zusammen 90 Stellen verfügten. Wir behielten seitdem vier Standorte mit fünf Liegenschaften, erfuhr jedoch wiederholten Personalabbau.

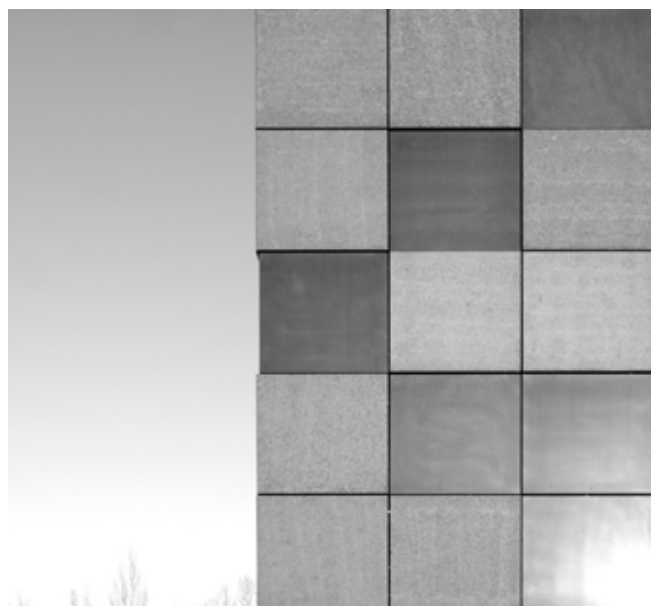
Ende 2006 wurde der Neubau eines ersten Magazinmoduls am künftigen Hauptstandort politisch entschieden – die Magazinkapazitäten sollten bis 2024 reichen, ein zweites Magazinmodul ab 2025 nutzbar sein. Bereits im Frühjahr 2011 konnte der neue Standort in Magdeburg bezogen werden. Zeit- wie Kostenrahmen wurden in einem ambitionierten Projekt eingehalten, dessen rechtzeitige Fortsetzung bzw. Wiederholung unstrittig schien.

Seit zwölf Jahren sollen die Standorte Merseburg und Wernigerode des Landesarchivs aufgelöst werden, um die Aufgaben wirtschaftlicher nur noch in Magdeburg und Dessau wahrzunehmen. Fachliche und personelle Synergieeffekte einer solchen Teilzentralisierung sind ebenso unstrittig wie strukturelle bauliche Probleme der Liegenschaften in Merseburg und Wernigerode.

Die Umsetzung des Standortkonzeptes erfordert in Magdeburg den Bau eines zweiten Magazinmoduls. Jedes verschenkte Jahr eines konkreten Planungseinstieges verschärft die Probleme des Landesarchivs und beeinträchtigt seine Funktion als historisches Gedächtnis Sachsen-Anhalts.

Personalentwicklung und Ausbildung

Das sog. Vollzeitäquivalentziel des Landesarchivs wurde 2025 erneut abgesenkt – auf nur noch 65 VZÄ. Das Landesarchiv verfügt nach signifikanten Aufgabenerweiterungen der letzten zehn Jahre und mit der aufwändigen Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in fünf Liegenschaften an vier Standorten damit längst nicht mehr über eine hinreichende Personalausstattung. Personalengpässe und Überlastungen der Vorjahre setzten sich 2025 zugespitzt fort – zumal zusätzliche und hochprioritäre Aufgaben abzusichern waren. Erhebliche Herausforderungen und längere Vakanzen resultieren auch für uns aus der noch bis Ende 2026 für die Landesverwaltung festge-



schriebenen externen Stellenausschreibungssperre. Am 1. Dezember 2025 konnten wir 66 Mitarbeiter*innen fest beschäftigen. 32 wurden seit 2017 und 24 vor 2000 eingestellt. 31 waren älter als 55 Jahre und neun jünger als 36 Jahre. Eine Elternzeitvertretung, drei Auszubildende, drei Anwärter*innen, zwei Referendar*innen, neun bundesfinanzierte Projektkräfte, sowie FSJ-Leistende und weitere Projektkräfte, Praktikant*innen und Ehrenamtliche arbeiteten an den vier Standorten des Landesarchivs. Anfang 2026 sollen fünf weitere bundesfinanzierte Projektkräfte eingestellt werden. Mit diesem erheblichen Anteil können trotz VZÄ-Kürzungen fachliche Schwerpunkte gesetzt und befristet abgesichert werden. Zugleich steigt allerdings der Steuerungs- und Verwaltungsaufwand für einen in den letzten Jahren konsequent ausgeweiteten Projektanteil. Herausfordernd bleibt auch die Relation zwischen fest Beschäftigten und Auszubildenden auf parallel drei Qualifikationsstufen. Wir werden unsere Ausbildungsoffensive der letzten Jahre aber konsequent

fortsetzen, um uns aktiv auf das mittelfristig anstehende Ausscheiden weiterer Kolleg*innen vorzubereiten. Der generationelle Wechsel der letzten Jahre soll damit sukzessive weitergeführt werden.

Projekte

Auch 2025/26 wurden und werden in den Bereichen Bestandserhaltung, Erschließung, Digitalisierung und historische Bildungsarbeit mehrjährige drittmittelfinanzierte Projekte fortgesetzt oder begonnen, um die strategischen Schwerpunkte des Landesarchivs trotz Personal- und Haushaltskürzungen angehen zu können.

Das mehrjährige Mauerfonds-Projekt zum **Ausbau einer nachhaltigen archivischen Forschungsinfrastruktur** sowie zur **Historischen Bildungsarbeit und Quellenvermittlung** wird bis Ende 2027 abgeschlossen. Hier laufen noch Reinigungs- und Erschließungsarbeiten an mehreren Standorten, ein Pilotprojekt zum dauerhaften Erhalt und zur digitalen Verfügbarkeit des materiellen Kulturerbes zur Industrie-

geschichte in Sachsen-Anhalt mit der Bearbeitung von Beständen in Merseburg und Magdeburg sowie die Weiterentwicklung der **QuellenNAH**-Reihe durch eine E-Learning-Konzeption und -Pilotierung. 2026/27 wird ein neues **QuellenNAH**-Modul zur Industriekultur und Industriegeschichte erarbeitet.

Ende 2025 startet in Kooperation mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste ein neues, bis 2027 geplantes Projekt zur **Erschließung und Auswertung der Unterlagen des Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV)** durch das Landesarchiv Sachsen-Anhalt **unter dem Aspekt der Provenienzforschung**. Beim LARoV Sachsen-Anhalt sind bis heute etwa 1.200 lfd. Meter Akten entstanden, die eine primäre Quellengrundlage für eine künftige Provenienzforschung im Forschungsbereich SBZ/DDR darstellen. Diese Unterlagen sollen zeitnah recherchierbar und benutzbar gemacht werden, um Fragen der Provenienzforschung, insbesondere zum Entzug von Kultur- und Sammlungsgütern, wie auch der historischen Aufarbeitung der Transformationszeit beantworten zu können. Das Projekt soll eine beschleunigte Erschließung und wissenschaftliche Auswertung der relevanten Überlieferungsanteile unter Proveni-

Nachruf Steffi Ehme (1963-2025)

Am 2. Januar 1987 nahm Steffi Ehme ihre Tätigkeit im damaligen Staatsarchiv Magdeburg auf und war fast vier Jahrzehnte lang eine immer hilfsbereite, aufgeschlossene und vermittelnde Kollegin, die das Landesarchiv zugleich als telefonische Stimme nach außen repräsentierte.



Im Vorzimmer der Archivleitungen und mit wechselnden Aufgaben im Bereich der archivfachlichen Dienste zeigte sie hohes Verantwortungsbewusstsein sowie Aufgeschlossenheit für neue Herausforderungen. Frau Ehme hat ihre paläographischen Kompetenzen mit einer Vielzahl von Retrokonversions- und Verzeichnungsarbeiten begeistert ausgebaut und überaus engagiert archivtechnische Arbeiten unterstützt. Sie vermittelte mit Gelassenheit, Hilfsbereitschaft, Offenheit und einem prägenden Einfühlungsvermögen für persönliche Sorgen den Ausgleich zwischen unterschiedlichsten Anforderungen. Der 24. Juni 2025 war ihr letzter Arbeitstag im Landesarchiv Sachsen-Anhalt. Am 10. August 2025 ist Frau Ehme nach furchtbarer und erbarmungsloser Krankheit gestorben. Wir haben mit ihr eine überaus geschätzte Kollegin verloren, die für fast alle heutigen Beschäftigten im Landesarchiv Sachsen-Anhalt von Beginn an immer dabei war. Wir werden Steffi Ehme nicht vergessen.



enzgesichtspunkten ermöglichten. Dadurch werden sowohl weitere kulturgutbezogene Unrechtsbereinigungen als auch Rekonstruktionen der Überlieferungsgeschichte von gesellschaftlich bedeutsamen Kultur- und Sammlungsgütern unterstützt und Forschungen zur Aufarbeitung des SED-Unrechts nach 1990 befördert.

Bestandserhaltung

Das Landesarchiv Sachsen-Anhalt stand nach der Friedlichen Revolution zunächst vor der Herausforderung, das archivwürdige Erbe eines zusammengebrochenen politischen und Wirtschaftssystems innerhalb kürzester Zeit zu übernehmen und zu sichern. In den späten 1990er Jahren verlagerte sich der Akzent auf Magazinbauten und systematische Reinigungs- wie Verpackungsmaßnahmen. 2011 konnten wir in Magdeburg mit weitgehend kartonierten Aktenbeständen ein passiv klimatisiertes Neubaumagazin beziehen – und haben dann strategische Zielsetzungen der Bestandserhaltung 2014-35 definiert: 2016-20 sollten jährlich 200 lfm und 2021-35 jährlich 500 lfm entsäuert werden. In diesem mutig-optimistischen Szenario wollten wir bis 2035 zumindest ein knappes Drittel des vom Zerfall bedrohten Landesarchivgutes entsäuern.

Nach einer fünfjährigen Pilot- und Einstiegsphase mit intensiver fachlicher Debatte über Beständepriorisierungen, Verfahrensanalysen und nach dem Aufbau einer konsequenten Qualitätssicherung betreibt das Landesarchiv Sachsen-Anhalt seit 2017 umfassende, systematische Entsäuerung. In neun Jahren haben wir jahresdurchschnittlich gut 500 lfm Archivgut entsäuert. Unsere Kapazitäten für die vorbereitende Reinigung und Verpackung entsäuerungsbedürftigen Archivgutes sowie für die Projektsteuerung und Qualitätssicherung können wir mittlerweile realistisch einschätzen. Mehr Entsäuerung wäre nach mehrfachem Personalabbau und mit der ineffizienten Struk-

tur eines auf vier Standorte verteilten Archivs kaum zu leisten.

Immerhin: Unsere ambitionierten Entsäuerungsziele haben wir bisher erreicht und teilweise übertroffen – Ende dieses Jahres wird das Landesarchiv Sachsen-Anhalt 4.800 lfm entsäuert haben, was 16 % des ermittelten Entsäuerungsbedarfes entspricht. Bei Fortsetzung der bisherigen Entsäuerungsumfänge ist bis 2035 ein Entsäuerungsanteil von 35 % der betroffenen Papierakten realistisch.

Die Reinigung und anforderungsgerechte Verpackung aller, auch der nicht zu entsäuernenden, Aktenbestände werden wir deutlich früher abschließen – in den letzten acht Jahren wurden bereits 9.000 lfm gereinigt und mehr als 10.000 lfm kartoniert.

Die Nachhaltigkeit dieser systematischen Bestandserhaltungsschwerpunkte, mit denen wir bundesweit zu den aktivsten Archiven gehören, muss durch ein zweites passiv klimatisiertes Magazinmodul in Magdeburg untersetzt werden.

Ein seit 2017 von der Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturgutes (KEK) gesteuertes Bundesprogramm hat auch die Bestandserhaltung im Landesarchiv regelmäßig unterstützt: 2025 wurde mit dem Projekt „Glück auf ohne Schmutz und Staub!“ die Trockenreinigung und Verpackung von 60 lfm aus dem Bestand F 604 Mansfeld AG / Mansfelder Kupferschieferbau AG durch einen Dienstleister gefördert.

Die 2023 begonnenen, mit Bundesmitteln aus dem Mauergrundstücksfonds finanzierten Reinigungs- und Verpackungsprojekte an den Standorten Wernigerode und Merseburg konnten 2025 mit fünf Projektkräften fortgesetzt werden. Den Schwerpunkt bildeten in Wernigerode die Herrschaftsarchive Droyßig und Falkenstein-Meisdorf sowie die Gutsarchive Vitzenburg, Walbeck und Wanzleben; in Merseburg neben Karten, Plänen und Rissen aus der Mansfeld-Überlieferung vor allem die Bestände C 48 If Regierung Merseburg. Gewerberegistratur, IIb Schulregistratur und IIIc Steuerregistratur sowie C 50 Landratsämter und Kreiskommunalverwaltungen Sangerhausen, Schweinitz, Torgau, Weißenfels.

Die Entsäuerung von Archivgut mit besonderer Forschungsrelevanz umfasste 2025 insbesondere die Bestände M 1 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Magdeburg, I 524 VEB Mineralölwerk Lützkendorf und I 529 VEB Chemische Werke Buna.

Benutzung und Erschließung

Seit diesem Jahr stellt das Landesarchiv Nutzungsdigitalisate zum Download bereit. Ab 2026 wollen wir unsere tradierten Verfahren der Beauskunftung und

der Bereitstellung von Archivgut digitaler und transparenter gestalten. Die Einführung der E-Akte geht mit neu aufgesetzten Workflows einher. Archivalienbestellungen und Terminvereinbarungen sollen endlich in einem „Digitalen Lesesaal des Landesarchivs“ ermöglicht werden – das Pilotprojekt startet Ende 2025. Die Erschließung und (Auswahl-)Digitalisierung setzen wir systematisch fort, damit Interessierte das Landesarchivgut persönlich in vier Lesesälen oder virtuell in unseren Internet-Angeboten nutzen können. Das Landesarchiv verwahrt in fünf Magazineebenen mehr als 65.000 Regalmeter Archivgut – davon haben wir 2017-24 insgesamt 4.850 lfm Akten, 4.800 Urkunden, 26.500 Karten, Pläne, Zeichnungen und Risse sowie 45.000 Fotos erschlossen.

Insbesondere für die fachliche Kernaufgabe der Erschließung decken unsere wiederholt reduzierten Ressourcen den Personalbedarf nur unzulänglich ab. Umso mehr Anerkennung verdienen die von hoch motivierten Archivarinnen und Archivaren regelmäßig erzielten Ergebnisse. Zugleich tragen Projektkräfte, Auszubildende, Praktikant*innen, FSJler*innen und Ehrenamtliche hier immer stärker zur Aufgabenerledigung bei.

Überlieferungsbildung

Von zuletzt 314 anbieterspflichtigen Stellen wurden dem Landesarchiv in den vergangenen acht Jahren mehr als 61.000 laufende Meter Schriftgut zur Archivierung angeboten. Nach fachlicher Bewertung haben wir davon 3.400 Regalmeter übernommen und magaziniert. Die Lagerkapazitäten des Landesarchivs für papierbasiertes Archivgut sind mittlerweile erschöpft, so dass wir unsere archivgesetzlichen Übernahmeverpflichtungen für die papiergebundene Überlieferung 2025 weitgehend aussetzen mussten. Archivwürdige Unterlagen müssen zunächst von den abgabepflichtigen Behörden und sonstigen Stellen des Landes verwahrt werden.

Die elektronische Überlieferungsbildung hat sich sieben Jahre nach der Eröffnung unseres länderübergreifenden Digitalen Magazins konsolidiert (und hier können die Kapazitäten in einem Rechenzentrum skaliert werden): In das Elektronische Landesarchiv Sachsen-Anhalt (E-LASA) wurden bis November 2025 bereits Informationseinheiten mit einem Speichervolumen von 2.650 GB übernommen.

greifenden Digitalen Magazins konsolidiert (und hier können die Kapazitäten in einem Rechenzentrum skaliert werden): In das Elektronische Landesarchiv Sachsen-Anhalt (E-LASA) wurden bis November 2025 bereits Informationseinheiten mit einem Speichervolumen von 2.650 GB übernommen.

Demokratieförderung und historische Bildungsarbeit

Nach neun Veröffentlichungen evaluieren wir unsere **QuellenNAH**-Reihe: Die geschichtsdidaktisch-unterrichtliche Eignung sowie die ergänzende außerschulische Perspektive eines demokratiefördernden Public-History-Angebotes für interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen gleichermaßen weiterentwickelt werden. Zum Beginn des Schuljahres 2026/27 werden die Ergebnisse eines E-Learning-Pilotprojektes im Unterricht nutzbar sein.

Das in den nächsten zwei Jahren von zwei bundesgeförderten Projektkräften zu erarbeitende neue **QuellenNAH**-Modul zur Industriegeschichte und Industriekultur Sachsen-Anhalts wird mit der Aufbereitung ausgewählter Quellen auf einen in öffentlicher Wahrnehmung wie schulischer Praxis zumeist unterschätzten Überlieferungsschwerpunkt des Landesarchivs Sachsen-Anhalt aufmerksam machen. Das bewährte und stark nachgefragte Format der Printpublikationen werden wir dabei ebenso fortsetzen wie das digitale Angebot auf unserer Webseite sowie den Ausbau neuer E-Learning-Möglichkeiten.

Ausblick

Intensiv haben wir uns 2025 auf die Einführung der E-Akte vorbereitet, die in der zweiten Jahreshälfte 2026 endlich in den Produktivbetrieb geht. Mit diesem zentralen Schritt der Verwaltungsdigitalisierung werden wir die Arbeitsprozesse im Landesarchiv effizienter gestalten, beschleunigen und damit nicht zuletzt kundenfreundlicher weiterentwickeln.

Als Landesarchiv werden wir auch 2026 konsequent Kooperationsmöglichkeiten nutzen und anbieten – hierfür nur zwei Beispiele: Im Bereich der digitalen Archivierung werden wir unser Angebot von Magazinpartnerschaften in der länderübergreifenden doppelten Verbundstruktur von DAN und DIMAG bedarfsorientiert weiterentwickeln. Und in enger Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Archiven in Sachsen-Anhalt sowie mit anderen Kulturgut verwahrenden Einrichtungen wollen wir uns weiter aktiv an regionalen Notfallverbänden beteiligen.

Detlev Heiden



Landesarchiv Sachsen-Anhalt: Standorte

Abteilung Magdeburg und Abteilung Zentrale Dienste

Brückstraße 2, 39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 59806-100 (Benutzersaal)
(0391) 59806-0 (Zentrale)
Fax: (0391) 59806-600
E-mail: Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de

Abteilung Dessau

Heidestraße 21, 06842 Dessau-Roßlau
Tel.: (0340) 519896-40 (Benutzersaal)
(0340) 519896-0 (Zentrale)
Fax: (0340) 519896-90
E-mail: Dessau-LASA@sachsen-anhalt.de

Abteilung Magdeburg, Standort Wernigerode

Lindenallee 21, 38855 Wernigerode
Tel.: (03943) 26268-14 (Benutzersaal)
(03943) 26268-0 (Zentrale)
Fax: (03943) 26268-25
E-mail: Wernigerode-LASA@sachsen-anhalt.de

Abteilung Merseburg

König-Heinrich-Str. 83, 06217 Merseburg
Tel.: (03461) 4738-51 (Benutzersaal)
(03461) 4738-0 (Zentrale)
Fax: (03461) 4738-15
E-mail: Merseburg-LASA@sachsen-anhalt.de



Impressum

Landesarchiv Sachsen-Anhalt

Brückstraße 2, 39114 Magdeburg
Tel.: (0391) 59806-0
Fax: (0391) 59806-600
E-mail: Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de
Internet: lha.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Dr. Felix Schumacher

Autorinnen und Autoren

Die Autorinnen und Autoren werden unter den Artikeln genannt. Sofern nicht anders angegeben, sind diese Beschäftigte des Landesarchivs Sachsen-Anhalt.

Gestaltung

crimi.de 

Crimi Design, Bergener Str. 38, 30625 Hannover

Druck

ONLINE GEDRUCKT VON
SAXOPRINT 

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01227 Dresden

Ältere Ausgaben finden Sie auf:

lha.sachsen-anhalt.de

Solange der Vorrat reicht, können Sie auch kostenlose Print-Exemplare bestellen.

Richten Sie dazu eine E-Mail an:
Poststelle-LASA@sachsen-anhalt.de



Geschichte und Gesellschaft im Nationalsozialismus



Informationen zur Bestellung

Die Materialien sind über die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt zu beziehen.

Geschichte und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)



Themenbausteine



Weitere Bausteine folgen ...

Digitales Angebot

Unter <https://lha.sachsen-anhalt.de/onlineangebote/quellennah> können die Hefte als PDF heruntergeladen werden.



... oder einfach den QR-Code scannen.

Abbildungen Außenumschlag hinten (linke Spalte):

- Sommerdienstuniform für Pferdestreifen gemäß der Dienstverordnung 74/74, 1976 (LASA, M 24, Nr. 4253)
- Aushang zum Betteln in den Ämtern des Herzogtums Magdeburg von 1804 (LASA, Da 2, Nr. 76)

Abbildungen Außenumschlag hinten (rechte Spalte):

- Armenordnung aus dem Herzogtum Magdeburg von 1707 (LASA, Da 2, Nr. 76)
- Kraftwerk Süd des VEB Chemiekombinat Bitterfeld mit Braunkohlenbahn (undatiert) (LASA, I 509, FS Nr. P 343)



Erklärung

Der
Königlichen

Majestät in Preußen/
Im Herzogthum Magdeburg/

Am 21. Februarii 1703.
publiciren

Armen = Ordnung/

Nach welcher dieselbe

In denen Städten/ und Dörfern
in besagtem Herzogthum/ und der
Graffschaft Mannsfeld Magdeburgischer
Hohheit/ zu bessern effect gebracht
werden kan;

*aus dem Original abgedruckt und durch
die Druckerey des Königs am 15. Nov. 1804*

Wer, vom

15. Nov. 1804

an, bestellt, wird in das
Zwangs = Arbeitshaus

zu

Großen = Salze
abgeliefert.



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Inneres und Sport